Donnerstag, 27. Juni 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 146 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spenden: Die Strafverfolgungsbehörden in Bonn sehen, wie schon die Frankfurter Staatsanwaltschaft, keinen Anlaß für Maßnahmen gegen die Pharmaindustrie wegen der Spenden an Politiker.

Boenisch: Gegen den früheren Regierungssprecher hat die Berliner Staatsanwaltschaft wegen Steuerhinterziehung einen Strafbefehl in Höhe von 1,08 Millionen Mark beantragt. Der Strafbefehl ist bereits rechtskräftig, nachdem Peter Boenisch auf Rechtsmittel verzichtet hatte. (S. 10)

DKP: Der Niedersächsische Landesdisziplinarhof hat den der DKP angehörenden Lehrer Karl-Otto Eckartsberg vom Vorwurf eines Dienstvergehens freigesprochen. Er habe zwar den Tatbestand dafür erfüllt, als er 1981 für die DKP bei den Kommunalwahlen kandidierte, jedoch habe er dies nicht schuldhaft begangen, befand das Gericht.

Berliner Mauer: In der Nacht zum Mittwoch sind an der Berliner Mauer in der Nähe des Grenzübergangs Dreilinden erneut Schüsse gefallen. Anschließend haben „DDR"-Grenzsoldaten das Gelände abgesucht. Polizisten im Westteil der Stadt, die das Geschehen beobachteten, war kein Grund für die Schüsse ersichtlich.

Mitterrand: Scharfe Kritik an den Kommunisten, die vor einem Jahr die Koalition mit den Sozialisten verlassen hatten, übte der Staatspräsident auf seiner Reise durch Südfrankreich. Sie seien vor der Aufgabe geflohen, sich dem Volk zu stellen. Zeitweise wurde Mitterrand von aufgebrachten Bauern und kommunistischen Gewerkschaftsleuten ausgepfiffen. (S. 5)

UdSSR: Parteichef Gorbatschow reist im Herbst zu einem offiziellen Besuch nach Frankreich, verlautete aus dem Elysee-Palast.

Breslau: Bei einer Razzia in einer Untergrund-Druckerei in Breslau haben die Behörden fünf Personen verhaftet.

Papst: Die Dritten Programme der ARD übertragen am kommenden Samstag zwischen 18 und 20 Uhr aus dem Petersdom in Rom den Papstgottesdienst zum Fest Peter und Paul.

US-Botschaft: Das amerikanische Außenministerium hat damit begonnen, sowjetisches Personal an der Botschaft in Moskau durch Amerikaner zu ersetzen, um der Spionage östlicher Geheimdienste vorzubeugen. Von der Maßnahme ist nur die Botschaft in Moskau betroffen.

WELT-Report Bayern

„Jeder vierte deutsche Arbeitsplatz in der Elektro- und Elektronikbranche befindet sich in Bayern", schreibt Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident, in seinem Geleitwort. Anziehungskraft hat das Bundesland aber nicht nur aufgrund seiner Hochtechnologie, sondern auch – wie weitere Beiträge im gestern angekündigten 48seitigen Farbreport zeigen – wegen seiner Markenzeichen Automobile, Agrarprodukte, Brauereien und Film.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik eher noch zurückhaltender als die Fünf Weisen. Das Bruttosozialprodukt wird im laufenden Jahr nur „um gut zwei Prozent" und 1986 um rund 2,5 Prozent wachsen, schreibt das DIW in seinem Wochenbericht. (S. 11)

US-Defizit: Der Kongreß soll die geplante Steuerreform zurückstellen und zuerst das riesige Haushaltsdefizit durch möglichst breite Ausgabenschnitte kürzen, forderten die früheren Finanzminister Blumenthal, Connally, Dillon und Simon. (S. 11)

Opel: Von knapp 300 Millionen DM Jahresgewinn im Vorjahr rutschte der Rüsselsheimer Autohersteller 1984 in ein Minus von 695 Millionen DM, weist der Geschäftsbericht aus. Etwa 300 Millionen DM Verlust resultieren aus dem Arbeitskampf. (S. 13)

Börse: Gewinnmitnahmen führten zu massiven Verlusten bei deutschen Aktien. WELT-Aktienindex 197,4 (200,0). Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. BHF-Rentenindex 103,026 (103,096). Performance-Index 103,787 (103,828). Dollar-Mittelkurs 3,0617 (3,0604) Mark. Goldpreis je Feinunze 316,75 (315,50) Dollar.

KULTUR

Plakate: Über die Wirkung des politisch-sozialen Plakats konnte bisher nichts Zuverlässiges ermittelt werden. Dennoch war das Plakat immer ein wichtiger politischer Botschafter. Darauf machen vier neue Bücher aufmerksam, die sich mit politischen Plakaten beschäftigen. (S. 17)

Oper: Luca Ronconi brachte den „Orfeo" des römischen Komponisten Luigi Rossi in der Mailänder Scala zur ersten Wiederaufführung seit 300 Jahren. Der enthusiastische Jubel des Publikums ist aber eher auf die an Ereignissen arme Spielzeit für die Scala zurückzuführen. (S. 17)

SPORT

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund erteilte Bundesliga-Absteiger Bielefeld eine Lizenz für die zweite Liga, nachdem der Verein eine Bürgschaft über 900 000 Mark vorlegen konnte. (S. 10)

Tennis: Eine vom internationalen Verband eingesetzte Kommission hat in einem Report gefordert, allen Jugendlichen unter 14 Jahren die Teilnahme an Profi-Turnieren zu verbieten. (S. 10)

AUS ALLER WELT

„Feuerwerk": Bei einer Explosion in einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Hallett im US-Bundesstaat Oklahoma sind 21 Menschen ums Leben gekommen und fünf weitere zum Teil schwer verletzt worden. Im Umkreis von 20 Kilometern gingen die Fensterscheiben zu Bruch. Die Unglücksursache ist noch nicht geklärt. (S. 18)

Glücksspiel: In einer großangelegten Polizeiaktion ist ein in mehreren Bundesländern operierender illegaler Glücksspielerring zerschlagen worden. Insgesamt wurden sechs Spielcasinos durchsucht und elf Personen festgenommen.

Wetter: Bewölkt und regnerisch. 13 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Im Drama von Beirut wächst Syrien eine Schlüsselrolle zu

USA halten Option auf militärische Aktion aufrecht / Gesteuerter Nervenkrieg?

DW. Bonn

Nach der Freigabe eines 48 Jahre alten Amerikaners hat der Führer der schiitischen Amal-Milizen, Nabih Berri, gestern vorgeschlagen, die übrigen 39 Geiseln der österreichischen oder schweizerischen Botschaft in Beirut zu übergeben. Das betreffende Land müsse sich aber verpflichten, daß die Geiseln Libanon vor der geforderten Freilassung von 735 Schiiten aus israelischer Gefangenschaft nicht verlassen. Sollte diese Lösung nicht akzeptabel sein, könnten die Geiseln „beispielsweise" nach Damaskus unter die Entscheidung des syrischen Präsidenten Assad verlegt werden. Assad wächst in dem Geiseldrama zunehmend eine Schlüsselrolle zu.

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Westliche Diplomaten rechnen damit, daß die USA der Sowjetunion auf vertraulichen diplomatischen Kanälen mitteilen werden, im Nahen Osten vor der Notwendigkeit begrenzten militärischen Handelns zu stehen. Es wird für möglich gehalten, daß dies bereits geschehen ist.

Washington wolle Moskau auf diese Weise in Kenntnis setzen, daß mögliche militärische Handlungen nicht gegen die Sowjetunion gerichtet seien. Die Sowjets sollten jedoch nicht im unklaren gelassen werden, daß Washington gegebenenfalls vor der Notwendigkeit zum Handeln stehe. Zugleich solle die Deutlichkeit der amerikanischen Mitteilung an die Sowjetunion dem Zweck dienen, den Druck auf Syriens Staatspräsidenten Assad zu verstärken. Assad ist der engste Verbündete der Sowjetunion im Nahen Osten.

Offizielle Andeutungen aus Washington, die davon sprachen, daß die USA den Flughafen von Beirut stillegen und die Stadt von der Versorgung abschneiden könnten, werten politische Beobachter als Indiz für eine neue Dimension im amerikanischen Krisenmanagement. Die kurz darauf abgegebene Erklärung des Präsidenten, er habe entschieden, zunächst noch einige Tage zu warten und diplomatische Bemühungen zur Freilassung der Geiseln fortzusetzen, verstärke noch die ursprüngliche Ankündigung. In westlichen diplomatischen Kreisen Brüssels, die enge Verbindungen mit maßgebenden amerikanischen Stellen haben, wurde am Mittwoch von einem Handlungsbedarf der USA im Nahen Osten gesprochen. Präsident Reagan stünden dabei mehrere Optionen zur Verfügung, nicht nur die Stillegung des Flughafens von Beirut oder eine Seeblockade des Libanon. Eine weitere Möglichkeit sei die Sicherung eines Faustpfands in Libanon, entweder durch die Besetzung einer wichtigen Einrichtung oder die Gefangennahme wichtiger Personen.

Diplomaten werteten das amerikanische Vorgehen als gesteuerten Nervenkrieg. Besonderer Druck werde dabei auf Assad ausgeübt. Niemand glaubt, die Geiseln könnten in Beirut weiter festgehalten werden, wenn Assad, dessen Truppen in Libanon stehen, das Zeichen zu ihrer Freisetzung geben würde. Assad stehe jetzt vor der Frage, ob er den Verlust von Menschen und Material riskieren wolle, nur weil Geiselnehmer in Beirut das Einlenken verweigerten. Bei einem begrenzten Vorgehen der Amerikaner gegen Libanon aber bestehe jederzeit die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den syrischen Luftstreitkräften und amerikanischen Marine-Luftstreitkräften. Daher wäre es für Syrien eine zweischneidige Angelegenheit, bei einer Seeblockade Beiruts die Versorgung der Stadt über syrische Häfen oder über Transportfahrzeuge durch das syrisch besetzte Bekaa-Tal zuzulassen. Washington, so die Schlußfolgerung von Diplomaten, hat Assad jetzt zum Nachdenken gezwungen. (SAD)

DER KOMMENTAR

Pulverfaß

FRITZ WIRTH

Nach zwölf Tagen grimmiger Ohnmacht ist Bewegung in die Geiselaffäre von Beirut gekommen. Die Warnung Präsident Reagans, daß die Grenzen seiner Geduld erreicht seien, war keine leere Drohung. Nicht nur die Sprache des Präsidenten ist härter geworden. Auch die Signale aus dem Weißen Haus sind dringlicher, bestimmter und ultimativer.

Der Hinweis Washingtons auf militärische Aktionen ist nicht als eine Drohung zu verstehen, daß die Geiseln freigeschossen werden sollen, doch als eine deutliche Warnung an die Terroristen, daß sie sich nicht länger ungestört im chaotischen Umfeld der libanesischen Anarchie bewegen können und frei über den Beiruter Flughafen als Stützpunkt für ihre Terroraktionen verfügen können.

Dieser amerikanische Kurswechsel von einer Strategie geduldigen Abwartens zu einem Kurs harter Entschlossenheit läßt erkennen: Die Reagan-Administration ist nicht gewillt, diese Geiselnahme zu einem Marathondrama wie vor fünf Jahren in Iran werden zu lassen. Sie weiß, daß die Zeit politische Mechanismen in Bewegung setzt, die weit über die ursprünglichen Terroristenforderungen hinausgehen. Die amerikanischen Geiseln drohen – ähnlich wie vor fünf Jahren in Iran – zu Opfern und Pfändern eines internen Machtkampfes im Nahen Osten zu werden.

Nabih Berri, der „Justizminister", der zum Geiselverwalter wurde, hat offenbar zu hoch gepokert. Er sitzt auf einem Pulverfaß und spielt mit dem Feuer, provoziert die USA und Israel und hat die Terrorszene zur Bühne seiner eigenen politischen Ambitionen gemacht.

Die jüngsten ultimativen Erklärungen aus Washington haben offenbar zur Klärung seiner diffusen Gedanken beigetragen, wie seine ersten Konzessionen andeuten. Nachrichten darüber, daß Washington auch den Kreml mit seinem neuen harten Kurs und möglichen militärischen Aktionen vertraut macht, sind nicht überraschend. Das wurde in ähnlichen Situationen auch schon von Henry Kissinger praktiziert.

Diese Einbeziehung Moskaus in den diplomatischen Krisenprozeß lag auch deshalb nahe, weil der syrische Präsident Assad in der letzten Woche nur über Moskau zu erreichen war, wo er sich zu Gesprächen aufhielt. Assad aber wurde von der Reagan-Administration schon vom ersten Tag dieser Geiselnahme an als die Schlüsselfigur in diesem Konflikt angesprochen.

Es scheint, daß Washington mit seinem härteren Kurs die richtige Adresse gefunden hat. Die ersten Gesten des Nachgebens, die aus Beirut von den Geiselnehmern kamen, tragen deutlich die Fingerabdrücke des syrischen Präsidenten.

Königliche Gala für ein Wunderwerk

D. TH. Bonn/Madrid

Mit einem königlichen Gala-Essen und einem Feuerwerk für drei regierende Monarch(inn)en aus Dänemark, Holland und Schweden, sowie für die Staatsoberhäupter aus Deutschland und Irland, nimmt König Juan Carlos von Spanien am Freitag und Samstag eines der ehrgeizigsten Projekte moderner „Himmels"-Forschung, in Betrieb. Standort: Zwei der sieben Kanarischen Inseln.

Als erstes feiert man morgen mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker die technische Erweiterung eines Teleskopes, das ausschließlich der Sonnenerforschung dient. Auf der größten der kanarischen Insel, Teneriffa, steht am Hang des 3718 Meter hohen Teide ein 16 Meter langer, automatisch gesteuerter Heliograph, der bereits seit 1969 in Betrieb ist. Per Videokontrolle soll dann das neue Observatorium auf dem Roque de los Muchacos auf der nahen Insel Las Palmas mit diesem Instrument „kurzgeschlossen" werden.

Seit 1972 arbeitet außerdem hier in Izana ein Infrarotkollektor mit einem tonnenschweren Spiegel von 1,55 Meter Durchmesser. Richard von Weizsäcker wird ein zusätzliches Teleskop von 46 Meter Fokus-Länge und einer Öffnung von 60 Zentimetern in Betrieb nehmen. Die von diesem Gerät registrierten Beobachtungen werden in einem Labor über Computer gespeichert und ausgewertet. Daß sich Himmelskörper auch gegen die bisher von der Wissenschaft als „gesetzlich" erkannten Regeln des Universums bewegen können, wird einer der Untersuchungspunkte sein.

Während man am Teide ohne Rücksicht auf den störenden Lichteinfall naheliegender Ortschaften arbeiten kann – denn hier geht es nur um die Sonnenbeobachtung am Tage – wird auf dem Roque de los Muchacos eine weitere Sternwarte nur für die Nachtbeobachtung errichtet. Den Mittelpunkt stellt ein in Großbritannien gegossener und geschliffener Spiegel von 300 Tonnen Gewicht und 4,2 Metern Durchmesser dar.



Das Sonnenteleskop auf der Insel Las Palmas: Freier Blick ins Weltall
FOTO: EPA

Bis zum Ende dieses Jahres sollen alle drei Heliostaten in „elektronischer Selbstbedienung" arbeiten; einmal ausgerichtet liefern sie kontinuierlich Daten. Den jeweiligen Forschungsauftrag allerdings muß jeder Wissenschaftler schon selbst eingeben. Die Pläne der Astronomen richten sich bereits auf ein neues Ziel: In Zusammenarbeit mit Frankreich soll hier in Izana ein weiteres Sonnenbeobachtungsgerät von 90 Zentimeter Durchmesser und später ein Teleskop von 2,4 Meter Durchmesser in Betrieb genommen werden.

Die Erwartungen and das letzte Gerät sind hochgeschraubt: Mit ihm will man, hoch über den niedrigen Atlantikwinden mit ihren störenden Wasserpartikelchen, 14 Milliarden Lichtjahre weit ins All hineinsehen. Neben der großen sowjetischen Sternwarte in Zalenschuskaja und dem amerikanischen Observatorium auf dem Mount Palomar in Kalifornien ist dieses wohl die günstigte Station auf der Welt, weil hier keine Luftverschmutzung den freien Blick ins Weltall „verschleiert".

Kontaktverbote für drei Millionen in der „DDR"

W.K. Bonn

Die Zahl der Personen in der „DDR", denen Westkontakte verboten sind, beläuft sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung gegenwärtig auf rund drei Millionen. Das teilte gestern der Parlamentarische Staatssekretär beim Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), vor dem Innerdeutschen Ausschuß des Bundestages mit.

Der SPD-Bundestagsageordnete Hans Büchler, Mitglied des Ausschusses, räumte in der Sitzung ein, im Zusammenhang mit dem kürzlichen Gespräch zwischen dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel und „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker sei konkret lediglich der Fall eines „DDR"-Bewohners zur Überprüfung zugesagt worden. Büchler wurde vorgehalten, auf der Jahrestagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" in Berlin habe er zuvor erklärt, bei dem Treffen sei dem Oppositionsführer im Bundestag „mitgeteilt" worden, die „Personengruppe, der Westkontakte verboten sind", solle „erheblich verkleinert" werden. Die Begegnung war von der SED-Propaganda stark herausgestellt worden. Die Kontaktsperren waren in den vergangenen Jahren stetig erweitert und verschärft worden. Für einen vergrößerten Personenkreis wurden die Bestimmungen sogar bei Verwandschaft bis zur dritten Generation ausgeweitet. Jeder, der unter das Verbot der Verbindungen mit Bewohnern „nichtsozialistischer Länder" fällt, muß bei der Kaderabteilung sämtliche Westkontakte offenlegen.

Zimmermann für bewaffnete Flugbegleiter

DW. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann ist der Auffassung, daß der Einsatz bewaffneter Flugbegleiter die Sicherheit für Passagiere im Luftverkehr erhöhen würde. In der „Bild"-Zeitung sagte der Minister: „Ich bin der Ansicht, daß Entführer abgeschreckt werden, wenn sie damit rechnen müssen, daß Sicherheitsbeamte, z. B. ehemalige GSG 9-Angehörige mitfliegen." Die Bundesregierung prüfe derzeit diese Frage.

Auf den Einwand, daß Pilotenverbände und Fluggesellschaften strikt gegen eine solche Maßnahme seien, antwortete Zimmermann, man werde das Thema mit Lufthansa und Pilotenverbänden noch einmal erörtern. „Ich weise darauf hin, daß keine israelische Maschine mehr entführt wurde, seit die Israelis bewaffnete Flugbegleiter einsetzen", ergänzte der Minsiter. Natürlich seien auch Sicherheitsbeamte gegen eine explodierende Bombe hilflos, sie könnten jedoch Entführer kampfunfähig machen. „Es gibt wirkungsvolle Waffen, deren Geschosse nicht die Außenhaut einer Maschine durchschlagen, so daß keine Absturzgefahr besteht."

Der Innenausschuß des Bundestages debattierte gestern ebenfalls über Flugsicherheitsfragen. Unter Leitung von Bundesverkehrsminister Dollinger und Ministerialdirektor Schreiber vom Innenministerium trafen sich die Chefs der deutschen Verkehrsflughäfen und der Linien- und Charterfluggesellschaften und erörterten Vorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen im Sicherheitssystem.

Seite 18: „Frage der Philosophie"

Lebhaftes Interesse an Springer-Aktien

cd. Frankfurt

Das Interesse für die offiziell erst morgen im Rahmen einer Privatplazierung zum Kurs von 335 DM angebotenen Aktien des Axel Springer Verlages wird in Börsenkreisen als sehr lebhaft bezeichnet. Man rechnet damit, daß die Zeichnung bereits am Dienstag wegen starker Nachfrage geschlossen werden muß, und daß nicht alle Kaufaufträge voll zum Zuge kommen.

Bei einer Repartierung (Zuteilung) dürfte jedoch der Mindestzeichnungsbetrag von 100 Aktien (also 33 500 Mark) nicht unterschritten werden. Es gilt als wahrscheinlich, daß bei einer sehr starken Überzeichnung Aktien ausgelost oder gezielt zugeteilt werden, was der Konstruktion einer Privatplazierung vinkulierter Namensaktien gemäß wäre.

Die Springer-Aktie wird an der Börse als im Vergleich zu deutschen Spitzenwerten der Industrie nicht gerade billig bezeichnet. Doch der Kurs, der dem 16fachen des '84er Gewinns von 21 DM je 50-DM-Aktie entspricht, orientiert sich an der internationalen Medienlandschaft, in der führende Verlagswerte mit dem 14,5- bis 20fachen des Jahresgewinns bewertet werden. Im internationalen Vergleich hoch ist die Dividendenrendite von 5,6 Prozent einschließlich Steuerguthaben bei einer Dividende von 12 Mark je Aktie.

100 000 neue Stellen

Gesamtmetall: 85 Prozent durch „Wachstumsschub"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Unternehmen der deutschen Metallindustrie haben vom Juni vergangenen Jahres bis zum April 1985 knapp 96 000 neue Mitarbeiter eingestellt. Bis zur Jahresmitte, so teilt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall mit, sei aufgrund der Personalplanung mit deutlich mehr als 100 000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen. Das ist der stärkste Anstieg bei den Belegschaften der Metallindustrie binnen Jahresfrist seit 20 Jahren.

Die Aufstockung der Belegschaften führt Gesamtmetall zu 85 Prozent auf den „deutlichen Wachstumsschub" zurück. Das Produktionsniveau sei seit 1983 um gut 13 Prozent gestiegen. Treibsätze der Metallkonjunktur seien vor allem der Export – mit einem Plus von 15 Prozent im März/April 1985 – und die industriellen Investitionen im Inland (zwölf Prozent mehr in diesem Jahr) gewesen. 15 Prozent der zusätzlich Beschäftigten seien wegen der im vergangenen Jahr tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung, die in der Metallindustrie zum 1. April 1985 wirksam wurde, eingestellt worden.

Gesamtmetall verweist dabei auf schon jetzt abzusehende negative Folgen der Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich anderthalb Wochenstunden. Zwar sei im Moment ein positiver Beschäftigungseffekt zu verzeichnen, wenn dieser auch im Vergleich mit der Wirkung des Aufschwungs der Metallkonjunktur gering sei. Bei einer Gesamtbilanz der Arbeitszeitverkürzung allerdings müsse festgehalten werden, daß die daraus entstehenden Kosten von 3,9 Prozent pro Arbeitsstunde und die infolge der Veränderung der Arbeitszeit entstehenden Engpässe in der innerbetrieblichen Organisation zwangsläufig zu Rationalisierungsmaßnahmen führten. Und das koste Arbeitsplätze. Viel spreche dafür, stellt Gesamtmetall fest, „daß bereits die derzeitige Steigerungsrate der Produktivität von sechs Prozent nicht allein auf die konjunkturell bessere Kapazitätsauslastung zurückgeht, sondern auch auf Rationalisierungsmaßnahmen, die durch die Arbeitszeitverkürzung ausgelöst wurden".

Um welche Größenordnungen bei Arbeitsplatzverlusten durch Rationalisierung es geht, macht der Verband an folgendem Beispiel deutlich: Durch eine Produktivitätssteigerung von nur einem Prozent als Folge verkürzter Arbeitszeit entfallen bei insgesamt 3,7 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie allein 37 000 Stellen. Fazit von Gesamtmetall: „Per Saldo dürfte die Arbeitszeitverkürzung mit einem Nullwachstum bei der Beschäftigung enden." Ohne die im Tarifvertrag vereinbarte Möglichkeit der Flexibilisierung – die Metallgewerkschaft trat für eine generelle Verkürzung auf 38,5 Wochenstunden für alle Arbeitnehmer ein – „wäre die Arbeitszeitverkürzung sogar ein Verlustgeschäft."

Auf Gorbatschows Dienstreisen ist das Fernsehen immer dabei

Auch in Kiew dringt er auf effektivere Arbeitsweisen

DW. Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat seine Politik der „spontanen Begegnungen" mit der Bevölkerung fortgesetzt. Wie die Nachrichtenagentur Tass berichtete, besichtigte er in der ukrainischen Hauptstadt Kiew Betriebe und wissenschaftliche Institute und unterhielt sich mit „den Leuten auf der Straße". Der Parteichef drängte seine Gesprächspartner, personelle und andere „Engpässe" zu beseitigen, die einer raschen Einführung moderner Technologie in den Betrieben im Weg stünden.

Gorbatschows erste der „Dienstreisen", wie er seine Besuche selbst nennt, hatte ihn im Mai für drei Tage nach Leningrad geführt. Dabei ließ er sich, anders als noch bei seinen Moskauer Straßengesprächen, von Fernsehkameras begleiten. „Mehr Nähe zu den Menschen" nannte er die fernsehwirksamen Begegnungen, die seine Vorgänger immer gescheut hatten, und fügte hinzu: „Das Volk liebt die Strengen ..., die Fordernden und Fürsorgenden."

Der neue Stil scheint offenbar anzukommen, zumal der „Fernsehstar" Gorbatschow durch ihn noch einprägsamer seine Botschaft zu strengerer Wirtschaftsführung öffentlich vermitteln kann.

In Kiew ließ er sich vom Präsidenten der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, Boris Paton, Bericht erstatten, wie eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Betrieben verwirklicht werde. Paton, so hob Tass hervor, habe Gorbatschow von einem Betrieb berichtet, der im Experiment die Selbstverwaltung praktiziere und über die Zusammenarbeit mit Unternehmen verschiedener Branchen erfolgreich die Hürden der ministeriellen Bürokratie überwunden haben soll. Er konnte so die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Produktion beschleunigen.

Solche Botschaften hört Gorbatschow gern und läßt sie verbreiten. Wirtschaftliche Resultate vor allem durch mehr Strenge und Sparsamkeit sowie vorsichtige Reformen im Stil Andropows predigte er wiederholt seit seinem Amtsantritt auf dafür einberufenen Wirtschaftskonferenzen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Prager Eingeständnisse

Von Rudolf Ströbinger

Anfang der achtziger Jahre hat eine bisher unveröffentlichte Umfrage gezeigt, daß etwa zwei Drittel der CSSR-Bürger in der Vertreibung der Sudetendeutschen keinen Sinn sehen. Vor allem die Generation der Zwanzig- und Dreißigjährigen hält sie und die mit ihr verbundenen Ausschreitungen für eine Verletzung der Menschenrechte.

Die Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes haben nun diese Diskussion wiederbelebt. Die Folge: die offiziellen Massenmedien greifen sie auf. So wird zwar die Vertreibung der drei Millionen Sudetendeutschen als eine Notwendigkeit für die „Sicherheit der Republik" gerechtfertigt, aber es wird auch Kritik an ihrer Durchführung laut. Das KP-Zentralorgan „Rude Pravo" schrieb, daß „die Aussiedlung auch viele Deutsche betroffen hatte, die keine Faschisten waren". Und es räumte ein: Es kam zu „Übergriffen – um so eher, weil die Aussiedlung oft von Menschen durchgeführt wurde, die mit den lokalen Verhältnissen nicht vertraut waren".

Im Prager Rundfunk wurde klargestellt, daß die „Umsiedlung im Interesse des Friedens war". Europa könne auch darum in Frieden leben, „weil die Frage der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei gelöst wurde". Das schlechte Gewissen, das mit der Diskussion über die Notwendigkeit und Durchführung der Vertreibung geweckt wurde, soll jetzt wohl damit beschwichtigt werden, daß man der Vertreibung den Weltfrieden entgegenhält.

Trotz der ungewöhnlichen Bereitschaft, eigene Fehler wenigstens teilweise einzugestehen, sucht man nach Schuldigen dafür, daß sich die Tschechen und Slowaken mit der Vertreibung beschäftigen. Wie anders kann das ausgehen: Verantwortlich sind nach Ansicht des Prager Rundfunks die „revanchistischen Kreise der Bonner Regierung, die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die reaktionäre tschechoslowakische Emigration". Gleichzeitig schob er die Vertreibung den Siegermächten in die Schuhe. Denn diese hätten in Potsdam über den „Transfer" entschieden.

Trockenkeule im Äther

Von Joachim Neander

Wenn der Milchmann davon träumt, von allen Milchtrinkern seines Viertels eine monatliche Milchgebühr fordern zu dürfen, deren Höhe er selber festlegt, dann wird man ihm das nachsehen. Mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die ihre Gebühren selber festzusetzen wünschen, wäre das schon was anderes.

Als vor rund einem Jahr die Vorsitzenden der ARD-Aufsichtsgremien in einer Resolution zur Neuordnung der Gebührenfestsetzung Milchmanns Traum in leichter Verkleidung ins Gespräch brachten, hielt man das zunächst nur für Kulissendonner. Statt des bisherigen, in der Tat langwierigen Verfahrens (Empfehlung der „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten", Übereinkunft der Länder-Ministerpräsidenten, Zustimmung der Länderparlamente) schlugen die Gremienherren vor, Vorschlag und Entscheidung einer „unabhängigen Sachverständigenkommission" zu übertragen. Den Sachverstand sollten dabei in „qualifizierter Mitentscheidung" eben diese Aufsichtsgremien der Anstalten einbringen, aber natürlich völlig „unabhängig". Eine originelle Art der Selbstbedienung.

Das Echo war im wesentlichen staunendes Schweigen. Inzwischen aber hat Heinz Bühringer, der Verwaltungsratsvorsitzende des Süddeutschen Rundfunks, diese Forderung nicht nur öffentlich erneuert, sondern in zwei Zeitschriften-Beiträgen durch teilweise sehr heftige Attacken auf Parlamente und Politiker angereichert. So äußert er den Verdacht, die Gebührenkompetenz könne den Politikern dazu dienen, „als finanzielle Keule die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten finanziell auszutrocknen und in der Folge programm-umfänglich und -inhaltlich zu disziplinieren" – ein Argument, das auch aus Gründen seines Umgangs mit der Muttersprache das Ernstnehmen erschwert.

Dieser Ton hat auch die anfangs wohlwollende SPD gegen die Vorschläge auf den Plan gerufen. Von den Ländern eine Bestands- und Entwicklungsgarantie zu fordern, sie aber von der Gebührenentscheidung auszusperren, ergibt kaum Sinn. Bühringers Trockenkeule (um problem-umfänglich im Bilde zu bleiben) ist hoffentlich ein Bumerang.

Der Schah der Philippinen

Von Christel Pilz

Präsident Marcos ist ein Mann, den nichts erschüttern kann. Weder seine Krankheit, die er dementiert, weder die Rufe nach seinem Rücktritt, die er ignoriert, weder die Symptome der schrumpfenden Wirtschaft, die er kaschiert, noch die Expansion der kommunistischen „Neuen Volksarmee" (NPA) auf allen philippinischen Inseln.

Jetzt droht er, es werde kein Nachsehen mehr geben; er werde die Kommunisten zerschlagen. Zum Unabhängigkeitstag am 12. Juni ließ Marcos seine Militärs paradieren. Marcos prophezeit Gewalt gegen Gewalt. In tragischer Verblendung übersieht er, daß die Gewalt, die er bekämpfen will, die Unterstützung breiter Kreise des Volkes hat. Die Mehrheit derer, die zu den Waffen greifen, sind keine Ideologen. Sie sind Studenten, Arbeiter, Bauern, Priester und Nonnen. Sie haben Marcos satt, der im Stile eines Kaisers diktiert, der sich an seinem selbstgeschaffenen Mythos berauscht, einzigartig und unersetzlich zu sein, der verkennt, daß seine Höflinge ihm potemkinsche Dörfer vormachen. Marcos ist der Realität entschwebt, er erinnert an den Schah in dessen Endzeit.

In dieser Verblendung gibt er sich, als wäre seine zwanzigjährige Regentschaft ein einziger Erfolg, als gäbe es nicht jene gigantische Korruption und Mißwirtschaft, die die Nation in eine Auslandsverschuldung von sechsundzwanzig Milliarden Dollar trieb, als gäbe es nicht die Scharen von Bauern, denen Marcossche Geschäftsfreunde ihr Land wegnahmen, als wären es nur Trugbilder, daß Leichen in Flüssen treiben und auf Feldern verrotten; Leichen von Menschen, die als politisch verdächtig galten – als habe es auch nie den Mord an Benigno Aquino gegeben, der der Marcos' Erzrivale war. Was er geschaffen hat, ist eine Gesellschaft, die gegen ihn rebelliert, die nach Gerechtigkeit und Freiheit ruft, angstvoll in die Zukunft blickt. Die Signale stehen auf Blutvergießen.

Kann es noch eine Umkehr geben? Nie zuvor in der Geschichte der Philippinen haben junge Offiziere so viel Verantwortung getragen. Sie sind es, die zu entscheiden haben. Fest steht, daß sie sich fragen, wo ihre Loyalitäten liegen: bei einem Regime, das morsch und brüchig ist – oder beim Volk?



„Sie finden bei uns immer die besten Konditionen!" KLAUS BÖHLE

Doch, sie gehören hierher

Von Thomas Kielinger

SDI oder Eureka – das ist eine falsche Alternative. Davon muß jede Diskussion ausgehen, sei sie technologisch oder sicherheitspolitisch. Amerika und Europa bilden eine dialektische Einheit, keinen Gegensatz. Wer die Debatte um die Strategische Verteidigungsinitiative und den europäischen Versuch einer eigenen technologischen Koordination in die Kategorien „Atlantiker" und „Europäer" aufspaltet, wer etwa den Deutschen vorspielt, es gehe um eine Wahl zwischen Washington oder Paris, der leistet der eigenen Sache einen Bärendienst, ob er nun die amerikanische oder die europäische Position bezieht.

Die Allianz des Westens ist kein „Zwei-Lager-Bündnis", sondern eine Brücke mit „zwei Säulen", wie es die frühere Generation unserer Politiker definierte. Man kann es auch mit der Metapher umschreiben, die Helmut Kohl in seinem Vortrag vor der „Altantik-Brücke" verwendete: Daß es für die Alte Welt darauf ankomme, „das europäische Widerlager der transatlantischen Brücke zu stärken". Entscheidend aber ist und bleibt die Brücke. Sie ist das strategische Geheimnis unserer Sicherheit und Freiheit, denn niemals zuvor hat das Überleben einer Gruppe von Staaten von der Schutzgarantie einer fünftausend Kilometer weit entfernten Macht abgehangen. In Moskau geht man gegen dieses Faktum mit Beharrlichkeit an; wie es der frühere sowjetische Genfer Unterhändler Julij Kwitzinski einmal seinem Gegenüber Paul Nitze sagte: „Aber Ihr Amerikaner gehört doch gar nicht hierher." Er meinte Europa.

Kohl hat vorgestern darauf hingewiesen, daß die Grundlinien der SDI-Betrachtung mit unserer sicherheitspolitischen Raison d'être zusammenfallen. Auf eine Kurzformel gebracht: SDI gehört mitten auf die „transatlantische Brücke". Folgerichtig erinnerte Kohl seine Fraktion daran, daß Rahmenbedingungen für eine SDI-Mitarbeit wünschenswert seien, und er lieferte am gleichen Tag vor der „Atlantik-Brücke" die Begründung für dieses deutsche Interesse.

Man könne nämlich, so führte der Kanzler aus, nicht übersehen, wie manche „diesseits des Atlantiks versuchen, das Mißtrauen zu verbreiten, es würden existentielle Entscheidungen über die Köpfe der Europäer hinweg getroffen". Würde Europa hilflos abwinken und das SDI-Thema nur der Präpotenz der USA überlassen, so würde damit wiederum nur jene miserable europäische Seelenlage gefördert, die Moskau seit langem als Waffe gegen die amerikanische Präsenz in Europa verwendet: Eben jenes Mißtrauen, „es würden existentielle Entscheidungen über die Köpfe der Europäer hinweg getroffen". Dem steht das andere Mißtrauen zur Seite: Daß die Amerikaner doch eigentlich „gar nicht hierhergehören".

Nun gibt es Stimmen in der Reagan-Administration, die können europäische Besucher das Fürchten – oder die Entmutigung – lehren. Ein Richard Perle etwa, Staatssekretär im Pentagon, beliebt sich vor seinen Gästen in die schönste unilaterale Pose zu werfen. Lassen wir uns doch bitte nicht so schnell ins Bockshorn jagen! Perle ist schlicht eine interessenpolitische Stimme Amerikas, die sich bei SDI – ganz verständlicherweise – nicht auch noch die neurotischen Europäer aufhalsen lassen möchte.

Aber da gibt es andere Schwergewichte, Vizepräsident Bush etwa oder Außenminister Shultz, die wissen, daß eine offizielle SDI-Übereinkunft mit den Europäern allianzpolitisch Sinn macht. Sie müßte zwei Dinge sichern: ein vernünftiges Maß an Transfer von wissenschaftlichem Know-how und die Demonstration „politischer Partizipation", unerläßlich zur Vermeidung eines Ohnmachtsgefühls. Diese „Rahmenbedingungen" läßt der Bundeskanzler ausloten. Wenn wir angemessen auftreten, in den Forderungen nicht zu überzogen, ist – wie es so schön heißt – „noch alles drin".



Pfeiler der Atlantik-Brücke: Kohl, Reagan FOTO: SVEN SIMON

Daß die Deutschen sich im übrigen mit ihrem Wunsch nach einem offiziellen SDI-Rahmen nicht „singularisieren", wie Außenminister Genscher befürchtet, dafür hat allein schon unser französischer Freund Mitterrand gesorgt. Der verkündete zwar vor nicht allzulanger Zeit: „Die Französische Republik ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt an SDI nicht interessiert." Aber jener „gegenwärtige Zeitpunkt" war schon wieder vergangen, als der staatliche Rüstungskonzern Matra – Alleinaktionär: la grande nation – auf der Luftfahrtschau in Le Bourget flugs ein SDI-Kooperationspapier mit den USA unterschrieb. Was Paris recht ist, sollte Bonn billig sein, auch wenn wir, die wir keine verstaatlichte Rüstungsindustrie vorweisen können, andere Wege gehen müssen.

Als letzten Einwand gegen eine offizielle SDI-Einbindung hört man die Sorge um unsere Ostpolitik. Werden die Sowjets uns diesen „Griff nach den Sternen" nicht als Herausforderung anlasten? Das Argument stellt die Prioritäten unserer eigenen Sicherheit auf den Kopf. Erstes Erfordernis ist der Nachweis, daß Amerika „hierhergehört", aber daß dies sich nicht „über unsere Köpfe hinweg" entfaltet. Wenn diese Westbindung sicher verankert ist, gewinnt unsere Politik nach Osten keine neue Qualität der Bedrohlichkeit, sondern behält ihren berechenbaren Gang.

IM GESPRÄCH Albrecht Martin

Konzentrierter Ernst

Von Eberhard Nitschke

Politik war schon das beherrschende Thema im elterlichen Pfarrhaus in Bad Kreuznach, wo Albrecht Martin, Mitglied der CDU-Fraktion des Landestags von Rheinland-Pfalz und jetzt auch Minister für Bundesratsangelegenheiten in Bonn, 1927 geboren wurde. Sein Amtsantritt in der Bundeshauptstadt als Nachfolger Wilhelm Gaddums, der Präsident der Landeszentralbank in Mainz wurde, signalisiert neues rheinland-pfälzisches Selbstbewußtsein. Martin: „Bundesweit stehen wir vor ganz wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungen. Es wird sich jetzt entscheiden, ob wir, halb dem Norden, halb dem Süden zugerechnet, den offenbaren Vorteil des Südens wahrnehmen."



Neuer rheinland-pfälzischer „Botschafter" in Bonn: Martin FOTO: POLY PRESS

Die Voraussetzungen dafür will er in Bonn stärken – und die in seinem Bundesland immer schon besonders aktive Europa-Politik unterstützen: „Wir liegen zwischen den fünf großen Industrie-Regionen Europas und haben nur dann Chancen, wenn sie ungehindert in Verbindung stehen – nur keinen Rückfall in die alte Kleinstaaterei!" Was das Image seines Landes betrifft, so findet Martin es sicher interessant, wie viele Leute wissen, daß es dort den einzigen deutschen Weinbauminister gibt. Noch schöner wäre es allerdings, so meint der Minister, wenn sie auch wüßten, daß dort das größte Montagewerk für Lastkraftwagen steht, daß Rheinland-Pfalz „in Relation" den höchsten Exportanteil aller Bundesländer hat.

Er fordert nicht dazu heraus, ihn nach einem Hobby zu befragen, es ist nicht sehr fruchtbar, die Archive nach lustigen Geschichten über und mit ihm zu durchforschen. Albrecht Martin, der nach dem Abitur von 1946 an evangelische Theologie, Geschichte und Germanistik studierte, hat alle Merkmale eines auf konzentrierte Ernsthaftigkeit ausgerichteten Politikers. Atypisch war, daß er sich in Bonn anläßlich des traditionellen Pfälzer Spargelessens der Landesvertretung mit einem Korb Gemüse ablichten lassen mußte.

Als Sprößling einer Familie, die über Generationen Pfarrer und Juristen hervorbrachte, wurde Martin nach dem zweiten Staatsexamen Gymnasiallehrer. Er übernahm bald einen Lehrauftrag für Fragen des Religionsunterrichtes an der Universität Mainz. Das Engagement seines Vaters für die Bekennende Kirche findet eine Fortsetzung in Martins Einsatz auf den Evangelischen Kirchentagen. Er ist Mitglied der Synode der EKD, seit 1984 Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

1956, als Lehrer in Oppenheim, hielt er es für untragbar, seine Schüler zum Interesse an Politik aufzufordern und selbst nicht darin aktiv zu sein. Er wurde Stadtrat, übte das gleiche Amt dann in Bad Kreuznach aus, wobei er 1964 den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden in Mainz, Helmut Kohl, kennenlernte. 1971 avancierreisvorsitzenden
seiner Partei, elf Jahre später war er stellvertretender Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Elf Jahre lang, bis vor kurzem, amtierte er als Landtagspräsident.

Albrecht Martin ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder. Die Bonner Aufgabe reizt ihn: „Nun mal in der Exekutive!"

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Das Düsseldorfer Blatt schreibt zum Extremistenbeschluß des Saarlandes:

Die Regierung Lafontaine hat gehandelt. Wer aber geglaubt haben sollte, sie wende sich den brennenden Problemen der Menschen zu, hat sich getäuscht. Ideologie ist offenkundig das Dringendste. Der Extremistenbeschluß, der linken und rechten Gegnern unseres Staates den Weg in den Staatsdienst erschweren soll, mußte weg. Über den Wert des Extremistenbeschlusses aus dem Jahr 1972 mag zu streiten sein. Es überrascht auch nicht, daß Lafontaine ihn weghaben wollte. Aber dies an den Beginn der Arbeit zu setzen in einem Land, dessen Menschen voller Sorgen sind, wie sie morgen existieren sollen – das sagt über Lafontaine mehr als viele Reden dieses Politikers.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung meint zur Beschäftigungsförderung:

In der Analyse sind sich alle einig. Die Konjunktur läuft gut, aber die Beschäftigung läßt zu wünschen übrig. Die Bundesregierung hat ihre optimistische Arbeitsmarktprognose jüngst zurückschrauben müssen. Der Sachverständigenrat bestätigt diese Korrektur. Auch er sieht keinen Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Also muß gehandelt werden. Aber wie? Es gibt gute und schlechte Rezepte. Die Regierung wirbt für Abbau von Überstunden und mehr Teilzeitarbeit. Sicher ein richtiger Weg zu mehr Beschäftigung. Dennoch wird der Erfolg begrenzt sein, weil zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten die Neueinstellung von Arbeitskräften bremsen. Auch das Sondergutachten der Fünf Weisen bietet kein Patentrezept an. Es steckt sogar voller Widersprüche.

Frankfurter Allgemeine

Sie geht auf das hessische Schulgesetz ein:

„Man muß gegen die Exzesse angehen", sagt der französische Kulturminister Chévènement, und er meint damit pädagogische und didaktische Exzesse in der Schule. Ist etwa auch die Förderstufe, wie sie die Abgeordneten der SPD und der Grünen an diesem Mittwoch im Hessischen Landtag verabschieden wollen, solch ein Exzeß? Es sieht ganz danach aus, und daher werden viele betroffene Eltern dagegen mit Klagen vor den Gerichten angehen. Die Stadt Frankfurt wird sogar Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben. Besser wäre es freilich, der hessische Kultusminister Schneider sorgte mit einem ausgewogenen Gesetz dafür, daß es nicht zu einem neuen Bürgerkrieg wegen der Schule in Hessen käme. Aber der Sozialdemokrat Schneider besitzt nicht das Format des Sozialisten Chévènement.

Ein Etappenziel des Marsches durch die Institutionen

Lafontaines Extremistenbeschluß / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seit Jahren hatten es alle für klug gehalten, vom gemeinsamen Radikalenbeschluß (28. Januar 1972) des Bundeskanzlers Brandt und der Regierungschefs aller Bundesländer nicht mehr lauthals zu reden. Dafür gab und gibt es traurige Gründe. Jetzt hat die Regierung Lafontaine im Saarland für einen Paukenschlag gesorgt, indem sie diesen Beschluß formell aufhob. Das Motiv der ideologischen Heldentat dürfte das Bedürfnis nach Ablenkung von den eigentlichen Sorgen des Saarlandes sein. Lafontaine kann sich des Jubels aller sicher sein, die als Radikale oder Extremisten unseren freiheitlichen Staat mit ihrem Haß überziehen.

Nach der Studenten-Revolte und unter dem Eindruck des Terrors der Baader-Meinhof-Bande erkannten 1971/72 die Innenminister des Bundes und der Länder die Notwendigkeit, den von Dutschke angekündigten „Marsch durch die Institutionen" abzuwehren. Dieser Einsicht schlossen sich die Regierungschefs an. Für Kanzler Brandt dürfte jedoch ein anderer Grund maßgebend gewesen sein.

Im Februar 1971 hatte die SPD ihre Entschließung zur geistig-ideologischen Abgrenzung der Sozialdemokratie vom Kommunismus veröffentlicht. Die Neuauflage dieses Dokuments versah Brandt mit einem Nachwort, in dem zu lesen steht: „Ohne die Klarheit unserer Position hätte die Politik der Entspannung (konkret gemeint ist die „Zusammenarbeit mit kommunistisch bestimmten Regierungen in Osteuropa", die Red.), wie sie durch unsere Regierung geführt worden ist, die erforderliche Zustimmung der Bevölkerung nicht erhalten." Solcher innenpolitischen Absicherung seiner Deutschland- und Ostpolitik sollte auch sein mit dem Radikalenbeschluß bekundeter Wille dienen, der Moskau-hörigen DKP den Weg in den Staatsdienst zu versperren.

Aber schon 1976 war für Brandt – damals nicht mehr Bundeskanzler – das ostpolitische Motiv des Radikalenbeschlusses entfallen. Seine Ostverträge waren durchgesetzt. Also schlug er sich an die Brust und gestand, sich „geirrt" zu haben, als er seine Unterschrift unter jenen Beschluß setzte. Bahr, damals Bundesgeschäftsführer der SPD, wollte den Radikalenbeschluß „auf den Müllhaufen werfen", und auch Kanzler Schmidt ließ sich vernehmen, es bedürfe keiner besonderen Verabredungen zwischen den Regierungen, denn das Grundgesetz und die Beamtengesetze reichten völlig aus.

In Wirklichkeit wich die SPD vor der beispiellosen, offensichtlich von Moskau im In- und Ausland gesteuerten „Berufsverbote"-Kampagne zurück. Ohnehin war die SPD zerstritten. Da auch die FDP die Angelegenheit zur Frage der „inneren Toleranz des Staates, seiner Liberalität" (B. Hirsch) hochstilisierte, war der Tag abzusehen, wann die sozial-liberale Bundesregierung einknicken werde. Das geschah im Mai 1976, als sie mit eigenen „Grundsätzen für die Prüfung der Verfassungstreue" den Radikalenbeschluß im Bereich des Bundes aus dem Verkehr zog.

Auf der Länderebene vollzog sich der Bankrott des Radikalenbeschlusses ausgerechnet in Hamburg, wo 1971 der Senat die erste einschlägige „Grundsatzentscheidung" gefällt hatte, eine Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit sei „bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- oder linksradikalen Gruppen" unzulässig. 1978 prägte Bürgermeister Klose das Wort, 20 Kommunisten im Staatsdienst seien ihm lieber als 200 000 verunsicherte junge Leute. Im Januar 1979 setzte er in der SPD-Bürgerschaftsfraktion durch, daß zwei Funktionäre der DKP wieder als Lehrer unterrichten durften.

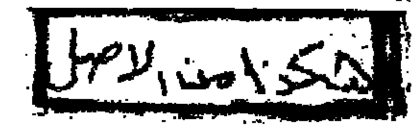
Da nun das Saarland den Radikalenbeschluß förmlich aufgekündigt hat, gilt es Bilanz zu ziehen:

1. Der Radikalenbeschluß von 1972 setzte kein neues Recht. Es wurde nur angestrebt, daß in Bund und Ländern die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den Staatsdienst entsprechend dem Grundgesetz und den Beamtengesetzen in einem einheitlichen Verfahren vorgenommen werde. Im Sinne der Rechtssicherheit bleibt das dringend notwendig.

2. Das einheitliche Verfahren wurde nicht erreicht, weil die Parteien darüber keinen demokratischen Konsens herstellen konnten. Auch die Rechtsprechung war uneinheitlich. Das Bundesverfassungsgericht vermochte es nicht, mit seinem Beschluß von 1975 verbindliche Klarheit zu schaffen. Die Institutionen des Staates sind einer elementaren Aufgabe zum Schutz unserer grundgesetzlichen Ordnung nicht gerecht geworden.

3. Die Alternative zur „Einzelfallprüfung", ob ein Bewerber die im öffentlichen Dienst allgemein, für Beamte aber besonders gebotene Treuepflicht erfüllt oder nicht, war von Anfang an das Verbot verfassungsfeindlicher Parteien (DKP, NPD) und Organisationen sowie die Aberkennung von Grundrechten.

Der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof, Günther Willms, hat die Sachlage jüngst so beschrieben: „Die strafrechtliche Sanktion für ein schon im Jahre 1956 ausgesprochenes Parteiverbot liegt seit dem Jahre 1968 brach, obwohl die verbotene Partei unter geringfügig verändertem Namen munter agiert". Gemeint ist die DKP, vormals KPD.



Einmal im Jahr wird das stille Kiel zur Metropole

Zum 103. Mal ist die Stadt an der Förde für sieben Tage das Mekka der Segler. Doch zum sportlichen Treffen sind längst Spiel, Kultur und auch Politik hinzugekommen.

Von GEORG BAUER

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Karl Heinz Luckhardt, demonstrierte den Unterschied. „Dort sehen Sie die Ankunft Kaiser Wilhelm II. und dort einen Werftarbeiter, der von HDW kommt." Mit dieser Bildbeschreibung beim traditionellen Journalistenempfang im Schiffahrtsmuseum will Luckhardt auf die gesellschaftliche Entwicklung von der Kaiserzeit bis heute hinweisen. Ungewollt lieferte er aber auch einen Fingerzeig auf die Bedeutung der Stadt damals und heute.

Wenn der „Kieler Woche" am Sonntag mit einem Feuerwerk, gezündet von den Docks der größten deutschen Werft, ein Ende gesetzt wird, fällt Kiel im Gegensatz zu früher wieder in den Trott seines Alltags zurück. Die Droge „Kieler Woche", die die Stadt einmal im Jahr sieben Tage lang aufputscht, wird ebensoschnell an Wirkung verlieren, wie die Raketen im Dunkel der Nacht erlöschen werden.

Doch das stört in dieser Woche niemand. Die Kieler freuen sich über die 1,6 Millionen Mark teure Mammutschau aus Sport, Politik und Kultur, die Hunderttausende anlockt und unter dem Motto „Musik – Brücke zwischen den Völkern" steht. Ob an der Kiellinie, vor dem Rathaus oder in der gesamten Innenstadt – Dutzende von Bands, Folklore- und Theatergruppen bringen die Stadt „zum Klingen", so wie es der Oberbürgermeister vor der Eröffnung versprochen hatte.

Kiel, das ansonsten im Vergleich zu den anderen Landeshauptstädten im kulturellen Angebot eher im unteren Bereich der Hierarchie zu finden ist, schöpft eine Woche lang aus dem Vollen. Kammerkonzerte, Konzerte der Nationen mit Musikcorps aus Großbritannien, Dänemark, Frankreich, den USA und der Bundesrepublik geben der Stadt das Gefühl, auch Parkett der internationalen Musikwelt zu sein. Üppig auch das Angebot an Autoren, die ihre Stücke vortragen und mit der Zuhörerschaft diskutieren.

Auch die Experten in Sachen Musik zeigen sich zufrieden. Rund 120 Fachleute, angereist aus Dänemark, Finnland, Norwegen, Polen, Schweden und der Sowjetunion, sind gegekommen, um das Thema „Musikalische Begabungen finden und fördern – Erfahrungen in Ländern des Ostseeraumes" von allen Seiten zu durchleuchten. Aus kulturpolitischer, soziologischer, pädagogischer und psychologischer Sicht klopfen sie, eingeladen vom Deutschen Musikrat, das Thema ab.

Die erste Bilanz für die deutsche Seite zieht der Kongreßpräsident Diethard Wucher, Professor an der Musikhochschule in Hamburg: „Für uns hat sich die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges bestätigt, durch die Wettbewerbe ‚Jugend musiziert' zu finden und zu fördern."

Im Gespräch mit Kollegen aus den Anrainerstaaten der Ostsee suchen die Deutschen auch nach neuen Anregungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Der aufgenommene Faden soll weitergeknüpft werden, kündigt Wucher im Magistratssaal des Rathauses an.

Auch die Wirte und Budenbesitzer, die vor allem den Vorplatz des Rathauses in eine Eß- und Trinkzeile mit internationaler Speisekarte verwandelt haben, sind zufrieden. Mit gefüllten Taschen werden viele von ihnen dem Norden wieder den Rücken kehren.



Kieler Woche 1985: 210 „Dickschiffe" beim Start zur Segelregatta nach Eckernförde FOTO: DPA

Die Kieler feiern im Bayernzelt

Allen voran der Münchner Hermann Haberl. Sein Bayernzelt ist Mekka für Zehntausende, ob es nun Schleswig-Holsteiner, Hamburger, Dänen, Matrosen aus Frankreich, Belgien, England oder den USA waren. Das Maß zu 8 Mark, mit Humpen 2 Mark mehr, scheint das Maß aller Dinge. In der Rolle des Trink-Animateurs versteht sich ein Mann namens Julius Zipp, auch er ein Bajuware. Von der Bühne aus bestimmt er mit dem Befehl: „Alle Krüge hoch!" den Takt für die Kehle. Als besonders engagiert zeigen sich die Matrosen, denen die Bierkrüge wie Trophäen am Gürtel baumeln.

Auch die rund 3000 Segler, denen zuliebe das Fest einst von zwei Hamburgern ins Leben gerufen worden war, zeigen sich nach anfänglichen Flauten in gehobener Stimmung. 1328 Boote aus 31 Nationen haben sich zu dem Festival der Segler gemeldet, ein Rekord, sieht man einmal vom Jubiläumsjahr 1982 ab. Ihre Zahl unterstrich, daß Kiel, oder besser das Olympiazentrum Schilksee, unverzichtbarer Bestandteil der Saison ist.

Selbst die „Gorch Fock", Schulschiff der Bundesmarine (Heimathafen Kiel) ehrt die Stadt mit ihrer Anwesenheit. Ein Umstand, der eher dem Zufall zu verdanken ist, da der Stolz der marinebewußten Norddeutschen gerade eine Liegezeit bei HDW hinter sich hat.

Was aber wird an Substanz für Kiel und das Land bleiben? Die Erinnerung an eine weitere Kieler Woche, den Besuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und die Visite des Bundeslandwirtschaftsministers Ignaz Kiechle? Der erste Mann im Staate, von seiner Frau Marianne begleitet, hatte während seines eineinhalbtägigen Aufenthaltes versucht, den ernsten Aspekt in diesem feucht-fröhlichen Trubel stärker zur Geltung zu bringen.

Feiern gehörten zur Natur des Menschen, und er schöpfe daraus Kraft für den Alltag, meinte er vor Repräsentanten der Stadt im Magistratssaal, doch dürften dabei nicht die vergessen werden, die unsere Hilfe brauchten. Weizsäcker widmete sich daher nicht so intensiv den Würdenträgern aus Kommune, Land oder dem Ausland, sondern suchte das Gespräch mit Jugendlichen, darunter Behinderten einer Schule im Kieler Stadtteil Pries. Intern, so hatte es der Bundespräsident gewollt, sprach er mit Schülern und Lehrern. Die Presse blieb außen vor.

Ebenso wie Bundestagspräsident Philipp Jenninger, der in Stellvertretung für den Bundespräsidenten die Kieler Woche eröffnete, hatte auch von Weizsäcker die Rolle Kiels und Schleswig-Holsteins als Brücke zu den Anrainerstaaten der Ostsee gewürdigt.

Wie aber ist es darum bestellt? Repräsentanten aus mehr als 40 Nationen, allen voran das Diplomatische Korps und Parlamentarier aus den nordischen Staaten, gaben sich schon in den ersten Tagen im Rathaus die Klinke in die Hand. Auffallend war dabei, daß sich die „DDR", früher durch Rostock vertreten, nicht präsent zeigte. Nur fünf Jollen in Schilksee zeugten von den Kontakten mit der „DDR".

Doch ebensoschnell wie die ausländischen Vertreter kommen, verlassen sie die Stadt auch wieder nach einem wenige Tage dauernden Vergnügen.

Die Wirkung dieses internationalen Meetings scheint, zumindestens was das Wirtschaftliche betrifft, gleich null. Ein führender Vertreter des Rathauses kommentiert den Zustand so: „Die Bayern und Baden-Württemberger machen das Geschäft." Die Skandinavier hätten ihm, auch in diesen Tagen, wiederholt auf die Aktivitäten der Süddeutschen im Norden Europas angesprochen. Demgegenüber verzettelten sich die Landeshauptstadt und Schleswig-Holstein in einzelnen Auftritten. Das nördlichste Bundesland als Durchgangsstation für Handel und Wandel.

Die neue Partnerstadt heißt Gdingen

Nach der Woche werden sich die Organisatoren zur Manöverkritik treffen. Als Plus werden sie vermelden können, daß Kiel mal wieder in aller Munde gewesen ist und sie werden auf die Städtepartnerschaft mit Gdingen hinweisen, die fünfte zwischen einer Stadt aus der Bundesrepublik Deutschland und einer polnischen Kommune. Feierlich war sie zur Mitte der „Kieler Woche" als ein gesellschaftlicher Höhepunkt unterzeichnet und von Stadtpräsident Günter Schmidt-Brodersen als Bestandteil der Normalisierung zwischen den Polen und den Deutschen in der Bundesrepublik gewürdigt worden.

Der Text zeugt von der Absicht, die Zusammenarbeit in kommunalen Bereichen, in der Werft- und Hafenindustrie sowie auf den Gebieten der Kultur, des Sports und des Tourismus zu intensivieren.

Auch ein Geschäft also und nicht nur Freundschaft? Wir müssen, so warnen allerdings Stimmen im Rathaus, unsere Interessen wieder stärker nach Skandinavien ausrichten und nicht nur das Gespräch mit dem Ostblock sehen.

Und noch eine Sache bleibt Kiel – das Versprechen des Musikrates, in naher Zukunft den Wettbewerb „Jugend musiziert" einmal im Norden der Republik zu organisieren. Diese Absicht bekundete zumindest Diethard Wucher, als er von einem Repräsentanten der Stadt auf die gute Atmosphäre aufmerksam gemacht worden war, die Kiel während des Kongresses geboten habe.

Die Hispanics erwachen und fordern ihre Rechte

Etwa 15 Millionen US-Bürger sind lateinamerikanischer Abstammung. Die „Hispanics", als Minderheit oft diskriminiert, kämpfen seit einigen Jahren mit Erfolg für ihre Rechte. Eine ihrer Hauptwaffen: Sie gehen wählen.

Von DETLEV AHLERS

In den sechziger Jahren trat plötzlich eine radikale Bewegung in Los Angeles auf: „Aztlan", benannt nach dem mythologischen Ursprungsort der Azteken. Sie nannte die Eroberung der bis 1848 mexikanischen Gebiete durch die nordeuropäischen Einwanderer der USA einen „imperialistischen Krieg", forderte die kulturelle Unabhängigkeit der hispanischen Minderheit in den USA und vor allem eine Schulbuch-Reform. Inzwischen hat das neue Selbstbewußtsein auch die hispanische Masse gepackt, und zwar auf eine überzeugende Art: sie wählt.

Das hatten die meisten bis vor wenigen Jahren nie getan: Millionen von Menschen, von denen viele sich schlicht „in einem kolonialen Zustand" empfanden, wie Willie Velasquez, Chef eines städtischen Wähler-Mobilisierungs-Büros, erzählt. Jetzt stellen die Hispanics in der zehntgrößten Stadt der USA, in San Antonio im Süden von Texas, den Bürgermeister und klagen vor Gericht gegen Diskriminierungen bei Wahlen.

Was ist das für ein Menschenschlag? Im abgelegenen Norden des US-Staates Neu-Mexiko leben zum Beispiel noch eine Handvoll Ansiedlungen, in denen spanische Wörter gesprochen werden, die man in Europa seit 300 Jahren nicht mehr hört. Der Südwesten der USA, also große Teile von Texas und Kalifornien, außerdem Arizona, Neu-Mexiko und Colorado wurden zunächst von spanischen Priestern, Soldaten und Siedlern erschlossen, die nach der mexikanischen Unabhängigkeit 1810 zunächst zu Mexiko gehörten.

Die meisten Städte dieser Gegend tragen Namen, die das sofort verraten: San Francisco zum Beispiel und Los Angeles. Zusammen mit den späteren Übersiedlern aus Mexiko sind es in diesen Teilen der USA neun Millionen Menschen, deren Vorfahren sich mit den Indianern vermischt haben, aber kaum mit den nordeuropäischen Einwanderern.

Doch das sind nicht alle Hispanics in den USA: In Florida leben 900 000, die vor allem aus Kuba kommen, in New York 1,7 Millionen Puerto Ricaner. Während der Industrialisierung von Illinois wurden dort viele Mexikaner gebraucht, die inzwischen 650 000 Nachkommen haben. Insgesamt leben in den USA 15 Millionen Hispanics. Wie die Mehrheit der Schwarzen votieren auch sie bei Wahlen als „Block" für die demokratische Partei (mit Ausnahme der meisten Kubaner, die ihre antikommunistische Einstellung besser von den Republikaner vertreten sehen).

Die Hispanics stellen in Texas 21 Prozent der Bevölkerung, in Kalifornien 19 Prozent, mit zunehmender Tendenz. Wenn die Wahlberechtigten von ihnen wählen, ist das für einen Kandidaten dort im Durchschnitt die Hälfte der benötigten Stimmen. Außerdem hat der Präsidentschaftskandidat, der diese beiden Staaten gewinnt, bereits 76 von 270 Wahlmännerstimmen gewonnen, die er braucht, um erster Mann der USA zu werden. Die Wahlbeteiligung der Hispanics hat sich im Südwesten der USA in 20 Jahren verdoppelt, liegt jetzt nur noch knapp unter dem Durchschnitt. Und in dieser Zeit hat sich viel geändert.

Zum Beispiel: Es wurden viele Stadtteile kanalisiert, und das war für viele zunächst das wichtigste. Vor elf Jahren gab es eine Umfrage unter den Führern der Hispanics, was die Hauptschwierigkeiten dieser Minderheit seien, und sie antworteten: erstens die geringe Wahlbeteiligung, zweitens Benachteiligungen im Schulsystem und deswegen schlechte Ausbildung. Dann wurden einfache Hispanics gefragt und eine oft gehörte Antwort war folgende: „Die Straßen der Weißen sind alle in Ordnung, doch mein Haus steht nach jedem Regen unter Wasser." Kanalisation war das größte Anliegen. Als zweiter Punkt wurde auch von ihnen das schlechte Schulsystem genannt.

Eine Wahlbeteiligung lehnten bei einer Umfrage 1965 zwei Drittel als „nutzlos" ab, denn, wie einer zu Protokoll gab: „Ich habe allen Versprechungen von Roosevelt bis Kennedy geglaubt, aber meine Straße ist immer noch nicht geteert."

Für Walter Mondale war der Hispanic Henry Cisneros ein Kandidat für das Amt des Vize-Präsidenten FOTO: UPI

Das lag und liegt immer noch vor allem daran, daß die Weißen, zu denen sich die Hispanics nicht zählen, mit Hilfe der Wahlkreis-Einteilungen ihre Macht gesichert haben. 84 solcher County-Einteilungen im Südwesten der USA wurden seit 1979 von den Bundes-Gerichten geprüft; in 83 dieser Fälle bekamen die Kläger, Wählerbewegungsbüros wie das von Willie Velasquez in San Antonio, Recht. Doch allein Texas hat 254 Counties, und in der Mehrzahl sind Hispanics weiter benachteiligt.

Das funktioniert so: Ein County hat vier Wahlkreise, die (weiße) Verwaltung zieht ihre Grenzen. In Frio County, Texas, leben zum Beispiel 69 Prozent Hispanics, doch wundersamerweise waren fast alle in einem Wahlkreis. Folge: Drei Viertel des County waren in weißer Hand, bis das Gericht eine Änderung anordnete.

Eine andere Diskriminierungsart verbot das Gericht in Medina County, Texas: Dort leben 40 Prozent Hispanics. Die Wahlkreisgrenzen waren so gezogen, daß Hispanics in jedem Kreis 40 Prozent zählten und die Grenzen zogen auf der Karte absurde Linien – es gab auch geteilte Wahlkreise. Da rassisch gewählt wird, also Weiße und Hispanics zu etwa 95 Prozent ihresgleichen wählen, wurde das ganze County von den Weißen beherrscht. Die erste Klage gegen Praktiken dieser Art reichte übrigens 1977 eine jüdische Gemeinschaft gegen den Staat New York ein.

In einigen Städten stellen die Hispanics die Mehrheit, wie in San Antonio (55 Prozent). Dort ist gerade Henry Cisneros zum Bürgermeister wiedergewählt worden, ein 38jähriger Hispanic. Seine Mutter wurde in der Nonnenschule noch geschlagen, weil sie Spanisch sprach, jetzt ist das im Bürgermeister-Büro eine Umgangssprache.

Cisneros wurde gewählt, weil sich junge Hispanics in den sechziger Jahren über ein Buch von A. Rubel („Across the Tracks") geärgert hatten; er führte das politische Desinteresse der Hispanics auf mangelnde demokratische spanische Tradition zurück. Außerdem waren sie beeindruckt von den Kennedys und dem, was sie über Minderheiten sagten.

Schließlich fielen im Kampf der Schwarzen um Gleichberechtigung damals viele Diskriminierungen bei der Wählerregistrierung fort, unter denen auch die Hispanics litten. Denn um wählen zu können, muß man nicht nur 18 sein, sondern auch als Wähler registriert sein, was für viele Angehörige der Minderheiten mit Schikanen verbunden war.

Es begann eine langwierige Überzeugungsarbeit, daß Wählen Sinn hat. Tausende wurden zu Hause besucht – die Hispanics kann man am Namen im Telefonbuch erkennen. Der erste Erfolg war die Abwahl des Sheriffs in Reeves County 1976, der Hispanics im Gefängnis mißhandelt hatte.

Die Schulbuch-Reform, die die Aztlan-Bewegung gefordert hatte, gab es inzwischen auch: Es wurden alle Passagen gestrichen, in denen die Eingliederung der mexikanischen Gebiete als „Sieg über die Wilden" gefeiert wurde. Auch die katholische Kirche der USA (25 Prozent ihrer Mitglieder sind Hispanics) ist sich dieser Minderheit bewußt geworden und tritt für ihre Rechte ein.

Weil die politische Macht gerechter verteilt ist, fließen jetzt auch die öffentlichen Gelder für Renovierung und Straßenarbeiten gerechter in alle Stadtteile. Doch das Schulsystem bleibt das große Problem. Denn die Schulmittel werden weitgehend lokal erhoben und die verschiedenen Rassen leben weitgehend getrennt. Deswegen werden die Kinder von Eltern mit guter Erziehung und deswegen hohem Einkommen besser unterrichtet als andere. Eine wesentliche Verbesserung haben die Hispanics aber erreicht: Spanisch ist im Südwesten der USA eine zweite anerkannte Schulsprache geworden.

Die Jugend soll ein authentisches Bild vom Widerstand gewinnen

Schulsenatorin Laurien eröffnet die ersten Räume einer zentralen Gedenkstätte in Berlin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wenige Tage nach der endgültigen Standortbestimmung für das „Deutsche Historische Museum" gegenüber dem Reichstag, die Bundeskanzler Helmut Kohl vornahm, zeigt sich Berlin auf andere Weise wieder seiner nationalen Aufgabe bewußt: Die ersten Räume des ersten, umfassenden Museums über den deutschen Widerstand werden morgen in Berlin der Öffentlichkeit übergeben.

Die zentrale „Gedenkstätte Deutscher Widerstand" findet im ehemaligen Bendler-Block, dem Quartier des Ersatzheeres und Ausgangspunkt des Aufstands vom 20. Juli 1944, ihren Platz. Berlins Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien gibt die Film- und Vortragsräume dieser Neueinrichtung in einer kleinen Feierstunde am morgigen Freitag zur Benutzung frei. Die eigentlichen Ausstellungsräume, die in 26 Kapiteln mehr als 5000 Gegenstände zeigen, sind vermutlich erst im Sommer 1986 – zum 42. Jahrestag des 20. Juli – zugänglich.

Mühsamer Aufbau

Die bisherige „Gedenk- und Erinnerungsstätte" in den ehemaligen Stabsräumen von Oberst Graf Stauffenberg am Rande des Berliner Tiergartens schloß wegen der Um- und Ausbauten bereits im Herbst 1983. Bundesregierung und Senat wenden für die aufwendigen und zeitraubenden Arbeiten an dieser längst überfälligen Ausstellung rund 2,3 Millionen Mark auf. Der Fachdesigner Hans-Peter Hoch (Stuttgart) – seit Jahren für das Auswärtige Amt tätig – ist für die visuelle Umsetzung zuständig.

Der Plan, im freien Teil Berlins endlich die seit langem ausstehende größte, zusammenhängende Darstellung des deutschen Widerstands aus historischer, nicht ideologischer Sicht, zusammenzutragen, geht noch auf die Amtszeit des damaligen Regierenden Bürgermeisters und heutigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zurück. Ursprünglich war vorgesehen, daß von Weizsäcker bei seinem ersten Berliner Arbeitsbesuch als Bundespräsident am 20. Juli 1984 zum 40. Jahrestag der Erhebung des 20. Juli die neue Gedenkstätte der Öffentlichkeit übergeben sollte.

Die wissenschaftliche Führung des anspruchsvollen Vorhabens liegt in den Händen von Professor Dr. Eberhard Bethge (Bonn) und Professor Dr. Peter Steinbach (Universität Passau). Ein wissenschaftlicher Beirat vereinigt Publizisten, Pädagogen, Historiker und Vertreter von Vereinigungen der Widerstandskämpfer. Dieses Gremium wird von Ludwig Freiherr von Hammerstein, dem früheren Intendanten von RIAS Berlin, geleitet. Er gehörte zu den Männern des 20. Juli.

In seiner Antwort auf eine kritische SPD-Anfrage über die ungewöhnliche Dauer der Arbeiten nannte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen vor einiger Zeit folgende Gründe: „Die Gedenkstätte ist der Gesamtheit des deutschen Widerstands in der Vielfalt seiner Richtungen, Gruppierungen, Persönlichkeiten und Entwicklungsstufen gewidmet. Sie versucht, ein wirklichkeitsgetreues Bild des Widerstands in seiner Differenzierung und in seiner Zeitbezogenheit zu zeichnen und den Widerstand auch aus seinen zeitgeschichtlichen Bedingungen und Zusammenhängen zu verstehen und zu würdigen."

Warum der Aufbau angesichts dieses großen Anspruchs so mühsam ist:

● Das reichlich vorhandene Aktenmaterial der Verfolgungsmaschinerie liefert oft kein authentisches Bild des Widerstands.

● Die schon deshalb sehr mühsame Suche nach möglichst aussagekräftigen Bildern und Dokumenten wird erschwert durch den Umstand, daß die Erforschung des Widerstands... vielfach erst am Anfang steht.

● Für die Ausstellung kann nicht einfach aus bereitliegendem Material ausgewählt werden, sondern ein erheblicher Teil unverzichtbaren Materials muß erst durch eigene Forschungsarbeit in Archiven wie aus zum Teil nicht erschlossenem Privatbesitz im In- und Ausland aufgefunden und wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

100 000 Besucher

Weil die Ausstellung – wie ihre provisorische Vorgängerin – von vielen jungen Menschen aufgesucht werden wird, präsentiert sie ihre Exponate nicht „zum Anfassen", ohne zum Panoptikum des Widerstands zu werden: Das Arbeitszimmer von Stauffenberg wird beispielsweise in Andeutungen nachgestellt. Der Abschnitt „Kirchen im Widerstand" spielt in einer abgedunkelten Umgebung, die durch eine Glaswand zusätzlich die Empfindung herstellt, sich in einem Gotteshaus zu befinden.

Im Kabinett „Arbeiter-Widerstand" werden an einer Metallwand eindrucksvolle Darstellungen im modernen Siebdruck-Verfahren gezeigt. In den Räumlichkeiten, die die Entwicklung der NS-Ideologie darlegen, rückt eine Art Saalbühne nach dem Muster von SA-Sturmlokalen ins Blickfeld, um Atmosphäre und Milieu der Zeit zu spiegeln.

Im früheren Arbeitszimmer von Befehlshaber Fromm, der Kommandozentrale des Unternehmens „Walküre" am 20. Juli 1944, wird der Ablauf dieses historischen Tages nachgestellt. Für jeden Raum werden Begleitblätter aufgelegt.

„Wir rechnen mit jährlich 100 000 Besuchern", sagte Wolfgang Goebel, Leiter der bisherigen Gedenk- und Erinnerungsstätte. Dies wären doppelt soviele wie bisher.

Neue Diskussion um Zoll und Grenzschutz

BERND HUMMEL, Eschwege

Vor dem Hintergrund anhaltender Diskussionen um Personalplanung und Aufgabenstellung des Bundesgrenzschutzes (BGS) hat der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Erich Riedl schriftlich Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, sich persönlich um Problemlösungen zu bemühen. Dazu sollte nach Auffassung des Abgeordneten eine Neuordnung der Aufgaben von Zollverwaltung und BGS entlang der Grenzen zählen. Riedl: „Bundespolizeiliche Aufgaben, die dort derzeit durch den Zoll wahrgenommen werden, sollten auf den BGS rückübertragen werden."

Damit hat der CSU-Abgeordnete die Diskussion um das Nebeneinander von Zollgrenzdienst und BGS, das auch vom Bundesgrenzschutzverband (BGV) als überflüssig und zu kostenaufwendig erachtet wird, erneut entfacht. Mehr als 1600 Zollbeamte versehen entlang der innerdeutschen Grenze parallel zum BGS und unter seiner Fachaufsicht dort lediglich ihm übertragene Aufgaben. Die Kosten: 90 Millionen Mark pro Jahr. Weil der BGS dem Innenminister, der Zoll jedoch dem Finanzminister untersteht, hat es in dieser Frage bislang keine Einigkeit gegeben.

In einem Forderungskatalog geht der CSU-Abgeordnete offen die kritischen Punkte beim BGS an, zeigt jedoch gleichzeitig Lösungsmöglichkeiten auf. So weist er darauf hin, daß nach dem BGS-Personalstrukturgesetz von 1976 die Polizeien der Länder zur Vermeidung einer Überalterung des BGS in diesem Jahr 950 sowie 1986 und 1987 jeweils 1200 und 1988 schließlich 700 Polizeivollzugsbeamte des BGS übernehmen müßten. Nur: Die Übernahmequoten blieben bislang durchschnittlich um die Hälfte hinter den Erfordernissen zurück. Riedl hat deshalb vorgeschlagen, in Gesprächen mit den Ministerpräsidenten verbindliche Übernahmequoten festzulegen.

Nach der rot-grünen Einigung droht jetzt ein neuer Härtetest Hanau

Zimmermann fordert als Chef der Aufsichtsbehörde die Aufhebung der Teilstillegung

HEINZ HECK, Bonn

Täglich ist nun damit zu rechnen, daß Ulrich Steger (SPD), hessischer Minister für Wirtschaft und Technik, die am 3. Mai ergangene Teilstillegung der Hanauer Reaktor-Brennelement Union GmbH (RBU) wieder aufhebt. Dazu hatte ihn Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) als Chef der Bundesaufsichtsbehörde am vergangenen Freitag aufgefordert (Die WELT vom 22. Juni).

Damit geht ein von allerlei Ungereimtheiten gekennzeichnetes Politstück zu Ende, durch das sich auch ein rot-grüner Faden zieht. Denn die hessischen Grünen hatten die Hanauer Nuklearbetriebe Alkem, Nukem und RBU gleichsam als Herzstück der deutschen Atomwirtschaft ausgemacht und bei einer Mitgliederversammlung im Oktober ihre Stillegung gefordert. Die Strategie ist klar und einfach: Wenn keine Brennelemente mehr hergestellt werden, muß den Kernkraftwerken in der Bundesrepublik über kurz oder lang der „Stoff" ausgehen. Der von den Grünen schon lange geforderte Verzicht auf Kernenergie müßte sich dann von selbst einstellen.

Druck auf Steger

Wie ernst es den Grünen mit dieser Forderung war, wurde deutlich, als sie das rot-grüne Bündnis im November aufkündigten, unmittelbar nachdem Steger eine Genehmigung für Nukem erteilt hatte. Es liegt auf der Hand, daß Steger nun bei all jenen in der SPD unter Druck geriet, die noch große Erwartungen an eine rot-grüne Politik knüpften.

Am 3. Mai 1985 verbot Steger der RBU die Verarbeitung und Lagerung höher (fünf bis zehn Prozent) und hochangereicherten (mehr als zehn Prozent) Urans sowie Plutoniums. Das Unternehmen, so ein RBU-Sprecher, war von der Entscheidung „völlig überrascht" und erklärte sich außer Stande, die Begründung nachzuvollziehen. Absicht oder nicht: Die kurz zuvor wieder aufgenommenen Versuche zur Wiederbelebung des rot-grünen Bündnisses erhielten mächtigen Auftrieb und führten aus der Sicht der Betreiber inzwischen zum Erfolg.

Steger hat sich bei der Stillegungsanordnung seines Hauses, wie er betont, an „Recht und Gesetz" gehalten. Rein formal hatte der Hanauer Firmenverbund nicht alle Auflagen des 1975 novellierten Atomgesetzes erfüllt. Zwar hatte das Unternehmen bereits am 12. Dezember 1975 entsprechende Genehmigungsanträge nach neuem Recht gestellt. Doch waren und sind Genehmigungsverfahren bekanntlich nicht nur in Hessen sehr langwierig. So kommt es, daß – zumindest aus der Sicht Stegers – die RBU ihren Genehmigungsantrag vom Dezember 1975 erst mit einem Schreiben vom 5. Juni 1985 zufriedenstellend präzisiert hat.

Unbeantwortet bleibt dabei zum Beispiel die Frage, warum Steger nach Vorlage des RBU-Sicherheitsberichts 1984 nicht die gewünschte oder erforderliche Präzisierung vom Unternehmen nachgefordert hat, anstatt mit der Teilstillegung im Mai 1985 gleich den großen Hammer zu schwingen und damit auch Arbeitsplätze zu gefährden. Neuerdings, aber erst nach der Teilstillegung, spricht Steger selbst von „der Verhältnismäßigkeit der Mittel". Wäre diese Frage früher aufgetaucht, hätte sich die am 5. Juni gegebene Präzisierung in Form eines Zusatzantrags sicherlich auch schon vor dem 3. Mai geben lassen und die Teilstillegung entbehrlich gemacht.

In einem Acht-Seiten-Schreiben an den Innenminister mit der Bitte um „bundesaufsichtliche Äußerung" schildert Steger am 12. Juni den Verfahrensablauf und begründet, warum er so und nicht anders habe handeln müssen. Dabei spart er nicht mit Kritik am Hanauer Unternehmen: „Die Geschäftsleitung der RBU wollte die Öffentlichkeit ebenso wie die atomrechtliche Behörde (die Sachwalter des öffentlichen Interesses ist) im Unklaren lassen: die Öffentlichkeit darüber, daß sie weiterhin (zumindest bis zu einer entsprechenden rechtskräftigen Genehmigung für ALKEM) mit Plutonium und hochangereichertem Uran umzugehen beabsichtigte, und die Behörde darüber, daß sie sich den oben... genannten Voraussetzungen für die Fortführung dieser Tätigkeiten nicht unterwerfen wollte und sich hilfsweise die Aufspaltung ihres Antrages vom 12.12.1975 vorbehielt."

„Nicht verständlich"

Die Vorwürfe erscheinen dem so kritisierten Unternehmen „nicht verständlich". Schließlich sei alles, was nach Meinung Stegers „im Unklaren" gelassen werden sollte, seit 1980 Gegenstand der ständigen atomrechtlichen Aufsicht. Auch lasse sich der Öffentlichkeit nichts vorenthalten. Denn für das Genehmigungsverfahren ALKEM seien im April/Mai 1984 die Unterlagen ausgelegt worden, und im vergangenen Herbst habe es eine öffentliche Anhörung gegeben.

Abschließend noch ein Wort zu den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen: Aufgrund der Strafanzeige einer Öko-Gruppe aus Hanau ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die Geschäftsführung von ALKEM und RBU sowie gegen die Beamten Frank und Thurmann vom hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik. Die Geschäftsführung der Hanauer Betriebe begrüßt dieses Verfahren und sieht den Ergebnissen der Ermittlung (die sich derzeit offenbar auf die beiden Beamten konzentrieren) mit Gelassenheit entgegen und verspricht sich davon eine gewisse Objektivierung in einer mit parteipolitischen Vorzeichen belasteten Auseinandersetzung von großer Tragweite.

Der Finanzsenator hat das Geld aus Bonn schon für den Etat eingeplant

Von W. WESSENDORF

Die Ministerpräsidenten und Präsidenten der Senate der Bundesländer wollen sich am 5. Juli zu einer außerordentlichen Sitzung in Bonn treffen, dann soll eine Vorlage des Bundesfinanzminsteriums über die Neuverteilung der Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) diskutiert werden.

Die Freie Hansestadt Bremen hat daran ein besonderes Interesse, denn der Zweistädtestaat ist das einzige Bundesland, das zwar vom horizontalen Länderfinanzausgleich profitiert, aber keine BEZ bekommt. Deshalb klagen die Bremer vor dem Bundesverfassungsgericht, die mündliche Verhandlung ist für den 15. Oktober in Karlsruhe angesetzt, mit der Entscheidung wird Ende des Jahres oder Anfang 1986 gerechnet.

Die sozialdemokratische Bremer Landesregierung geht davon aus, daß Bremen künftig Ergänzungszuweisungen bekommt. Dem Vernehmen nach haben die CDU/CSU-regierten Länder schon eine Beteiligung an der BEZ angeboten. Auch Bundeskanzler Kohl ist dafür; das hat er in einem Brief an die Weser signalisiert.

Allerdings besteht über die Höhe der Summe Unklarheit. Eine Modellrechnung des Bundesfinanzministeriums von Dezember 1984 (Drucksache 10/2298) nach dem sogenannten Fehlbetragsschlüssel ergibt für Bremen einen Betrag von 101,9 Millionen Mark. Nach einer aktualisierten Steuerschätzung von Bund und Ländern würde sich indes dieser Betrag auf 95,4 Millionen verringern.

Der Bremer Finanzsenator Moritz Thape hat in seinem Etatvorschlag für 1986 aber schon rund 200 Millionen Mark aus dem Topf der BEZ eingeplant. In diesen Topf fließen jährlich 1,5 Prozent der Umsatzsteuer. Das wären 1986 rund 1,8 Milliarden Mark. Die Bremer Regierung ist der Meinung, daß dem Land bei systemgerechter Berücksichtigung ein Anteil von 5,3 Prozent davon zusteht.

Die erwähnte Drucksache des Bundestages zeigt denn auch auf, daß das Gleichgewicht der Finanzverteilung in der föderalistischen Bundesrepublik im Laufe der vergangenen Jahre ins Wanken geraten ist. Der heutige Verteilungsmodus geht weit auf die Steuerreform 1970 zurück.

Der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick,



bringt die Lage des Zweistädte-Staates auf die Kurzformel: „Sinkende Gewinne, sinkende Steuereinnahmen, sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit, steigende Kosten für Arbeitsplatzsicherung und Finanzierung der Arbeitslosigkeit sind ein kaum zu sprengender Teufelskreis".

Es seien jedoch nicht allein die Auswirkungen der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung, die die Finanzsituation eines Landes spürbar belasteten, sondern es kämen weitere negative Faktoren hinzu wie die Änderung des Steuersystems und der Rückgang der Einwohnerzahlen durch überproportionale Umlandwanderung. Koschnick: „Deshalb müssen wir zu einer gemeinsamen Haltung des Nordens auch bei den Auseinandersetzungen über den Länderfinanzausgleich kommen".

Nun klagt aber nicht nur das Land Bremen allein in dieser Sache; auch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg haben den Weg nach Karlsruhe angetreten. Koschnick und Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht sind sich schon einig, sie haben einen Kompromiß über die Höhe der BEZ geschlossen. Der Bremer Bürgermeister hat erklärt, daß das kleinste Bundesland auf einen Abgeltungsvertrag verzichten wolle, wenn es jährlich 95,4 Millionen DM aus dem Bundestopf bekäme. Allerdings muß Koschnick dies noch in seinem Senat durchsetzen.

Die Nordrhein-Westfalen haben vorgeschlagen, die Ergänzungszuweisungen des Bundes von 1,5 Prozent auf 0,5 Prozent des Umsatzsteueraufkommens zurückzuführen. In gleicher Höhe – also ein Prozent – soll ihrer Ansicht nach der Länderanteil an der Umsatzsteuer erhöht werden. Für den Haushalt des Bundes würde dies keine Änderung bedeuten. Bremen würde danach sogar 170 Millionen Mark erhalten.

Das reiche Baden-Württemberg hat zwar auch dem Grund nach zugestimmt, daß Bremen Ergänzungszuweisungen erhalten soll. Allerdings pocht Lothar Späths Regierung darauf, die Berücksichtigung bestimmter Sonderbelastungen wie Hafenlasten für Bremen, Hamburg und Niedersachsen so wie übermäßiger Belastungen im Saarland und Schleswig-Holstein beim horizontalen Länderfinanzausgleich wegfallen zu lassen. Dieses Ergebnis würde aber Bremen in eine ausweglose Finanzsituation führen.

Grüne gewährten zu Unrecht „Asyl"

hey, Bonn

Die Grünen haben mit einer spektakulär geplanten Aktion Schiffbruch erlitten: Der sogenannte „Totalverweigerer" Klaus Stefan Philipp (24), der am 2. Januar seinen Grundwehrdienst nicht antrat und dem sie am 17. Januar in ihrer Bonner Geschäftsstelle „Asyl" gewährt hatten, „ist überhaupt kein Kriegsdienstverweigerer". Denn Philipp, so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, gestern im Bundestag, habe keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Deshalb sei seine Entlassung aus der Bundeswehr nicht möglich. Weiter widersprach Würzbach dem Vorwurf der Grünen, Philipp sei am 18. April „in einem unverhältnismäßig harten Feldjägereinsatz" festgenommen worden. Es habe weder eine Festnahme gegeben noch sei „unmittelbarer Zwang" angewandt worden.

Bundesbank dämpft Bau-Erwartungen

pje. Bonn

Die erwarteten Wirkungen der von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Stützung der Bauwirtschaft sind von der Deutschen Bundesbank relativiert worden. In der Anhörung zur „Stärkung und Verstetigung der Bautätigkeit" im Bauausschuß des Bundestages nannte Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger die Verkürzung der Abschreibungsfristen für neue Wirtschaftsgebäude zwar „begründet". Die konjunkturelle Wirkung sei aber durch erhebliche Mitnahmeeffekte gering. Schlesinger wandte sich auch gegen die Forderung der Bauwirtschaft und der IG Bau, Steine, Erden, die von der Bundesregierung vorgesehene steuerliche Begünstigung selbstgenutzten Wohneigentums schon 1986 einzuführen. Einem kurzfristigen Nachfrageanstieg folge dadurch eine Nachfragelücke 1987.

„Paketlösung" zugestanden

hey, Bonn

Der Bundestag soll morgen die Novellen zum Demonstrationsstrafrecht und zum Kontaktsperregesetz verabschieden. Den Weg dazu hatte gestern früh der Stuttgarter Justizminister Heinz Eyrich (CDU) freigemacht, indem er auch die Neufassung des Kontaktsperre-Gesetzes am Freitag nächster Woche im Bundesrat abschließend beraten lassen will. Sein bayerischer Amtskollege August Lang (CSU) hatte in der Länderkammer lediglich über das Demonstrationsstrafrecht abstimmen lassen wollen. Das aber hätte zu einem Scheitern der Bundestagsentscheidung geführt, weil die FDP an einer „Paketlösung" festgehalten hat.

Im Rechtsausschuß des Parlaments war es gestern zu einem stundenlangen Streit zwischen Koalition und Opposition gekommen. Die SPD hatte eine erneute Experten-Anhörung gefordert.

„Rotarmisten" stürmten Krankenhaus

XING-HU KUO, Stuttgart

Vor dem katholischen Marien-Hospital in der Stuttgarter Böheimstraße wurde an Passanten folgendes Flugblatt verteilt: „30 Kampfhubschrauber bombardieren das Süd-West-Viertel Stuttgarts. Anschließend stürmen Infanteristen mit Kalaschnikows (sowjetische Gewehre) das Marienhospital, rauben es aus und sprengen es. Patienten und Pflegepersonal liegen in ihrem Blut. Stellen Sie sich weiter vor, kaum eine Zeitung nimmt Notiz davon, kein Kommentar im Fernsehen."

Damit die zum Teil verblüfften Stuttgarter auch optisch sehen, was hier konkret gemeint ist, laufen vier Personen in nachgemachten sowjetischen Armeeuniformen auf das achtstöckige Krankenhaus zu. Fachmännisch halten sie ihre aus Holz nachgebauten „Kalaschnikows" in Richtung Haupteingang und zielen. Die schweigsame Pantomime wird durch Pappschilder „erläutert". So heißt es nach und nach: „Angriff. Feuer. Ich verschieße Hohlmantelgeschosse. Sie reißen solche Löcher (Fotos)." Dann wird an einem Gerüst der Baufirmen Zübler und Wachter die „Erfolgsmeldung" angehängt: „Gesprengt." Letzter Akt: „Rückzug."

Ohne Zwischenfälle verlief der etwa 20 Minuten andauernde Theaterakt, der, so Major Erik Kothny gegenüber der WELT, vor allem „Betroffenheit" auslösen soll. Denn was hier so unrealistisch, geradezu undenkbar erscheint, ist in Afghanistan bedrückender Alltag.

Das Szenario zu dieser Pantomime, die von der Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität (GmbH) geschrieben wurde, zeigt die Sowjetarmee mit ihrem gnadenlosen Krieg auch gegen Zivilisten und Krankenhäuser in Afghanistan.

Der „Angriff" auf das Marienhospital soll nämlich an eine Klinik in Afghanistan erinnern, die mit deutschen Spendengeldern betrieben wurde und Ende März dieses Jahres von sowjetischen Truppen gestürmt, ausgeraubt und gesprengt worden war. Dabei seien, so die Organisation, zwei Mitarbeiter des Bonner Afghanistan-Komitees getötet worden.

Mit ganz wenigen Ausnahmen sei weltweit hierüber nichts berichtet worden, so Major Kothny. Deshalb sei er auf die ungewöhnliche Idee gekommen, diesen Angriff in Stuttgart zu simulieren.

Allerdings hatten einige Passanten die Sowjet-Uniformen nicht erkannt: die Aggressoren wurden als „NATO-Soldaten" irrtümlicherweise tituliert. Dafür war die deutsche Autobahnpolizei gründlicher und sachkundiger: drei Afghanen mit erbeuteten russischen Uniformen, die aus Bad Homburg nach Stuttgart unterwegs waren, wurden angehalten und befragt. Deshalb wurde die „Sowjetarmee" in Stuttgart gleich halbiert. Major Kothny: „Die Afghanen waren sehr enttäuscht, daß sie zu spät kamen."

Ein Lehrstück für Fernseh-Journalismus

HENK OHNESORGE, Bonn

Was interessiert das – private – Fernsehen der USA an der Bundesrepublik Deutschland, und welches Bild wird von ihr auf den amerikanischen Bildschirmen gezeigt? Vorausgesetzt, alle drei großen Fernsehsysteme berichten so wie Columbia Broadcasting System (CBS), dessen Berichterstattung während des vergangenen Dreivierteljahres vom WDR in der Sendung „Wie uns die Nachbarn sehen ..." dargestellt wurde, so besteht kein Grund zu Befürchtungen. Eher schon zu Neid: Was hier eine Dreiviertelstunde lang gezeigt wurde – Information knapp und sachlich mit zugehörigem Hintergrund, doch ohne Privatmeinung des Berichterstatters –, das würde man gern auch bei der USA-Berichterstattung auf deutschen Bildschirmen erleben.

Das Schwergewicht der Sendung lag auf Bitburg, dem Besuch Präsident Reagans zusammen mit Bundeskanzler Kohl auf dem Soldatenfriedhof in der Eifel. Starke Emotionen vor allem von Amerikanern jüdischer Herkunft und ihr Protest am Tag des Besuchs, die Bilder von den Gräbern der in Bitburg beerdigten Soldaten der Waffen-SS – das wurde ausführlich dargestellt.

Aber Dieter A. Weimer, der die Sendung zusammengestellt hatte, war in den Vereinigten Staaten auch der vermeintlich anhaltenden Wirkung des so dargestellten Streitpunkts nachgegangen und kam zu erstaunlichen Ergebnissen: Aus 39 Prozent Zustimmung und 51 Prozent Ablehnung des Besuchs Reagans in Bitburg wurden binnen weniger Wochen 50 Prozent Zustimmung und 42 Prozent Ablehnung. Die Erklärung: Das Medienereignis war, nachdem es vorbei war, kein Ereignis mehr. Andere Dinge beschäftigten die Amerikaner, beispielsweise die große Revision der Steuergesetzgebung.

Aufgehängt an der in Hameln von Kindern gespielten Sage vom Rattenfänger wurde in wenigen Minuten dargestellt, was die zurückgehende Kinderzahl im westlichen Teil Deutschlands für die Rentenversorgung ebenso wie für die Bundeswehr bedeutet, wie es zur Ein-Kind-Familie fast schon als Norm gekommen ist. Beim Stichwort Münchner Oktoberfest wurden die Stellung des Bieres in Deutschland, das Reinheitsgebot und der Streit darüber innerhalb der EG beleuchtet. Experten kommen kurz zu Wort, und zwar ohne unverständliches Fachchinesisch.

Wenn beispielsweise anhand der Stationierung der Pershing-Raketen dargestellt wurde, daß „die Massen auf den Straßen verschwunden sind, die Friedensbewegung jedoch nicht tot ist", wenn von einer – auf Europa bezogen – „unbehaglichen Ruhe zwischen Friedensbewegung und NATO-Regierungen" die Rede war, dann war das mit Aussagen (etwa von Petra Kelly) begründet.

Amerikaner, so sagte der Bonner Bürochef von CBS, wissen wenig über Deutschland und Europa, aber sie wissen ohnehin wenig von dem, was sich außerhalb der USA abspielt. Und deshalb soll das, was ihnen berichtet wird, ebenso interessant wie informativ sein, glaubte der Journalist, der den platten Begriff „Antiamerikanismus" so nicht gelten ließ.

Man konnte neidisch werden ob dieses Lehrstücks, das der WDR zu später Stunde zeigte.

Bonn bereinigt Gesetze

Entbürokratisierung von Vorschriften soll Bürgernähe schaffen

R. v. WOIKOWSKY, Bonn

In den Geschäftsbereichen von acht Bundesministerien soll künftig kräftig „entbürokratisiert" werden. 18 Gesetze und Verordnungen sollen völlig verschwinden, in weiteren 31 bestehenden Gesetzen werden insgesamt 110 Einzelvorschriften zur Streichung vorgesehen. Dies jedenfalls sieht der Entwurf des Ersten Rechtsbereinigungsgesetzes vor, der gestern vom parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, im Deutschen Bundestag vorgestellt wurde. Ziel dieses „Entbürokratisierungsgesetzes" ist es, durch entsprechende Erleichtungen und Vereinfachungen der häufig undurchschaubaren, komplizierten Verwaltungswege eine größere Bürgernähe zu schaffen.

Waffenschmidt nannte denn auch im Parlament einige Beispiele des neuen Gesetzes, die nicht nur eine theoretische Willenserklärung der Regierung bedeuten, sondern auch in der Praxis spürbare Erleichterungen für den Bürger bringen dürften. So etwa wird die Umwandlung des Beförderungsbescheinigungsverfahrens in eine bloße Anmeldepflicht im Werkverkehr jährlich rund 10 000 Verwaltungsverfahren überflüssig machen. Im Bereich der Justiz und der Finanzen sollen künftig statistische Meldepflichten der Pfandbriefbanken, die einen erheblichen Aufwand erfordern, beseitigt werden.

Andere Beispiele verdeutlichen, welches Ausmaß der Filz im deutschen Gesetzesdschungel angenommen hat. So fragt sich der Normalbürger, warum es erst eines neuen Gesetzes bedarf, damit die Industrie- und Handelskammern die Voraussetzungen für die Bestellung von Sachverständigen selbst regeln können. Auch ist nicht einzusehen, daß in den Fällen, in denen Milch nur in verkaufsfertigen Packungen abgegeben wird, die Verkaufserlaubnis einen Sachkundenachweis für das verantwortliche Personal erfordert. Und, wer in Zukunft eine genehmigungspflichtige Anlage anmelden will, spart einen Verwaltungsgang. Denn dann soll die immissionsschutzrechtliche Genehmigung auch die wasserrechtliche Genehmigung einschließen.

Geißler dämpft nicht Unmut der Hessen-CDU

D. GURATZSCH, Wiesbaden

In der hessischen CDU-Landtagsfraktion mehren sich Unbehagen und Ungeduld mit der Politik und Selbstdarstellung der Bundesregierung in Bonn. Auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der am Dienstagnachmittag zu einem „Feuerwehrtermin" nach Wiesbaden geeilt war, konnte den Schwelbrand nicht löschen. Geißler versicherte zwar, er werde die Besorgnisse der Hessen-CDU dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden vortragen. Trotzdem äußerten mehrere Abgeordnete nach seiner Abreise Unzufriedenheit mit „seinen beschwichtigenden Auskünften."

Bereits Ende Mai hatte sich auf einer Sitzung der CDU-Fraktion im hessischen Landtag Unmut entladen. Die Mißfallensäußerungen der Abgeordneten gipfelten in der Forderung an den Bundeskanzler, eine Kabinettsumbildung vorzunehmen und ein eigenes Umweltministerium zu schaffen. Die Umweltpolitik müsse durch die Regierung glaubwürdiger als bisher repräsentiert werden. Auf diese Forderungen konnte Geissler bei seinem zweistündigen Besuch in der hessischen Landeshauptstadt zur Enttäuschung einiger Abgeordneter jedoch keine Antworten präsentieren.

Für die Fraktion erklärte deren Vorsitzender Gottfried Mide, die Hessen-CDU wolle den Erfolg der Regierung Kohl mit dem Ziel, daß die Union den Wahlkampf 1987 gewinnen könne. Es dürfe aber Solidarität nicht nur von unten nach oben gefordert werden, sondern es müsse sie auch „von oben nach unten" geben. Bei dieser Formulierung schwingt die besondere bittere Erfahrung der hessischen CDU mit, daß hessische Wahlkämpfe in der Vergangenheit mehrfach durch unzeitgemäße und unkoordinierte Initiativen führender CDU-Politiker von Albrecht bis Blüm für die Union verpatzt worden seien.

Geißler versuchte bei seinem Wiesbaden-Besuch, den Parteifreunden in Hessen Mut zu machen. Die CDU dürfe nach den jüngsten Wahlniederlagen „nicht aus den Latschen kippen". Zwar sei die „Sozialdemagogie" der SPD voll zu Buche geschlagen, aber auch die Union sei eine „Partei für den kleinen Mann". Sie müsse es nur verstehen, die Inhalte ihrer Politik deutlicher zu artikulieren und klarzumachen, wer in der Bonner Regierung dominiert. Wahlkämpfe würden künftig nur „bei harter politischer Auseinandersetzung mit dem Gegner" zu gewinnen sein. Damit freilich, so CDU-Abgeordnete nach dem Gespräch, „rennt er natürlich bei uns offene Türen ein".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Großbritannien ließen Sikhs schon Banknoten für „Khalistan" drucken

DW. Neu-Delhi

Die indische Regierung hat Großbritannien, die USA und Kanada aufgefordert, Maßnahmen gegen die Aktivitäten extremistischer Sikhs einzuleiten – als Konsequenz des möglicherweise von Mitgliedern dieser Religionsgemeinschaft ausgeführten Anschlags auf die Air-India-Maschine. In den drei Ländern gibt es große Sikh-Gemeinden; vor allem in Großbritannien fordern militante Sikhs die Gründung eines unabhängigen Sikh-Staates „Khalistan".

*

SIEGFRIED HELM, London

Sprecher der 300 000 in Großbritannien lebenden Sikhs versicherten bereits Stunden nach dem Absturz des Air-India-Flugzeuges, daß von einem politisch motivierten Sabotageakt keine Rede sein könne. Mohinder Singh, Gründer und Präsident des Obersten Rates der Sikhs in Großbritannien, erklärte: „Dies ist eine schreckliche Tragödie, aber ich kann keine politische Logik hinter den Vermutungen erkennen, daß dieses Flugzeug von einer Bombe zerrissen wurde."

Diese Versicherung kann die Tatsache nicht überdecken, daß England eine der Hochburgen militanter Separatisten der Sikhs im Ausland ist. Indien bemüht sich seit langem um die Auslieferung von Jagjit Chohan Singh (57), der sich zum Präsidenten einer „Republik Khalistan" im überwiegend von Sikhs bewohnten indischen Bundesstaat Pandschab erklärte, der aus sicherer Entfernung Khalistan-Briefmarken und -Banknoten drucken und Pässe ausstellen läßt.

Der gelernte Arzt Chohan Singh muß darum bemüht sein, mit seinen politischen Aktivitäten im Rahmen der Gesetze des Gastlandes zu bleiben, um so mehr, als London größtes Interesse daran hat, seine Beziehungen zu Neu-Delhi nicht zu belasten. England ist Indiens viertgrößter Handelspartner. Britische Exporte nach Indien erreichten 1984 einen Wert von umgerechnet mehr als 2,8 Milliarden Mark.

Chohan Singh versicherte: „Ich bin im Grunde Pazifist. Das hindert mich nicht, mit Worten, Gedanken und der Feder zu kämpfen." Dieser Kampf gilt dem „Imperialismus der Hindus". Er wird auch von Schreibtischtätern ausgetragen wie jenem Sikh, der in der in England und Pakistan zirkulierenden, urdusprachigen Zeitung „Daily Jang" im letzten Juni ein Kopfgeld von 380 000 Mark auf Indira Gandhi aussetzen ließ (was er dann dementierte).

Kopfgeld war wörtlich zu nehmen. Nach der Erstürmung des Goldenen Tempels in Amritsar hatte Singh in London den baldigen Tod Frau Gandhis angekündigt: „Irgendein junger Mann wird kommen und Frau Gandhi für dieses Sakrileg den Kopf vom Rumpf trennen." Als die BBC dieses Statement sendete, kam es zum diplomatischen Eklat mit der indischen Regierung und zu Protesten der Hindus in Großbritannien. Nach dem Attentat erschien an dem Sikh-Tempel im Londoner Stadtteil Southall eine „schwarze Liste" mit den Namen der nächsten Todeskandidaten: Rajiv Gandhi.

Beim Eintreffen der Nachricht vom Tod Frau Gandhis gab es in Southall ein Freudenfest: Sikhs tanzten auf den Straßen, verschenkten Süßigkeiten, feierten mit einem Feuerwerk – und forderten Proteste der Hindus heraus.

Führer militanter Sikh-Separatisten in England sind auch Jaswant Thekadar Singh und Dal Khalsa. Solche Gruppen sind die schwerste Belastung der bilateralen Beziehungen London-Dehli. Frau Thatcher versprach Rajiv Gandhi bei ihrem Delhi-Besuch im April, den Sikh-Extremisten schärfer auf die Finger zu schauen. (SAD)

In Amerika sind sie besser integriert

FRITZ WIRTH, Washington

Als sie die Nachricht von der Ermordung Indira Gandhis erreichte, zogen in einigen amerikanischen Städten Sikhs, die ihre Genugtuung über dieses Ereignis nicht für sich behalten konnten, auf die Straßen und veranstalteten Freudentänze. Sie waren nicht von langer Dauer. Als ihre amerikanischen Nachbarn Mißfallen darüber zu erkennen gaben, zogen sich die Sikhs schnell zurück.

Es zeigt, daß selbst dort, wo es in amerikanischen Städten größere Ansammlungen von Sikhs gibt, sie niemals eine so dominierende Rolle spielen, wie es in England der Fall ist, wo in den Midlands und im Westen Londons ganze Stadtteile von Sikh-Gemeinden beherrscht werden.

Der Grund: Die Sikhs sind in den USA wesentlich stärker in ihre neue Umgebung integriert als beispielsweise in Kanada und Großbritannien. das hat etwas mit der Tatsache zu tun, daß die Arbeiterklasse unter den Sikhs sich traditionell auf die Commonwealthländer konzentrierte, während die Sikh-Emigranten in den USA sich mehr aus Ärzten, Rechtsanwälten und Technikern rekrutierten.

Darum ist die Zahl der Sikhs in Kanada mit über 100 000 wesentlich höher als in den USA, wo ihre Zahl zwischen 40 000 und 60 000 angesiedelt wird. Sie haben sich im wesentlichen an der Westküste niedergelassen, es gibt jedoch einige relativ starke Sikh-Gemeinden in Chicago und New York.

Die Sikhs in den USA sind darüber hinaus wesentlich gemäßigter als jene in Kanada. Das wurde vor wenigen Wochen beim Besuch des indischen Premierministers Gandhi in Washington deutlich, als sie Mühe hatten, knapp tausend Demonstranten auf die Beine zu bringen.

Ihr Protest (sie nannten Gandhi einen „neuen Hitler" und warfen ihm vor, 50 000 Sikhs ermordet zu haben) wäre untergegangen, hätte das FBI ihnen nicht ein so großes Aufgebot von Polizisten entgegengestellt. Der Aufwand war nötig geworden, nachdem Informationen über einen geplanten Anschlag von Sikh-Extremisten gegen Gandhi vorlagen.

Das FBI hatte durch eine „Söldner-Schule" in Alabama erfahren, daß sich zwei Sikhs im Umgang mit Sprengkörpern ausbilden lassen wollten. Dem FBI gelang es, einen eigenen Agenten in der Schule unterzubringen, der sich der Sikhs annahm. Man ließ die Sikhs am 13. Mai auffliegen, als bekannt wurde, daß die Sikh-Gruppe nicht nur einen Anschlag auf Gandhi plante sondern zugleich den indischen Staatsminister Bhajan Lal umbringen wollte, der sich zu einer Augenoperatn in New Orleans aufhielt.

Vier der Sikh-Verschwörer wurden verhaftet, zwei weitere Verdächtige, Lal Singh und Ammand Singh aus New York, konnten entkommen. Sie haben sich wahrscheinlich nach Kanada abgesetzt. Ob sie mit dem vermuteten Anschlag auf die indische Passagiermaschine zu tun haben, ist noch ungeklärt.

In der indischen Botschaft in Washington schätzt man, daß es in der amerikanischen Sikh-Gemeinde höchstens „ein paar hundert" militante Mitglieder gibt und nicht mehr als 50 Extremisten. Die militanten Sikhs gehören Gruppen wie „Babbar Khalsa" (reine Löwen), „Dal Khalsa", dem „Dash Mesh Regiment" und dem „Sikh Studenten-Verband" an, die sich in einem Telefonanruf an die „New York Times" zu dem Anschlag auf die Air-India-Maschine bekannten.

Mitterrand wendet sich der Rechten zu

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Präsident François Mitterrand hat sich nach längerer Ungewißheit über seine Haltung nach einem – kaum noch auszuschließenden – Wahlsieg der Opposition bei den Parlamentswahlen des kommenden Frühjahrs jetzt klar für ein Zusammengehen mit der Rechten entschieden. Gleichzeitig zerschnitt er bei einem als „Wahlrede" qualifizierten Auftritt in der südfranzösischen Stadt Carcassonne endgültig die Banden zu den Kommunisten, die er 1972 zwei Jahre nach seiner Wahl zum Ersten Sekretär einer neuen sozialistischen Partei geknüpft hatte.

Zwei Jahre vor Ablauf seines Mandats kehrt der fast 70jährige Mitterrand zur Ausgangsposition seiner politischen Karriere zurück: der eines Sozialdemokraten mit einem soliden Mißtrauen gegenüber der Kommunistischen Partei und ihren nationalen und internationalen Zielen.

Auf einer zweitägigen improvisierten Reise durch die Mittelmeerregion Languedoc-Roussillon hatte der Präsident das Schweigen gebrochen, das er in der seit Monaten dauernden Debatte über eine „Kohabitation", ein Zusammenregieren einer rechten Regierung mit einem sozialistischen Staatschef, gewahrt hatte. Ohne sich formell für ein solches Zusammengehen auszusprechen, hatte Mitterrand unmißverständlich seine Bereitschaft bekundet, mit jeder Formation zusammenarbeiten zu wollen, die als stärkste aus den Parlamentswahlen hervorgehen sollte.

„Ich werde die Hände aller ergreifen, die sich mir entgegenstrecken", sagte er nicht ohne Ironie in bezug auf manchen rechten Politiker, der sich ihm in letzter Zeit als möglicher Premierminister angeboten hatte, darunter auch der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing. Über alle „legitimen ideologischen Differenzen" hinweg gebe es heute um das Überleben Frankreichs als moderner Industriestaat vor den Herausforderungen der nahen und ferneren Nachbarn.

Vor einem Publikum von Wein- und Obstbauern, die sich lange verbissen gegen eine Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft auf die konkurrierenden Länder Spanien und Portugal zur Wehr gesetzt hatten, hatte der Präsident den Mut zu sagen: „Der, der die Erweiterung der Gemeinschaft wollte, steht vor Ihnen." Er habe Frankreichs Zukunft auf Europa gesetzt und nichts und niemand bringe ihn davon ab. Jeder, der ihn dabei unterstützen wolle, sei willkommen in seiner Mannschaft. Auch die, die glaubten, seine politischen Gegner zu sein.

Sehr viel weniger freundlich ging Mitterrand mit den Kommunisten um, die ihn auf dem ganzen Wege mit geballten Fäusten und feindlichen Rufen begleitet hatten. „Ich lasse mich durch niemanden von meinem Ziel abbringen", ließ er die von der KPF mobilisierten Demonstranten wissen.

Die Kommunisten hätten sich, sagte er, in Carcassonne auf halbem Weg auf dem Schiff davongeschlichen, auf dem zu fahren ich sie 1981 eingeladen habe, um Frankreich gemeinsam ein Stück weiter auf den Weg zur sozialen Gerechtigkeit zu bringen. Sie haben den gemeinsamen Kampf aufgegeben, und das werden ihnen die Franzosen nicht vergessen", sagte der Staatspräsident.

Der Gipfel in Mailand sucht Wege, die EG funktionsfähiger zu gestalten

Dooge-Bericht als Ausgangsbasis / Aussprache über Bonner Veto nicht geplant

WILHELM HADLER, Brüssel

Den Kopf frei halten wollten sich die Staats- und Regierungschefs der EG für Mailand, um die institutionellen Probleme der Gemeinschaft zu bewältigen. Wieder einmal ist jedoch ungewiß, ob der Europagipfel, an dem erstmals auch die Regierungschefs von Spanien und Portugal teilnehmen werden, letztlich nicht doch von anderen Themen beherrscht wird.

Es besteht die Gefahr, daß der Europäische Rat als Berufungsinstanz herhalten muß, wenn sich die Umweltminister heute in Luxemburg nicht auf strengere Abgaswerte für Automobile verständigen. In diesem Fall wäre erneut kostbare Zeit vertan, die Diskussion über eine Verbesserung der Brüsseler Entscheidungsprozeduren voranzubringen.

Auf der anderen Seite braucht die Bundesregierung eine schnelle Entscheidung über die Emissionsnormen, um das rechtzeitige Inkrafttreten der steuerlichen Anreize für Katalysatorautos sichern zu können. Im zuständigen Fachministerrat gab es bisher kaum Anzeichen für einen Kompromiß. Es läge also durchaus nahe, die Angelegenheit beim Gipfel zur Sprache zu bringen.

In letzter Minute geeinigt

Einen anderen Stolperstein auf dem Weg nach Mailand haben die Außenminister gerade noch rechtzeitig abräumen können. In letzter Minute einigten sie sich in der Nacht zum Mittwoch auf die Modalitäten, nach denen die aus den „Integrierten Mittelmeerprogrammen" zu finanzierenden Projekte für die Modernisierung der Landwirtschaft und Infrastruktur Griechenlands, Italiens und Südfrankreichs bestimmt werden sollen.

Athen bestand darauf, die noch offenen technischen Fragen zu klären und drohte damit, notfalls die Regierungschefs in die Diskussion einzuschalten. Der italienische Ratspräsident Andreotti sah schließlich keinen anderen Ausweg, als seine Kollegen kurzfristig zu einer Sondersitzung zusammenzurufen.

Vermeiden wollen die Gipfelteilnehmer auch eine Aussprache über die Folgen, die sich aus dem deutschen Veto gegen die geplante Senkung der Getreidepreise ergeben. Trotzdem liegt es auf der Hand, daß das Thema zumindest in der Kulisse behandelt werden wird.

Die Bonner Entscheidung hat nicht nur die deutsche Bereitschaft in Zweifel gerückt, zu Mehrheitsbeschlüssen im Rat zurückzukehren, sondern auch Grundsatzfragen über die künftige Orientierung der gemeinsamen Agrarpolitik aufgeworfen. Immerhin hat Bonn klargemacht, daß es bei dem Einspruch gegen die Preissenkung nicht nur um den konkreten Streitfall geht, sondern um die gesamte Richtung der Reform des „grünen Europas".

Wie die Aussprache über das zentrale Gipfelthema – die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der auf zwölf Staaten erweiterten EG – verlaufen wird, ist trotz zahlreicher bilateraler Kontakte in den letzten Wochen weithin ungewiß. Als sicher gilt, daß der von der italienischen Präsidentschaft vorgelegte Mandatsentwurf für einen neuen europäischen Vertrag noch nicht entscheidungsreif ist.

Er beruht auf den Empfehlungen des „Dooge-Ausschusses", einer aus persönlichen Beauftragten der Regierungschefs zusammengesetzten Arbeitsgruppe. Sie hatte sich Gedanken über die Möglichkeiten für eine Stärkung der Brüsseler Institutionen gemacht und sich mehrheitlich für die Einberufung einer Regierungskonferenz ausgesprochen.

Schon bei den Beratungen des Ausschusses war es deutlich geworden, daß Griechenland und Dänemark nicht bereit sind, über den in den bisherigen europäischen Verträgen verankerten Souveränitätsverzicht hinauszugehen und sich auch künftig in Angelegenheiten von vitalem nationalen Interesse auf die Praxis der einstimmigen Beschlußfassung berufen wollen.

Kommission stärken

Dieser Meinung haben sich inzwischen auch die Briten voll angeschlossen. Sie wollen in Mailand für einen pragmatischen Ansatz zur Verbesserung des Entscheidungsprozesses plädieren und halten Änderungen der Römischen Verträge für schlichtweg überflüssig.

Auch Margaret Thatcher macht sich zwar für die Einschränkung des Vetorechts stark. Sie möchte jedoch die Integration vor allem durch eine Konzentration auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes und die Zusammenarbeit der EG-Staaten im Bereich von Forschung und Technologie fördern. Andere Regierungschefs bezweifeln, daß praktische Fortschritte überhaupt möglich sind, ohne die Rolle der EG-Kommission zu stärken und mehr Kontrollrechte für das Europaparlament zu schaffen.

Frankreich und die Bundesrepublik, die zunächst spektakuläre Weichenstellungen in Mailand in Aussicht gestellt hatten, hielten sich in den letzten Wochen mit Positionsbestimmungen betont zurück.

Filipinos spotten: Alle kennen Aquinos Mörder, nur Präsident Marcos nicht

Zehn Belastungszeugen verschwunden / Die „crying lady" Rebecca: Ein Soldat schoß

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Ein einziger Blick aus dem Fenster jener China Airlines Maschine, die am 21. August 1983 in Manila gelandet war, hat Rebecca Quijano in den Mittelpunkt der politischen Szene der Philippinen versetzt. Was sie damals sah, widerlegt die Behauptung der Regierung Marcos, daß der Mann, der Oppositionsführer Benigno Aquino erschossen hat, ein Kommunistenagent namens Rolando Galman war.

Der Mord geschah, als Aquino, von Marcos-treuen Soldaten und Polizisten umringt, die Flugzeugtreppe herunterstieg. Rebecca war damals schluchzend aus der Maschine gelaufen. „Warum weint ihr nicht, sie haben ihn umgebracht", rief sie. Von hinten hatten sich plötzlich zwei Hände auf ihre Schultern gepreßt. Es war Oberst Tigas, Pressechef des Präsidentialen Sicherheitskommandos (PSC). Das PSC ist die Elitetruppe der Nation. Ihre Aufgabe ist es, den Präsidenten und seine Familie zu schützen. Was hatte das PSC mit Aquino zu tun, der nach dreijährigem Exil in Amerika nach Manila zurückkehren wollte?

„Sei still", flüsterte Oberst Tigas zu Rebecca. „Sei still, wenn dir nichts passieren soll." Rebecca, 32 Jahre alt, wußte, was das hieß. Sie hatte gesehen, was niemand hätte sehen sollen. Hatte sie was gesehen? „Nichts habe ich gesehen", sagte sie beim Passieren des Einreiseschalters. Sie tauchte unter. Die Presse nannte sie „the crying lady", die weinende Dame.

Offiziere angeklagt

Über ein Jahr lang galt sie als unauffindbar. Dann beschloß sie, der Wahrheit unit wegen
als Kronzeugin der Anklage vor Gericht zu treten. Sie habe gesehen, wie ein Soldat des Metrocom (Polizei von Manila), der sich direkt hinter Aquino befand, eine Pistole zückte und sie gegen den Hals des Oppositionsführers richtete. Dann habe sie einen Schuß gehört.

Metrocom unterstand dem damaligen Generalstabschef der Streitkräfte, Fabian Ver. Ver, engster Vertrauter von Präsident Marcos und der First Lady, ist zusammen mit dem Metrocom-Chef General Olivas und dem Kommandeur der Flughafensicherung, General Custodio, und 22 anderen Offizieren und Soldaten sowie einem Zivilisten der Mordverschwörung angeklagt. Sie beteuern ihre Unschuld und dringen auf Einstellung des Prozesses.

In anderen Ländern hätte die Rebecca-Aussage zumindest zu einer Staatskrise, wenn nicht gar zum Rücktritt der Regierung geführt. Nicht so in Manila. Zwar preist Marcos seine Regierung als demokratisch, doch seine Demokratie endet da, wo sie seine Macht zu untergraben droht. Die Drahtzieher des Aquinomords mögen sich die Haare raufen, daß sie Rebecca haben laufen lassen.

Mindestens zehn weitere Personen, die belastend hätten aussagen können, sind spurlos verschwunden, darunter Galmans Ehefrau und zwei seiner Freundinnen. Marcos' Agenten kennen keine Skrupel, diejenigen, die wissen, was sie nicht wissen sollen, zum Schweigen zu bringen. Manchmal werden ihre Leichen gefunden, in Flüssen und Feldern, manchmal auch nicht. Die beiden Galman-Kinder wissen nur eines: Sie haben Vater und Mutter verloren. Beide wurden von Militärs abgeholt. Der Vater vier Tage vor dem Aquino-Mord, die Mutter kurz danach.

Rebecca hat einen Brief bei ihrer Schwester in Amerika hinterlegt. Sollte ihr etwas passieren, wird dieser Brief der Presse übergeben. Den Verteidigern der Angeklagten bleibt nur noch eine Kampagne gegen die Zeugin, die in der Tat nicht ohne Makel ist. 1982 hat Rebecca eine sechsmonatige Haftstrafe in Hongkong verbüßt – wegen gefälschter Banknoten und des Vorwurfs, mit gefälschten Papieren Land erworben zu haben. Sie hielt sich für nicht schuldig.

Das Konsulat ignorierte ihr Gesuch um Hilfe. Sie begann einen Hungerstreik. Ein Psychologe half ihr zu neuem Mut. Zurück in der Gefängniszelle schnitt sie sich die Adern auf. Sie wurde wieder in das Hospital gebracht. Als ihre Schwester aus Amerika anreiste und Rechtsbeistand besorgte, klärte sich der Fall schnell auf. Rebecca wurde freigesprochen.

Sie kümmerte sich um die Geschäftsinteressen ihrer Familie und half Freunden, von denen sich nicht alle als Freunde entpuppten. Ende 1984 entdeckte sie die Polizei und nahm sie fest. Sie hätte Schecks platzen lassen und sei am Diebstahl von Autos involviert. Die Sache mit den geplatzten Schecks entpuppte sich als Versehen der Buchführung, in die Affäre des Autodiebstahls geriet sie, weil sie für Freunde, die Autos leihen wollten, eine Bürgschaft unterschrieb. All das brachten die Verteidiger auf den Tisch, als sie Rebecca zu einem Kreuzverhör zwangen, auf das sie zunächst verzichtet hatten.

Klage gegen Minister

Ihre Absicht war, Rebeccas Glaubwürdigkeit zu diskreditieren, sie moralisch zu zermürben. Rebecca blieb gefaßt, änderte nichts an ihren Aussagen. „Auch wenn ich der schlechteste Mensch bin, so ändert das nichts an der Tatsache, daß ein Soldat des Metrocom Aquino erschossen hat."

Verteidiger der Marcos-Regierung gaben nicht auf, stets fällt ihnen Neues ein, die Wahrheit im Aquino-Mord zu unterdrücken. Nach dem Kreuzverhör begann die regierungshörige Presse eine landesweite Kampagne, die Rebecca als geistesgestört und selbstmordnah, als vorbestraft und voller Hass gegen die Militärs skizziert. Rebecca ist empört, aber was sie dazu bewegte, Klage gegen Informationsminister Gregori Cendania einzureichen, ist die Behauptung von dessen Presseorganen, sie habe ihre Aussage widerrufen.

Cendania zählt zur inneren Entourage um Präsident Marcos und Gattin Imelda. Was hat ihn zu solch plumper Verkehrung der Fakten bewogen? Anfang Juni enthüllte die oppositionelle Tageszeitung „Malaya" den Verdacht, daß Cendania selbst seine Hand in der Verschwörung hatte.

Am 20. Juni ist Rebecca nach Amerika geflogen, wo sie mit ihrer Mutter und neun Geschwistern ein neues Leben plant. In Manila kam es zu Demonstrationen: „Hört auf", hieß es auf Plakaten, „das Volk zum Narren zu halten. Wir sind nicht blind, wir sind nicht dumm." Sarkastische Zungen spotten, daß „das ganze Volk längst weiß, wer Aquino erschossen hat, nur der Präsident und seine Richter nicht".

Privilegien für Moslems in Polen

JGG. Köln

Eine äußerst positive Bilanz zog in Warschau die Plenarversammlung des „Allerhöchsten Kollegiums des moslemischen Religionsverbandes in Polen", an der die wichtigsten Spitzenfunktionäre und alle Imame teilnahmen. Der Verband hat allen Grund dazu: Mit Zunahme des Antisemitismus öffnet sich das offizielle Warschau immer mehr der arabischen Welt, fördert die letzten der polnischen Tataren, die dem moslemischen Glauben treu geblieben sind. Von ihnen gehören 3000 – wobei nur die Familienoberhäupter gezählt werden – dem moslemischen Religionsverband an.

Dieser kann zur Zeit eine regelrechte Renaissance verbuchen. Nicht zuletzt, weil die Zahl libyscher, irakischer, syrischer und afghanischer Offiziere und PLO-Angehöriger in polnischen Offiziersschulen für Sondereinheiten zunahm, ebenso wie die Zahl arabischer Studenten an Polens Hochschulen. Hier drücken die Behörden gar ein Auge zu, wenn die Studenten sich einen Harem von Polinnen leisten.

In Danzig befindet sich eine neue Moschee für Polens Moslems im Bau. Die Zeitschrift „Radar" lobt den Moschee-Stifter, den palästinensischen Unternehmer Ali Abd Turka. An der Grundsteinlegung nahmen sämtliche Botschafter arabischer Staaten in Warschau sowie der polnische Konfessionsminister Lopatka teil. Eine vierte Moschee ist für Bialystok vorgesehen, wo ein Großteil der 6000 Gläubigen lebt und sich die meisten der 19 islamischen Gemeinden befinden. Fest geplant ist auch eine fünfte Moschee in Warschau. „Der libysche Präsident Khadhafi hat sich bereit erklärt, diesen Bau zu finanzieren", berichtet „Radar". Und über die polnischen Moslems heißt es dann weiter: „Dank der zahlreichen Kontakte ... mit ihren Glaubensbrüdern in anderen arabischen Ländern, die sie auf Grund der diplomatischen Beziehungen Polens pflegen, leben sie nicht in der Isolation und können ihr Wissen über den Islam vertiefen."

So können sogar dieses Jahr zum ersten Mal vier polnische Abiturienten moslemischen Glaubens einer Einladung zur „ausgezeichneten Religionsschule" in Kairo zwecks Studium des Koran folgen.

Wieder steigt die Zahl der Hungertoten in Äthiopien

Verteilung der Nahrungsmittel stockt / Kritik am Westen

ACHIM REMDE, Bonn

In Äthiopien sterben nach Beobachtungen ausländischer Helfer wieder mehr Menschen an Hunger. Die Hilfeorganisation „Medicins sans Frontières" gibt an, daß die tägliche Zahl der Toten im Lager Korem, die im März unter zehn gefallen war, jetzt wieder auf über zwanzig angestiegen sei. In Makalle sind allein im April von den 1500 Kindern, die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz dort betreut, 109 gestorben.

Die Beziehungen zwischen der Regierung Mengistu Haile Mariam und den westlichen Geberländern, die den überwiegenden Teil der Hilfelieferungen bestreiten, sind von gegenseitigen Vorwürfen geprägt. Auch mit der westlichen Presse, die Mißstände bei der Verteilung anprangert und der Regierung vorwirft, den Hunger als politische Waffe gegen die Rebellen in Tigre und Eritrea zu benutzen, steht Mengistu mehr denn je auf Kriegsfuß. Den USA, die allein ein Drittel der gesamten Hilfe liefern, hat Außenminister Goshu Wolde vorgeworfen, mit Duldung des UNO-Flüchtlingskommissars im Osten Sudans Ausbildungslager eingerichtet zu haben, um mit Hilfe der Rebellenbewegungen die äthiopische Regierung zu destabilisieren.

Während Mengistu dem Westen vorwirft, einen Großteil der Hilfe, vor allem auch Lastwagen, zur Verteilung zwar zugesagt, aber nicht geliefert zu haben, stauen sich besonders im Hafen von Assab die Nahrungsmittelsendungen. Nach einer Statistik der Vereinten Nationen sind 60 Prozent der Lebensmittel noch nicht verteilt worden. Ein Teil der Hilfeorganisationen ist ins benachbarte Dschibuti ausgewichen, von wo eine Eisenbahnlinie nach Addis Abeba führt. Aber auch hier ist die Grenze der Kapazität erreicht.

Getreidelieferungen werden in Assab mit einer Hafengebühr von umgerechnet 40 Mark pro Tonne belegt. Auf diese Weise haben die USA für die 400 000 Tonnen, die sie in der Zeit von Dezember 1984 bis Mai 1985 gespendet haben, etwa 16 Millionen Mark an Gebühren bezahlt. Man hat errechnet, daß Äthiopien für die 1985 erwarteten 1,2 Millionen Tonnen 50 Millionen Mark Hafengebühren einnehmen wird.

Land-Rover privater amerikanischer Spender standen monatelang im Hafen, weil äthiopische Beamte Zollgebühren verlangten. Demgegenüber bestehen die Sowjets darauf, daß die äthiopische Regierung Tagegelder für die Fahrer, Beifahrer und Mechaniker zahlt, die sie mit ihren Lastwagen nach Äthiopien schicken. Auch die Treibstoffkosten dafür muß die äthiopische Seite tragen.

Als Mengistu die gewaltsame Evakuierung und Niederbrennung des Lagers Ibnet durch Parteifunktionäre Anfang Mai mißbilligte und öffentlich versprach, daß sich eine solche Aktion nicht wiederholen werde, glaubten politische Beobachter an den Beginn eines Entkrampfungsprozesses. Nie zuvor hatte die äthiopische Regierung den geringsten Fehler eingestanden.

Schon spielte die Reagan-Administration mit dem Gedanken, auf das immer wieder vorgebrachte Verlangen Mengistus einzugehen und nicht nur Nahrungsmittel-, sondern auch Entwicklungshilfe zu leisten. Da verhärteten sich erneut die Fronten, als in der westlichen Presse der Vorwurf erhoben wurde, die ähthiopische Regierung bringe jeden Monat 30 000 Tonnen Getreide „auf die Seite" und habe die Zahl der Hungernden, die sich tatsächlich „nur" auf zwei bis drei Millionen belaufe, fälschlich mit „mehr als acht Millionen" angegeben.

Regierungen zahlreicher westlicher Geberländer haben inzwischen zu verstehen gegeben, daß sie die Hilfe an Äthiopien, so sehr sie moralisch geboten sei, für „politisch absurd" halten. Sie sehen auf Dauer nicht ein, daß sie sich zum Dank für ihre Hilfe noch beschimpfen lassen sollen.

Entscheidender Machtfaktor in Äthiopien ist die Armee, mit 300 000 Mann die größte Schwarzafrikas. Aufkeimende Unzufriedenheit – Ende März kursierten Gerüchte über einen Putschversuch und anschließende Massenverhaftungen in der Armee – scheint Mengistu unter Kontrolle gebracht zu haben. Ende April kam es zur größten Beförderungsaktion seit der Revolution von 1974.

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß auf Betreiben der Sowjets nunmehr ein Verfassungsentwurf vorliege, der auch formal die Errichtung einer „sozialistischen Volksrepublik" vorsehe. Die Regierung bestreitet dies.

Israel kritisiert Vatikandokument zum Judentum

KNA. Jerusalem

In Israel hat das im Vatikan veröffentlichte Dokument über das Verhältnis zwishen Judentum und Christentum scharfe Kritik hervorgerufen. Die Jerusalemer Tageszeitungen „Davar" und „Haarez" beklagen in ihren Schlagzeilen den „rückschrittlichen Geist" der Veröffentlichung.

Die beiden Zeitungen stützen ihre Kritik mit dem Hinweis auf ein Schreiben des Präsidenten des „Hebräischen Israelischen Komitees für die interkonfessionellen Beziehungen", Verlovsky, an den Heiligen Stuhl. In diesem Brief zeige Verlovsky seine Enttäuschung über die vom Vatikan geforderte Darstellung des Judentums in Predigt und Katechese der katholischen Kirche. Die Aussagen des Vatikans würden „der Bedeutung Israels nicht in angemessener Weise Rechnung tragen", so Verlovsky, da unter anderem auch das Recht Israels auf eine staatliche Existenz nicht erwähnt werde.

In dem Vatikandokument heißt es nur knapp: „Was die Existenz und die politischen Entscheidungen des Staates Israel betrifft, müssen allgemeine Kriterien des internationalen Rechtes gelten und nicht eine religiöse Sichtweise." Der Fortbestand Israels sei eine historische Tatsache und ein „Zeichen im Plan Gottes".

Der Dominikanerpater und Rektor der Philosophischen Fakultät der Hebräischen Universität in Jerusalem, Marcel Dubois, kritisierte, daß das vatikanische Dokument nicht den Fortschritt widerspiegele, der in dieser Frage vor einigen Jahren bereits erreicht worden sei.

Sowjetunion erhält schwedische Karten

dpa, Lund

Der schwedische Oberbefehlshaber General Lennart Ljung hat sich besorgt über das Interesse der UdSSR an detaillierten Beschreibungen geographischer Verhältnisse in Schweden geäußert. Sowjetische Bibliotheken haben diverse Seekarten, Hafen- und Ortspläne sowie Reiseliteratur von der Universitätsbibliothek Lund in Südschweden erhalten. Zu dem ausgeliehenen Material gehört unter anderem Literatur über die Häfen an der nordschwedischen Küste sowie des westschwedischen Küstengebietes. Dort wurden Berichten zufolge in der Vergangenheit mehrmals U-Boote der UdSSR gesichtet.

Spannungen zwischen Irak und Libyen

AFP, Manama

Der Irak hat beschlossen, Libyen nicht länger „als arabischen Staat und Mitglied der Arabischen Liga" anzuerkennen. Bagdad wird einem offiziellen Sprecher zufolge seine diplomatische Mission in Tripolis auflösen und die Mitglieder der libyschen Mission im Irak zum Verlassen des Landes auffordern. Die Entscheidung erfolgte, nachdem die libysche Nachrichtenagentur Jana die Errichtung einer „strategischen Allianz" zwischen Libyen und dem Iran bekanntgegeben hatte. Der Grund waren die jüngsten iranischen Angriffe mit angeblich libyschen Raketen auf Bagdad.

Atomwaffenvertrag im Kern erfolgreich

AP, Bonn

Die Bundesregierung ist im Gegensatz zur Opposition mit der Wirkung des Atomwaffen-Sperrvertrages weitgehend zufrieden. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Möllemann (FDP), erklärte gestern in einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde zur Genfer Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages, die im September stattfinden soll, der Vertrag habe sich in seinem Kernstück bewährt. Er habe einer Verbreitung von Kernsprengköpfen entgegengewirkt. Einige Länder seien seitdem dem Vertrag beigetreten. Möllemann wies SPD-Forderungen nach Vertrags-Änderungen zurück.

Nach Königgrätz kam Preußens Stunde

Deutschland 1815–1866, eine Darstellung von Heinrich Lutz

Innerhalb der repräsentativ angelegten und großzügig ausgestatteten sechsbändigen „Neueren Deutschen Geschichte" mit dem programmatischen Titel „Die Deutschen und ihre Nation" kommt dem Band „Zwischen Habsburg und Preußen" aus der Feder des seit 1966 an der Universität Wien lehrenden deutschen Historikers Heinrich Lutz eine herausragende historische und zugleich historiographische Bedeutung, ja, eine nationalgeschichtliche Schlüsselstellung zu. Thema dieses Bandes ist das Ringen zwischen Preußen und Österreich um eine Lösung der „deutschen Frage" im 19. Jahrhundert. Besonders der in diesem Band

Heinrich Lutz:
Zwischen Habsburg und Preußen
Deutschland 1815–1866. Die Deutschen und ihre Nation Bd. 2. Siedler Verlag, Berlin. 528 S., 98 Mark.

behandelte Zeitraum zwischen dem Wiener Kongreß 1814/15 und der Reichsgründung 1866/71 stand bis zur Katastrophe des „Dritten Reiches" im Mittelpunkt nicht nur allgemeinen geschichtlichen Interesses der Deutschen, sondern im Mittelpunkt einer permanenten Auseinandersetzung zwischen einer preußisch-„kleindeutsch" bestimmten und einer österreichisch-„großdeutsch" orientierten Geschichtsschreibung, die auch durch den Versuch einer „gesamtdeutschen" Geschichtssicht (H. Ritter von Srbik) nicht überwunden werden konnte.

Lutz stand vor keiner geringeren Aufgabe als der, aus der inzwischen erreichten zeitlichen Distanz mit dem Instrumentarium der modernen Geschichtswissenschaft, in der sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Faktoren sowie sozio-kulturelle Momente gleichgewichtig neben der früher einseitig dominierenden politischen Geschichte zur Geltung zu bringen sind, eine Thematik wieder aufzugreifen, die nach 1945 fast aus der Geschichtsschreibung verschwunden war, weil die alten Kontroversen obsolet geworden waren, und die doch gerade deshalb einer Darstellung aus den Erfahrungen der Katastrophen unseres Jahrhunderts harrte. Schließlich galt es, einem breiteren Lesepublikum anschaulich zu machen, wie es zu der nationalen Wegscheide, der Trennung Österreichs von dem sich zur „kleindeutschen" Lösung unter der Dominanz Preußens nolens volens bereit findenden Mehrheit der deutschen Staaten, 1866 gekommen ist.

Obwohl der Verfasser durchaus seine Position erkennen läßt – die Wünschbarkeit einer radikal-demokratischen, nationalstaatlichen („großdeutschen") Lösung der „deutschen Frage" im Rahmen eines nationaldemokratisch neu geordneten Europa in der Revolution 1848, Sympathien für das „Dritte Deutschland" und viel Verständnis für die Politik der Habsburger Monarchie in der Auseinandersetzung mit Preußen in dem Jahrzehnt vor 1866 –, ist ihm insgesamt eine sehr überzeugende Darstellung gelungen, die – in der Substanz – den Abstand zu den älteren Werken über die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert beträchtlich erscheinen läßt. Zu diesem Gelingen hat die Einbeziehung zweier Großkapitel über „Wirtschaft und Gesellschaft, Kirchen und Kultur (1815–1848)" und „Wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen nach 1848" wesentlich beigetragen.

Zu rühmen ist, daß sowohl im sozialgeschichtlichen Bereich als auch in den Partien der politischen Geschichte der europäische Zusammenhang, die Verflechtung der deutschen Probleme mit der internationalen Mächtekonstellation stets deutlich hervorgehoben ist. Dementsprechend setzt der Band mit einer Analyse der Stellung des 1815 gegründeten „Deutschen Bundes" innerhalb des europäischen Mächtesystems ein, ehe sich der Verfasser den demographischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der deutschen Staatenwelt zuwendet.

Kennzeichnend für das Bemühen des Autors, Überzeichnungen einzelner Personen zu vermeiden, ist der Abschnitt über Karl Marx. Er schließt mit der These: „Entgegen der weitverbreiteten Gewohnheit, den ‚Fall' Marx isoliert zu sehen – in welcher Perspektive und Bewertung auch immer – spricht vieles dafür, gerade hinsichtlich der entscheidenden Anfangsstadien seines Weges die überindividuellen Bedingungen stärker zu beachten. Geschichte macht Männer."

Lutz sieht in der von ihm dargestellten Epoche zwei tiefe Zäsuren, die den möglichen Weg der Deutschen zu einer demokratischen Lösung ihrer zentralen Probleme entscheidend hemmten: die „reaktionäre Wende in Österreich, Preußen und im dritten



März-Revolution 1848 in Berlin: Zeitgenössische Zeichnung FOTO: DPO

Deutschland" 1819/20 und das Scheitern der Revolution 1848. Diese steht im Zentrum des die Mitte des Bandes einnehmenden Großkapitels. Hier wird das Augenmerk des Lesers neben dem Geschehen in der und um die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche besonders auf die Ereignisse in den Einzelstaaten gelenkt, wobei das verwirrende Geschehen in der Habsburger Monarchie einen Schwerpunkt bildet. Beachtung verdient das Urteil des Autors über die Ursachen des Scheiterns der Revolution. Er sieht sie neben den oft genannten Faktoren in dem „Einfluß der Französischen Revolution und ihres Niedergangs auf Deutschland gerade in den entscheidenden *Monaten* von Mai bis *Oktober*" 1848.

Wie sein akademischer Lehrer Franz Schnabel, aus dessen Vortrag zum Jahrhundertgedenken 1948 Lutz, dieses Kapitel abschließend, zitiert (im Bekenntnis zum „echten Geist der alten Achtundvierziger", den wir uns „wieder lebendig in unserem Volke" wünschen), kann er dem sich zugunsten Preußens neigenden Entscheidungsprozeß bis Königgrätz, der „so unmodern fundierten und so modern agierenden" Machtpolitik Bismarcks in den Jahren 1862 bis 1866 wenig Positives abgewinnen. „Als sich die Kämpfenden nach Königgrätz trennten, trat das siegreiche Preußen als eine Militärmonarchie neuen Stils, nicht als liberaler Verfassungsstaat seine Rolle in der Einigung des nichtösterreichischen Deutschland an. ... Nun kam es darauf an, was aus (dem) explosiven Verschmelzungsprozeß von Alt und Neu an nationaler und humaner Gestaltung der Macht und des Lebens hervorgehen würde." Die Situation war also noch offen, das „letzte Wort" – auch in der Sicht des die Entscheidung von 1866 sehr kritisch beurteilenden Autors – noch nicht gesprochen.

Ein Epilog schließt sich an: eine Skizze der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Habsburger Monarchie und dem deutschen Kaiserreich bis 1918. Hier spricht Lutz ein noch kaum erschlossenes Forschungsfeld an. Es umschließt politische Probleme im engeren Sinne („Zweibund"), ökonomische Probleme (wie die verschiedenen Projekte einer Zusammenfassung „Mitteleuropas") sowie Fragen nach der Identitätskrise der Deutschen in der Habsburger Monarchie, die sich seit den 1880er Jahren verschärfte. Diese Skizze des Verfassers stellt einerseits eine notwendige Ergänzung zu der im Bande Michael Stürmers („Das ruhelose Reich") unvermeidlich vorherrschenden preußisch-reichsdeutschen Sicht dar, bietet andererseits aber auch eine Schlußfolgerung aus seiner eigenen Darstellung der Entscheidung von 1866. Hauptteil und Epilog gehören somit eng zusammen.

Als erster große Anlauf, die deutsche Gschichte im 19. Jahrhundert bis zur Wegscheide von 1866 in ihrer Verflochtenheit mit der europäischen Geschichte und in ihren vielfältigen Verzweigungen darzustellen, den Leser zur Reflexion anzuregen, dabei Distanz und Engagement in einem Maße miteinander zu verbinden, wie es wissenschaftlich vertretbar ist, kann das Werk von Heinrich Lutz einen hervorragenden Platz in der historisch-politischen Literatur der Gegenwart beanspruchen.

ANDREAS HILLGRUBER

Unerwünschte Genossen rechtzeitig abgeschüttelt

Paul Lendvais politische Reportage über Albanien

Als in der zweiten Aprilwoche Enver Hodscha, der dienstälteste kommunistische Parteichef Europas und der Welt, in Tirana starb, rückte sein kleines, in Isolierung lebendes Land für einen Augenblick in die Schlagzeilen: Albanien, das „Land der Skipetaren" mit seinem kommunistischen Regime, das sich in kein Klischee und in keine der gängigen Machtkombinationen einfügen läßt.

Der bekannte Wiener Ostexperte Paul Lendvai hat das unzugängliche Albanien in jüngster Zeit mehrfach bereist. Trotz strenger Überwachung durch die Geheimpolizei ist es ihm gelungen, an Ort und Stelle einige interessante Beobachtungen zu machen, wobei ihm die Kenntnis der Geschichte des Landes zugutekam. In seiner gerade wegen ihrer Kürze lesbaren und lesenswerten politischen Reportage stellt er die Verbindung zwischen der kommunistischen Gegenwart und der Geschichte des Landes her: vom Freiheitshelden Skanderbeg, der im 15. Jahrhundert gegen die Türken kämpfte, bis zu Hodscha und der kommunistischen Gegenwart.

Den kommunistischen Sonderweg Albaniens, das von den Jugoslawen über die Sowjets bis zu den Chinesen alle seine „brüderlichen" Bundesgenossen rechtzeitig abzuschütteln wußte, bringt Lendvai in Zusammenhang mit der geschichtlichen Tradition dieses kleinen, mißtrauischen und introvertierten Volkes. Er verfällt deshalb auch nicht in das gängige Klischee, Albanien lediglich als „stalinistisch" zu bezeichnen, obwohl Stalins Denkmal noch heute in der Hauptstadt Tirana steht.

Vielmehr zeigt Lendvai die Bedeutung der nationalen Komponente jenseits aller Ideologie. Er verschweigt nicht die düsteren, totalitären Seiten des albanischen Lebens: etwa die vollständige Abschaffung und unbarmherzige Verfolgung der Religion im „ersten atheistischen Staat der Welt" oder die blutigen Abrechnungen im Kampf um die Macht, denen zuletzt der als angeblicher „Multiagent des Ostens und Westens" entlarvte ehemalige Ministerpräsident Mehmet Schehu zum Opfer fiel.

Besondere Rücksichtnahme oder Skrupel gibt es in den politischen Auseinandersetzungen dieses Landes nicht – und hat es auch vor der kommunistischen Machtergreifung nicht gegeben.

Lendvai kommt zu einem trotz aller Distanz abgewogenen Urteil: Das von Hodscha

Paul Lendvai:
Das einsame Albanien
Reportage aus dem Land der Skipetaren. Edition Interfrom, Zürich. 118 S., 14 Mark.

geprägte Regime, das nun von seinem Nachfolger Ramiz Alia geführt wird, hat trotz allem Kontinuität des Willens zur Verteidigung der nationalen Identität gezeigt: „Nichts kann in der albanischen Geschichte verstanden werden, wenn man den Primat des nationalen Moments übersieht." In diesem Sinne war die kommunistische Ideologie im Falle Albaniens eine Verkleidung für den Nationalismus.

Die Zukunftsperspektiven für Albanien sind, wie Lendvai meint, ungewiß. Eine „Ent-Hodschaisierung" im Stile der Ent-Maoisierung Chinas schließt er nicht aus. Angesichts seiner strategischen Lage und der Sprengkraft des albanischen Nationalismus bleibe das kleine Land ein „Unsicherheitsfaktor ersten Ranges für die Nachbarn".

CARL GUSTAF STRÖHM

Wurde die Reform verpaßt?

Deutsche Berufsbeamte nach dem Zweiten Weltkrieg

Spätestens der Lärm um den 8. Mai 1985 hat selbst den Harmlosesten begreifen lassen, daß das Abschreiten der endlosen Reihe zeitgeschichtlicher Jahrestage auch handfeste politische Motive haben kann. Was sich als geschichtlicher Rückblick ausgibt, gerät unter der Hand leicht zur Technik politischer Schuldzuweisung im Tageskampf der Gegenwart. Nach dem Strickmuster „Unsere gute Geschichte – eure böse Geschichte" werden im Sandkastenspiel der Zeitgeschichte die angeblich heutigen Enkel in die Schachteln der damals schuldigen Großväter sortiert. Zeitgeschichte soll politische Fronten zementieren.

Nachgerade eine Lieblingsbeschäftigung zeitgeschichtlicher Schuldzuweisung ist die Anklage gegen das deutsche Beamtentum geworden. Man verdammt sein angebliches Versagen in der Weimarer Republik, sein angeblich haltloses Einschwenken auf das Programm Hitlers, seinen angeblich undemokratischen Grundcharakter, sein beklagenswertes Wiedererstehen in der Ära Adenauer. Nirgendwo anders als im Beamtentum wittert man stärker die Macht der Restauration. An ihrer List und Tücke sei selbst der demokratische Wille der Besatzungsmächte gescheitert.

Um aus diesem Wald von Vorurteilen herauszufinden, hilft allein handwerklich überzeugende Arbeit an den Quellen. Einen kräftigen Schritt auf diesem Wege tut das Buch von Ulrich Reusch, das vor allem die nun zugänglichen englischen Quellen und die Früchte einer umfangreichen Interviewtätigkeit verwertet. Der Verfasser überprüft die kritischen Jahre des deutschen Staatsdienstes nach 1945 unter Beschränkung auf die Politik der britischen Besatzungsmacht, ohne aber die Mitwirkung der Amerikaner ganz zu übergehen. Gab es eine Chance der Reform? Inwiefern und wie lange hat sie gegebenenfalls bestanden? Waren es wirklich die Beamten, an denen das edle Reformstreben der Besatzungsmacht scheiterte?

Daß es in der britischen Besatzungszone nach 1945 zu einer Fortführung der Tradition des deutschen Beamtentums und des traditionellen Beamtenrechts hat kommen können, sei vor allem den Schwächen der britischen Besatzungspolitik zuzuschreiben. Die Besatzungsmacht habe es nicht verstanden, rechtzeitig für ein wirklichkeitsnahes und grundlegendes Reformleitbild zu sorgen. Zudem habe sie sich in dem Zielkonflikt zwischen einer grundlegenden Neugestaltung des deutschen Staatsdienstes einerseits gegen das Chaos, damit zugleich aber gegen die Schwächung des Verwaltungsapparates durch tiefgreifende Maßnahmen entscheiden müssen. Die kurze Gelegenheit für eine grundlegende Neugestaltung des deutschen Staatsdienstes sei bereits Ende 1946 verstrichen gewesen.

Auch das Bild der westlichen Siegermächte vom deutschen Beamtentum sei kei-

Ulrich Reusch:
Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung 1945–1947
Klett-Cotta Verlag, Stuttgart. 419 S., 98 Mark.

neswegs derartig vernichtend gewesen, wie es der erste Anschein glauben machen möchte. Bis zum Kriegsbeginn habe vielmehr bei Engländern und Amerikanern ein ausgesprochen günstiges Urteil über die Vorzüge des deutschen Beamtentums geherrscht. Erst im Zeichen des Krieges sei man dazu übergegangen, neben der Armee vor allem das Beamtentum zum deutschen Erzübel zu befördern. Stets habe man aber gewußt, daß das Deutsche Beamtengesetz von 1937 eine rechtsstaatliche Leistung gewesen sei. Da es seine Grundlagen in den Vorarbeiten der Weimarer Republik gehabt habe, sei man auch in der Lage gewesen, das Gesetz – bereinigt von seinen nationalsozialistischen Zutaten – in Geltung zu lassen. Eine Stunde Null des Beamtenrechts habe es in der britischen Zone nicht gegeben.

Natürlich möchte man gern mehr wissen und bedauert beim Lesen, daß die Arbeit sich auf den Beitrag der britischen Besatzungsmacht hat beschränken müssen.

HANS HATTENHAUER

Die Umkehr der Unvernunft ergibt noch keine Vernunft

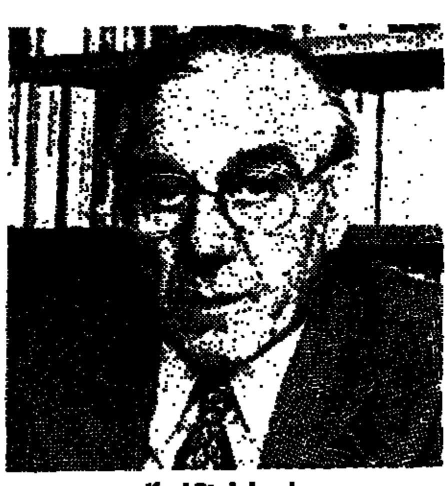
Wider die utopischen Kulturrevolutionäre: Karl Steinbuchs Untersuchung „Unsere manipulierte Demokratie"

Der Verfasser macht keinen Hehl daraus: Mit seinem früheren Buch „Falsch programmiert" (1968) und mit seinem öffentlichen Eintreten für die Brandt-Wahl (1969) habe er selbst noch den modernistischen Ideen angehangen, die er inzwischen als abwegige linke Lüge bekämpfe. Schon mit seinem Buch „Kurskorrektur" (1973) habe er seine Irrtümer öffentlich richtiggestellt. „Dies halte ich für ein Gebot publizistischer Hygiene", schreibt er. „Verächtlich sind Leute, die jahrzehntelang modernistische Ideen verbreiten und dann

Karl Steinbuch:
Unsere manipulierte Demokratie
Müssen wir mit der linken Lüge leben? Seewald Verlag, Stuttgart. 280 S., 42 Mark.

klammheimlich beginnen, von ‚Ligaturen' zu reden und verschleierte konservative Bekenntnisse abzulegen. Jeder Mensch hat das Recht auf Irrtum, aber er muß sich auch dazu bekennen. Für mich trifft zu: ‚Ein Neo-Konservativer ist ein Liberaler, den die Realität gebeutelt hat' (I. Kristol). Auf der Höhe der Zeit ist nicht, wer die allerneuesten Irrtümer weiterträgt, sondern, wer ihnen wohlbegründet widerspricht."

Wie das gemacht wird, hat Steinbuch nach seiner Kurskorrektur bereits in verschiedenen Bestsellern anhand eindrucksvoll differenzierender Analysen gezeigt. Das neue Buch ist dagegen ein breitflächiger, meist thesenförmig auflistender Katalog der pseudoprogressiven permissivistischen Fehlleistungen, die der Autor unter den Sammelbegriff „Modernismus" faßt. Es ist eine mit vielen Zitaten von Delinquenten und Kombattanten bestückte kritische Auseinandersetzung mit jenen autoritären Manipulatoren, die seit zwei Jahrzehnten dabei sind, den Fortschritt als eine Einbahnstraße zu verkaufen, in Richtung auf immer mehr bequemliche Freiheit und formlose Gleichheit, auf immer mehr Ordnungs- und Straflosigkeit, Leistungs- und Verteidigungsunfähigkeit, orientierungslosen Intellektualismus und nihilistisch anarchistischen Utopismus.



Karl Steinbuch FOTO: DONECKER

„Wir leben auch heute noch von Hitlers übler ideologischer Hinterlassenschaft: Es wurden keine neuen Entwürfe entwickelt. Man glaubt, die pure Umkehr seiner Unvernunft sei schon Vernunft. Aber die Negation von Unvernunft ist wieder Unvernunft. Vernunft ist eine schmale Spitze zwischen Abgründen der Unvernunft." Die Sachthemen, die der Verfasser anreißt, sind vielfältig: so Umweltschutz und Energiefrage, Friedensbewegung und Nachrüstung, Volkszählung und Datenschutz, Kriminalität, Terrorismus und Strafrecht, futurologische Förderung von Angst und Pessimismus sowie psychopathologischer Mystizismus, Abwertung von Bildung, Wissenschaft und Leistung, Überinformation und Mißbrauch der Meinungsfreiheit. Da es sich überwiegend um Vorgänge handelt, die im „geistigen Überbau", in der Bewußtseinsbildung unserer Gesellschaft stattfinden, richtet sich Steinbuchs Kritik besonders gegen unsere utopisch-nihilistischen Kulturrevolutionäre.

Der Verfasser hat den Mut, aus dieser mächtigen, aber empfindlichen Statthalterschaft unserer verantwortungslosen „Vierten Gewalt" auch Namen zu nennen: „Genau zwei Drittel der gesamten weltpolitischen Berichterstattung des ‚Stern' sind geeignet, Anhänger westlich demokratischer Lebensform zu verunsichern und das Vertrauen in die Zukunft zu schwächen" (Haseloff). „Mit so blasierter Überheblichkeit, so angeekelt von einer Welt, wo außer dem ‚Spiegel' selber nur Dilettanten und Korrumpierte am Werk sind, so leichtfüßig nach links, rechts, oben, unten kickend, so wertfrei kann nur schreiben, wer sich am blanken Nichts orientiert oder nichts weiter als Abbruch im Sinn hat" (Luchsinger).

Zum Schluß spricht der Autor von der Bringschuld der Erfahrenen, glaubwürdige Ratschläge für ein Leben in einer gefährlichen Welt zu geben. „Es ist historisch einmalig, wie hier ein altes Kulturvolk seine Jugend betrügt und ins Unglück stürzt." Und er spricht „von der schändlichen Feigheit derer, die eigentlich unser gutes politisches System verteidigen müßten, tatsächlich aber Position um Position aufgeben".

Dabei sind die Risiken heute gering. Vor 50 Jahren riskierte man Leib und Leben. Heutzutage riskiert man höchstens „gehässige Berichterstattung durch das Medienkartell."

Wie wird ein solches Buch und sein Appell auf die Lauen ohne Zivilcourage wirken? Wird es mit seinen schrecklichen Wahrheiten und wahren Schrecklichkeiten mitreißen oder noch angestrengter wegsehen lassen?

HEINZ-DIETRICH ORTLIEB

Nach langem, schwerem, mit großer Tapferkeit ertragenem Leiden starb am 22. Juni 1985 meine geliebte Frau

Ute Kirchhoff
geb. Brandsmeier

In tiefer Trauer
Heinz Kirchhoff
Prof. Dr. med.

3400 Göttingen, Ernst-Curtius-Weg 11

Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Weg aus Siebenbürgen?

„In Siebenbürgen will niemand der Letzte sein": WELT vom 20. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Wunsch der weit überwiegenden Mehrzahl der noch in Rumänien lebenden etwa 280 000 Deutschen, das Land zu verlassen, hat seinen Ursprung in den sich seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges zuungunsten der völkischen Existenz der deutschen Minderheit entwickelnden Verhältnisse in Rumänien und nicht etwa in den sich in den letzten Jahren verschlechternden materiellen Lebensbedingungen.

Auch der zahlenmäßige Rückgang bei Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben begann schon während des Zweiten Weltkrieges durch die Opfer, die dieser Krieg und die im Januar 1945 durchgeführte Deportation von rund 80 000 Deutschen aus Rumänien zur Zwangsarbeit in die UdSSR forderten.

Da die Entlassungen aus dem Militärdienst und die Entlassungen aus den Arbeitslagern zum Teil nach Deutschland und nicht nach Siebenbürgen erfolgten, wurden Familien auseinandergerissen und dadurch die Notwendigkeit der Familienzusammenführung begründet. Der Wunsch nach weitverbreiteter Aussiedlung setzte erst danach ein, als nämlich die Menschen aufgrund der Entwicklung in Rumänien zunehmend erkennen mußten, daß ein Überleben als Deutsche nicht mehr möglich erschien.

Dann allerdings hat auch die seit 1968 sich verstärkende Aussiedlung zur Verminderung der Zahl der Deutschen beigetragen. Sie ist allerdings Folge einer für die Deutschen nachteiligen Entwicklung und nicht deren Ursache.

Die hie und da und auch vom Vorsitzenden der Hamburger CDU-Fraktion, Hartmut Perschau, nach seiner Rückkehr von einer Rumänienreise geäußerte Meinung, man solle mehr für die in Rumänien Verbliebenen tun, um möglicherweise ihren Bestand als deutsche Minderheit zu sichern, ist illusionistisch. Die Entwicklung der Verhältnisse in Rumänien, der sich ständig verstärkende Assimilationsdruck und die von offizieller rumänischer Seite wiederholt erklärte Absicht, eine einheitliche sozialistische rumänische Nation zu schaffen, stehen als reale Tatsachen solchem Wunschdenken entgegen.

Die Menschen, die in diesem Spannungsfeld leben müssen, tragen ein schweres Schicksal. Sie müssen für sich und für ihre Kinder die Entscheidung, ob gehen oder bleiben, selber treffen. Die meisten haben sich entschieden, ihr Deutschtum bewahren und in Freiheit leben zu wollen. Wir haben diese Entscheidung zu akzeptieren. Wir haben aber auch die Verpflichtung, soweit dies möglich ist, denen zu helfen, die sich zum Bleiben entschlossen haben.

Dr. Wolfgang Bonfert,
Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e. V.,
St. Ingbert

Getreidemarkt der EG

Sehr geehrte Redaktion,

für Ihre umfassende Berichterstattung und Kommentierung der Agrarpreisrunde 1985 herzlichen Dank!

Es ging der Bundesregierung bei ihrer Ablehnung des Kommissionsvorschlags zur Senkung der Getreidepreise keineswegs ausschließlich darum, angesichts einer schwierigen Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft eine weiter einkommensmindernde Preissenkung von mindestens fünf Prozent abzuwehren – so hätte sich der Kommissionsvorschlag übrigens in seiner vollen Wirkung nur gegenüber Deutschland ausgewirkt – darum ging es auch, es ging aber zugleich um die Vermeidung eines falschen Signals für die künftige Getreidemarktordnung der EG.

Qualitätsweizen nicht mehr wie bisher herauszuheben, die Preise zu nivellieren und zu senken, das hätte die Ermunterung zur Ausweitung der Massenproduktion von Futterweizen bedeutet mit der Folge der Benachteiligung gerade der kleineren deutschen Erzeuger in schwierigen Regionen, eines weiteren Anwachsens der EG-Bestände, hoher Exporterstattungskosten, verschärften handelspolitischen Konflikts mit den Vereinigten Staaten und letztlich einer weiteren Überschußproduktion gegen alle Vernunft.

Die Ausgangs- und Interessenlage Deutschlands hat sich von der unserer Partner dabei durchaus unterschieden.

Zu tadeln ist vor allem die mangelnde Einsicht der Kommission in diese Zusammenhänge und ihre offenbare Lust daran, durch Beharren auf ihrem Vorschlag das deutsche Veto ohne sachliche Notwendigkeit geradezu zu erzwingen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wolfgang von Geldern, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Mit Manieren

„Der neue Mut zu guten Manieren": Geistige WELT vom 1. Juni

Sehr geehrter Herr Barth,

mit großem Interesse habe ich den von Ihnen verfaßten Beitrag gelesen. Mein Buch zu diesem Thema „Man benimmt sich wieder" erschienen im (eingegangenen) Brühlschen Verlag, Gießen, erregte im Erscheinungsjahr 1951 unverhältnismäßig hohes Interesse. Ein Interesse absolut negativer Art, was Kritik und Presse betraf. Am schlimmsten wirkte wohl die Tatsache, daß mein Vater Dr. Otto Meissner von 1920 bis 1945 Staatssekretär und Minister war, als Chef des Büros des Reichspräsidenten auch zuständig für die offizielle Geselligkeit.

Ihre Darstellungen, sehr geehrter Herr Barth, sind so durchdacht und so aufmerksam und überhaupt so „gekonnt", wie ich das bei keinem anderen Autor gesehen habe, der sich mit dem Thema befaßte. Übrigens haben Sie als einziger den Namen des Freiherrn Adolf Knigge richtig geschrieben. Er gehört zu den ganz wenigen freiherrlichen Familien ohne „von".

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H.-O. Meissner,
München 22

Böse Erinnerung

„Was für ein Richter": WELT vom 20. Juni

In Siegen hat ein Richter die Stadt zu bestimmten Auflagen verurteilt, weil er der Meinung war, daß das Stadion eine lange zurückliegende Fehlplanung sei. Und nun erklärt ein Richter in Frankfurt, eine Nötigung sei deshalb keine Nötigung, weil er der Ansicht sei, daß die Aufstellung von Raketen verfassungswidrig sei, womit er als Amtsrichter eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes für ungültig erklärte.

Wer sich erinnert, daß einmal „Recht war, was dem Volke nützte" und das „Gesunde Volksempfinden" als Rechtsgrundlage galt, der hat schreckliche Angst, daß Richter, die ihre politische Meinung als einen wesentlichen Faktor in Urteilsbegründungen eingehen lassen, einmal in Positionen aufsteigen könnten, in denen nicht nur mehr oder weniger Recht gesprochen wird, sondern das Recht selbst zur Beurteilung ansteht und verbindliches Recht gemacht wird. Wer Freiheit beansprucht, muß wissen, daß diese dort aufhört, wo die Freiheit der Allgemeinheit oder schon des Nächsten anfängt. Natürlich weiß auch jeder Richter, daß seine verfassungmäßig garantierte Unabhängigkeit dort aufhört, wo geltendes Recht beginnt.

Dr. Kampsmeyer,
Hiddenhausen

Verharmlosung

„Ein Arzt findet das Leben": WELT vom 20. Juni

Ihnen, wie auch dem Magazin Report ist zu danken, daß Sie sich eines inzwischen recht unpopulären Themas angenommen haben. Es ist erschreckend, wie bereits im Denken vieler Jugendlicher eine Abtreibung als harmlose und einfache Problemlösung angesehen wird, eine unerwünschte Schwangerschaft abzubrechen. Das Bewußtsein für die Tragweite eines solchen Eingriffs, auch im Hinblick auf die Psyche der betroffenen Frau, ist weitgehend verlorengegangen, nicht zuletzt durch entsprechende Berichte in den Medien.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das ungeborene Kind ohne Betäubung getötet werden darf, im Unterschied zu entsprechenden Bestimmungen des Tierschutzgesetzes.

Ich wünsche mir, daß die in Ihrem Bericht angesprochenen Tatsachen viele, vor allem junge Menschen nachdenklich machen und zum Umdenken motivieren. Vielen Dank!

W. Neuer,
Buchen

Wort des Tages

„Wir bezahlen einen hohen Preis, wenn die Dimension des ewigen Lebens verlorengeht. Dann schwindet nicht nur das Wichtigste aus unserem Bewußtsein und Wirken, sondern auch das Zweitrangige wird falsch. Wenn der Horizont des ewigen Lebens fehlt, dann wird das Aktuelle wichtig, jedes Aktuelle, denn es gibt nichts Ewiges mehr."

Alfred Bengsch; dt. Theologe (1921–1979)

Als Cutterin den Regisseur begeistert: Die Filmemacherin Dorothy Arzner

„. . . eigentlich kein Recht auf Karriere"

Ich habe manchmal das Gefühl, daß Stolz das größte Hindernis auf dem Wege zum Erfolg ist – dummer Stolz, der verhindert, daß man bereit ist zu lernen, der verhindert, daß man auf der untersten Sprosse anfängt ... Als ich meinen ersten Job in einem Filmstudio akzeptierte, nahm ich meinen Stolz, machte aus ihm ein kleines Knäuel und warf es aus dem Fenster."

Diese Sätze stammen aus dem Munde einer der ungewöhnlichsten Frauen, die je beim amerikanischen Film gearbeitet haben. Die 1979 im Alter von 79 Jahren gestorbene Dorothy Arzner erhielt kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges bei Paramount für ein Wochensalär von nur 15 Dollar eine Anstellung als Stenotypistin und arbeitete sich dort im Laufe weniger Jahre zur ersten und bald auch erfolgreichsten Regisseurin der Geschichte Hollywoods empor.

Sie drehte drei Stumm- und vierzehn Tonfilme, arbeitete unter anderem mit Rosalind Russell, Joan Crawford und Katherine Hepburn, gilt unter anderem als „Erfinderin" des Mikrophongalgens: Bei den Dreharbeiten für „The Wild Party" ließ sie ein Mikrophon an einer Angelrute befestigen und folgte damit – für die Kamera unsichtbar – Clara Bow. Bis dahin hatten die Schauspieler bei dem noch jungen Tonfilm sich bemühen müssen, nur in der Nähe der versteckt angebrachten stationären Mikrophone zu sprechen.

Wer Dorothy Arzners Karriere beurteilen will, muß sich einen Umstand vor Augen halten, den die US-Filmhistorikerin Sharon Smith in einem Buch über weibliche Filmschaffende in den USA („Women Who Make Movies") als „komisch" bezeichnet: In den hektischen Anfangsjahren des Films, als es noch keine Gewerkschaften und keine allmächtigen männlichen Manager gab, spielten Frauen hinter der Kamera eine wesentlich größere Rolle als in jeder anderen Ära des Films. Nur die Kameras wurden wegen ihres Gewichts und ihrer unhandlichen Form ausschließlich von Männern bedient.

Die in San Francisco geborene Dorothy Arzner entdeckte ihr Interesse für das neue Medium über ihren Vater: Louis Arzner betrieb in Hollywood ein deutsches Restaurant mit dem Namen „Hoffman's Café", in dem Filmpioniere wie Charlie Chaplin, William S. Hart und Erich von Strohheim Stammgäste waren und häufig bis in die Nacht hinein fachsimpelten. Einer der Gäste verschaffte der Wirtstochter, die ursprünglich Ärztin hatte werden wollen, den ersten Filmjob.

Bei Paramount machte sich Dorothy Arzner später als Cutterin einen Namen. In Rudolph Valentinos Film „Blood and Sand" schnitt sie die Stierkampfszenen aus altem und neuem Filmmaterial so geschickt zusammen, daß Regisseur Jim Cruze im

Sehnsucht nach Frauen – ZDF, 23.20 Uhr

Projektionsraum in Begeisterung verfiel und sie auf der Stelle für seinen nächsten Film „The Covered Wagon" anheuerte. „Im Schneideraum habe ich mehr über Filme gelernt als irgendwo sonst", sagte Dorothy Arzner später einmal und verriet, daß sie bis zu 32 Filme in einem einzigen Jahr geschnitten habe.

Hollywoods meist in strengen Kostümen fotografierter, berühmtester „Lady Director" gehörte noch Anfang der dreißiger Jahre zum Kreis der zehn gefragtesten Hollywood-Regisseure und konnte stolz verkünden: „Männer haben mir in dieser Industrie nie Steine in den Weg gelegt. Alle haben sich bemüht, mir zu helfen. Selbst männliche Schauspieler haben nie irgendwelche Vorurteile mir gegenüber gezeigt."

Mit der Zeit, während die Filmindustrie zu einer Milliarden-Industrie wurde, gerieten sie und ihre Kolleginnen aus den Anfangsjahren aber mehr und mehr in den Hintergrund. Nach ihrem letzten Film „First Comes Courage" wurde sie 1943 von den Studios nach ihren eigenen Worten „mehr oder minder fallengelassen". Danach gab die Junggesellin noch vereinzelt Filmkurse, leitete auch ein eigenes Rundfunkprogramm und filmte für Pepsi-Cola fünfzig Werbefilme.

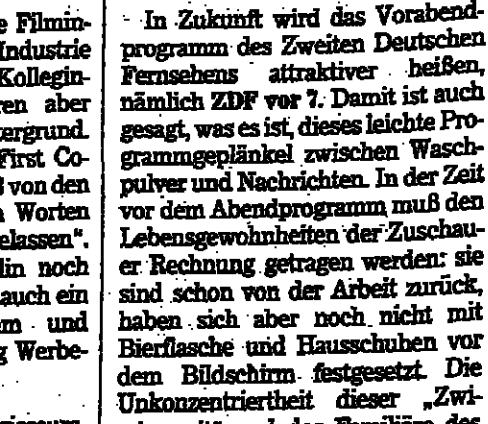
Als der amerikanische Regisseursverband „Directors' Guild of America" 1975 sein erstes weibliches Mitglied mit einem Empfang ehrte, erzählte dessen Präsident Robert Wise, wie er 1940 als Cutter für Dorothy Arzner gearbeitet habe und Zeuge geworden sei, wie diese sich vom Produzenten Erich Pommer jede Einmischung in ihre Arbeit verbat. „Sie waren einer der Pioniere beim Kampf um die Unabhängigkeit des Regisseurs", lobte er den Ehrengast, „dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken".

Und Katherine Hepburn schickte einen Gruß: „Ist es nicht wunderbar, eine derart große Karriere gehabt zu haben, wo Sie doch eigentlich (als Frau) gar kein Recht auf eine Karriere gehabt hätten."

HELMUT VOSS

„Niemand hat mir Steine in den Weg gelegt": Die amerikanische Regisseurin Dorothy Arzner (1900–1979)

FOTO: TELEBUNK



In Zukunft wird das Vorabendprogramm des Zweiten Deutschen Fernsehens attraktiver heißen, nämlich **ZDF vor 7.** Damit ist auch gesagt, was es ist, dieses leichte Programmgeplänkel zwischen Waschpulver und Nachrichten. In der Zeit vor dem Abendprogramm muß den Lebensgewohnheiten der Zuschauer Rechnung getragen werden: sie sind schon von der Arbeit zurück, haben sich aber noch nicht mit Bierflasche und Hausschuhen vor dem Bildschirm festgesetzt. Die Unkonzentriertheit dieser „Zwischenzeit" und das Familiäre des Zuschaueraufgebotes geben einiges vor; das übrige wird sich daraus ergeben, daß die Werbung, auf diese Zeit zusammengedrängt, eine freundliche Atmosphäre braucht, um anzukommen. Schließlich lebt das ZDF statutengemäß zu 45 Prozent von Werbeeinnahmen.

Um die optimale Mischung von Anspruch und Eingängigkeit zu erarbeiten, hat das ZDF jetzt eine spezielle Vorabendredaktion geschaffen, sie heißt „Hauptredaktion Reihen und Serien (Vorabend)" und ist personell sehr gut bestückt. Als erste Leistung legte Programmdirektor Alois Schardt in Hamburg vor der Presse die neuen Programmschwerpunkte vor. Als wichtigste These ist dabei wohl die Hervorhebung der eigengefertigten Produktionen zu nennen. Schardts O-Ton: „Wir müssen uns nicht auf die internationale Kaufware stützen, sondern mit eigenen Reihen und Serien der nationalen und internationalen Konkurrenz begegnen."

Freilich setzt die neue Programmpolitik nicht schon mit der Ankündigung ein, und man wird zunächst einmal die angefangenen, eingekauften, angerissenen Produktionen fortsetzen, aber mehr und mehr werden die Importe durch eigene Leistungen ersetzt.

Dabei wird, was in der Pressekonferenz zutage trat, die Frage immer wieder zu erörtern sein, wie weit sich die redaktionelle Konzeption wissentlich oder unbewußt von der Erwartung der Werbewirtschaft abhängig machen könnte. Diese Frage darf man, so auch die Meinung der ZDF-Macher in der Konferenz, nicht unter den Tisch streichen. Es fragt sich allerdings, ob diese Beeinflussungsgefahr nicht viel geringer ist, als die Einflußnahme von starken politischen Kräften auf Programm und Konzeption es sein können.

V. P.






ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Neues von Britta (1)
Zweiteiliger Fernsehfilm von Berenger Pfahl
11.55 Umschau
12.10 Brennpunkt
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.40 Fury
15.05 Dr. Snuggles
15.30 Tagesschau
15.40 Zieh' mal an
Das Modemagazin vom SWF
16.25 Wir Kinder
... vom Computercamp
17.20 ARD-Sport extra
Deutsche Meisterschaften im Schwimmen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Gesucht wird ... Josef Mengele
Reportage von Felix Kuballa
Josef Mengele – der Name steht für tödliche Experimente, für die Perversion des Denkens und Handelns, für Massenmord, für ungesühnte Schuld. Der Lagerarzt von Auschwitz wurde vor einigen Tagen für tot erklärt. Felix Kuballa ist Stationen im Leben des „Todesengels von Auschwitz" in Deutschland, Argentinien, Paraguay und Brasilien nachgegangen. Er versucht herauszufinden, wie intensiv in den vergangegen Jahrzehnten die Fahndung nach Mengele betrieben worden war.
21.00 Ein Mann macht klar Schiff
Sensation im Olden-Verlag
Mit Hans-Joachim Kulenkampff
Der Verleger Martin Olden sieht in einem Streit mit seinem Sohn Wolfgang einen willkommenen Anlaß, den ehrgeizigen Sohn endgültig mit der Verlagsleitung zu betrauen. Er selbst möchte sich nämlich auf seine Yacht zurückziehen.
21.30 Geschichten aus der Heimat
Die Bewerbung / Sonnenblumenkerne / Der Weltrekord / Die Platzwunde
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Miriam
Mit Götz George als Kommissar Schimanski
0.30 Tagesschau

ZDF

14.55 Programmvorschau
15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
Italienische Zeichentrickserie
Allerlei Billiges
15.30 Ferienkalender
16.05 Die Muppets-Show
Gaststar: Sylvester Stallone
16.50 Strandpiraten
Das große Geld
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Schwerpunkt: Sport
17.50 Trio mit vier Fäusten
Mord in schwarzen Rillen
In der ersten Folge dieser zehnteiligen Serie über die Abenteuer dreier junger Privatdetktive entpuppt sich ein harmloser Botengang als gefährliches Unternehmen.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
Der Schauspieler Siegfried Rauch, der österreichische Sänger Falco, die Moderatorin Nora Frey und viele andere Prominente sammeln heute wieder Punkte für einen guten Zweck. Als Interpretin engagierte Hans Rosenthal die gebürtige Texanerin Melanie Holliday.
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Querschnittgelähmt – und wie geht unsere Ehe weiter?
Moderation: Michael Albus
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen ... Gerhard Stoltenberg
Live aus Lindau am Bodensee
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.20 Filmforum
Sehnsucht der Frauen
Dorothy Arzner und ihre Filme
Von Katja Raganelli und Konrad Wickler
0.05 heute




Beruf und Hobby konnte Hans Joachim Kulenkampff als Verleger Martin Olden, der sich aus dem Geschäft auf seine Yacht zurückziehen will, geschickt miteinander verknüpfen (Ein Mann macht klar Schiff – ARD, 21.00 Uhr) FOTO: THOMAS EITZOLD

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Und wäre die Liebe nicht ...
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Anne Baxter, Rock Hudson, Julie Adams, Natalie Wood u. a.
21.45 Landesspiegel
Grenzenlos
Internationaler Jugendaustausch
22.15 Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte
Pressefotografie in Berlin 1920–36
23.00 Die Brüder Grimm
23.55 Tips für Leser
Witold Gombrowicz: Gesammelte Werke
0.10 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Lebensraum in Gefahr
Harzreise (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Don Juan, Karl-Liebknecht-Str. 78
21.50 20 Jahre III.
Die großen Szenen – aus Theater, Oper, Ballett, Film
22.50 20 Jahre III.
Auf der Suche nach meinem Amerika
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft
Arbeit und Beruf
Frühinvalidität ist vermeidbar
19.05 Autoreport
19.20 Ein Mann für alles
Kanadischer Spielfilm (1979)
20.55 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Per Anhalter durch die Galaxis (5)

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Affäre Blum
Fernsehspiel von R. A. Stemmle
Mit Leonard Steckel, Eva Vaitl, Walter Buschhoff, Wolf Richards, Paul Dahlke u. a.
21.35 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
22.05 Vis à vis
22.50 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.05 Kultur-Kalender
22.50 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals: Tagesgespräch
Wecken Sie Madame nicht auf
Komödie von Jean Anouilh
20.55 Z. E. N.
21.00 „Allein der Glaube hilft nicht aufrecht"
21.45 Rundschau
22.00 Piraten im Karibischen Meer
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit John Wayne u. a.
0.00 Rundschau
0.05 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Der Raub der „Aufgehenden Sonne"
15.00 Bielstein
Klick, Teil 3
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Falsches Gold und echter Zauber
17.00 Simon Templar
S. T. und das große Spiel
Simon Templar verfolgt nach einem Raubüberfall in einem Spielcasino, bei dem der Portier kaltblütig niedergeschossen worden war, einen der Täter. Der Mann kommt jedoch nicht dazu, auszusagen, weil auch er von seinen Komplicen umgebracht wird.
18.00 Verzauberte Inseln
Sowjetische Dokumentation
Der Film berichtet über das Land der Beuteltiere – Australien. In anderen Weltteilen sind Beuteltiere längst ausgestorben. In Australien aber ist die Entwicklungsgeschichte stehengeblieben.
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zaubernächte in Rio
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Doris Day, Janis Paige, Jack Carson u. a.
Regie: Michael Curtiz
20.30 Shane
Zwei Tage Rast
Mit David Carradine
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Was hast Du denn im Krieg gemacht, Pappi?
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit James Coburn, Dick Shawn u. a.
Regie: Blake Edwards
Im Kriegsjahr 1943: In seinem Übereifer und Fortschritt richtet ein amerikanischer Soldat in einer sizilianischen Stadt lauter Unfug an.
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Ein Länder-Magazin
19.00 heute
19.30 Derrick
Hals in der Schlinge
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Ephraim Kishon – Höheres des Millionenautors
Film von Friedrich Müller
Seit zwanzig Jahren ist er der Liebling des deutschen Lesepublikums: Ephraim Kishon aus Tel Aviv, der als Franz Hoffmann 1924 in Budapest geboren wurde. Die politischen Aktivitäten des Bestseller-Autors sind hierzulande weniger bekannt.
22.30 Moderne und Magie
Fernsehfeuilleton von Heidemarie Kuhnert und Wolfgang Frey
23.50 3SAT-Nachrichten

Personalien

EHRUNGEN

König **Baudouin I.** der Belgier hat den Leiter der französisch-sprachigen Sendungen im Europaprogramm des Deutschlandfunks, **Enno Stephan**, in Anerkennung seiner Verdienste um die belgisch-deutschen Beziehungen zum „Ritter des Leopold-Ordens" (Chevalier de l'ordre de Leopold) ernannt. Enno Stephan leitet die französisch-sprachigen Sendungen im Deutschlandfunk seit ihrer Gründung im Oktober 1963.

*

Dem Schriftsteller und langjährigen Heidelberger Ordinarius, Professor **Dolf Sternberger**, ist in Ludwigshafen der mit 10 000 Mark dotierte Ernst-Bloch-Preis überreicht worden. Der Tübinger Philosoph, Professor **Gert Ueding**, stellte in seiner Laudatio fest, bei allem, was die „beiden Freunde Sternberger und Bloch" geistig trenne, hätten sie dennoch vieles gemeinsam. So die Grundeinsicht, daß „das politische Gesetz nur sein kann, was dem Menschen bekommt". Sternberger ist der erste Träger des von der Stadt Ludwigshafen, Blochs Vaterstadt, gestifteten Preises. Die Auszeichnung soll künftig alle drei Jahre verliehen werden.

*

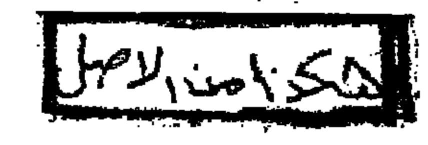
Im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung der Alexander von Humboldt-Stiftung wird dem Japaner **Hideo Nakamura** während eines Empfangs in der Villa Hammerschmidt am 2. Juli die Urkunde für den Siebold-Preis 1985 durch Bundesratspräsident **Lothar Späth** in Vertretung des Bundespräsidenten überreicht werden. Der Siebold-Preis (50 000 DM) wurde 1978 vom damaligen Bundespräsidenten **Walter Scheel** in Japan gestiftet und verpflichtet den Empfänger zu einem einjährigen Forschungsaufenthalt in der Bundesrepublik. Professor Nakamura war von 1968 bis 1969 als Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung an der Universität in Stuttgart tätig. Aufgrund seiner hervorragenden Förderung der Beziehungen zwischen Japan und der Bundesrepublik im Bereich der Vermessungskunde (Geodäse) wurde Nakamura der Preis zugesprochen.

*

Der Tübinger Theologieprofessor **Hans Küng**, dem der Vatikan im Jahre 1979 insbesondere wegen seiner Veröffentlichungen über das Unfehlbarkeitsdogma die kirchliche Lehrerlaubnis entzog, hat von der Universität Cambridge die theologische Ehrendoktorwürde erhalten. In der Laudatio hieß es, Küng habe Menschen der eigenen Glaubenstradition geholfen, ihre Kirche klarer zu sehen, und es anderen ermöglicht, mit neuer Hoffnung auf die Wiedervereinigung aller Kirchen zu schauen. Küng leitet seit 1982 das ökumenische Institut der Universität Tübingen.

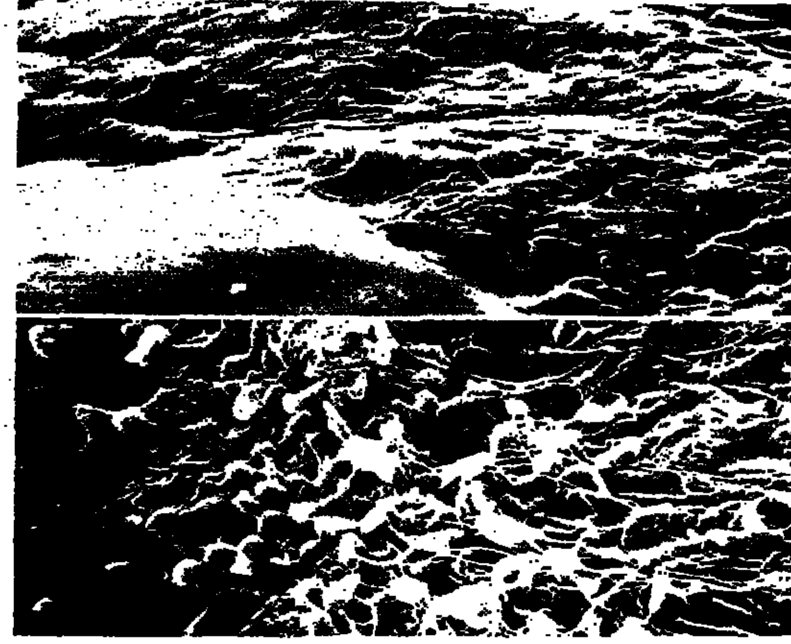
VERANSTALTUNG

In freundschaftlicher Nachbarschaftshilfe hat die WELT auch in diesem Jahr ihren großen Garten in der Bonner Heinrich Brüningstraße Nr. 14 zur Verfügung gestellt, als der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Sommerfest einlud. Gastgeber war CDU-MdB **Hansheinz Hauser**, Krefeld. 1300 Gäste, unter ihnen der frühere Bundespräsident Professor **Karl Carstens**, wurden auch herzlich begrüßt vom zukünftigen Chefredakteur der WELT, **Peter Gillies**. Unter der Vielzahl der Gäste waren Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, die Minister **Manfred Wörner** (Verteidigung), **Dorothee Wilms** (Bildung und Wissenschaft), **Oscar Schneider** (Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), der Ministerialdirektor für Wirtschaft und Finanzpolitik im Kanzleramt, Dr. **Georg Grimm**, und 220 von 250 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion, an ihrer Spitze **Alfred Dregger**. Es kamen der Präsident des Bundeskartellamtes Dr. **Wolfgang Kartte** und die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer nahezu aller deutschen Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sowie der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, **Hans-Joachim Kübler**. Hauser begrüßte auch das Präsidium des Bundesverbandes der Mittelständigen Privatbrauereien und den einzigen weiblichen Braumeister unter den deutschen Ordensschwestern, Schwester **Doris** von den Mallersdorfer Schestern. Die Ordensschwestern werden 1986 beim Empfang des Diskussionkreises Mittelstand in Bonn auf Anregung von Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** auf der WELT-Wiese einen eigenen Bierstand aufbauen und selbstgebackenes Brot anbieten.



Ein Grund zur Vorsorge

Die neueste zahnmedizinische Statistik ist erschreckend: Über 90 Millionen Zähne wurden im vergangenen Jahr mit insgesamt 35 Tonnen Amalgam gefüllt. 62 Millionen Zähne waren nicht mehr zu retten und mußten entfernt werden. Zähne gehen nicht allein durch Karies verloren, sondern auch durch chronische Zahnfleischerkrankungen. Das obere Bild zeigt gesundes Zahnfleisch unter dem Rasterelektronenmikroskop. Bei Vernachlässigung der Mundpflege führt die Ansammlung säureproduzierender Bakterien zu entzündlichen Prozessen (unten). Auf der deutlich veränderten Oberfläche erkennt man Ansammlungen von roten und weißen Blutkörperchen sowie Ablagerungen von Faserstoffen. D.T.



Embryonen als Forschungsobjekt?

Keine einheitlichen Regelungen für künstliche Befruchtung und Leihmütter in Europa

Von LUDWIG KÜRTEN

Nach Ansicht des englischen Mediziners Robert Edwards, des Präsidenten der Europäischen Gesellschaft für Reproduktion und Embryologie, ist Forschung an menschlichen Embryonen notwendig, um neue Verfahren zur frühzeitigen Erkennung von genetischen Schäden und Mißbildungen entwikkeln zu können. Edwards, der zusammen mit Patrick Steptoe 1978 zum ersten Mal eine In-vitro-Fertilisation („Retorten-Baby") durchgeführt hatte, befürwortete die Weiterverwendung der Eizellen, die bei der künstlichen Befruchtung „übrigbleiben". Dies wurde jetzt am Rande der ersten Tagung der Gesellschaft in Bonn deutlich.

Während diese Haltung in Großbritannien sogar vom Parlament unterstützt wird, wies Prof. Klaus Diedrich von der Frauenklinik in Bonn darauf hin, daß die deutschen Ärzte sich auf ihrem letzten Ärztetag gegen solche Versuche ausgesprochen haben. An den deutschen Zentren für künstliche Befruchtung in Bonn, Kiel und Erlangen werde das Problem der überzähligen Embryonen vermieden, indem man nur so viele Eizellen befruchtet, wie der Patientin eingepflanzt werden sollen. Damit zeigt sich, daß in dieser wichtigen Frage keine einheitlichen europäischen Regelungen in Sicht sind.

Edwards und Steptoe, an deren Privatklinik in Cambridge seit 1977 730 Schwangerschaften mit 446 Geburten künstlich erzeugt worden sind, wiesen auf die große Zahl der Familien hin, die keine Kinder bekommen können. In England gebe es inzwischen lange Wartelisten. Edwards wies darauf hin, daß z. Z. nur bei 12 Prozent der Behandlungen tatsächlich eine Schwangerschaft ausgelöst wird. Die natürliche Rate liege dagegen bei etwa 25 Prozent.

Die größten Probleme gebe es bei der Implantation der Eizelle, die außerhalb des Körpers befruchtet wurde, in den Uterus der Mutter. Man wisse noch zu wenig über die Wechselbeziehung zwischen dem Embryo und der Gebärmutter. Forschungen auf diesem Gebiet könnten auch zu neuen Methoden der Schwangerschaftsverhütung führen.

Nach Edwards' Ansicht kann die In-vitro-Fertilisation auch in den Fällen helfen, in denen die Kinderlosigkeit auf einer zu geringen Spermienzahl im Samen des Mannes beruht. Während man in solchen Fällen früher auf Spendersamen zurückgreifen mußte, kann der Mann heute eigene Kinder bekommen, da für die künstliche Befruchtung nur wenig Samenzellen benötigt werden.

Eine internationale Expertenkommission hatte im April empfohlen, die Forschungsanstrengungen im Bereich der vorbeugenden Medizin zu verstärken, also die Ursachen für die Unfruchtbarkeit bei Männern und Frauen zu erforschen, anstatt auf die kostspielige Methode der künstlichen Befruchtung zurückzugreifen.

Tatsächlich betragen die Kosten in England zwischen 1800 und 3000 Pfund, in der Bundesrepublik etwa 3000 Mark. Die englischen Mediziner wiesen jedoch auf die große Zahl der Frauen hin, denen nach heutigem Stand der Medizin nur mit Hilfe der künstlichen Befruchtung geholfen werden könne.

Auch das Problem der sogenannten Leihmütter, die ein Kind für eine fremde Frau austragen, wird in der Bundesrepublik und in Großbritannien unterschiedlich beurteilt. Während der Deutsche Ärztetag sich entschieden gegen eine solche Praxis ausgesprochen hat, halten die englischen Forscher dieses Vorgehen in bestimmten Fällen für gerechtfertigt.

Dies gelte vor allem für Frauen, die keinen Uterus mehr besitzen und daher ein Kind nicht selbst austragen können. Aber auch Frauen über 40 Jahren, bei denen die Chance auf eine Schwangerschaft nach einer künstlicher Befruchtung sehr gering ist, könne damit geholfen werden.

Mit alten handwerklichen Techniken und traditionellen Anstrichen, verbunden mit einer individuellen Farbgestaltung, versucht ein kleines Krankenhaus in Erftstadt-Frauenthal bei der jetzt anstehenden Renovierung ein patientenfreundliches Konzept zu verwirklichen, indem es sich bewußt von der Gestaltung und Ausstattung des umstrittenen Aachener Großklinikums absetzt.

Wenn eine gezielte Farbgebung die Selbstheilungskräfte steigert

Von INGRID ZAHN

„Wir wollen nicht nur organische Schäden reparieren", sagt der leitende Arzt des 124-Betten-Hospitals in Erftstadt, westlich von Köln, Dr. Rüdiger Zoll, „sondern dem Patienten ein positives Bild von Gesundheit vermitteln. Und zwar als einer Perspektive, auf die er sein Leben nach überstandenem Krankenhaus-Aufenthalt neu einrichten kann."

Zu diesem positiven Bild, das die Selbstheilungskräfte steigern soll, kann auch die Farbgebung und Farbsorte im Krankenhaus ihren Beitrag leisten. „Die Einwirkung von Licht und Farbe auf das Auge löst nicht nur eine optische Sinneswahrnehmung aus. Das Sehen bedeutet darüber hinaus auch eine direkte Anregung oder Abschwächung der hormonellen Steuerung im gesamten menschlichen Organismus", stellt der Mediziner fest.

Im Tierversuch konnte der Münchner Prof. Fritz Hollwich zeigen, daß Rotlicht das Längenwachstum von Erpeln um das 16fache erhöht und daß sich die Haut von Fröschen signifikant verändert. Über die Hirnanhangdrüse ist das menschliche Auge über Nervenbahnen direkt an das zentrale Hormonsteuerzentrum gekoppelt: Nicht das Auge allein, der ganze Mensch sieht.

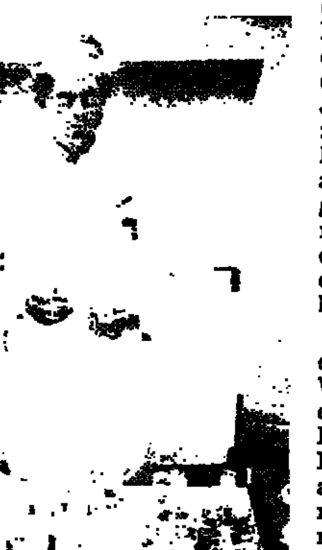
Bei blinden Menschen sinkt nachweislich der Hormonspiegel, solange sie keine Lichtimpulse bekommen. Aber die Natur kompensiert auch hier: Die Erftstädter Krankenhausleitung verweist auf eingehende Befragungen von Blinden, die erkennen lassen, daß sie sich in verschiedenfarbigen Räumen anders fühlen, daß sie Farbe über die Haut wahrnehmen.

Diese Sensibilität für Farben wird dabei als unterschiedlich angenehm empfunden, ohne sie im einzelnen benennen zu können. Der Kunstmaler und Baubiologe Dr. Georg Kremer ist gebeten worden, u. a. den Patienten in der zu 100 Prozent ausgelasteten Miniklinik zu einem Mehr an Wohlgefühl mit der „richtigen" Farbe zu verhelfen. Da spielt erst einmal die Farbsorte eine Rolle.

„Alte Farben haben weniger Leuchtkraft. Sie sind nicht so abriebfest und pflegeleicht wie die modernen Chemiefarben", gibt Kremer zu. „Kein Wunder, daß sich die Farbenindustrie hier auf breiter Front durchgesetzt hat."

Dafür sind traditionelle Farben auf Kalk-, Casein- und Temperabasis polychrom, d. h. das Licht kann in ihre halbdurchsichtig-kristalline Oberfläche eindringen, stößt nicht auf schroffe Brechungswinkel. Das Auge des Betrachters erlebt diese „unsichtbare" Struktur spontan als angenehm.

Monochrome Chemiefarben unterscheiden sich wesentlich von den traditionellen Naturfarben. Das an der undurchsichtigen Oberfläche abprallende Licht läßt sie dem geschulten Auge flach erscheinen. Dazu kommt, daß moderne Latexfarben den Austausch von Feuchtigkeit und Luft behindern und den Putz rascher abbröckeln lassen. Schmutzpartikel in der Raumluft bleiben entweder verstärkt auf dem modernen Anstrich haften und „vergrauen" ihn. Oder sie werden zurückgestoßen: Die Selbstreinigung der Zimmerluft durch Farbe und Mauer hindurch unterbleibt oder verzögert sich.



Rüdiger Zoll mit einer Auswahl an Farbmustern FOTO: WALTER KROPP

Zum Vergleich: eine mit Kalk angestrichene dünne gemauerte Wand erlaubt einen Austausch der Luft im Raum innerhalb von ca. zwölf Stunden. In einem Raum mit Betonwänden dauert der nämliche Vorgang mehrere Tage.

Welche Farbe ist nun richtig, und wer fühlt sich durch sie besonders angesprochen? Kremer geht es nicht um eine Verteufelung der chemischen Farben insgesamt. Es gibt Grenzbereiche, wo die herkömmliche Caseinfarbe kaum ernsthaft konkurrenzfähig ist: im Operationssaal, an vielbenutzten Türen und Fenstern; hier zählen vorab die Hygiene und die unproblematische Pflege.

Baubiologische Farbwahl setzt da an, wo es sinnvoll und vertretbar ist, die optisch angenehmere, die gesündere Farbpalette der traditionellen Farben zu wählen. Seitdem der Zürcher Arzt Prof. Lüscher, bekannt durch seinen Farbtest, in den 50er Jahren bei seinen Patienten mit gezielten Versuchen, durch Farbwirkung psychologisch zu beeinflussen, auf Unlust und empörte Ablehnung gestoßen ist, geht man hier behutsamer vor. Es wird nicht mehr nach dem „richtigen" Farbton gefragt, sondern nach der Qualität für den jeweiligen Zweck.

„Wir wählen warme Farben", sagt der Malermeister und Restaurator Wolfram Graubner. „Und zwar nicht einzeln, sondern im Verbund als Farbklänge an den Wänden. Die Decken gestalten wir im Rückgriff auf alte Bautraditionen. Blaue Töne machen einen Raum höher, rotbraune Töne verstärken das Gefühl der Wohnlichkeit. Auch das einfallende Licht wird stark berücksichtigt. Nur vielfältig gebrochenes Licht entfaltet im Zusammenspiel mit den Farben seine wohltuende Wirkung."

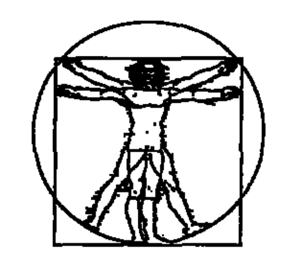
NOTIZEN

Technologie-Transfer

Stuttgart (dpa) – Die Weiterentwicklung von Ergebnissen der naturwissenschaftlich-medizinischen Grundlagenforschung und deren Umsetzung in die industrielle Praxis ist der Zweck eines neuen Instituts der Universität Tübingen. Das von einer Stiftung getragene Institut soll noch im Sommer in den Räumen einer ehemaligen Reutlinger Maschinenfabrik die Arbeit aufnehmen, teilte das Stuttgarter Wirtschaftsministerium gestern mit. Später sollen dort 90 Mitarbeiter tätig sein.

Weniger Streusalz

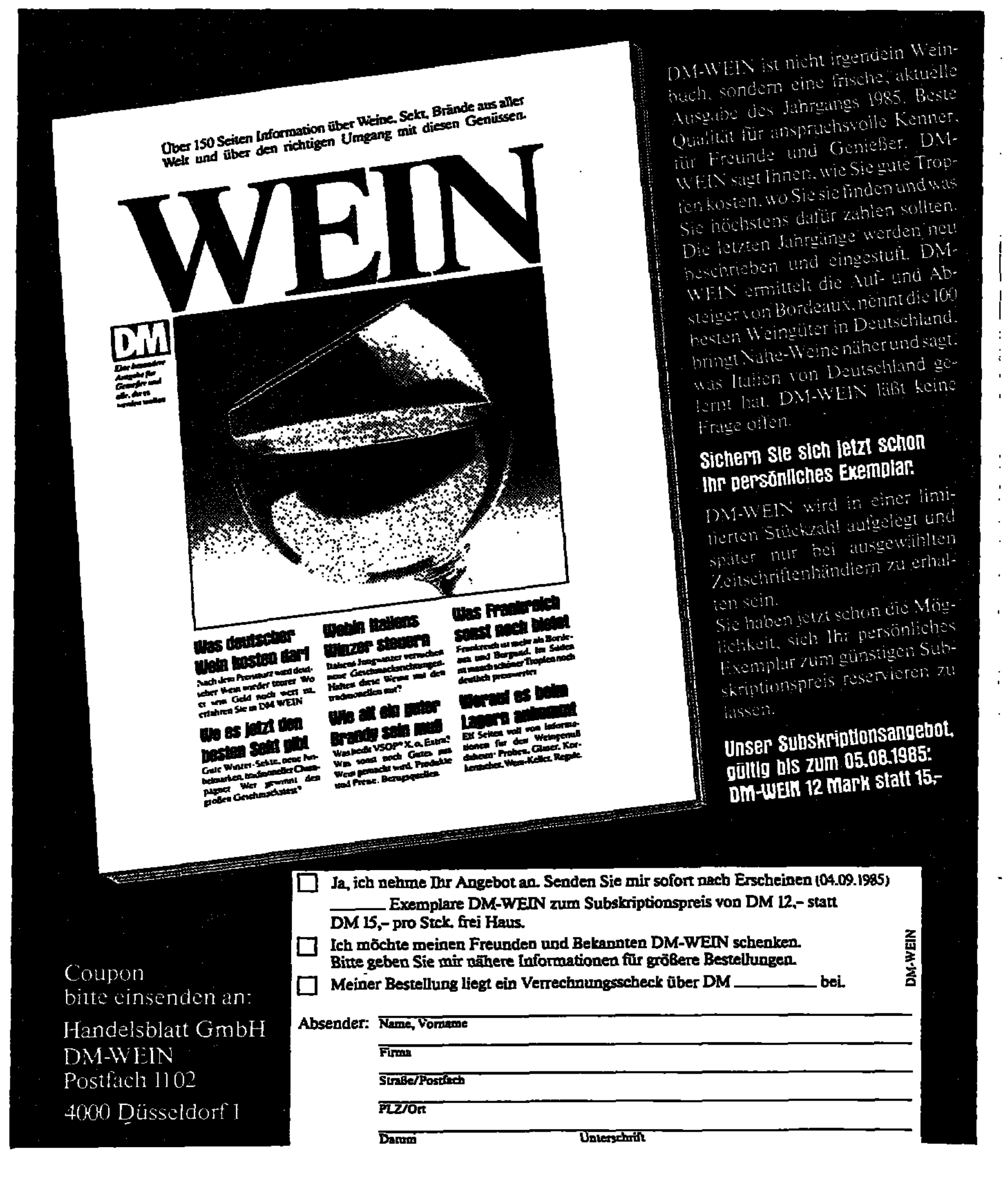
Berlin (dpa) – Die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik haben den Streusalzverbrauch in den vergangenen sechs Jahren um rund 40 Prozent verringert. Wie das Umweltbundesamt in seinem jetzt veröffentlichten „Winterdienstbericht" feststellt, sei diese Salzreduzierung nicht durch einen entsprechenden Mehrverbrauch von anderem Streugut ausgeglichen worden. Vor allem in Nebenstraßen sei man ganz ohne Streuen ausgekommen.



Strom aus Wasserkraft

Frankfurt (sl) – Zehn neue Laufwasserkraftwerke waren Anfang 1985 bei der öffentlichen Stromversorgung im Bau. Sie sollen bis 1986 ans Netz gehen. Die zehn Kraftwerke haben zusammen eine Leistung von rund 65 Megawatt. Dies ist weniger als ein Zehntel eines großen Kohlekraftwerks. Die Energiequelle Wasser ist nach Ansicht der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke mit den etwa 600 dann vorhandenen Laufwasserkraftwerken weitgehend ausgeschöpft.





Zwangsumtausch drückt weiter auf Ost-Besuche

hrk. Berlin

Als Folge der willkürlichen Heraufsetzung des Zwangsumtauschs durch Ost-Berlin blieben die Ost-Besuche der Westberliner auch 1984/85 um etwa 40 Prozent unter dem früheren Stand in normalen Zeiten. Darauf wies jetzt der alljährliche Senatsbericht über die Verwirklichung des Viermächte-Abkommens hin.

Zwischen Mai 1984 und Ende Mai 1985 gab es 1,76 Millionen Tagesbesuche von Berlinern im Ostteil der Stadt und der „DDR". Dies waren zwar immerhin 160 000 Besuche mehr als im Berichtszeitraum 1983/84, aber noch immer 42 Prozent weniger als in der Zeit vor 1980. Über die erfreuliche Zunahme äußerte sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) bei der Vorlage des Berichts „vorsichtig optimistisch".

Zu den erkennbaren „Problemfeldern" bei dem zwischen den vier Mächten vereinbarten Abkommen und der davon abgeleiteten Besuchsregelung zählte Diepgen beispielsweise den erhöhten Zwangsumtausch, die bisher nicht erreichte Einbeziehung Berlins in die seit August 1984 im kleinen Grenzverkehr zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" geltenden Erleichterungen (Übernachtung mit Tagesvisum, längere Gültigkeit einer Antragskarte) sowie die Einreiseverbote.

Diepgen kritisierte, daß davon zunehmend politische Mandatsträger und Mitglieder gesellschaftlicher Gruppen betroffen seien. In jüngster Zeit waren vor allem Abgeordnete der Alternativen Liste (AL) und der Grünen weder nach Ost-Berlin noch in die „DDR" gelassen worden. In diesem Zusammenhang heißt es in dem Senatsbericht, die zunehmende Zahl von Zurückweisungen und Einreiseverboten erreiche eine „neue politische Dimension".

Der Regierende Bürgermeister berichtete weiter, es habe bisher „keine Fortschritte" bei verschiedenen Gebietsaustausch-Wünschen mit der anderen Seite gegeben. Der Senat bemühte sich seit längerer Zeit, bestimmte Areale in der Stadtmitte an der Sektorengrenze sowie am Stadtrand von Ost-Berlin zu bekommen oder einzutauschen. Diepgen erwartet eine Bereitschaft der „DDR" zu solchen Übereinkünften, wenn es einen „geeigneten Zeitpunkt" gebe.

Er unterstrich ferner seine mehrfach geäußerte Überzeugung, auch der „DDR" sei weiterhin an „praktischen und machbaren Lösungen im Ost-West-Verhältnis" gelegen.

Kohl dämpft den Unmut über die Europapolitik

In Mailand „Einstieg in die Politische Union"?

BERNT CONRAD, Bonn

Die morgen beginnenden Beratungen des Mailänder Europagipfels sollen nach dem Willen von Bundeskanzler Helmut Kohl einen „Einstieg in die Europäische Union" ermöglichen und den Rahmen für institutionelle Reformen der EG schaffen. „Der Kanzler geht nach Mailand, um Europa einen neuen politischen Anstoß zu geben. Die Bundesregierung kann und will weitgehenden Ergebnissen in Mailand zustimmen", hieß es gestern in Bonner Regierungskreisen.

Kohl wird seine Absichten heute in einer europapolitischen Debatte des Bundestages erläutern. Dabei will er klarmachen, daß das deutsche Veto in der Agrarpreisfrage nichts an dem Wunsch Bonns nach einer Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat aufgrund der Römischen Verträge ändert. Die in den letzten Wochen lautgewordene Kritik an seiner Europapolitik will der Kanzler durch ein besonders nachdrückliches Eintreten für europäische Fortschritte entkräften.

Kohl geht davon aus, daß es zu solchen Fortschritten in Mailand kommen wird. In Regierungskreisen wird allerdings vor unrealistischen Erwartungen gewarnt. Ein konsensfähiges Ergebnis werde leider hinter den Bonner Erwartungen zurückbleiben. Man dürfe also die Meßlatte nicht zu hoch ansetzen. Ein Einstieg in die Politische Union wäre schon ein großer Erfolg. Dann hätte der Gipfel seinen Zweck erfüllt.

Binnenmarkt ausbauen

Für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft hat Bonn drei besondere Wünsche zum Ausbau des Binnenmarktes:

1. Beseitigung von Handelshemmnissen, beispielsweise unterschiedlichen Normen.
2. Weitere Abschaffung physischer Kontrollen an den Grenzen.
3. Harmonisierung sonstiger Regeln, die sich als handelshemmend erwiesen haben, zum Beispiel steuerlicher Bestimmungen.

Die Bundesregierung tritt nach Bonner Angaben ferner dafür ein, die vom „Dooge-Ausschuß" entworfenen Rahmenbedingungen für eine europäische Technologiegemeinschaft festzuschreiben. Dieser Rahmen soll inhaltlich von dem französischen Eureka-Plan ausgefüllt werden, für den Bonn von den Gipfelteilnehmern ein klares Ja erwartet. Dabei soll projektorientiert vorgegangen werden. Die Bundesregierung plädiert für eine Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft, will aber gegen einen starren Gemeinschaftsrahmen votieren. Das heißt, es sollen sich auch Partner außerhalb der EG an bestimmten Projekten beteiligen können.

Unbeirrt von eigenen „Fehltritten" tritt Bonn für eine Rückkehr zu den Römischen Verträgen, das heißt für Mehrheitsentscheidungen in jenen Fällen ein, in denen die Römischen Verträge sie vorsehen. Außerdem sollen Mehrheitsentscheidungen auch in solchen Bereichen angewendet werden, in denen bisher Einstimmigkeit vorgeschrieben war. Über die Definition dieser Bereiche soll noch diskutiert werden.

Vetorecht „kanalisieren"

Auf jeden Fall sind Mehrheitsentscheidungen nach den Vorstellungen Bonns bei der Harmonisierung des Binnenmarktes angebracht. Falls sich Mitglieder weiterhin auf vitale nationale Interessen berufen wollen, soll die Möglichkeit eines Vetos kanalisiert und formalisiert, das heißt prozedural erschwert werden.

Die Bundesregierung plädiert auch für eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments bei der Gesetzgebung über Gemeinschaftsmaterien. Besonders bei konstitutionellen Akten der Gemeinschaft, wie der Assoziierung oder dem Beitritt anderer Staaten, soll das Europäische Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten.

Zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung einen Vertragsentwurf vorbereitet, der entweder von der italienischen Präsidentschaft oder von Deutschland und Frankreich gemeinsam in Mailand eingebracht werden soll. Dieser Entwurf sieht in Anlehnung an den „Dooge-Bericht" eine konsequentere Verpflichtung zur gegenseitigen Abstimmung der Außenpolitik vor.

Bonn bejaht die Einsetzung einer Regierungskonferenz auf der Ebene von Ministern oder Beauftragten mit einem klaren Mandat zur Realisierung der politischen Unionspläne. Ohne ein konkretes Mandat wäre nach deutscher Ansicht davon nicht viel zu erhoffen.

Der Kanzler geht den Ursachen für Amerikafeindlichkeit nach

Rede vor der „Atlantik-Brücke" mit einem beschwörenden Appell an die Europäer

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die „endgültige Absage" an nationale Alleingänge als „Teil der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland" bezeichnet. In einer Rede vor der Atlantik-Brücke, einer Vereinigung, die sich die Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen zum Ziel gesetzt hat, stellte der Kanzler aber gleichzeitig klar: „Die USA sind nicht gegen unseren Willen in Europa, sondern auf unseren eigenen Wunsch, und nur, solange wir es wollen. Hier liegt der Wesensunterschied zwischen einer freiheitlichen Demokratie und der sowjetischen Diktatur, die bei der Behauptung und Ausbreitung ihrer Herrschaft und Macht auf den Willen anderer Völker keine Rücksicht nimmt."

Kohl ging in seiner Rede ausführlich auf die Motive der Amerika-Kritik, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, ein. Antiamerikanische Strömungen sieht er bei einer „kleinen, aber entschlossenen und lautstarken Minderheit". Einseitige Kritik an den Vereinigten Staaten wird nach seiner Einschätzung häufig nicht auf rationaler, sondern auf emotionaler Grundlage vorgetragen. „Bei manchen stehen sicherlich ideologische Denkmuster im Hintergrund, die älter sind als die Bundesrepublik Deutschland. Ihr Kern ist die Ablehnung jenes Credo der Freiheit und Selbstverantwortung, das im Zentrum der politischen Kultur der Vereinigten Staaten steht", sagte der Kanzler und fügte hinzu: „Wo solche Ideologie im Spiel ist, wird das sachliche Gespräch am schwersten sein." Am ehesten lasse sich dort ansetzen, wo das negative Bild der USA letztlich nur auf Unkenntnis beruhe.

Der Kanzler setzte sich dabei mit dem Amerikabild auseinander, das Oswald Spengler zeichnete, und der meinte, in den USA gäbe es weder ein wirkliches Volk noch einen wirklichen Staat. Solche Vorstellungen, das wollte Kohl zum Ausdruck bringen, wirkten in der Gesellschaft Westeuropas noch heute nach. „Vollends ins Groteske gleitet seine (Spenglers) Beobachtung, in den USA schweiften Trapper auf Dollarjagd von Stadt zu Stadt, rücksichtslos und ungebunden – denn das Gesetz gebe es nur für den, der nicht schlau und mächtig genug sei, es zu verachten." Hier spürt der Kanzler „vorgeformt die Behauptung des Nationalsozialismus, die USA seien ein dekadentes Land, dem Geld unterworfen, unfähig zu großen Leistungen".

Solcher Art Einschätzung führe zu einer weiteren Variante des Vorurteils: Eine „hochmütige Auflehnung ausgerechnet des zumeist kulturpessimistischen Teils der europäischen Intelligenz gegen das vitale Aufbrechen einer neuen, selbstbewußten und fortschrittsgläubigen Zivilisation". Den Amerikanern werde Kultur schlicht abgesprochen, obwohl doch die außergewöhnliche kulturelle Kreativität ihrer Gesellschaft unübersehbar sei. „Hier", konstatierte Kohl, „verbinden sich romantisierende, rückwärtsgewandte, technologiefeindliche Strömungen, wie wir sie gerade heute in Europa erleben, mit tiefen Frustrationen, die aus dem Absinken der alten Welt in relative Ohnmacht entstanden sind."

In seinem Kapitel „Machtpolitische Zweitrangigkeit Europas" bedauerte Kohl, daß vielfach Mißtrauen verbreitet werde, es würden existentielle Entscheidung über die Köpfe der Europäer hinweg getroffen. Ihnen, den Europäern, rief er zu, ernst zu machen und ihre Kräfte auch außen- und sicherheitspolitisch zusammenzuschließen. „Gerade auf die Sowjetunion würde es Eindruck machen, wenn es uns gelänge, das europäische Widerlager der transatlantischen Brücke zu stärken."

Seite 2: Doch, sie gehören hierher

Wieder Schüsse an der Berliner Mauer

F. D. Berlin

Zum drittenmal innerhalb weniger Wochen sind an der Berliner Mauer von „DDR"-Grenzposten Schüsse abgegeben worden. Im Grenzgebiet zwischen dem Westberliner Ortsteil Dreilinden und dem zum „DDR"-Bezirk Potsdam gehörenden Kleinmachnow hatten Westberliner Polizeibeamte in der Nacht zu gestern vier Schüsse wahrgenommen. Polizei und alliierte Streifen hatten anschließend im Sperrgebiet rund 50 „DDR"-Grenzsoldaten beobachtet, die mit Lastwagen und Jeeps den Grenzstreifen absuchten. Aufgrund der Dunkelheit konnte von westlicher Seite aus keine Ursache für die Schüsse festgestellt werden. Ende Mai waren an der Berliner Mauer wiederholt Schüsse gehört worden, wobei nur in einem Fall Aussagen westlicher Beobachter auf den möglichen Tod eines Flüchtlings hinweisen.

DKP-Beamte freigesprochen

DW. Frankfurt/Lüneburg

In Hessen und in Niedersachsen sind Beamte, die auf Grund ihrer Mitgliedschaft in der DKP aus dem Dienst entfernt werden sollten, von dem Vorwurf, Dienstvergehen begangen zu haben, frei gesprochen worden. Es handelt sich dabei um den Frankfurter Briefträger Wolfgang Repp und den Lehrer Karl-Otto Eckartsberg aus Garbsen bei Hannover. Eckartsberg war bereits 1983 auf Grund eines Urteils in erster Instanz aus dem Schuldienst entlassen worden. Der Niedersächsische Disziplinarhof in Lüneburg hob dieses auf, da schuldhaftes Dienstvergehen nicht bestehe. Im Fall des Briefträgers Repp befand die 1. Kammer des Bundesdisziplinargerichts, daß die Mitgliedschaft in der nicht verbotenen DKP keine illegale oder strafbare Handlung sei und darum kein Dienstvergehen vorliege.

Kritik an den Jubiläumsfeiern

epd, Hannover

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Werner Remmers, kritisierte die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der „Rückkehr der katholischen Kirche" in die Oder-Neiße-Gebiete, am vergangenen Wochenende in Stettin (Polen). Gerade als katholischer Christ bedaure er es „ausdrücklich, daß die kirchlichen Feiern im ehemals protestantischen Pommern einen unökumenischen und beinahe gegenreformatorischen Eindruck" gemacht hätten, erklärte Remmers. Dies sei „schädlich für die Christenheit, hinderlich für Europa und sicherlich auch von nur zweifelhaftem Nutzen bei der Zusammenarbeit von Kirche und Staat in Polen". Die Absage der deutschen katholischen Bischöfe zur Teilnahme an den Feiern in Stettin wertete Remmers als „angemessen und mehr als verständlich".

Ost-Berlin lobt wieder die FDP-Politik

hrk. Berlin

Zum zweitenmal innerhalb weniger Tage stellte jetzt die SED in Ost-Berlin die Kritik der FDP am SDI-Programm von Präsident Reagan auffällig heraus. Das SED Blatt „Neues Deutschland" veröffentlichte einen Bericht über die sonst in der „DDR" nicht beachtete FDP-Präsidiumssitzung auf der Titelseite mit der Überschrift: „FDP: Außenpolitik der BRD muß von Realitäten ausgehen".

Gleichzeitig versucht die SED, die Liberalen angesichts kritischer Stimmen aus der Union über die Ostpolitik für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen: Generalsekretär Helmut Haussmann habe, so der ADN-Bericht, die Unterstützung des FDP-Präsidiums für den Genscher-Kurs deutlich gemacht. Haussmann habe auf Kohls Regierungserklärung von 1983 verwiesen, wonach sich Bonn um eine „neue und bessere Qualität" der Beziehungen zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt bemühen werde. „Die FDP lasse sich beim Ausfüllen dieser Koalitionsvereinbarung nicht irritieren, sagte Haussmann", heißt es in dem Parteiorgan.

Erst am 21. Juni hatte SED-Politbüromitglied Joachim Herrmann in seinem Bericht vor dem SED-Zentralkomitee die Haltung der FDP als Beweis für zunehmende westliche Kritik am SDI-Projekt angeführt: „Es ist nicht zu unterschätzen, daß sich in jüngster Zeit eine Regierungspartei, die FDP, entschlossen hat, sich nicht an den Sternenkriegs-Plänen der USA zu beteiligen."

Strafbefehl gegen Boenisch erlassen

F.D., Berlin

Das Berliner Amtsgericht Tiergarten hat gegen den früheren Regierungssprecher Peter Boenisch wegen Steuerhinterziehung einen Strafbefehl in Höhe von 1 080 000 Mark erlassen. Dies teilte ein Berliner Justizsprecher mit. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen und es als erwiesen gesehen, daß Boenisch Einkünfte aus einer Beratertätigkeit bei Daimler Benz in den Jahren 1973 bis 1981 nicht versteuert hatte. Nach Angaben des Justizsprechers Volker Kähne ist der Strafbefehl, der sich aus 360 Tagessätzen zu 300 Mark zusammensetzt, bereits rechtskräftig geworden, da Boenisch auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichtet hat.

BIELEFELD

Lizenz erhalten, die Not bleibt

sid / dpa, Frankfurt

In Bielefeld wird auch in der Saison 1985/86 Profi-Fußball gespielt. Der Deutsche Fußball-Bund erteilte Bundeslig-Absteiger Arminia Bielefeld die Lizenz für die zweite Liga, obwohl der Verein nach den Qualifikationsspielen gegen den 1. FC Saarbrücken (0:2 und 1:1) in der schwersten Krise seiner Vereinsgeschichte steckt.

Nach dem absolut nicht eingeplanten Abstieg verliefen die Planungen für die nächste Saison in Bielefeld chaotisch. Erst im letzten Moment konnte Schatzmeister Hubert Neugebauer am Wochenende die vom DFB geforderte Bürgschaft in Höhe von 900 000 Mark hinterlegen. Wegen der leeren Kassen mußte Neugebauer (Präsident Jörg Auf der Heyde war drei Wochen auf Geschäftsreise in Amerika) eine Art Sommer-Schlußverkauf starten. Für nur 350 000 Mark Ablöse durfte Dirk Hupe zu Dortmund wechseln. Der Transfer weiterer Bielefelder Spitzenspieler steht bevor. Der Finne Pasi Rautiainen, Torjäger Siegfried Reich und Mittelfeldspieler Franco Foda sollen noch abgegeben werden. Erst dann sind die geplanten Verpflichtungen von Uwe Haas (1. FC Köln), Stefan Kohn (Bayer Leverkusen) und Dirk Lellek (Werder Bremen) – sie sollen nur ausgeliehen werden – möglich. Außerdem sind die 14 Verträge für die zweite Liga von den Spielern jederzeit aufkündbar, wenn es zu Beginn der Saison nicht zu einer Prämienregelung kommt, mit der die Spieler einverstanden sind.

SCHWIMMEN / Der Rekord eines ehemaligen „DDR"-Athleten

Wenn Hoffmeister eine Faust macht und nur zwei Worte sagt: „Ich will"

MARKUS BERG/sid, Remscheid

Er ballt unwillkürlich beide Hände zu Fäusten. Das tut er immer, wenn er diese zwei Worte sagt: „Ich will." Da steckt Trotz drin und die Lust zum Kampf, ob im Sport oder in seinem seit einem Jahr völlig veränderten Leben. Frank Hoffmeister, 20 Jahre alt, schwamm bei den Meisterschaften in Remscheid einen Rekord für die Bundesrepublik Deutschland – und persönliche Bestleistung. Das ist besonders wichtig für ihn. Er sagt: „Diese Zeit war für mich der Durchbruch. Ich habe meinen Kritikern endlich bewiesen, daß ich schneller schwimmen kann, als sie dachten."

Die Zeit von 2:02,19 Minuten über 200 m Rücken ist gut, mit ihr liegt er zur Zeit auf Platz vier der Weltbestenliste für das Jahr 1985. Doch es gibt noch bessere Leistungen, und die wecken Erinnerungen bei Frank Hoffmeister. Sein ehemaliger Mannschaftskamerad Dirk Richter hält die Bestleistung der „DDR" mit 1:59,80, der Weltrekord von Igor Poljanski aus der Sowjetunion steht bei 1:58,14 – aufgestellt in Erfurt, Hoffmeisters Heimatstadt.

Der Auswahlschwimmer der „DDR" hatte am 15. Mai 1984 beim „Sieben-Hügel-Schwimmen" in Rom etwas früher als alle anderen den Frühstückstisch verlassen, sich mit seiner Sporttasche (ein paar Kleidungsstücke und das Schulzeugnis aus Erfurt waren in ihr) in ein Taxi gesetzt und als Fahrtziel die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland angegeben. Fast zur gleichen Zeit, zu der die „DDR"-Delegation nach Ost-Berlin zurückflog, saß Frank Hoffmeister in einer Lufthansa-Maschine nach Frankfurt. Vor dem Abflug nach Rom (11. Mai) hatte er in Erfurt in der „Tagesschau" der ARD gehört, daß die Sowjetunion die Olympischen Spiele von Los Angeles boykottieren werde. Da wußte er auch, daß die „DDR" nicht teilnehmen und er seine thüringische Heimat so schnell nicht wiedersehen würde. Er faßte den Entschluß zur Flucht. Seit einem Jahr wohnt Hoffmeister in Bochum, da hat er Verwandte, zwei Tanten.

Mit seinem Rekord in Remscheid hat er sich selbst bestätigt. Jetzt ist er einer der ganz wenigen deutschen Sportler, die den Weg von Ost nach West gegangen sind und in der neuen Heimat ihren Leistungsstandard nicht nur gehalten, sondern sogar verbessert haben. Das muß in seinem Charakter, in diesem „ich will" liegen. Als er in Bochum ankam, war er nicht von einer blauäugigen Schlaraffenland-Gläubigkeit befallen. Er sagte: „Ich weiß, daß ich hier nicht ins goldene Nest fallen werde." Selbst der Vater konnte ihn nicht umstimmen. Er war aus der „DDR" geschickt worden, wohnte zwei Wochen in Bochum, um den Sohn zur Umkehr zu überreden. Doch Peter haßt die Zwänge in der „DDR" zu sehr. Im Alter von sechs Jahren, als Schwimm-Talent entdeckt, war Hoffmeister dem Elternhaus entzogen und in eine der privilegierten „Kinder- und Jugendsportschulen" (KJS) gesteckt worden.

Jetzt hat er sich in aller Freiheit („ich habe meinen Schritt nie bereut") sportlich weiter entwickelt. Doch die Vergangenheit holt ihn noch ein. Sein Rekord im Rückenschwimmen führt zu neuen Ungewißheiten. Die Europameisterschaften finden in Sofia statt (4. bis 11. August). Hans-Otto Seifert, sein Trainer im Verein Bochum-Wattenscheid, fürchtet dort den Zugriff der Ostblock-Behörden: „Ich werde einen Start von Frank in Bulgarien nicht befürworten." Der Deutsche Schwimm-Verband hofft auf Sicherheitsgarantien des bulgarischen Verbandes. Präsident Harm Beyer sagt: „Wir wollen ihn mitnehmen. Wenn sein Visum eintrifft, steht einem Start nach menschlichem Ermessen nichts mehr im Wege."

Und was sagt Frank Hoffmeister, der wegen einer Sperre (wegen „Verbandswechsels") ein Jahr lang von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen war? Er bleibt sich selbst treu: „Ich will hin. Ich kann und werde mich noch weiter steigern. Und ich will in Sofia starten." So redet einer, der außerhalb des Sports ganz besondere Träume hat: „Bei einer Expedition in die Wüste, in die Berge oder zum Nordpol möchte ich gerne einmal dabei sein." Solche Träume passen zu einem jungen Mann, dessen Maxime aus nur zwei Worten besteht: „Ich will."

TENNIS / Forderungen einer Kommission

Turnier-Verbot für die „Wunderkinder"?

CLAUS GEISSMAR, London

Mit 17 hatten beide die erste Dollar-Million verdient. Inzwischen sind Andrea Jäger und Tracy Austin 20 und 22 Jahre alt. Andrea Jäger stand vor zwei Jahren im Wimbledon-Endspiel. In diesem Jahr sind die beiden Tennis-Wunderkinder von einst in Wimbledon gar nicht dabei. Und trotzdem wird in den Regenpausen von Wimbledon fast ausschließlich über die Teenager-Stars von gestern und heute gesprochen. Denn der Internationale Tennis-Verband will das „Kindergarten-Tennis" verbieten. Eine von dem Verband eingesetzte Fachkommission hat in Wimbledon einen Report vorgelegt, der mit mehreren drastischen Empfehlungen endet: Die Teilnahme von unter 14jährigen am Profi-Turnier-Tennis soll verboten werden. Ranglisten für unter 12jährige sollen weltweit, auch auf lokaler Ebene, total abgeschafft werden. Und die Teilnahme von 14- und 15jährigen soll international drastisch beschnitten werden.

Die Tennis-Funktionäre reagieren damit auf eine Fehlentwicklung, die schon schwere Schäden angerichtet hat. Der Report spricht davon, daß die Tennis-Wunderkinder „ausgebrannt" worden sind. Das bezieht sich nicht nur auf Tracy Austin, die mit schweren Rückenwirbelverletzungen leben muß. Der jugoslawische Kinderstar Monika Seles, der im Alter von zehn Jahren 1984 den Weltmeistertitel der unter 12jährigen gewann, mußte wenige Wochen später an einem Magengeschwür operiert werden. Frankreichs Nationaltrainer, Jean-Paul Loth, hat der Kommission als sachverständiger Zeuge noch etwas anderes berichtet: „Die Tennis-Wunderkinder verlassen jetzt manchmal schon mit 12 die Schule. Wenn sie 17 oder 18 sind, kann man sich nicht mehr mit ihnen unterhalten. Sie sind geistig tot und wir Erwachsenen haben sie getötet." Der Nationaltrainer möchte sogar alle unter 16 vom internationalen Tennis verbannen.

Auf der Weltrangliste der Damen, deren Plazierung zur Zeit allein darüber entscheidet, wer in einem Turnier zugelassen wird, gibt es unter den ersten 150 insgesamt zwölf Spielerinnen unter 16 Jahren. Die jüngste, die sich mit ihren Siegen bis auf Platz 99 vorgeschoben hat (was für Wimbledon ausreicht), ist die 13jährige Amerikanerin Mary-Jo Fernandez. Auch der Name von Steffi Graf wird in dem Report zitiert. Allerdings braucht Deutschlands Tennis-Wunderkind (in Wimbledon als Nummer elf gesetzt) schon nicht mehr mit Konsequenzen zu rechnen. Steffi hat am 14. Juni ihren 16. Geburtstag gefeiert.

Obwohl der Report keine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern macht, ist die Fehlentwicklung fast ausschließlich auf Damen-Tennis beschränkt. Infolge der später einsetzenden Pubertät, können sich männliche Jugendliche im Herren-Tennis nicht durchsetzen. Unter den ersten 150 der Herren-Weltrangliste gibt es zur Zeit keinen einzigen 16jährigen. Wie Boris Becker bewiesen hat, liegt die Schwelle zwischen 16 und 17 Jahren. Becker wurde im letzten November 17 und ist in den letzten 18 Monaten 439 Plätze auf der Weltrangliste bis auf Platz 20 geklettert. In Wimbledon sprechen alle Tennis-Experten daher davon, daß Steffi Graf und Boris Becker einen normalen und natürlichen Generationswechsel an der Tennis-Weltspitze eingeleitet haben. Nur die Wunderkinder, die noch jünger sind, müssen jetzt mit drastischen Änderungen rechnen. Der Internationale Tennis-Verband will die Empfehlungen des Reports auf der nächsten Sitzung in Barcelona im Juli verbindlich verabschieden.

Ketzerische Worte: „Schafft Rasen ab"

Die Regentage in Wimbledon gefährden auch die Tradition des ehrwürdigen Turniers. Eine fast ketzerische Forderung erheben die beiden ehemaligen Wimbledon-Sieger Lewis Hoad (1956/57) und Arthur Ashe (1975): „Schafft den Wimbledon-Rasen ab". Beide übereinstimmend: „Wenn sich die besten Spieler der Welt einig wären und künftig Wimbledons Rasen meiden würden", dann gäbe es bald einen synthetischen Untergrund, der für Feuchtigkeit nicht so anfällig sei. Die Reaktion von Klub-Präsident Hadingham: „Wir haben in unserem Klub seit 1875 auf Rasen gespielt. Und wir werden auch künftig auf Rasen spielen."

NACHRICHTEN

Hrubesch trainiert

Dortmund (sid) – Der ehemalige Fußball-Nationalspieler Horst Hrubesch wird am ersten Training (Sonntag) von Borussia Dortmund teilnehmen, obwohl die Wechsel-Modalitäten zwischen dem Bundesliga-Klub und Standard Lüttich noch nicht geklärt sind. Eine Einigung war bisher an den zu hohen Forderungen Lüttichs (angeblich 500 000 Mark) gescheitert.

Born/Schönborn Profis

München (sid) – Petra Born und Rainer Schönborn, das erfolgreichste Eistanz-Paar der letzten zehn Jahre (Dritte der Europameisterschaft) werden Profis. Sie nahmen ein Angebot an, in der Show der Olympiasieger Jayne Torvill und Christopher Dean mitzuwirken.

Auslosung am 2. Juli

Frankfurt (sid) – Die Auslosung der ersten Hauptrunde im deutschen Fußball-Pokal der Saison 1985/86 wird am 2. Juli in der Frankfurter Zentrale des DFB durchgeführt. Die erste Runde wird am 24./25. August mit 64 Mannschaften ausgetragen.

Tour der Frauen

Frankfurt (sid) – Der Bund Deutscher Radfahrer entsendet erstmals sechs Athletinnen zur Tour de France der Frauen, die am 29. Juni gestartet wird und am 21. Juli in Paris endet. Das Aufgebot: Petra Weigenand (Neustadt), Viola Paulitz (Hildesheim), Petra Stegherr (Mettmann), Vera Wasmuth (Köln), Heide Matwew (Oberbruch), Andrea Schrade (Kempten).

FUSSBALL / Fünf englische Klubs gehen wegen der internationalen Sperre vor ordentliches Gericht

„Verbands-Urteile widersprechen europäischen Gesetzen"

dpa/sid, London

Die englischen Fußball-Klubs, die sich in ihrem Verband sportlich für die drei europäischen Pokal-Wettbewerbe qualifiziert haben, wehren sich gegen die Sperren, die der europäische (UEFA) und der Welt-Verband (FIFA) im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Brüssel vor dem Europapokalfinale zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool (1:0) ausgesprochen haben. Der FC Everton (Meister), Manchester United (Pokalsieger), Tottham Hotspur, Norwich City und der FC Southampton (für den UEFA-Cup qualifiziert) ziehen vor ein ordentliches Gericht.

Morgen werden diese fünf Klubs vor dem Obersten Londoner Landgericht ein Verfahren einleiten, in dem sie ihre Teilnahme an den Wettbewerben der Saison 1985/86 erzwingen wollen. Ihre Prozeß-Gegner sind UEFA, FIFA und der englische Verband (FA), der sich nach den Urteilen der Dachverbände geweigert hatte, die Vereine zu melden.

Nach den Vorfällen in Brüssel (38 Tote, meist Italiener, und über 300 Verletzte) waren alle englischen Klub-Mannschaften vom internationalen Spielbetrieb auf unbestimmte Zeit ausgesperrt worden. Eine besondere Strafe – zusätzlich drei Jahre lang Sperre – war vor einer Woche gegen den FC Liverpool ausgesprochen worden, der ein getrenntes Verfahren vor einem ordentlichen Gericht einleiten will.

Maurice Watkins, Direktor des englischen Pokalgewinners Manchester United und Sprecher der fünf Vereine, sagt: „Mit Unterstützung der Spieler-Vereinigung, die eine derartige Sperre als illegal bezeichnet, werden wir versuchen, die Nominierung für die Europapokal-Wettbewerbe zu erwirken. Die Verbands-Urteile über die Aussperrung der Vereine widersprechen englischen und europäischen Gesetzen."

Mit Erstaunen reagierte der Sekretär des englischen Verbandes, Ted Crocker, auf die Klage der Klubs: „Ich dachte, die Leute hätten akzeptiert, daß für uns die Zeit gekommen ist, ein Jahr lang nicht mehr in Europa zu spielen. Laßt uns hoffen, daß es nicht mehr als ein Jahr wird. Es ist der einzige Weg zu versuchen, diese Idioten zur Besinnung zu bringen, die uns überall in Europa begleitet haben."

In Liverpool will die Polizei heute 20 Fotos von Personen veröffentlichen, die unter dem Verdacht stehen, zu den Rädelsführern der Ausschreitungen zu gehören.

ZAHLEN

TENNIS

Wimbledon: Herren, 1. Runde: McEnroe (USA) – McNamara (Australien) 6:4, 6:3, 6:4, Sadri (USA) – Motta (Brasilien) 6:3, 6:2, 6:3, Acuna (Chile) – Benhabiles (Frankreich) 6:3, 4:6, 6:1, 6:2, Hooper (USA) – Taroczy (Ungarn) 7:5, 7:6, 6:3. – Damen, 1. Runde: Navratilova – Bonder (beide USA) 6:0, 6:2, Sabatini (Argentinien) – Brown (England) 3:6, 6:3, 6:3, Ruzici (Rumänien) – Holton (USA) 4:6, 6:4, 7:5.

SCHWIMMEN

Deutsche Meisterschaften in Remscheid, die Meister, Herren: 100 m Brust: 1. Beab (Dormagen) 1:04,11 Min. – 200 m Rücken: 1. Hoffmeister (Bochum-Wattenscheid) 2:02,19 (deutscher Rekord). – 200 m Freistil: 1. Groß (Offenbach) 1:47,83 (Jahresweltbestzeit). – 400 m Lagen: 1. Bermel (Hamburg) 4:28,68. – Damen: 100 m Freistil: 1. Seick (Winsen) 57,46 Sek. – 200 m Brust: 1. Pritzkoh (Köln) 2:40,49. – 400 m Freistil: 1. Lebek (Köln) 4:17,96. – 400 m Lagen: 1. Zindler (Köln) 4:51,23.

Unnötiger Nudelkrieg

Sbt. (Washington) – Beim ersten Besuch in der US-Hauptstadt als Vizepräsident und „Agrarminister" der Brüsseler Kommission hat es Frans Andriessen langsam angehen lassen. Trotz des drohenden Nudelkrieges behielt er die Nerven. So machte er seinen amerikanischen Gesprächspartnern klar, daß die EG die USA in der legislativen Verankerung marktorientierter Grundsätze, die auf eine größere Rolle des Preises hinauslaufen, bereits überholt hat. So ist es in der Tat; denn die Farm Bill der Reagan-Administration wird in der eingebrachten Form niemals den Kongreß passieren. In der EG hat die Milchquote die Produktion in einem einzigen Jahr um fünf Prozent gedrückt. Das muß Washington erst auf die Beine stellen.

Es ist also so, daß sich Amerika und Westeuropa jetzt agrarpolitisch in die gleiche Richtung bewegen. Da Brüssel auch die neuen US-Agrarexport-Subventionen akzeptiert und der Streit darüber, wer seine Bauern am meisten bezuschußt, vom Tisch ist, besteht eigentlicht kein Grund für Dispute. Um so erstaunlicher sind die einseitigen US-Zölle auf Teigwaren aus der EG. Sie passen nicht in die amerikanische Anpassungspolitik, unterstreichen aber den Druck, der auf der Administration lastet, die nach den Exporteinbrüchen Absatzmärkte für ihre Farmer finden muß. Sie vergißt nur, daß es der überstarke Dollar ist, der im Ausland als Kaufbremse wirkt.

Vermutlich wird Washington verhandeln wollen, wenn Brüssel dem Ministerrat Gegenmaßnahmen in Form von höheren Zöllen auf Zitronen und Walnüsse aus den USA vorschlägt. Am Potomac hat Andriessen für eine gütliche Lösung den Weg gebahnt.

In der Klemme

adh – Schwer in die Klemme gekommen ist die Adam Opel AG im letzten Geschäftsjahr. Der negative Ertragsswing von fast einer Milliarde Mark zeigt das nur zu deutlich. Es stellt sich die Frage, ist dies die Vorankündigung für ein Menetekel der europäischen Automobilindustrie oder ein Opel-Spezifikum. Klar ist, daß Opel durch die Verflechtung mit General Motors das Exportventil USA fehlte, welches anderen Herstellern über das schwächere Inlandsgeschäft hinweghalf. Nicht vergessen werden darf aber auch, daß die europäischen Automobilmärkte sich weitaus schwächer entwickelt haben als noch vor drei Jahren angenommen; die Kapazitäten sind inzwischen eindeutig zu groß. Der daraus resultierende Kampf um Marktanteile über Preiszugeständnisse signalisiert keine einfachen Zeiten für die Branche, zumal die festgefahrene Katalysator-Diskussion weiter als Hemmschuh für die Inlandsnachfrage wirkt.

ENTWICKLUNGSHILFE / OECD: 1984 brachte bestes Ergebnis seit fünf Jahren

Die Zunahme beruht vor allem auf höheren Lebensmittellieferungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die öffentliche Entwicklungshilfe der 17 größten westlichen Industriestaaten stieg 1984 um vier Prozent und damit insgesamt ebenso stark wie deren Bruttosozialprodukt. Inflations- und wechselkursbereinigt nahm sie um sechs Prozent zu. Das war das beste Ergebnis der letzten fünf Jahre, betont der OECD-Entwicklungshilfeausschuß (DAC) in seinem Jahresbericht. Auch für dieses Jahr erwartet er „bedeutende Verbesserungen".

Von den nominal 28,6 (27,5) Milliarden Dollar öffentlicher Entwicklungshilfe stellten allein die USA 8,70 (8,06) Milliarden, brachten damit aber nur 0,24 (0,24) Prozent ihres Sozialprodukts auf gegenüber einem DAC-Durchschnitt von 0,36 (0,36) Prozent. Den höchsten Anteil wies Holland auf mit 1,02 (0,91) Prozent, gefolgt von Norwegen mit 0,99 (1,09), Dänemark mit 0,85 (0,73), Schweden mit 0,80 (0,81) und Frankreich mit 0,77 (0,74) bzw. 0,52 (0,48) Prozent ohne Überseegebiete.

Dagegen schrumpfte die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik auf 2,78 (3,18) Milliarden Dollar oder 0,45 (0,48) Prozent ihres Sozialprodukts. Dieses verhältnismäßig schlechte Ergebnis hält der DAC aber für zufallsbedingt. Der deutsche Auszahlungskalender wäre 1984 sehr ungünstig und die Rückflüsse wären außergewöhnlich hoch gewesen. Die mittelfristige Planung Bonns sehe bis 1987 ein jährliches Wachstum der deutschen Hilfe um 3,5 Prozent vor, nach minus fünf Prozent 1984.

Das Gesamtergebnis wurde vor allem dadurch verbessert, daß die meisten DAC-Staaten ihre Nahrungsmittelhilfe beträchtlich steigerten. Vor allem den von der Trockenheit betroffenen afrikanischen Ländern südlich der Sahara wurden zur Milderung der Hungersnot exzeptionelle Hilfen bereitgestellt. Während die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe insgesamt auf 19,6 (18,5) Milliarden Dollar stieg, blieb die multilaterale wegen der unregelmäßigen Überweisungen der Weltbanktochter IDA mit 9,0 (8,9) Milliarden Dollar fast unverändert.

Dazu kamen an nichtöffentlicher Entwicklungshilfe der DAC-Staaten 47,9 (42,0) Milliarden Dollar, darunter 2,5 (2,3) Milliarden Dollar Schenkungen privater Organisationen. Die übrigen Leistungen waren mit nichtliberalen Bedingungen (liefergebundene Kredite usw.) verbunden. Die gesamte Entwicklungshilfe der DAC-Zone erreichte 76,5 (69,5) Milliarden Dollar. Sie blieb damit aber erheblich hinter der des Jahres 1983 von 83,9 Milliarden Dollar zurück.

Von allen Seiten empfangen haben die Entwicklungsländer letztes Jahr 95,3 Milliarden Dollar, gegenüber 105,3 Milliarden Dollar 1983. Dieser Rückgang erklärt sich vor allem daraus, daß die OPEC-Staaten ihre Hilfe auf 4,54 (5,43) Milliarden Dollar reduzierten, darunter Saudi-Arabien auf 3,31 (3,66) Milliarden Dollar. Dieses Land bringt aber immer noch den größten Teil seines Sozialprodukts (3,29 Prozent) an Entwicklungshilfe auf. Die Hilfe des Ostblocks hielt sich mit 2,92 (3,04) Milliarden Dollar knapp auf dem Vorjahresstand.

Die rund 10 Milliarden Dollar, die die Entwicklungsländer weniger empfangen haben, sind hauptsächlich eine Folge davon, daß ihnen die Banken nur noch 21 Milliarden Dollar an langfristigen Krediten bereitgestellt hatten, gegenüber 41 Milliarden Dollar 1983. Ohne erneute Stundungen fällig gewordener Verbindlichkeiten wäre dieser Rückgang noch stärker ausgefallen, heißt es.

Bei den kurzfristigen Bankkrediten ergab sich auf Grund der im Rahmen von Konsolidierungsaktionen erfolgten Umschuldungen sogar ein Negativsaldo von fünf Milliarden Dollar gegenüber sieben Milliarden Dollar 1983, nach Aktivsalden von 12 Milliarden Dollar 1982, 21,4 Milliarden Dollar 1981 und 24,4 Milliarden Dollar 1980. Dies waren die Jahre vor der Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer.

Vom Internationalen Währungsfonds (IWF) empfingen die Entwicklungsländer nur noch 5,5 (12,45) Milliarden Dollar netto, während sich die Exportkredite und die Direktinvestitionen 1984 von ihrem Vorjahresrückgang wieder erholten.

VEREINIGTE STAATEN

Exminister: Defizit-Abbau hat Vorrang vor Steuerreform

H.-A. SIEBERT, Washington

Die früheren US-Finanzminister Blumenthal, Connally, Dillon und Simon sowie der ehemalige Handelsminister Peterson haben den Kongreß aufgefordert, zuerst das riesige Haushaltsdefizit durch möglichst breite Ausgabenschnitte zu kürzen. Die geplante Steuerreform müsse solange zurückgestellt werden, um aus der Sackgasse, in die sich die Legislative manövriert habe, herauszukommen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der ehemaligen Minister republikanischer und demokratischer Administrationen.

Ähnliche Befürchtungen haben in den vergangenen Monaten mehrfach Bundesfinanzminister Stoltenberg und andere deutsche Politiker geäußert. Der Kongreß ist zweifellos überfordert; die parallelen Beratungen kommen nur mühsam voran. Der Vermittlungsausschuß des Senats und Repräsentantenhauses hat bisher noch keine Formeln für Streichungen im Sozialbereich gefunden, die von den Demokraten akzeptiert werden können. In Frage gestellt ist andererseits eine durchgreifende Steuerreform. Viele Projektionen der Treasury erweisen sich als falsch; in den ersten Jahren würden die Einnahmen sogar sinken, das Haushaltsdefizit also zunehmen.

Die Sorgen der Exminister lassen sich so zusammenfassen:

- In den USA läßt sich der Trend in Richtung eines stark reduzierten Realwachstums nicht mehr wegdisputieren und ist weder ein Zufall noch das Ergebnis einer fehlerhaften Geldpolitik der US-Notenbank. Vielmehr ist die wirtschaftliche Schwäche auf das abnorm hohe Handelsdefizit, die zehnmonatige Stagnation in der Industrieproduktion, die wachsenden Lagerbestände und die nun schnell abnehmende Investitionsbereitschaft zurückzuführen.
- Ursache dieses Dilemmas ist das drastische fiskalische Ungleichgewicht in Amerika, das mit dem Antiinflationskurs der Federal Reserve kollidiert. Falls dieser „Policy Mix" sich noch verschlechtert, droht die Gefahr, daß die Regierung eines Tages nicht mehr in der Lage ist, korrigierend einzugreifen. Ungewöhnlich hoch sind nach wie vor die US-Realzinsen, sie destabilisieren das Finanzsystem; weder die Haushalte noch die Unternehmen könnten in der kräftigen Phase der wirtschaftlichen Erholung Vorsorge für einen zyklischen Abschwung treffen.
- Der Dollar bleibt massiv überbewertet; groß ist der Schaden in der Landwirtschaft, im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe. US-Firmen verlegen in zunehmendem Maße ihre Produktion ins Ausland, Amerika ist auf gefährliche Weise von ausländischem Kapital abhängig. Eine unfreiwillige Umstrukturierung entfernt die US-Wirtschaft von den bisherigen Quellen ihrer Stärke und hohen Produktivität. Bis 1988 wachsen Washingtons öffentliche Schulden um weitere 500 Milliarden Dollar.

Deregulierung auf italienisch

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Verfassung der italienischen Wirtschaft ist das Ergebnis komplexer Gesetznormen und Verordnungen, die teils noch auf die Autarkiezeit des Faschismus zurückgehen, teils in der sozial-liberalen Gesetzgebung der Nachkriegszeit wurzeln. Dabei liegt die Betonung auf „sozial", da das liberale Element im Laufe der Zeit nahezu verschüttet wurde und erst im Zuge der Deregulierung der letzten Jahre wieder stärker an Bedeutung gewonnen hat.

Der Liberalisierungs- und Deregulierungsprozeß wie er sich seit neuestem abzeichnet, wird von allen Verantwortlichen inzwischen als notwendige Voraussetzung anerkannt, um die italienische Wirtschaft voll in die der Europäischen Gemeinschaft zu integrieren. Der Weg dahin ist steinig. Was seit den dreißiger Jahren gewachsen ist – wie das System der Staatsunternehmen oder das damals erlassene Kreditwesengesetz, nach dem heute noch die Zentralbank gesteuert wird – läßt sich nicht mit einem Federstrich beseitigen.

Gerade die Zentralbank ist ein gutes Beispiel. Obwohl sich mittlerweile alle Regierungsexperten im klaren darüber sind, daß die Unabhängigkeit der Banca d'Italia ausgebaut werden muß, um den institutionellen Damm gegenüber der Defizitbildung der öffentlichen Haushalte zu festigen, sind die Widerstände vor allem in Kreisen der Sozialistischen Partei noch immer so groß, daß Fortschritte in dieser Richtung fast unmöglich sind. Gegenwärtig ist die italienische Zentralbank nicht viel mehr als das ausführende Organ des interministeriellen Kreditrates – der obersten Währungs- und Kreditbehörde. Der Gouverneur der Banca d'Italia hat nur ein Beratungsrecht; das Weisungsrecht liegt dagegen in der Hand des Schatzministers als dem Vorsitzenden des Kreditrates.

Wenn es stimmt, daß eine Wirtschaft so frei ist wie ihre Zentralbank, hat Italien noch einiges vor sich. Bester Beweis ist das System, mit dem die Staatsunternehmen wirtschaften müssen. Auch hier ist die Deregulierung – die Konzentration auf die sogenannten strategischen Bereiche und die langsame Ausgliederung aus dem Verband der drei Staatsholdings Iri, Eni und Efim – auf dem Papier eine längst akzeptierte Strategie. In der Praxis hat sich die neue Linie noch nicht durchgesetzt.

Deutlich zeigt die Affäre um den Verkauf des der Staatsholding Iri gehörenden Nahrungsmittelkonzerns SME an die von dem Industriellen Carlo de Benedetti kontrollierte Branchenschwester Buitoni. Obwohl sowohl der Iri-Verwaltungsrat als auch der Minister für Staatsbeteiligungen und der für die Gesamtstrategie der Staatsunternehmen zuständige interministerielle Industrieplanungsrat der Regierung ihr Plazet erteilten, verfing sich der Verkauf in dem Einspruch der Sozialisten.

Ein Beweis, daß die Unabhängigkeit der Staatsbetriebe und ihres Managements gegenüber Übergriffen aus Parteikreisen trotz aller Fortschritte zur Abwehr politischer Verfilzungen noch nicht gewährleistet ist. Das heißt, daß ein bedeutender Teil der italienischen Wirtschaft – auch ein Drittel des Bankwesens, des staatlichen Kommunikations- und Nachrichtensystems und wichtige Industriezweige – nicht nur der direkten Weisungsbefugnis des Staatsbeteilidungsministeriums unterliegen, sondern auch der Willkür parteipolitischer „Überflieger". Das engt den Freiraum der staatlichen Wirtschaft nach wie vor beträchtlich ein und hemmt den Umstrukturierungsprozeß.

Auch sonst steht die Deregulierung noch am Anfang. Das gilt nicht nur von restriktiv angelegten Arbeits- und Arbeitsmarktgesetzen, die der Mobilität enge Grenzen ziehen, sondern auch von der Preisüberwachung und der Devisenbewirtschaftung. Gegenwärtig wird die italienische Devisengesetzgebung noch immer von dem Prinzip geregelt, daß „alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist". Dieser Grundsatz muß umgekehrt werden.

Doch die Parteien wahren große Vorsicht. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß das im November 1983 dem Parlament vorgelegte Novellierungsgesetz, mit dem das neue Prinzip eingeführt und das Kapitalfluchtgesetz des Jahres 1976 abgeändert werden soll, erst in der vergangenen Woche vom Senat verabschiedet wurde und jetzt noch der Ratifizierung durch die Abgeordnetenkammer harrt.

AUF EIN WORT



„Die konsequente Anwendung modernster Technologien ist für ein hochentwickeltes Land, wie das unsere, kein Luxus, sondern eine fundamentale Notwendigkeit. Der technische Fortschritt – das ist jene Triebfeder, die zum Wohl aller den Mechanismus einer dynamischen Wirtschaft antreibt, immer neue Produktions- und Erfolgschancen eröffnet und damit letztendlich auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft."

Roland Dorschner, Vorstandsvorsitzender der Hutschenreuther AG, Selb.
FOTO: DIE WELT

„Konjunkturstützen nicht überbewerten"

VWD, Bonn

Die Deutsche Bundesbank hat davor gewarnt, die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur, insbesondere für die Bauwirtschaft, in ihrer Wirkung zu überschätzen. Das gelte besonders für die geplante Verkürzung der Abschreibungsfristen für neue Wirtschaftsgebäude von 50 auf 25 Jahre, sagte Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger öffentlichen Anhörung zur „Stärkung und Verstetigung der Bautätigkeit" im Bauausschuß des Bundestages.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

In letzter Minute Einigung über Mittelmeerprogramme

dpa/VWD, Luxemburg

Mit einer Einigung über die Vergabe von knapp 15 Milliarden Mark Wirtschaftshilfe an die Mittelmeerländer Griechenland, Italien und Frankreich haben die EG-Regierungen in der Nacht zum Mittwoch in Luxemburg eine von Griechenland angedrohte Blockade des bevorstehenden EG-Gipfeltreffens in Mailand abgewendet. Der Außenministerrat beschloß eine Rahmenverordnung über Einzelheiten der sogenannten Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP), mit denen die Wirtschaftsstruktur der drei Mittelmeerländer in Gebieten verbessert werden soll, die von der EG-Erweiterung um Spanien und Portugal 1986 besonders betroffen sind.

Zuvor hatte der griechische Außen-Staatssekretär Theodoros Pangalos seine Kollegen gewarnt, Ministerpräsident Andreas Papandreou sei erst dann zu den geplanten Gipfel-Gesprächen in Mailand bereit, nachdem Griechenland – notfalls durch die Staats- und Regierungschefs selbst – die Mittelmeerprogramme „vom Tisch" gebracht habe.

Nach zehnstündigen Beratungen lenkte die Bundesregierung in einer wesentlichen Streitfrage ein: Staatssekretär Jürgen Ruhfus vom Auswärtigen Amt verzichtete auf die zunächst geforderte schriftliche Festlegung, daß die EG-Kommission nicht selbst über förderungswürdige Projekte entscheiden kann, falls ein Beratender Ausschuß der EG-Regierungen dem Projekt nicht mit qualifizierter Mehrheit zustimmt. Bonn gab aber seine Erwartung zu Protokoll, daß die Kommission keine Entscheidung gegen die Mehrheit der Regierungen treffe.

EUREKA-FORSCHUNGSPROJEKT

Vier Elektronikkonzerne sagen ihre Unterstützung zu

J. Sch./Wb. Paris/München

Drei Tage vor dem Mailänder Europa-Gipfel haben die vier größten europäischen Elektronikkonzerne Thomson, Siemens, Philips und General Electric Company dem französischen Eureka-Projekt ihre Unterstützung zugesagt. In einer gemeinsamen Erklärung bekunden sie ihre Absicht, im Rahmen von Eureka zusammenzuarbeiten. Innerhalb von sechs Monaten – nach einem Regierungsabkommen über die Gründung von Eureka – wollen die vier Konzerne mit entsprechenden Verhandlungen beginnen, heißt es dazu in Paris.

Grundsätzlich vorgesehen ist eine Zusammenarbeit insbesondere über strategische Ausrüstungen der Elektronikbereiche, in denen eine größere Unabhängigkeit von den USA und Japan angestrebt wird. Genannt werden Mikrokompressoren, integrierte Schaltkreise mit hoher Speicherfähigkeit und Schaltkreise mit chemischen Substanzen (EHSGA). Außerdem werden die Sektoren Infrarot- und Laserstrahlen zitiert.

Bei Siemens in München heißt es ergänzend dazu, daß irgendwelche Vereinbarungen über Entwicklungsziele, Schwerpunkte, Kosten, Umfänge oder Strukturen zum jetzigen Zeitpunkt schon deswegen gar nicht möglich gewesen seien, weil die Inhalte und Ziele des Eureka-Programms zunächst von den Regierungen festgelegt werden müßten.

Zudem gehe es bei den beteiligten Unternehmen keineswegs darum, brachliegende Forschungskapazitäten auszunutzen. Allein bei Siemens – Forschungsbudget: 4,5 Milliarden Mark – sollen in diesem Jahr 3200 Ingenieure und Naturwissenschaftler neu eingestellt werden, um die konzerneigenen Entwicklungsvorhaben zu bewältigen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

IW: Staatsquote sinkt

Köln (VWD) – Der staatliche Einfluß auf den Wirtschaftskreislauf hat seit 1982 leicht nachgelassen. In den vergangenen drei Jahren schrumpfte der Staatsquoten-Anteil der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden einschließlich Sozialversicherungsträgern am Bruttosozialprodukt um 1,2 Punkte auf 48,7 Prozent. Nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Köln, entspricht dieser Rückgang einem Ausgabenvolumen von rund 21 Mrd. DM. Von 1969 bis 1982 hatte sich die Staatsquote zuvor von 39,0 Prozent auf 49,9 Prozent erhöht.

Dauerhaft können die Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung nur durch konsequente marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessert werden. Das erklärte der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Konsul Klaus Richter, am 26. Juni vor der BGA-Mitgliederversammlung in Bonn.

Finanztermingeschäfte

Frankfurt (cd.) – Die Berliner Bankenaufseher wollen die Risiken der Banken bei Finanztermingeschäften in den Griff bekommen. Neben Devisenoptionsgeschäften geht es dabei vor allem um Zins-Terminkontrakte. Nach Vorstellung der Aufsichtsbehörde soll den Kreditinstituten der Abschluß von Zinstermingeschäften für eigene Rechnung nur zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken von Bilanzpositionen erlaubt sein, nicht jedoch als Spekulationsgeschäfte. Über einen Regelungsentwurf des Aufsichtsamtes, der dem Kreditgewerbe jedoch zu eng erscheint, wie aus einer Stellungnahme des Zentralen Kreditausschusses hervorgeht, wird morgen in Berlin eine Anhörung stattfinden.

Wechselkurspolitik beklagt

Washington (VWD) – Gespaltene Wechselkurse, wie sie viele Entwicklungsländer für ihre Landeswährungen seit 1980 haben, wirken sich in vielen Fällen für die Volkswirtschaft schädlich und für andere Länder nachteilig aus. Dies geht aus einem Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) über solche Wechselkurs-Systeme hervor. Eine Reihe von Ländern hätten nicht nur zwei sondern zum Teil sogar fünf verschiedene offizielle Wechselkurse für ihre Landeswährung, je nach Art der mit ihr abzurechnenden Transaktionen. Dabei berücksichtigt sei nicht die Folge des sogenannten Parallel- oder Schwarzmarktes.

Boom bei Werbedruck

Frankfurt (AP) – Die Entwicklung der Werbedrucksachen erlebte im vergangenen Jahr einen Boom, erklärte der Bundesverband Druck gestern bei der Vorlage des Jahresberichts der Druckindustrie. Trotz 13 Wochen Streik, bei dem 599 der 1900 Betriebe mit über 20 Beschäftigten betroffen waren, drei Mill. Arbeitsstunden ausfielen und der rund 200 Mill. DM kostete, verbuchte die Branche ein Plus beim Umsatz, bei der Produktion und beim Ertrag, sagte Verbandspräsident Franz Josef Weixler. Rund 23,1 Mrd. DM setzten die 1900 Betriebe mit ihren 162 000 Beschäftigten den Angaben zufolge 1984 um, 6,1 Prozent mehr als 1983.

Impulse nicht erwartet

Bonn (DW.) – Von den Maßnahmen der Bundesregierung zu verstärkter Städtebauförderung und zu erweiterten Umweltschutzprogrammen sind echte Impulse für Betriebe und Beschäftigte schwerlich zu erwarten. Stetigkeit in der Planung und Durchführung öffentlicher Infrastrukturausgaben ist besser als jede noch so gut gemeinte Konjunkturaktion.

Konzentration nimmt zu

Bonn (DW.) – Die Konzentration in der Mühlenwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hält an. Nach Angaben des Bundesernährungsministeriums gab es Ende des Getreidewirtschaftsjahres 1983/84 (August/Juli) noch 718 meldepflichtige Mühlen mit einer Jahresvermahlung von jeweils mindestens 250 Tonnen. Das waren 24 Mühlen weniger als ein Jahr zuvor.

Dumpingzölle aufgehoben

Brüssel (dpa/VWD) – Die auf deutschen Druck hin eingeführten EG-Antidumpingzölle auf Breitflanschträger und Betonstahl aus Spanien sind mit Wirkung vom 25. Juni aufgehoben worden. Die Strafzölle waren bereits Mitte 1983 beziehungsweise Mitte 1984 nach dem Abschluß einer Stahlhandelsvereinbarung mit Spanien ausgesetzt worden.

Belegschaftsaktien gefragt

Frankfurt (dpa/VWD) – Immer mehr Mitarbeiter des Chemiekonzerns Hoechst AG wollen Mitbesitzer ihres Unternehmens werden. In diesem Jahr haben bereits 27 000 Hoechst-Mitarbeiter – knapp 40 Prozent – 340 000 Aktien des Unternehmens erworben. Die Papiere haben nach Firmenangaben einen Kurswert von 76 Mill. DM. Die Mitarbeiter haben die Aktien jedoch zum Vorzugspreis von zusammen 46 Mill. DM bekommen.

Fusion bleibt untersagt

Berlin (dpa/VWD) – Die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes in Berlin gegen die bereits vollzogene Fusion der Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, und der Württembergischen Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen, wurde vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe höchstrichterlich bestätigt. Das Bundeskartellamt hatte die Fusion im März 1981 untersagt. Mit der jetzigen Entscheidung droht dem fusionierten Unternehmen eine Entflechtung.

Beschäftigung günstiger

Bonn (HH) – Die Beschäftigung habe sich in den ersten Monaten 1985 günstiger entwickelt, als schon wegen des harten Winters hätte erwartet werden müssen, schreibt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg: Die Zahl der abhängig Beschäftigten habe erstmals seit vier Jahren im vierten Quartal 1984 zugenommen und sei seither weiter „leicht" gestiegen – dies, obwohl die Beschäftigtenzahl im Baugewerbe noch relativ stark zurückgegangen sei. Der Anstieg im Dienstleistungs- und im Verarbeitenden Gewerbe (speziell Investitionsgüterindustrie) habe diese Entwicklung „mehr als ausgeglichen". Die Zahl der Kurzarbeiter habe „erheblich abgenommen" und mit 228 000 (Mai) den tiefsten Stand seit 1980 erreicht. Trotz der Beschäftigungszunahme sei es allerdings nicht zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gekommen.

KONJUNKTUR

DIW erwartet 1986 leicht beschleunigtes Wachstum

dpa/VWD, Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik eher noch zurückhaltender als die „Fünf Weisen" in ihrem jüngsten Sondergutachten. Das Bruttosozialprodukt dürfte im laufenden Jahr nur „um gut zwei Prozent" und 1986 um rund 2,5 Prozent wachsen, schreibt das DIW in seinem Wochenbericht.

Die leichte Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums 1986 werde weitgehend eine Folge der Steuerpolitik sein. Der gesamtwirtschaftliche Nachfrage- und Produktionseffekt der kommenden steuerlichen Entlastung wird mit rund 0,5 Prozent beim Bruttosozialprodukt veranschlagt. Eine Tendenz zur Selbstverstärkung der konjunkturellen Erholung zeichne sich jedoch noch immer nicht ab. Die Zahl der Arbeitlosen dürfte 1986 etwas niedriger als in diesem Jahr sein, die Zahl von 2,3 Millionen werde aber nicht deutlich unterschritten.

Das DIW geht bei seiner Prognose davon aus, daß der Dollar sich gegenüber der D-Mark abschwächt, rechnet aber keinesfalls mit einem Abrutschen des Wechselkurses. Deutlich verbessert werde die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme dürfte netto um fast fünf Prozent steigen. Da die Steuerentlastung vor allem Haushalte mit niedriger Sparquote begünstige, könne damit gerechnet werden, daß das Entlastungsvolumen zu einem hohen Prozentsatz nachfragewirksam werde. Beim realen privaten Verbrauch sei erstmals seit langem mit einer nennenswerten Zunahme um zwei Prozent zu rechnen.

SACHVERSTÄNDIGENRAT / Forderung nach einstufiger Steuerreform erläutert

„Leere Kassen sollen Ausgaben bremsen"

SABINE SCHUCHART, Köln

Für eine Steuerreform in einer Stufe sieht der Sachverständigenrat auch jetzt noch politische Umsetzungsmöglichkeiten in Bonn. „Es wäre keine so große Revision, wenn man die zweite Stufe von 1988 auf 1986 vorziehen würde", erklärte der Vorsitzende des Gremiums, Professor Hans K. Schneider, gegenüber der WELT.

Dieses Votum ziele keineswegs auf die Person des Bundesfinanzministers, der eine zweistufige Lösung vertritt. Man hoffe vielmehr, daß sich Bonn „den besseren Argumenten" anschließen werde. Auf den Vorwurf, der Rat komme mit diesen Vorschlägen zu einem Zeitpunkt, in dem die politischen Entscheidungen längst gefallen seien, räumte Schneider ein, daß eine frühere Mahnung in Richtung des Parlaments sinnvoller gewesen wäre. Damals habe man aber das Ausmaß der zu erwartenden Ausgabensteigerungen bei den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen noch nicht überschauen können. Auch das Bonner Veto gegen die Getreidepreissenkung, das mittelfristig höhere Subventionen auslöse, sei erst später erfolgt.

Das Umschwenken des Rates auf die einstufige Steuerentlastung habe seinen Grund in der Enttäuschung über die Verschlechterung der staatlichen Ausgabenstruktur, die vor allem durch den Anstieg der Subventionen verursacht werde. Bei der Erstellung des Jahresgutachtens 1984 hatte der Rat noch eine Steuerentlastung in zwei Stufen (1986 und 1988) unterstützt. Von der einstufigen Lösung erhoffen sich die Wissenschaftler, daß dadurch die Wünsche der verschiedenen Interessengruppen nach höheren staatlichen Hilfen gebremst und die von der Ausgabenseite ausgehenden Gefahren für die Haushaltskonsolidierung verringert würden. „Bei leeren Kassen ist es leichter, solche Gruppen abzuwehren, als bei – vermeintlich – vollen", sagte Schneider.

Von der konjunkturellen Lage sei vom Rat aber keine Notwendigkeit für eine einstufige Steuerentlastung gesehen worden, betonte der Vorsitzende. Mit Blick auf die aktuelle beschäftigungspolitische Diskussion warnte er vor „hohen Erwartungen und teilweise völlig illusionären Vorstellungen", was eine Regierung in diesem Zusammenhang leisten könne: „Es gehört zu den großen Illusionen in unserem Land, daß eine Regierung sozusagen Vollbeschäftigung machen kann. Das kann sie nicht."

Schneider verwies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Lohnzusatzkosten, die sich in den vergangenen Jahren überproportional erhöht hätten, und auf die Verantwortung der Tarifparteien. Im Jahresgutachten 1985 werden nach seinen Worten Fragen des Arbeitsmarkts eine herausragende Rolle spielen.

BERLIN

Ernährung auf dem ersten Platz

tb. Berlin

Die Ernährungsindustrie ist in Berlin umsatzmäßig die führende Branche. 1984 schob sie sich mit knapp 8,8 Mrd. DM auf den ersten Platz, noch vor der Elektroindustrie (8,65 Mrd. DM Umsatz). Allerdings war das Bild nicht in allen Zweigen der Branche günstig. Sprecher der Wirtschaftsvereinigung der Berliner Ernährungsindustrie äußerten sich besorgt über die Entwicklung bei Fleischwaren und Spirituosen, die 1984 Umsatzrückgänge hinnehmen mußten.

Anhaltend scharfer Wettbewerb und Rationalisierungsdruck führten zu weiteren Werksschließungen. Die Zahl der Betriebe ging von 208 auf 199 zurück, die der Beschäftigten blieb mit rund 16 520 etwa konstant. Den größten Anteil am Umsatz der Berliner Ernährungsindustrie hat die Kaffee- und Teeverarbeitung mit etwa 40 Prozent. An der gesamten deutschen Kaffeeverarbeitung hat Berlin einen Anteil von 40 bis 50 Prozent. Fast jede zweite Tasse Kaffee, die in der Bundesrepublik getrunken wird, kommt damit aus Berlin.

China drosselt Konsumgüterimporte

dpa/VWD, Peking

Als erste konkrete Maßnahme zur Drosselung der Konsumgüterimporte hat die chinesische Regierung Kontrollen über die Einfuhr von Kühlschränken verhängt. Wie die chinesische Presse berichtete, muß die Bestellung von kompletten Geräten, Komponenten und von Fertigungsanlagen im Ausland künftig wieder vom Außenhandelsministerium und bei einem Wert von über 550 Millionen DM sogar von der staatlichen Planungskommission genehmigt werden.

Um die eigene Produktion zu rationalisieren, sollen die bestehenden 16 Fabriken während des Fünfjahresplans (1986/90) auf 41 wirtschaftliche Großanlagen reduziert werden. Kühlschränke gehören noch zu den vier am meisten begehrten Haushaltsgeräten in der chinesischen Bevölkerung. Um Kaufkraft abzuschöpfen und weil die eigene Produktion nicht nachkommt, hatte die Regierung noch Ende 1984 auf einen Schlag 500 000 Geräte im Ausland bestellt. Die neue Finanzpolitik zielt darauf ab, mit den Devisen sparsamer umzugehen und sie hauptsächlich für nationale Schlüsselprojekte einzusetzen.

TANKSTELLEN / Schrumpfungsprozeß wird fortgesetzt – Zahl der Stationen entspricht dem Stand von 1953

Die Rentabilität hat sich weiter verschlechtert

DOMINIK SCHMIDT, Minden

Das Tankstellennetz der Bundesrepublik, das in den vergangenen Jahren immer weitmaschiger geworden ist, schrumpft weiter. Nach Angaben des Bundesverbandes des Deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes (BTG) hat sich die Zahl der Betriebe 1984 um gut 1700 auf 19 019 (20 776) Straßentankstellen verringert. Das entspreche ziemlich genau dem Bestand von 1953; damals allerdings wurden in der Bundesrepublik 4 Mill. Personenautos gezählt; heute fahren über 25 Mill. Pkw auf deutschen Straßen. Die fünf größten Mineralölgesellschaften haben nach Angaben des BTG mit einem Minus von 9,7 Prozent „maßgeblich zur Netzverdünnung" beigetragen.

Mit einer Steigerung des Benzinabsatzes um drei Prozent auf 23,7 (23) Mill. t wurde 1984 der bisherige Höchststand von 1980 wieder erreicht. Das gleiche gilt für den Dieselkraftstoff, dessen Absatz um zwei Prozent auf 14,2 (13,9) Mill. t zunahm. Insgesamt errechnet sich ein Mineralölverbrauch von 102,1 (100,4) Mill. t. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer wuchsen um 3 Prozent auf gut 24 Mrd. DM. Darin enthalten sind 772 Mill. DM Heizölsteuern.

Ende 1984 registrierte der Verband 636 Tankstellen, die bleifreie Kraftstoffe verkauften. Mittlerweile habe sich diese Zahl deutlich erhöht. Der BTG unterstütze von Anfang an die Ziele der Bundesregierung zur Luftreinhaltung. Allerdings setze sich immer stärker der Eindruck durch, „daß diese Umweltschutzmaßnahmen ein gutes Geschäft für die Bundesregierung sind".

Immer schwieriger gestaltet sich die wirtschaftliche Situation der Betriebe. Zwar seien im Berichtsjahr in allen Bereichen Umsatzsteigerungen erzielt worden; die Ertragssituation indes habe sich weiter verschlechtert. So errechne sich im Branchendurchschnitt ein Gesamtumsatz je Selbstbedienungstankstelle von 0,5 (0,47) Mill. DM. Dem Zuwachs von 8 Prozent stehe ein um 2,7 Prozent auf 61 800 (63 520) DM verringerter Gewinn gegenüber. Ähnlich sei das Verhältnis bei den Bedienungstankstellen, auf die noch 14 Prozent des Kraftstoffabsatzes entfallen. Bei diesen Betrieben stieg der Gesamtumsatz im Durchschnitt um 8,7 Prozent auf 0,27 (0,25) Mill. DM. Weil die Kosten aber stärker als die Erlöse zunahmen, ging der Jahresgewinn um 4,9 Prozent zurück. Der BTG errechnet für die Selbstbedienungstankstellen einen betriebswirtschaftlichen Verlust von über 9000 DM. Dabei bleibe die Verzinsung des Eigenkapitals unberücksichtigt.

Beträchtliche Verschiebungen ergaben sich 1984 bei der Zusammensetzung des Warenumsatzes. So verringerte sich bei den Bedienungstankstellen der Anteil von Ersatzteilen und Autozubehör am Gesamtumsatz auf 58,4 (67,4) Prozent und bei den SB-Tankstellen auf 34,3 (38) Prozent. Dem stehen höhere Umsätze mit Getränken (9,9 Prozent), Tabakwaren (20,3 Prozent), Süßwaren, Zeitschriften und sonstige Waren (11,5 Prozent) gegenüber. Bei SB-Tankstellen hat der Tabakwarenumsatz mit 34,1 Prozent bereits das Niveau des Zubehörumsatzes erreicht.

Günstig entwickelte sich nach Angaben des Verbandes der Autowaschmarkt. Wie es heißt, sind mittlerweile über 10 000 Portalwaschanlagen in der Bundesrepublik installiert. Nach wie vor sei die gewerbliche Autowäsche ein lohnendes Geschäft. Jeder vierte deutsche Autofahrer lasse seinen Wagen regelmäßig in der Waschanlage reinigen. Nach den jüngsten verfügbaren Zahlen (1983) seien 189 Mill. maschinelle Autowäschen vorgenommen worden. Bei einem durchschnittlichen Wasch- und Pflegepreis von 8,80 DM ergibt sich in diesem Bereich ein Jahresumsatz von 1,5 Mrd. DM.

Als ein Ärgernis beachtlichen Umfangs bezeichnet der Verband die „ständigen Preisumstellungen für Kraftstoffe". Die damit verbundenen Kosten würden die Betriebe in starkem Maße belasten. Nach Ansicht des BTG sollten die Mineralölgesellschaften in die Verantwortung genommen werden. Zurückhaltend steht der Verband dem Scheckkarten-Zahlungssystem gegenüber. Die Einrichtung dieses Systems sei teuer. So lange die Frage der Kostenübernahme nicht geklärt sei, sollten die Betriebe die Einführung dieses Systems zurückstellen.

VERMÖGENSBILDUNG / Gespräch über zweite Stufe

Kritik am Finanzminister

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Minister Stoltenberg, Bangemann und Blüm sowie Experten aus den Reihen der Koalition wollen sich heute in einem Gespräch darüber verständigen, ob noch in dieser Legislaturperiode ein zweites Vermögensbildungsgesetz verabschiedet werden soll. Die Eigentumspolitiker der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion sind sich einig in der Forderung, neben der steuerlichen Begünstigung von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBG) über Beteiligungssondervermögen neue überbetriebliche Anlageformen zu schaffen. Bis zu 40 Prozent der zufließenden Gelder sollen diese Investmentgesellschaften für stille Beteiligungen an mittelständischen Firmen einsetzen können.

Justiz- und Finanzministerium stehen dem nach wie vor skeptisch gegenüber. Der Hinweis auf ungelöste Bewertungsfragen stößt jedoch bei den Vermögensbildungsexperten der Koalition auf wenig Verständnis. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Otto Solms sieht darin eine „Schutzargumentation". Die vom Hause Stoltenberg favorisierte UBG sei – da mit hohem Risiko behaftet – für die überbetriebliche Vermögensbeteiligung nicht geeignet.

Die „Vollbremsung des Finanzministers" hält auch der vermögenspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Kurt Faltlhauser, „nicht für klug". Inzwischen hat die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) Finanzminister Stoltenberg aufgefordert „mehr Phantasie und politischen Willen" zu beweisen. Wer eine zweite Stufe der Vermögensbildung ankündige, sich aber später mit „scheinbar technischen Argumenten" zurückziehe, gefährde das eigene Ansehen.

Sollte es zu einem neuen Gesetz kommen, ständen auch die Höhe der Arbeitnehmer-Sparzulage und die Höchstförderungsbeträge der einzelnen Anlagearten zur Disposition. Beteiligungen am Produktivkapital soll dabei weiterhin Priorität eingeräumt werden, unterschiedliche Vorstellungen gibt es vor allem beim Bausparen. Die Einkommensgrenzen von 24 000 DM für Ledige und 48 000 DM zu versteuernden Einkommens für Verheiratete sollten für Produktivkapital-Anlagen ganz gestrichen oder „drastisch erhöht" werden, fordert Solms.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Werbeumsätze verdoppelt

Hamburg (dpa/VWD) – Die Umsätze in den über 700 größten Werbeträgern in der Bundesrepublik haben eine beispiellose Blüte erlebt. Nach einer Zusammenstellung der Verlagsgruppe Bauer, Hamburg, verdoppelten diese Medien ihre Werbeumsätze von 1975 bis 1984 um 99 Prozent auf 9,7 Mrd. DM. Spitzenreiter sind das ZDF (680 Mill. DM Brutto-Umsatz 1984 mit einer Steigerungsrate von 59 Prozent), der „Stern" (389 Mill. DM, plus 63 Prozent) und die „Bild"-Zeitung (340 Mill. DM, plus 240 Prozent).

IBM im Telefongeschäft

New York (dpa/VWD) – Der Computerhersteller IBM hat 18 Prozent bei MCI Communications übernommen, das über das zweitgrößte Fernsprechnetz in den USA verfügt. Branchenführer auf dem privatwirtschaftliche betriebenen US-Telefonmarkt ist American Telephone and Telegraph Company (AT + T).

SHG schließt

Hamburg (dpa/VWD) – Die SHG Spezial Gerätebau, Hamburg, gibt den Betrieb auf. Bis zum Jahresende sollen die 217 Mitarbeiter entlassen werden. SHG ist ein Tochterunternehmen des israelischen Elektronikkonzerns Tadiran in Tel Aviv.

Conti-Zerobond

Frankfurt (cd.) – Die Intercontinental Rubber Finance, Amsterdam, eine hundertprozentige Tochter von Conti Gummi, Hannover, begibt eine Nullkuponanleihe über 150 Mill. DM, die in Stückelungen von nominal 5000 und 10 000 DM mit 15jähriger Laufzeit zum Kurs von 36,5 Prozent zum Verkauf angeboten wird. Bei einer Rückzahlung zu pari errechnet sich eine Emissionsrendite von 6,95 Prozent. Die von der Continental Gummiwerke AG garantierte Anleihe soll an den Börsen Frankfurt und Hannover amtlich notiert werden.

Kredite gesperrt

Paris (J. Sch.) – Nach Creusot-Loire, Manufrance und SKF hat die französische Regierung jetzt ein weiteres Defizitunternehmen in den Konkurs geschickt: die Ateliers Roannais de Construction (ARCT), einst größter Textilmaschinenhersteller des Landes. Nachdem das Unternehmen, das insgesamt 1 Mrd. F Staatssubventionen empfangen hat, weiter hohe Verluste ausweist, sperrten die staatlichen Banken die Kredite.

ALTE LEIPZIGER / Stornoquote auf „zu hohem Niveau"

Stark im Gruppengeschäft

JOACHIM WEBER, Oberursel

„Wir befinden uns eindeutig auf Wachstumskurs", stellt Josef Osburg, seit Jahresbeginn Vorstandsvorsitzender der Alten Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft a. G., Oberursel, zufrieden fest. Das Unternehmen erreichte in den ersten fünf Monaten 1985 einen Neuzugang an Versicherungssumme von 1,41 (1,24) Mrd. DM, 14 Prozent mehr als im Vorjahr und wesentlich besser als der Brachendurchschnitt, der ein leichtes Minus ausweist. Osburg ist darum zuversichtlich, die Ergebnisse von 1984 verbessern zu können. Im vergangenen Jahr war das Neugeschäft mit 2,85 (2,92) Mrd. DM leicht unter Vorjahresvolumen geblieben. Das Minus ging ausschließlich auf ein geringeres Aufkommen aus Anpassungsverträgen bestehender Policen zurück.

Der Zugang an neuen Einzelversicherungen stieg um fast 9 Prozent. Dabei wurde eine durchschnittliche Versicherungssumme von 69 047 DM erreicht, mehr als das Doppelte des Verbandsdurchschnitts von 30 645 DM. Die Firmengruppenversicherungen kamen mit 1,026 (1,025) Mrd. DM wieder auf das Vorjahresaufkommen. Ihr Anteil am gesamten Neuzugang machte damit 36 Prozent aus. An dem um 5,7 Prozent auf 23,4 (22,2) Mrd. DM gestiegenen Gesamtbestand waren die Gruppenverträge mit einem Drittel beteiligt.

Der geamte Abgang an Versicherungssumme belief sich auf 1,59 (1,52) Mrd. DM, davon 309 (282) Mill. DM durch Tod oder Ablauf. Die Stornoquote ging auf 5,13 (5,24) Prozent zurück, lag aber nach Meinung des Vorstands „immer noch auf zu hohem Niveau".

Die Beitragseinnahmen wuchsen um 9 Prozent auf 882 (809) Mill. DM. Die Erträge aus den um 12 Prozent auf 6,5 (5,8) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen nahmen um ebenfalls 12 Prozent auf 546 (487) Mill. DM zu. Damit wurde trotz des Rückgangs der Kapitalmarktzinsen die Vorjahres-Nettorendite von 8,03 Prozent wieder erreicht. Das günstige Ergebnis erlaubte eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung von 291 Mill. DM, weitere 110 Mill. DM wurden den Versicherten direkt gutgeschrieben.

Beim Sachversicherer der Gruppe, der Alten Leipziger Versicherung AG, wurde eine Verbesserung der Erträge wesentlich durch den Verzicht auf unrentables Geschäft erreicht. So ging der versicherungstechnische Verlust im indirekten (also in Rückdeckung übernommenen) Geschäft auf 14,4 (25,2) Mill. DM zurück. Das selbst abgeschlossene Geschäft – mit 3,1 (1,6) Mill. DM Gewinn im Kraftfahrzeugbereich – brachte allerdings nur noch einen technischen Gewinn von 3,8 (9,6) Mill. DM. Nach Schwankungsrückstellungen von 7,3 (9,8) Mill. DM ergibt sich ein technischer Verlust von 18 (25) Mill. DM, der durch 36 (41) Mill. DM Erträge aus 426 (407) Mill. DM Kapitalanlagen kompensiert wurde. Die Beitragseinahmen, die 1984 bei 437 (434) Mill. DM stagnierten, sind in den ersten fünf Monaten 1985 um 6 Prozent auf 208 Mill. DM gestiegen.

IKB LEASING / Von der Branchenflaute nicht berührt

Breiteres Service-Angebot

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Weg von der reinen Finanzierung, hin zu mehr Service" lautet die Devise, mit der die IKB Leasing GmbH ihre Position auf dem heiß umkämpften Leasing-Markt ausbauen will. Dieses Konzept hat sich bei der hundertprozentigen Tochter der Industriekreditbank AG, Düsseldorf, bewährt: So stieg der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr von 180 auf 210 Mill. DM (plus 16,7 Prozent) und die Zahl der bilanzierten Leasing- und Mietkaufverträge erhöhte sich um 14,5 Prozent auf 14 463. „Ein erfolgreiches Geschäftsjahr, die konjunkturelle Flaute in der Leasing-Branche hat uns nicht berührt", erklärte der Sprecher der Geschäftsführung, Karl-Peter Otto, in Hamburg. Die IKB Leasing GmbH erwirtschaftete 1984/85 (31.3) einen Jahresüberschuß von unverändert 2 Mill. DM.

Zielgruppe sind vor allem gewerbliche Unternehmer. Hier will die Firma, die zu den fünf größten Leasing-Gesellschaften der Bundesrepublik gehört, den Kunden eine Leistung anbieten, die weit über das reine Leasing hinausgeht. Zukunftschancen sieht Otto im Auto-Leasing, für das jetzt ein spezieller Außendienst eingerichtet werden soll. Hier hält die Gesellschaft 5300 Fahrzeuge für den gewerblichen Sektor vor, der Full-Service-Dienst erstreckt sich nicht nur auf Wartung und Reparatur, sondern auch auf die Verwaltung ganzer Fuhrparks. Gegenwärtig sind etwa zehn Prozent der Neuwagen in der Bundesrepublik geleast. Otto schätzt, daß sich dieser Anteil auf 15 Prozent erhöhen läßt.

Die IKB Leasing bietet Service-Modelle auch bei Gabelstaplern und Kühlgeräten an, geplant – und teilweise realisiert – ist Service-Leasing auch in den Bereichen Druck-, Werkzeug- und Baumaschinen.

ATLAS-WEYHAUSEN / Mit dem Ergebnis zufrieden

Impulse dringend notwendig

D. SCHMIDT, Delmenhorst

Die anhaltende Schwäche auf dem Baumarkt hinterläßt bei der Baumaschinen-Gruppe Atlas-Weyhausen in Delmenhorst ihre Spuren. Geschäftsführer Gerhard Brünjes zeigt sich zwar „nicht unzufrieden", wenn es um die Bewertung der Marktanteile geht. Insgesamt aber gebe das Geschäft im bisherigen Verlauf des Jahres 1985 „keinen Anlaß zum Jubeln". Erst im dritten Quartal werde es sich entscheiden, ob doch noch von einem „einigermaßen befriedigenden Jahr" gesprochen werden könne.

Mit den Ergebnissen im Geschäftsjahr 1984 ist die Geschäftsleitung der Gruppe, zu der vier Firmen mit sechs Werken gehören, zufrieden. Der Gruppenumsatz erhöhte sich um 5 Prozent auf 410 Mill. DM, wobei der Marktanteil bei mobilen und Raupenbaggern auf hohem Niveau gehalten und im Kranbereich sogar noch etwas verbessert wurde. Der Exportanteil erreichte 56 Prozent; er dürfte 1985 weiter steigen, weil die Schwäche im Inland durch verstärkte Anstrengungen im europäischen Ausland kompensiert wird.

Zur Ertragsentwicklung werden keine Zahlen genannt. Nach Brünjes Worten wurden aber 1984 wie schon im Vorjahr ein positives Ergebnis erzielt. Das Prädikat „gut" gelte allerdings nur im Branchenvergleich. Eine Umsatzrendite von 4 bis 5 Prozent sei für einen Baumaschinen-Hersteller derzeit eine Art Schallgrenze. Die Liquiditätsschwierigkeiten von 1982 aber, als das Land Niedersachsen mit einer Bürgschaft für einen 15-Mill.-DM-Betriebsmittelkredit einspringen mußte, gehörten der Vergangenheit an, wenngleich diese Bürgschaft noch nicht abgelöst sei. Brünjes verweist auf die zeitweise hohen Warenvorräte, zu deren Finanzierung auf die Landesbürgschaft gelegentlich zurückgegriffen wird. Atlas-Weyhausen beschäftigt derzeit 1980 Mitarbeiter, eine Zahl, die seit 1983 nahezu stabil gehalten wurde.

Nach den Worten von Brünjes zeigt sich ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Das Unternehmen liefere nach Süddeutschland erheblich mehr Ersatzteile für Baumaschinen. Darin spiegelt sich die stärkere Inanspruchnahme des Geräts wieder.

HELD & FRANCKE / Im laufenden Jahr deutlicher Umsatzrückgang erwartet

Bauleistung um ein Drittel geringer

DANKWARD SEITZ, München

Auf zwei äußerst schwierige Jahre stellt man sich bei der Held & Francke Bau-AG, München, ein. Allein für 1985 rechnet Vorstandssprecher Erwin Nagel mit einem Rückgang der Bauinvestitionen in der Bundesrepublik um „mindestens fünf Prozent". Zudem seien die Kapazitäten in der Branche um etwa 15 Prozent zu hoch. Falls sich die Investitionspolitik der öffentlichen Auftraggeber nicht grundlegend ändere und Bonn keine Signale für eine Wende in der Beschäftigungspolitik setze, seien weitere 100 000 Bauarbeitsplätze allein 1985 gefährdet.

Dieser Entwicklung wird sich, so Nagel, auch Held & Francke nicht entziehen können. Zwar werde man noch stärker als bisher nach Marktnischen (Kläranlagen- und Mülldeponienbau) suchen, doch um einen Personalabbau in der Größenordnung des zu erwartenden Umsatzrückganges von rund 15 Prozent werde man nicht herum kommen. Durchschlagen werde das auch auf den Ertrag. Wie er und Aufsichtsratsvorsitzende Heinz Noris andeuteten, stellt man sich schon jetzt auf eine Dividendenkürzung ein. Für 1984 sollen noch einmal 12 DM je 100-DM-Aktie auf das Grundkapital von 15 Mill. DM ausgeschüttet werden, das mehrheitlich von der Familie Noris und zu über 25 Prozent von der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank gehalten wird.

Bereits in den ersten fünf Monaten 1985 verringerte sich die Bauleistung von Held & Francke um 31 Prozent auf 146,9 Mill. DM im Vergleich zur Vorjahreszeit. Auf das Inland entfielen davon 120,4 Mill. DM (minus 15 Prozent) und das Ausland 26,5 Mill. DM (minus 63 Prozent). An Aufträgen konnten nur 133,7 Mill. DM (minus 26,3 Prozent) hereingeholt werden. Aus dem Ausland wurden dabei nur noch kleinere Bestellungen über 16 Mill. DM übernommen. Den Auftragsbestand per Ende Mai bezifferte Nagel auf 354,3 Mill. DM gegenüber 349,7 (498) Mill. DM Ende 1984.

Schon 1984 sank die Bauleistung von Held & Francke um 9,7 Prozent auf 596,2 Mill. DM. Während im Inland dabei die Bauleistung noch um 13,2 Prozent auf 442,9 Mill. DM zunahm, ging der Auslandsbau auch wegen Beendigung mehrerer Aufträge um 43 Prozent auf 153,3 Mill. DM zurück. Der Auftragseingang verzeichnete ein Minus von 22,6 Prozent auf 453,8 Mill. DM. Insbesondere schlugen auch hier die Auslandsorder mit minus 83,4 Prozent auf 25,8 Mill. DM zu Buche, weil es, so Nagel, „bei verantwortungsbewußter Angebotspolitik sehr schwer ist, noch nennenswerte Aufträge hereinzunehmen".

Zufriedenstellend fiel dagegen noch einmal die Ertragslage aus. Zum Ausdruck kommt dies in dem auf 40 (37,70) DM verbesserten Gewinn je 100-DM-Aktie nach Steuern und in dem auf 26,89 (22,24) Mill. DM gestiegenen Cash-flow. Gut verkraftet werden konnten auch Abschreibungen von 1,75 Mill. DM auf eine saudiarabische Tochter, die 1985 liquidiert werden soll, sowie 2,44 Mill. DM aus Konkursen zweier inländischer Bauträgergesellschaften. Nach einem periodenechten Steueraufwand von 6,55 (5,18) Mill. DM verbleibt ein Jahresüberschuß von 6,0 (5,65) Mill. DM. In die freien Rücklagen fließen daraus 3,0 (2,8) Mill. DM.

GROSSBRITANNIEN / Gewerkschaft hält sich an Gesetz

Künftig Urabstimmung

WILHELM FURLER, London

Die britische Thatcher-Regierung hat mit ihrer Reform des Gewerkschaftsrechts jetzt einen weiteren wichtigen Durchbruch registriert. Die als traditionell sehr militant und stark links orientiert eingestufte Gewerkschaft der Eisenbahner (National Union of Railwaymen – NUR) hat sich dafür entschieden, künftig vor Streikaktionen geheime Urabstimmungen abzuhalten. Diese im neuen Gewerkschaftsgesetz vom Herbst 1984 enthaltene Verpflichtung wird von der übergroßen Mehrheit der britischen Gewerkschaftsbewegung unverändert abgelehnt.

Dem neuen Gewerkschaftsgesetz zufolge sind Streikaktionenn, zu denen von Gewerkschaftsseite aufgerufen wird, ohne daß zuvor eine Urabstimmung abgehalten wurde, unrechtmäßig. Entsprechend können die Gewerkschaften von den geschädigten Unternehmen auf Schadenersatzzahlungen verklagt werden. Doch insbesondere die stärker links orientierten Gewerkschaften weigern sich, das neue Gewerkschaftsrecht und damit auch die Verpflichtung zu Urabstimmungen anzuerkennen.

Die Nationale Eisenbahnergewerkschaft mußte erst im letzten Monat eine empfindliche Niederlage einstecken, als sie zu einem Londoner U-Bahn-Streik aufrief, ohne eine Urabstimmung abzuhalten. Als das U-Bahn-Management eine einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaft durchsetzte, weigerte sich die Mehrheit des Personals, an einer ungesetzlichen Streikaktion teilzunehmen. Die Entscheidung der NUR-Führung, künftig geheime Urabstimmungen vor Streikaktionen abzuhalten, mag auch mit der Schadensersatzforderung in Höhe von 800 000 Mark zusammenhängen, die von der Staatsbahn British Rail an die Eisenbahner-Gewerkschaft wegen eines eintägigen, ungesetzlichen Ausstands im Januar gerichtet wird.

KHD-HV / Liebe: „Eine neue Epoche beginnt"

Zuwachs an Ertragskraft

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Das Unternehmen mache nun „den Schritt in eine neue Epoche seiner Geschichte", konstatierte Vorstandsvorsitzender Bodo Liebe auf der Hauptversammlung der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln. „Wir haben unsere langjährige Konsolidierungsphase abgeschlossen und treten in eine neue Phase der Expansion." Großer (und offensichtlich nicht letzter) Anlaß der großen Worte: Mit den jetzt perfekten Neuerwerbungen Motorenwerke Mannheim AG und (vor allem) Landtechnik-Bereich des US-Konzerns Allis Chalmers fügt KHD immerhin ein Umsatzpotential von 2 Mrd. DM seinem 1984 um 18,7 Prozent auf 5,7 Mrd. DM gestiegenem Gruppenumsatz hinzu.

Und das, wie Liebe versicherte, ohne Schluckbeschwerden. Nachdem die Dividende für 1984 auf 9 (8) DM erhöht wurde, sei für 1985 eine weitere Stärkung der Ertragskraft zu erwarten. Dies freilich auf weiterhin schwierigen Märkten. Bis Ende Mai 1985 lag der AG-Umsatz von 1,39 Mrd. DM nur durch nochmals höheren Export (bei 2 Prozent Inlandsminus) um 6 Prozent höher als vor Jahresfrist. In dem auf Vorjahresniveau gebliebenen Auftragseingang von 1,6 Mrd. DM mit nun 66 (63) Prozent Exportanteil kompensierten die um 133 Mill. DM oder 10 Prozent höheren Aufträge des Seriengeschäfts (Antriebe und Landtechnik) den Rückgang des Industrieanlagengeschäfts. Dort fallen die Entwicklungsländer mangels Finanzkraft immer noch weitgehend aus; der Schwerpunkt des Geschäfts liege „weiterhin bei kleinen und mittleren Modernisierungs- und Erweiterungsaufträgen".

Mit Rückblick auf die seit 1980 um 4000 Leute abgebaute (jetzt aber durch das US-Landtechnik-Engagement auch daheim wieder steigende) Beschäftigtenzahl würzte Liebe seinen Lagebericht mit einer nicht alltäglichen Bemerkung zur Mitarbeiter-Qualifikation: Es komme für den Unternehmenserfolg gar nicht so sehr darauf an, alle Positionen mit überdurchschnittlich Qualifizierten zu besetzen. Außerordentliches leiste auch der Durchschnitt, wenn durchweg richtige Führung vorhandene Fähigkeiten zu wecken versteht.

SÜDMILCH / Werk Schwäbisch Gmünd geschlossen

Preise für Produkte steigen

MARTIN FINK, Stuttgart

Eine Umsatzsteigerung von 17 Prozent konnte die zu den führenden deutschen Marktmolkereien zählende Südmilch AG, Stuttgart, in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres 1985 verbuchen. Die Milchmengenbeschränkungen der EG haben sich allerdings in der Anlieferung der Erzeuger niedergeschlagen. Sie ging in diesem Zeitraum um knapp acht Prozent zurück. Dem stehe eine unveränderte starke Rohmilchnachfrage gerade aus Italien gegenüber. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Weber kam insofern die planmäßige Schließung des Werkes Schwäbisch Gmünd gelegen. Die dort jährlich verarbeiteten 23 Mill. Kilogramm Milch können nun die Anlieferungslücke für die Werke Stuttgart und Heilbronn in etwa schließen.

Im bisherigen Jahresverlauf 1985 floriert nach Angaben von Weber besonders gut das Geschäft mit Joghurt, Sahne und Desserts. Erstmals seit einigen Jahren scheint die Südmilch jetzt wieder Preisanhebungen durchsetzen zu können, die auf drei bis fünf Prozent je nach Produktgruppe beziffert werden.

Im Geschäftsjahr 1984 hat die Südmilch 595 Mill. DM umgesetzt. Mit dem Vorjahresumsatz von 800,8 Mill. DM ist das, wie auch andere Kennzahlen, nicht mehr vergleichbar, nachdem der Großhandelsumsatz aus der AG ausgegliedert und auf die Anfang 1984 gegründete Vertriebsgesellschaft Frischdienst Süd GmbH & Co. KG, Stuttgart, übertragen wurde. Diese Gesellschaft hat in ihrem ersten Geschäftsjahr 688,7 Mill. DM umgesetzt. Der konsolidierte Umsatz des Südmilch-Konzerns einschließlich Frischdienst Süd betrug im Berichtsjahr 946 Mill. DM.

Die Sachinvestitionen der Südmilch lagen 1984 bei 30,6 Mill. DM und im Konzern bei 42,8 Mill. DM. Der Jahresüberschuß wird mit 0,19 Mill. DM ausgewiesen. Aus dem Bilanzgewinn von 0,24 Mill. DM soll eine Dividende von wieder sieben Prozent auf nominal 1,8 Mill. DM Vorzugsaktien gezahlt werden. Der Personalstand lag Ende 1984 bei 1074, im Konzern bei 1889 Mitarbeitern.

LKB BADEN-WÜRTTEMBERG

Technologieprogramm läuft

WERNER NEITZEL, Karlsruhe

An seiner früher geäußerten Auffassung, daß die Landeskreditbank Baden-Württemberg (LKB), Karlsruhe, deren Einbindung in eine große Landesbank im Südwesten als eines der Modelle in der Diskusison ist, ihre Aufgaben durchaus allein erfüllen könne, habe sich nichts geändert. Dies betonte LKB-Vorstandsvorsitzender Rolf Schöck, der freilich darauf hinwies, daß darüber die Eigner (das Land Baden-Württemberg) zu befinden hätten.

Das nunmehr seit 13 Jahre bestehende landeseigene Institut berichtet über eine „zufriedenstellende" Geschäftsentwicklung in 1984. Die Bilanzsumme weitete sich um 4,9 Prozent auf 33,6 Mrd. DM aus. Dieses Wachstum war fast ausschließlich auf langfristige Kredite zurückzuführen, deren Bestand gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent auf 27,4 Mrd. DM zunahm. Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften und Garantien für die Bereiche Wohnungsbau, gewerbliche mittelständische Wirtschaft, Landwirtschaft, Infrastruktur und Familien wurden nur mehr im Volumen von 4,03 (7,10) Mrd. DM bewilligt, wobei das Vorjahr freilich von Sondereinflüssen bestimmt war.

In den ersten fünf Monaten 1985 lag das Bewilligungsvolumen in etwa auf Vorjahresniveau. Sehr positiv sei das Technologieprogramm aufgenommen worden. Bis Ende Mai wurden 89 Darlehen in Höhe von 37 Mill. DM zugesagt, womit das ganze Bewilligungsergebnis des Vorjahres (32 Mill. DM) bereits übertroffen wurde. Der Jahresüberschuß von wenig verändert 155 Mill. DM wurde den Rücklagen zugeführt. Danach kommt das Institut auf ein haftendes Eigenkapital von 1,47 Mrd. DM und auf eine Eigenmittelquote von 4,4 Prozent.

FRIED. KRUPP / Scheider: Der Aufschwung wird sich auch 1987 fortsetzen

Nach Strukturwandel „gute Kondition"

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Im Zusammenspiel erfolgreicher Umstrukturierung und Rationalisierung mit einem Konjunkturaufschwung, der den 1983 um 2 Prozent gesunkenen Auftragseingang um 17 Prozent auf 18,6 Mrd. DM mit 45 (43) Prozent Auslandsanteil steigen ließ, hat der Krupp-Konzern 1984 mit einer Verdoppelung des Netto-Cash-flows und einer noch stattlicheren Ergebnisverbesserung um 409 Mill. DM eindrucksvoll den Umschwung ins Positive geschafft. Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Essener Holding Fried. Krupp GmbH, sieht den Konzern nun „in guter Kondition" für weiteres Wachstum und weitere Ertragsstärkung im laufenden Jahr.

Die Tatsache, daß die ersten fünf Monate 1985 im Auftragseingang um 9 Prozent unter und im Umsatz gerade auf Vorjahresstand blieben, irritiert den Krupp-Chef in solcher Prognose nicht. Beim Auftragseingang liege es vor allem daran, daß im Anlagen- und Maschinenbau drei vorjährige Großaufträge das Vergleichsbild verfälschen, beim Umsatz an der Vorsichtsreaktion auf Preisunsicherheit im Ölhandel, den Krupp 1984 auf 2,5 (2) Mrd. DM Umsatz brachte und bis Ende Mai auf 0,6 Mrd. DM (jahresdurchschnittlich) halbierte.

Generell habe die Konjunktur nach zweieinhalb Jahren relativ stetigen Wachstums nun eine ruhigere Zeit erreicht, die in den nächsten Monaten einigen Branchen auch Auftragsrückschläge bringen könnte. Doch bei Krupp sei man „fest überzeugt", daß sich dann der Aufschwung 1987 fortsetzen wird. Eine Überzeugung, die sich einerseits auf eine anhaltend gute Investitionsgüterkonjunktur und andererseits darauf stützt, daß eine (mögliche) Abschwächung des hohen Dollarkurses allenfalls bei einem Stand von etwa 2,70 (derzeit 3,06) DM die Gefahr eines Abwürgens der Exportkonjunktur heraufziehen lasse.

Weitere Ertragsbesserung in 1985 kann der Konzern obendrein schon deshalb erwarten, weil die 1984 mit netto 130 Mill. DM (ohne öffentliche Hilfen) nochmals hohe und hauptsächlich auf den Stahlbereich entfallende Umstrukturierungslast 1985 hier wie auch bei den Anpassungsmaßnahmen im Industrieanlagenbau geringer ausfallen wird. In der Gewinnzone sind nun deutlich auch der Stahl (1984 schon mit 25 Mill. DM) und der reduzierte Schiffbau (1984 ausgeglichen), die 1983 noch die jetzt auf 85 (78) Mill. DM verbesserten Gewinne der übrigen drei Konzernbereiche in den hohen Konzernverlust drückten.

Unverdrossen betont Scheider zum zähen Fortgang der Krupp/Klöckner-Stahlfusion die Notwendigkeit dieses Vorhabens. Der „Strauß von Schwierigkeiten" resultiere da auch nicht aus den mancherorts vermuteten „Bewertungsproblemen" für die Aktiva der beiden Partner, sondern „aus der politischen Umwelt". Konkreter: Aus der offensichtlich immer noch nicht überwundenen Abneigung des Landes Niedersachsen, seiner Quote an öffentlicher Hilfe für den mit der Fusion geplanten Stillegungsaufwand bei der Klöckner-Georgsmarienhütte zu zahlen, den Scheider jetzt mit 430 Mill. DM bezifferte.

Abseits des Stahlbereichs mit seinem Anteil von 67 Prozent am Anlagevermögen sieht der Konzern seine industrielle Zukunft eindeutig im „Kernbereich" Anlagen- und Maschinenbau. Zumal der Maschinenbau, der als einziger Konzernbereich schon 1984 seine Mitarbeiterzahl (um 941 auf 14 743) aufstockte, bleibt Krupp auch mit der Suche nach neuen Beteiligungsobjekten auf Expansionskurs. Ein Kurs, der hier und im Anlagenbau auch Vormarsch in neue Technik und neue Produkte ist: „Elektronik"-Produkte brachten 1984 bereits 800 (690) Mill. DM Auftragseingang und sollen „insbesondere durch marktgerechte Eigenentwicklungen" in wenigen Jahren mehr als 1 Mrd. DM bringen; die Umwelttechnik soll 1985 ihren Auftragseingang um gut 30 Prozent auf 500 Mill. DM steigern.

Die beiden Eigentümer von 700 Mill. DM Holding-Stammkapital (75 Prozent Krupp-Stiftung und 25 Prozent Iran) profitieren von der 1984er Ertragswende des Konzerns mit einer auf 30 (25) Mill. DM erhöhten GmbH-Ausschüttung, die sich dank Einschleusung bereits versteuerter Auslandserträge noch um 17 (14) Mill. DM Steuergutschrift für beide Empfänger erhöht.

Wiederum durch den Stahlbereich (und hier wegen der 1985 letztmals möglichen Investitionszulage aus dem Bonner Stahlprogramm) gefärbt, werden die Konzern-Sachinvestitionen im laufenden Jahr auf etwa 600 Mill. DM steigen, – immerhin aber auch auf 200 (150) Mill. DM im „stahlfreien" Teil des Konzerns. In diesem Teil erwartet der Vorstand für das laufende Jahr auch nur einen kleinen (beim Stahl nochmals nennenswerten) Abbau der Beschäftigtenzahl.

Krupp-Konzern	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	20 179	+ 5,6
Davon Stahl	6089	+ 9,9
Anlagenbau	3723	+ 4,3
Maschinenbau	2558	+ 0,7
Schiffbau	303	- 59,4
Handel	7506	+ 12,0
Außenumsatz	18 239	+ 5,6
Auslandsanteil [2])	46,3	(43,1)
Beschäftigte	66 320	- 4,3
Gesamtinvestitionenver	344	- 18,9
Sachinvestitionen	318	+ 4,6
Abschreibungen	573	+ 9,2
Netto-Cash flow	769	+105
Jahresüb./Fehlbetr.	108	(301)

[1])Weltumsatz mit 1940 (1831) Mill. DM Innenumsätzen. [2])Darin 1,69 (1,17) Mrd. DM von Auslandstöchtern.

Vergleichsantrag bei Rheineisen

J. G. Düsseldorf

Als Folgefall des Zusammenbruchs der Stahlring-Einkaufskooperation (WELT vom 19. Juni) hat die Düsseldorfer Rheineisen Eisengroßhandlung GmbH am Dienstag das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter bestellte das Amtsgericht den Düsseldorfer Rechtsanwalt Winfrid Andres (in gleicher Funktion bereits bei der Stahlring GmbH tätig). Rheineisen-Geschäftsführer und Mitinhaber Jürgen Tigler (Vorsitzender des Stahlring-Beirats) begründet den Zusammenbruch der Firma damit, daß es nach Ausfall der Stahlring GmbH als wichtigster Lieferantin nicht gelungen sei, die notwendige Änderung der Finanzierungsstruktur zu realisieren. Der Vergleichsantrag im 66. Lebensjahr der Firma (40 Mill. DM Jahresumsatz) sei besonders schwer gefallen, da man einen guten Auftragsbestand habe „und die Aussichten für den Stahlhandel so günstig wie schon lange nicht mehr beurteilt werden".

Man rechne mit „sehr hoher" Vergleichsquote für alle Gläubiger, wikkele bestehende Geschäfte „normal" ab und sehe „sehr erfolgversprechende Möglichkeiten", den Unternehmensteil Feinblech-Service fortzuführen. Nicht betroffen vom Vergleich seien die beiden (zum Teil die gleichen Inhaber wie Rheineisen aufweisenden) Kölner Firmen Rheineisen & Export GmbH und Ambo-Stahl-Gesellschaft. Zwischen ihnen und Rheineisen gebe es keinerlei finanzielle Verflechtungen.

BADISCHE STAHLWERKE / Wieder in Quotennorm

Festen Boden erreicht

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit der Vergleichserfüllung in 1984 hat die Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, nach eigener Einschätzung „einen entscheidenden Schritt in die Zukunft getan". Es gelte nun, das Unternehmen in der Gruppe zu festigen. Mittlerweile habe der Kursrückgang des US-Dollar zu einem sinkenden Schrottpreisniveau geführt. Die „erfreulich gute Nachfrage" nach den Produkten der BSW und Erlösverbesserungen brächten zusätzliche positive Aspekte.

Wie es im Geschäftsbericht für das Jahr 1984 weiter heißt, komme durch den operativen Jahresüberschuß des Berichtsjahres von 15,9 Mill. DM (vor Sonderabschreibungen) erneut zum Ausdruck, daß die BSW ihre Erzeugnisse bei entsprechend hoher Produktivität trotz gravierender Schrottpreissteigerungen mit Gewinn herstellen könne. Der die Sondereinflüsse aus dem Vergleich enthaltende Verlustvortrag aus dem Jahre 1982 von 74,5 Mill. DM wurde durch die Jahresüberschüsse 1983 von 18,1 Mill. DM und 1984 von 59,0 Mill. DM (einschließlich Sanierungsgewinn von 47,8 Mill. DM) abgebaut. Es wurde darüber noch ein Bilanzgewinn von 2,6 Mill. DM erzielt. Dieser ist zur Rücklagendotierung vorgesehen.

Die BSW, die zur Erfüllung des Vergleichs und um das Weiterbestehen des Unternehmens zu sichern, aus der EG-Quotenregelung ausscherte, verhält sich seit 1. Juli 1984 wieder systemkonform. Im Berichtsjahr stieg die Produktion auf 680 000 Tonnen (plus 3,8 Prozent) Stahl und 665 000 Tonnen Walzstahlerzeugnisse (plus 2,3 Prozent). Verkauft wurden insgesamt 667 000 Tonnen Walzstahlerzeugnisse (plus 2,5 Prozent). Der Umsatz stieg um 9,4 Prozent auf 469 Mill. DM bei 20 (15) Prozent Exportquote. Investiert wurden 19,2 (21,0) Mill. DM und abgeschrieben 19,1 (14,6) Mill. DM. Das Grundkapital der BSW von 30 Mill. DM wird durch Rücklagenumwandlung (9 Mill. DM) und Bareinlagen (1 Mill. DM) auf 40 Mill. DM aufgestockt. Ferner wird ein genehmigtes Kapital von 20 Mill. DM geschaffen, von dem die zur GHH-Gruppe gehörende Ferrostaal AG rund 15 Mill. DM übernehmen wird. BSW zählt rund 1000 Beschäftigte.

NAMEN

Lothar Schirmacher (49), Verkaufsdirektor der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, ist mit Wirkung vom 1. September 1985 zum Vorstandsmitglied ernannt worden.

Wilhelm Freese, Vorsitzender der Vorstände der Veba Wohnstätten AG, Bochum, der Westdeutschen Wohnhäuser AG, Düsseldorf, vollendet am 29. Juni sein 65. Lebensjahr.

Eberhard von Brauchitsch und Dr. **Hans Friederichs** sind aus dem Aufsichtsrat der Fried. Krupp GmbH, Essen, ausgeschieden. Als Nachfolger wählte die Gesellschafterversammlung den neuen Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Dr. **Wolfgang Röller**, sowie Dr. **Franz Josef Spalthoff**, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG.

Dr. **Heinz Bach**, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der privaten Krankenversicherungen e. V., Köln, und Vorstandsvorsitzender der Continentale Krankenversicherung a. G., Dortmund, wurde zum Präsidenten der CEA, des Verbandes der Europäischen Privaten Krankenversicherer gewählt.

ADAM OPEL AG / Im Inland keinen Boden gewonnen – Verbraucher verunsichert

Streik verursachte hohen Verlust

INGE ADHAM, Rüsselsheim

Tief in die roten Zahlen hat der Metall-Streik vom vergangenen Jahr die Adam Opel AG, Rüsselsheim, gebracht. Die Folge: Von knapp 300 Mill. DM Jahresgewinn im Vorjahr rutschte der Autohersteller in ein Minus von 695 Mill. DM im vergangenen Jahr. Zu rund 300 (brutto 400) Mill. DM resultiert der hohe Verlust aus dem Arbeitskampf, erklärte Vorstandsvorsitzender Ferdinand Beickler bei der Vorlage des Geschäftsberichts. Mit 156 Mill. DM schlagen Rückstellungen für die Vorruhestandsregelung zu Buch; dazu kommen hohe Abschreibungen, die Kosten für die Fortschreibung des Investitionsprogramms, Aufwendungen für die Einführung eines Katalysatorautos und die Neueinführung des Kadetts, resümiert Beickler die Ursachen für das „bisher schwärzeste" Jahr bei Opel.

An der „Aufholjagd" nach dem Ende des Streiks, der für Opel einen Produktionsausfall von 121 000 Fahrzeugen brachte, konnte sich das Unternehmen nicht beteiligen, da – so Beickler – mit dem neuen Kadett, (Entwicklungskosten 1,5 Mrd. DM), einem geänderten Ascona und einem technisch modifizierten Rekord sich 90 Prozent der Opel-Produktion in einer Anlaufphase befanden. Die negativen Folgen für Umsatz, Absatz und Marktanteil waren erheblich (vgl. Tabelle).

Enttäuscht zeigt sich Opel über die Ergebnisse des vom Unternehmen im Vertrauen auf die politische Weichenstellung aufgebotenen Katalysator- und Nachrüstungsprogramms, wofür bisher 400 Mill. DM aufgewendet worden seien: Der Verbraucher spielt nicht mit. Zurückhaltung zeigen die deutschen Käufer auch hinsichtlich des neuen Kadetts, der allerdings im europäischen Ausland, wie der Vorstand betont, sehr gut läuft. Der neue Kadett werde mit dazu beitragen, das Unternehmensimage zu „verjüngen" unterstrich Beickler, der zur bevorstehenden IAA im September eine „Verstärkung des Modellangebots" ankündigte, freilich ohne Einzelheiten zu nennen.

Obwohl in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bisher 14,6 Prozent mehr Autos abgesetzt werden konnten, hat Opel im Inland noch keinen Boden gut gemacht; im Inland fiel der Absatz um 3,3 Prozent zurück (Marktanteil 16 Prozent), während der Export um 29 Prozent wuchs, die Exportquote liegt jetzt bei 62,2 Prozent. Der Umsatz wuchs nach Beicklers Angaben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 4,1 Prozent, bei der Produktion wurden 3,6 Prozent zugelegt (bereinigt um den Streikausfall jedoch nur 1,5 Prozent). Beickler betonte jedoch, daß man nach den ersten fünf Monaten schwarze Zahlen schreibe und der Auftragsbestand teilweise bis in den August hineinreiche, dabei halten Katalysator-Autos nur einen Anteil von 1,4 Prozent an den Bestellungen.

Trotz der anhaltenden Verunsicherung am Markt und des aus europäischen Überkapazitäten resultierenden intensiven Wettbewerbs will Opel an seinem Investitionsprogramm von 7,4 Mrd. DM für die Jahre 1984 bis 1988 festhalten. Nur zehn Prozent des Programms seien zeitlich gestreckt worden, betonte Beickler. Für dieses Jahr sind 1,4 Mrd. DM Sachinvestitionen geplant, mit denen Opel „die Zukunft aus eigener Kraft" absichern will. Beickler: „Der Weg führt aus der Talsohle heraus, auch wenn es an den Zahlen des Jahres 1984 nichts zu deuteln und wenig zu beschönigen gibt."

Adam Opel AG	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	12 880	- 12,4
Produktion (Stck.) [1])	795 472	- 16,7
Absatz [2])	832 969	- 17,8
-Export	460 037	- 15,2
-Exportanteil (%)	55,2	(53,6)
-Inlandszul.	389 398	- 13,1
-Marktanteil (%)	16,3	(18,5)
Mitarbeiter [3])	59 679	+ 0,4
Personalaufwand	3289	- 6,4
Sachanl.-Invest.	940	+ 2,8
in % v. Umsatz	7,3	(6,2)
Sachanl.-Abschr.	859	+ 8,1
Brutto cash flow [4])	409	- 62
in % v. Umsatz	3,2	(7,3)
Netto cash flow [4])	384	- 63
in % d. Invest.	40,8	(115)
Verlust (i.V. Gewinn)	695,1	(290)

[1])einschl. 307 284 (354 278) in Antwerpen im Opel-Auftrag gefertigte Fahrzeuge; [2])inkl. 40 512 (40 522) in Spanien gef. Corsa u. 120 (301) Bedford-Blitz; [3])Jahresende; [4])nach Ang. der Verwaltung.

FINANZANZEIGEN

KHD Klöckner-Humboldt-Deutz AG

Zusammengefaßter Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1984

Bilanz vom 31. Dezember 1984

BESITZTEILE	31.12.1984 Mio. DM	31.12.1983 Mio. DM	SCHULDTEILE	31.12.1984 Mio. DM	31.12.1983 Mio. DM
Sachanlagen	441.2	454.3	Grundkapital	265.0	265.0
Finanzanlagen	565.1	604.0	Rücklagen	465.1	455.1
			Sonderposten m. Rucklagenanteil	72.5	90.9
			Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	33.3	32.1
			Langfristige Rückstellungen	414.0	400.6
			Langfristige Verbindlichkeiten	165.4	189.7
Anlagevermögen	1.006.3	1.058.3	*Anlagekapital*	1.415.3	1.433.4
Vorräte (einschl. Anzahlungen)	887.0	895.6	Mittel- und kurzfristige Rückstellungen	643.2	734.8
Forderungen	1.016.9	939.7			
Flüssige Mittel und Wechsel	207.7	244.1	Mittel- und kurzfristige Verbindlichkeiten einschl. Bilanzgewinn	1.059.4	969.5
Umlaufvermögen	2.111.6	2.079.4	**Umlaufkapital**	1.702.6	1.704.3
	3.117.9	3.137.7		3.117.9	3.137.7

Eventualverbindlichkeiten 1.069 Mio. DM (i. V. 1.013 Mio. DM)

Gewinn- und Verlustrechnung 1984

	1984 Mio. DM	1983 Mio. DM
Umsatzerlöse (ohne Umsatzsteuer)	4.612.5	3.767.2
Bestandsveranderung bei Erzeugnissen	– 806.1	+ 38.6
	3.806.4	3.805.8
Andere aktivierte Eigenleistungen	16.2	16.1
Gesamtleistung	3.822.6	3.821.9
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	–1.998.2	–2.000.9
Rohertrag	1.824.4	1.821.0
Erträge aus Finanzanlagen	26.2	31.4
Übrige Erträge	113.8	108.8
	1.964.4	1.961.2
Personalaufwendungen	1.194.8	1.174.9
Abschreibungen auf Sachanlagen und Finanzanlagen	123.2	113.4
Steuern	88.6	82.4
Übrige Aufwendungen	500.1	538.1
	1.906.7	1.908.8
Jahresüberschuß	57.7	52.4
Einstellung aus dem Jahresüberschuß in die Andere Rücklage	10.0	10.0
Bilanzgewinn	47.7	42.4

Der vollständige Jahresabschluß wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.
Von der Treuhand-Vereinigung AG, Frankfurt am Main, wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.
Die Hauptversammlung hat am 26. Juni 1985 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 auf das Grundkapital von 265 Mio. DM eine Dividende von 18% auszuschütten.

Köln, den 26. Juni 1985 Der Vorstand

Buderus

Buderus Aktiengesellschaft

Bekanntmachung über die Dividendenauszahlung

In Durchführung der von der Hauptversammlung am 29. 7. 1965 gefaßten Beschlüsse erhalten die außenstehenden Aktionäre unserer Gesellschaft eine garantierte Dividende in Höhe des arithmetischen Mittels der vom Statistischen Bundesamt zum Ende eines Kalenderjahres für die Hauptwirtschaftsgruppen „Energie- und Wasserversorgung. Bergbau" und „Verarbeitende Industrie" bekanntgegebenen Durchschnittsdividenden, mindestens jedoch 12 %. Danach errechnet sich für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von 12,6 %. Demgemäß entfällt auf eine Aktie zu DM 1000,– der Betrag von DM 126,–, auf eine Aktie zu DM 200,– der Betrag von DM 25,20 und auf eine Aktie zu DM 100,– der Betrag von DM 12,60.

Die Dividende wird nach Abzug der gesetzlichen Abgaben gegen Vorlage des Gewinnanteilscheines Nr. 37 unserer Aktien gezahlt.

Die Auszahlung erfolgt ab sofort bei unserer Gesellschaftskasse in Wetzlar oder einer der nachstehend bezeichneten Banken oder einer ihrer Niederlassungen:

im Bundesgebiet: Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne

in Berlin: Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG

Wetzlar, den 27. Juni 1985 Der Vorstand

Wie sieht Tetsuo Kondo die medienpolitische Zukunft des Pacific Basin?

Und was sagen Michèle Cotta für Frankreich und Professor Klaus Berg für die Bundesrepublik Deutschland?
Der Politiker aus Tokyo, die Vertreterin der Medienverwaltung der Französischen Republik, der Rundfunkrechtspraktiker der ARD aus Hamburg gehören zu dem Kreis namhafter Sachverständiger aus aller Welt, die Ende November zum ersten internationalen Medienkongress in Hamburg zusammenkommen.
Es geht um die Medien von heute und morgen und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Um Medientechnologie, Mediennutzung und Medienwirtschaft im internationalen Wechselspiel. Es werden wichtige Untersuchungen präsentiert, neue Techniken demonstriert, Prognosen gestellt und Erfahrungen ausgetauscht.
»Die Kommunikation 2000 ist das Problem heute«. Unter dieser Maxime erwartet die Teilnehmer eine Fülle von Vorträgen, Symposien, Workshops, Dokumentationen und Begegnungen.
Der INTER MEDIA CONGRESS HAMBURG '85 wird getragen von Unternehmen und Institutionen der Medienwirtschaft. Gastgeber ist die Freie und Hansestadt Hamburg, Schirmherr ihr Erster Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi. Dieser Kongreß wird ein erstes interdisziplinäres Forum sein für alle, die Informationen und Meinungen produzieren und verbreiten und dazu die geistigen oder technischen Voraussetzungen schaffen.
Ausführliche Informationen schicken wir Ihnen gern zu.



27.11.–30.11.

Hamburg Communicates a Hearty Welcome to the World's Communicators.

InterMedia Centrum Hamburg, Consulting + Service GmbH, Mittelweg 177, D-2000 Hamburg 13, Tel. 040-44 77 07

EXISTENZGRÜNDUNG

Wir suchen: – für unsere weltweit geschützten Produkte Systempartner in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz.
Sie suchen: – eine lukrative und risikofreie Existenzgründung.
Wir bieten: – alleiniges Vertriebsrecht an den Einzelhandel in Ihrem geschützten Gebiet.
– Ein überdurchschnittliches Einkommen.
– Eine faire Vertragsgrundlage.
– *Einmalige Produkte.*

Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:



Vertriebsgesellschaft mbH
Wandsbeker Chaussee 29, 2000 Hamburg 76
Telefon 0 40 / 2 51 20 31 / 32–33

Vollexistenz

Selbständigen Kaufleuten bieten wir die Übernahme unserer örtlichen Agentur mit hohem, wachsenden Einkommen vom Start an. Wir bieten ein neuartiges, außergewöhnlich günstiges u. umfassendes Angebot auf dem Sektor Liquiditätsverbesserung. Bedingung: Seriosität, geordnete finanzielle Verhältnisse.
Schriftliche Bewerbungen mit Angaben über Ihre bisherige Tätigkeit erbeten an:
GLOBAL KREDIT KONTROLLE Ges. für privates Mahnwesen m.b.H.
PF 64 03 24, 6000 Frankfurt/M. 60

South Africa

Vielseitiger Kfm., 44 J., wandert aus und ist dort gern für Sie tätig.
Zuschr. erbeten unter H 3010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SPRENGKOMMANDO

Junges dynamisches Team sucht Aufträge für Bohr- und Sprengarbeiten im Ausland.

Zuschriften u. P 3213 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Büro- u. Geschäftsadressen

in nahezu jeder deutsch. Großstadt, *juristisch wie körperlich, in* jeder Anzahl bzw. Größenordnung unbürokratisch zu vermitteln.
Softawaris GmbH
Tel. 02 34 / 6 03 86
PF 10 24 04, 4630 Bochum 1

Geschäftsleute, Ihr zweites Bein.

Als Vertragsvermittler erzielen Sie neben Ihrem Einkommen pro Jahr einen Umsatz von ca. DM 248 000,–.
Sie verdienen dabei ca. DM 130 000,–.
Voraussetzungen: kleines Büro, wöchentlich ca. 5–6 Stunden Zeit, etwas Organisationstalent, sowie Eigenkapital in Höhe von DM 15 000,– plus MwSt. Ihr bisheriger Beruf spielt keine Rolle, da über Video vermittelt wird. Zum Aufbau einer Vertriebsorganisation suchen wir nur Führungskräfte, die gewillt sind, Geld zu verdienen.
Angeb. u. R 3214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fähige, tätige Beteiligung an einem innovativen, Spezialbaustoffe produzierenden Betrieb zu vergeben. Die Einlage von DM 50 000,– bis 100 000,– DM kann erarbeitet werden.
*Angebote unter K 3209 an WELT-*Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Haupt- oder nebenberuflich / 2. Bein
Vergabe von Bezirksvertretungen / Marktlücke

Kontaktaufnahme m. Kunden nach 16 Uhr u. Wochenende. Kundenkreis: Clubs + Vereine. Jeder 2. Kontakt ein Abschluß. Kapitaleinsatz DM 7000,–.
Jahresverdienst DM 20 000,– bis 35 000,– je nach Einsatz. Bei Aufgabe Rücknahme der Ware. Bedingung: Erforderl. Raum von 30 m² als Warenlager, Pkw + Telefon.
Nur seriöse Zuschr. m. Kap.-Nachweis werden berücksichtigt an Postfach 70 12 28, 6000 Frankfurt/M. 70.

Schweizer AG

sucht Alleinvertretung, Importe – Neuheiten, für die gesamte Schweiz.
Contral AG
CH-8212 Neuhausen, PF 336

Paletten-Reparaturdienst

bundesweit nach *DIN*-Norm, mit Original-Ersatzteilen.
Ankauf – Verkauf – Tausch
HOPA
Alter Gerauer Weg 30
D-6094 Bischofsheim-Mainz
Tel. 0 61 44 / 88 55

Existenzgründung

Führendes Schweizer Finanzierungsunternehmen vergibt über Deutsche Holding Gebietsrepräsentanz innerhalb der Bundesrepublik. Hoher Verdienst gewährleistet. Auch für Branchenfremde Einarbeitung möglich.
Bewerbung mit Lichtbild, tab. Lebenslauf sowie Telefonangabe unter A 2959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir haben eine Lagerverkaufshalle mit ca. 200 m² in Osnabrück.
Gesucht wird
Kommissionsware
jeglicher Art zum Verkauf an Endverbraucher.
Angeb. u. N 3212 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ihr Büro in guten Händen: **CHEF-SEKRETARIATS-SERVICE.** Postf. 92 03 03, D-2104 Hamburg 92, Tel. 0 40 / 7 02 23 89.

Versand – Ihr Job?

In Städten des Rheinlands stehen die Verkaufshäuser eines Großunternehmens der Einrichtungsbranche. Können Sie als Versandleiter die Warenauslieferung steuern, einschließlich Fahrerbereich, Kundendienst und Werkstättenbetrieb? Mitbringen sollten Sie eine mehrjährige Erfahrung in Versand und Logistik.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 29. Juni, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

7% Anleihe

des

LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN von 1985 (1995)

– Wertpapier-Kenn-Nr. 159536 –

VERKAUFSANGEBOT

Das Land Nordrhein-Westfalen begibt aufgrund haushaltsgesetzlicher Kreditermächtigung eine 7% Anleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 800.000.000,–

Von der Anleihe werden DM 600.000.000,– vom 27. 6. bis 1. 7. 85 zum Kurs von 99,85% börsenumsatzsteuer- und spesenfrei von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zum Verkauf angeboten. Die weiteren DM 200.000.000,– stehen dem Land Nordrhein-Westfalen zu Interventionszwecken zur Verfügung.

Ausstattung der Anleihe

Verzinsung — Die Anleihe wird mit 7% p. a. verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 17. 7., erstmals am 17. 7. 1986 fällig.

Nennbeträge — DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.

Laufzeit — Die Laufzeit der Anleihe beträgt 10 Jahre.

Rückzahlung — Die Anleihe wird am 17. 7. 1995 zum Nennwert zurückgezahlt.

Kündigung — Die Anleihe ist weder durch den Anleiheschuldner noch durch die Anleihegläubiger kündbar.

Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit — Die Anleihe ist nach § 1807 Abs. 1 Ziff. 2 BGB mündelsicher und nach § 54 a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.

Lombardfähigkeit — Die Anleihe ist nach § 19 Abs. 1 Ziff. 3 d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lombardfähig.

Börseneinführung — Die Anleihe wird unverzüglich zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.

Zahlung von Zinsen und Kapital — Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch das depotführende Kreditinstitut gutgeschrieben. Die Verzinsung endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages, das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.

Lieferung — Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldbuchforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG in das Schuldbuch des Landes Nordrhein-Westfalen eingetragen.
Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen (Wertrechtsanleihe). Die Erwerber erhalten einen Anteil an einem Sammeldepot in Höhe der gekauften Beträge bei der Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut.

Düsseldorf, Berlin, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Frankfurt/Main, Hannover, Köln, Mainz, München, Münster, im Juni 1985

WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
zugleich für die Sparkassen im Land Nordrhein-Westfalen

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT Aktiengesellschaft
BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK Aktiengesellschaft
BAYERISCHE VEREINSBANK Aktiengesellschaft
BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK
COMMERZBANK Aktiengesellschaft zugleich für **BERLINER COMMERZBANK** Aktiengesellschaft
DELBRÜCK & CO.
DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft zugleich für **DEUTSCHE BANK BERLIN** Aktiengesellschaft
DEUTSCHE GIROZENTRALE – DEUTSCHE KOMMUNALBANK –
DG Bank DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK
DRESDNER BANK Aktiengesellschaft zugleich für **BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE** Aktiengesellschaft
HANDELS- UND PRIVATBANK Aktiengesellschaft
BANKHAUS HERMANN LAMPE Kommanditgesellschaft
MERCK, FINCK & CO.
NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft
NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ – GIROZENTRALE –
SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.
SIMONBANK Aktiengesellschaft
J. H. STEIN
THE ROYAL BANK OF CANADA
TRINKAUS & BURKHARDT
WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG zugleich für die Volksbanken Raiffeisenbanken im Land Nordrhein-Westfalen
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft

Außenstände

Benutzen Sie den schnellen und erfolgreichen Weg, Ihre Außen*stände hereinzuholen!*
Der Schuldner zahlt an Sie direkt!
Keine Erfolgsprovision!
Kostenloses Angebot durch:
GLOBAL KREDITKONTROLLE
Ges. für priv. Mahnwesen m. b. H.
PF 64 03 24, 6000 Frankfurt/M. 60
Tel. Sa.-Nr. 0 69 / 41 90 57
Telex 4 185 533 gkkd

Für Export:

Minisender + MS-Aufspürgeräte

Radarwarner, Allwellenempfänger usw. Preislisten von:
Greve, Postf. 70 04 53
6000 Frankfurt 70
Tel. 0 69 / 63 71 99
(Händlerpreise nur geg. Gewerbenachweis).

Vertriebsgruppe

für Berliner Wohnungseinheiten
für Neu- u. Altbau gesucht. Größen zwischen 40 und 120 m², unt. 2000,- DM pro m² VK. Hohe notariell bestätigte, durch Bank garantierte Provision. Hohe Überschußprovision. Erwerberfinanzierung durch uns möglich.
Angeb. u. H 3054 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Firmendomizil in Bonn

günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 69 61

WELT-Leser sind näher dran

Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung. 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig. Sie berichten aktuell aus nächster Nähe von den Brennpunkten des Weltgeschehens.

W 3449

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav, London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10; Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 42 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

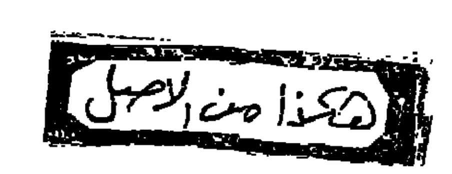
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Renten etwas leichter

Bei weiterhin sehr ruhigem Geschäft tendierte der Rentenmarkt am Mittwoch leicht abgeschwächt. Belastet hat hier die neue 10jährige Anleihe des Landes Nordrhein-Westfalen, deren Ausstattung mit einer Rendite von 7,02 Prozent allgemein als nicht ganz marktgerecht empfunden wird. Auch die abfallenden Notierungen an den US-amerikanischen Rentenmärkten trugen zu den verminderten Kursen bei. Da darüber hinaus weiterhin Anregungen, die auf eine Zinssenkung hindeuten könnten, fehlen, verloren öffentlichen Anleihen um 0,1 bis 0,15 Prozentpunkte.

M	6½ dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
M	6½ dgl. Pf 12	93bG	93,5G
M	7 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	98G	98G
D	6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D	5½ dgl. KO J+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	78,1G	78,1G
S	7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G
S	7 dgl. Pf 128	97,5G	97,5G
S	8 dgl. Pf 177	101G	101G
S	6 dgl. KS 77	87G	87G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 56	91,45G	91,45G

F	7¼ dgl. 71	100,5G	100,5G
F	7½ dgl. 76	100,75G	100,75bG
F	7½ Klöckner W. 71	101T	101T
F	8 dgl. 72	102T	102bG
F	6 NWK 61	99,9G	99,9G
F	6 dgl. 62	99,25G	99,25G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6T	98,6T
F	6 Rh.Brlow. 63	97,7G	97,7G
F	6 dgl. 65	98T	98T
F	6 RWE 63	99T	99T
F	6 dgl. 65	97,75G	97,75G
F	7¼ dgl. 71	100,5G	100,5G
F	7 dgl. 72	100G	100G
F	6 Rh.-M.-Don. 62	99,95G	99,9G

F	7½ dgl. 84 S.50	11/89	102,05G	102,85bG
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	101,1	101,15
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	100,7	100,25
F	7¼ dgl. 85 S.53	90	101,75	101,85
F	7 dgl. 85 S.54	90	100,7	100,85

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	101,45	101,6G

M	5½ dgl. Pf 11	133G	133G
M	6 dgl. Pf 34	82bG	82,7bG
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	89G	89G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Lan. Aufb. IS 15	100G	100G
M	6 dgl. IS 16	99,65G	99,65G
M	6 dgl. IS 17	99,5G	99,5bG
M	8½ dgl. KO 49	100,35G	100,35G
M	8½ dgl. KO 48	100,2G	100,2G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,8G	101,8G
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	122,5G	121,5G
M	6 dgl. Pf 4	96,5G	96,5G

Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Fester notierten Kaffee und – mit Ausnahme des rückläufigen Kassa-Monats – auch Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25.6.	24.6.
Juli	323,25	324,25
Sept.	325,75	325,50
Dez.	331,00	331,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	25.6.	24.6.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	245,19	245,94
Amber Durum	224,24	224,61

Kakao New York ($/t)	25.6.	24.6.
Terminkontr. Juli	1965	1988
Sept.	1977	1965
Dez.	1963	1951
Umsatz	3790	2889

Zucker New York (c/lb)	25.6.	24.6.
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,70	2,76
Sept.	2,80	2,78
Okt.	2,85	2,86

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25.6.	24.6.
Terminkontr. Juli	140,50	139,75
Sept.	142,60	142,00
Dez.	144,80	143,30

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	26.6.	25.6.
schw. Sarawak spez.	782,50	782,50
weißer Sarawak	960,00	960,00
weißer Muntok	970,00	970,00

Ausländer blieben aus

Gewinnmitnahmen sorgten für Kursschwäche auf breiter Front

DW. – Wie schon am Vortag, so waren auch am Mittwoch massivere Kauforders ausländischer Großanleger selten. So kam es nach den Gipfelstürmen der Vorwoche zu einer deutlichen Ernüchterung an den Aktienmärkten. Die Zurückhaltung der Ausländer, mitbedingt durch den in den letzten Tagen relativ stabilen Kurs des US-Dollars und die positiven Nachrichten über die Konjunkturlage in den Vereinigten Staaten, ließ die Vorsicht wachsen und führte zur Sicherstellung der teilweise erheblichen Kursgewinne in fast allen Papieren.

Kräftige Kurseinbußen mußten die zum Teil bereits am Dienstag arg gebeutelten Papiere des Automobil- und des Elektromarktes hinnehmen. Die gelegentlich zweistelligen Verluste des Vortages fanden ihre Fortsetzung bei VW (minus acht DM) und BMW mit einem Tagesverlust von rund 15 DM. Die Elektrowerte gaben unter Führung von Siemens deutlich nach. Klar schwächer im Markt lagen Montane, bei denen Thyssen erneut um drei DM fielen. Bei den Maschinenbauern ermäßigten sich Mannesmann um etwa drei DM. Am Bankenmarkt geriet der Favorit des Wochenbeginns, Deutsche Bank, unter Abgabedruck und verlor fast 10 DM. Auch Dresdner und Commerzbank tendierten deutlich schwächer. Zu Glattstellungen kam es ebenfalls bei den Großchemieaktien, wo Bayer rund drei DM niedriger notiert wurden und bei den Versicherungswerten, von denen Allianz vorübergehend bis zu 80 DM verloren.

Frankfurt: Heidelzement verloren 6 DM, Hochtief 27 DM, Holzmann 9 DM und Dyckerhoff St. 8 DM. Didier erholten sich um 1,50 DM, Thüringer Gas um 13 DM und Riedel de Haen um 17 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten sich um 5 DM, Rheag gaben um 30 DM nach und Verseidag gaben um 9 DM nach. Gerresheimer Glas konnten sich um 5 DM und VDN ebenfalls um 5 DM verbessern.

Hamburg: Phoenix Gummi gaben um 2 DM nach. Hypag konnten sich um 2,60 DM erholen. NKW Vz. zogen um 13 DM an. Haller Meurer gaben um 4 DM nach. Vereins- und Westbank wurden um 3 DM zurückgenommen.

Berlin: Herlitz Vz. legten 7 DM, HerlitzlSt. 6 DM, Berthold und Detewe je 3 DM zu. DUB-Schultheiss verbesserten sich um 2 DM. Schering verloren 14 DM, Spinne Zehlendorf 10 DM und Rheinmetall 8 DM. Bergmann wurden um 5 DM niedriger taxiert.

München: Agrob sanken um 2,80 DM, Electro 2000 gaben um 18 DM nach und Erlus AG verminderten sich um 3 DM. AKS zogen um 4,50 DM an, Cassella verbesserten sich um 9 DM und Deckel AG um 4,60 DM.

Stuttgart: Daimler fielen um 16,50 DM und Mercedes um 16 DM. IWKA mußten 7 DM abgeben, Aesculap 7,50 DM, Kolbenschmidt 3,50 DM und WMF St. 4,90 DM.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 197,4 (200,0)
WELT-Umsatzindex: 4630 (5840)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		26.6.	25.6.
H	Aach M Betl.9+2,50	1380	1478
H	Aach. M. Vers. 7	540G	550bB
D	Aach. Rück. 9	1701	1700bG
D	Aseag *4	455T	455T
M	Ack-Gögg. 4	122,1	122,1
H	Adca 0	139,9xD	143
D	Adler 9	305	300TG
F	Adt 0	40bG	39rtG
F	AEG-Telef. 0	138	144
D	AEG-Kabel 9	285T	290T
H	Br.H.Hypo 10+1	338	342G
H	HnBrech.Jute *0	111	-G
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	–	460G
H	Br. Vulkan 0	83	84
H	Br. Wollk. 7	168	167
F	BBC 6	224,5	234
S	BSU Textil % 20	1300TG	1300TG
D	Buckau-W. 4,1	125G	125bG
D	Buderus *12	385G	385G
M	Bgl.Br.Ing. *12+2	805G	805G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	380B	380B
M	En. Oberfr. 6	260	250
M	En. Ostb. 6	216	220bG
H	Elbroft 0	61	64,5
B	Engelhardt 7	205G	205G
D	Enka 7,5	304	306
M	Erlus 12,5	340	343
M	Erste Kulmb. 9	1300bG	1300G
S	esbl *0	9bB	7,1rtG
S	Essl. Masch. *6	340bG	340
M	Esterer *10	591Grt	585bG
D	Farb. Liqu. RM 0	6,6	6,6
F	Flachglas 9	255bG	255bG
D	Ford *19,36	880T	880T
S	Hohner *6	238	237
H	Holsten-Br. 6	235,1	235,1
F	Holzmann 10+1	470	477
D	Horten 6	181	186
B	Hw. Kayser *12	280T	285xD
D	Hummel 8	282	289
D	Huta Heg. 0	ausg.	ausg.
M	Hutschenr. 9	250bG	259
H	Hypo Hbg. 10+2,5	458	450
D	IKB 7,5	202bB	206,8
S	IWKA 0	335	342
M	Isar-Amper 7,5	375bG	377
D	Isenbeck 4,75	160G	160T

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	25.6.	24.6.
Firestone	21,125	20,875
Fluor	17,75	17,75
Ford	44,625	44,875
Foster Wheeler	13,125	13,125
Fruehauf	22,5	22,5
GAF Corp.	33,75	33,625
Revlon	41,375	40,875
Reynolds Ind.	31,5	31,625
Rockwell Int.	36,625	36,25
Rorer Group	35,375	35,5
Schlumberger	37,875	37,875
Sears, Roebuck	38,375	38,75

Toronto

	25.6.	24.6.
Dome Petroleum	2,85	2,73
Domtar	18,125	18,125
Falconbridge Ltd.	18,875	18,375
Great Lakes Forest	21,25	20,5
Gulf Canada	17,875	18
Gulfstream Res.	1,4	1,3

London

	25.6.	24.6.
Cons. Murchison	487	475
Courtaulds	141	142
De Beers $	5,38	5,4
Distillers	297	298
Driefontein $	25,50	25,25

Mailand

	25.6.	24.6.
RAS	76700	76800
SAI Risp.	16300	16350
SIP	2419	2585
Snia Viscosa	3210	3115
STET	3310	3275
Index	334,75	335,66

Wien

	25.6.	24.6.
Semperit	115	115
Steyr-Daimler-P.	174	178
UniversaleHochTief	285	285
Veitscher Magnesit	595	595
Index	102,37	102,54

Kopenhagen

	25.6.	24.6.
Novo Industri	335	330
Privatbanken	289	282
Ostasiat. Komp.	218	215
Dan. Sukkerfabr.	485	485
For. Bryggerier St.	935	935
Kgl. Porz. Fabr.	225	225

Brüssel

	25.6.	24.6.
Petrofina	5750	5700
Soc. Gén. d. Belg.	1815	1845
Sofina	7200	7190
Solvay	4408	4405
UCB	5260	5300
Index	2318,13	2327,45

Singapur

	25.6.	24.6.
Kl. Kepong	2,57	2,58
Mal. Banking	5,8	5,8
Nat. Iron	2,75	2,75
OCBC	9	9
Sime Darby	1,98	1,99
Singapur Land	2,72	2,71
Un. Overs. Bank	4	4,12

Sydney

	25.6.	24.6.
Thomas Nat. Tr.	1,95	1,95
Waltons Bond	–	0,34
Westpacific Banking	4	4
Western Mining	3,9	3,87
Woodside Petr.	1,43	1,38
Index	860,60	857,20

Optionshandel

Frankfurt: 26. 6. 85
2586 Optionen = 134 450 (176 800) Aktien,
davon 321 Verkaufsoptionen = 15 500 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 7-110/26, 7-120/17, 7-130/7, 7-140/5, 7-150/2, 10-120/25, **BASF** 7-180/43, 7-189,65/33, 7-190/33, 7-199,65/23, 7-200/23, 7-210/13,5, 10-190/39, **Bayer** 7-171/51, 7-181/41, 7-191/31, 10-201/30, **Bay. Hypo** 10-370/8, **Bekula** 10-95/8, **BMW** 7-390/43, 7-420/16, 10-400/60, 10-450/40, 1-410/76, **Commerzbk.** 7-180/18, 7-181,75/15, 7-200/4,5, 10-170/35, **Conti** 7-140/11, 7-150/4, 10-130/8,8, 10-140/19,4, 10-150/14,5, 1-140/27,2, 1-160/20, 1-170/14, 1-180/7, **Daimler** 10-930/10, 1-1000/20, **Dt. Babcock St.** 1-180/14,106,5, 7-488/100, 7-490/98, 10-570/53,75, **Dresdner Bk.** 10-202,5/34, 10-220/27, 10-240/13, 1-212,5/33, 1-230/25, 1-240/20, 1-250/15,6, 1-280/14, 1-270/10-10,6, **GHH St.** 10-160/18, 1-160/20, 1-170/15, 1-180/6,75, 1-190/5, **Harpener** 10-330/27, **Hoechst** 7-191/32, 7-201/22, 7-211/14, 10-211/24, **Hoesch** 7-100/8, 7-110/3,4, 10-120/6, 10-130/3,6, 1-110/15,1, 1-120/9,6, 1-130/8, 1-140/4, **Karstadt** 7-230/4, 10-230/14, **Kaufhof** 7-240/11, 10-250/12, **KHD** 10-260/25, 10-290/8,4, **Klöckner** 7-70/2,4, 10-70/5,6, 10-75/3,4, 10-80/3, 1-70/8,9, 1-60/6,4, 1-65/5, **Lufthansa St.** 7-210/4,9, 10-200/18, 10-210/11,6, 1-200/22, 1-230/10, **Lufthansa Vz.** 1-210/14,5, 1-220/10, **Mannesmann** 7-160/27, 7-180/5, 10-180/18, 10-200/12, 1-200/18, 1-210/13,8, 1-220/8, 1-230/6, **Nixdorf** 10-600/50, 10-610/40, 10-660/20, 1-670/20, **Preussag** 10-310/30, 10-320/20, 1-340/16, **RWE St.** 7-160/19,5, 7-162/18, 10-170/19, 10-180/15, 10-200/9, **RWE Vz.** 10-170/14,6, 1-170/18, **Kali + Salz** 7-252/38, 10-290/22,9, 1-300/29, 1-310/21, 1-320/15, **Siemens** 7-563,3/20,8, 7-570/13,5, 7-580/9,4, 10-550/55, **Thyssen** 7-100/11, 7-110/4, 10,98,25/16, **Veba** 7-190/23,5, 7-200/14, 7-210/9, 10-180/37, **VW** 7-220/83, 7-230/73, 7-240/65, 7-280/30, 10-340/85, **Alcan** 10-75/6,9, **IBM** 7-380/8, 10-420/6, **Norsk Hydro** 10-35/3,5, 1-40/3, **Philips** 10-50/5, 1-45/9,4, 1-50/5,5, 1-55/3,5, 1-60/3,2, 1-45/9,4, 1-50/5,5, 1-55/3,5, 1-60/3,2, **Sony** 1-55/6,1, **Sperry** 1-170/6, **Xerox** 7-150/9,9, 10-150/14, 10-160/11,5. **Verkaufsoptionen:** **AEG** 7-130/1, 10-130/2, 10-140/7,5, 1-130/3,5, 1-140/8, **BASF** 10-220/4, 1-220/5,2, **Bayer** 10-220/2,8, 1-220/6, **BBC** 1-230/9, **BHF** 10-320/8, **BMW** 10-400/4, 10-420/10, 1-430/12, **Commerzbk.** 7-190/1,4, 10/190/3, **Conti** 10-140/2,4, 10-150/4,4, 1-150/5,5 **Daimler** 10-790/8, 10-800/9, 1-810/14, 1-820/20, **Deutsche Bk.** 10-540/5, 10-560/8, 10-580/19, 1-510/3, 1-520/4, 1-530/5, **Dresdner Bk.** 7-220/1, 10-220/4, 10-230/7,5, 1-220/6, **Harpener** 1-320/2,9, 1-330/5, **Hoechst** 7-220/1,5, 1-220/3,4, **Mercedes** 10-710/8,7, **Mannesmann** 10-180/2,6, 1-180/5,4, **Thyssen** 10-110/3,1, 1-110/4, **Veba** 10-200/2, 1-200/4,4, 1-210/6,5, **VW** 10-310/12, 1-300/10, 1-310/15, 1-320/25 **Chrysler** 1-110/8, **IBM** 7-380/11,05, 10-380/9, **Litton** 10-230/5, **Xerox** 1-150/6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 6. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝– 7¾	5⅜–5½	5½–5¾
3 Monate	7¾– 8	5⅝–5¾	5⅝–5¾
6 Monate	8⅛– 8¼	5½–5¾	5¼–5½
12 Monate	8⅓– 8¾	5⅝–5⅞	5⅜–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1410,00	1789,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1235,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	221,50	274,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,25	273,89
20 belgische Franken	171,25	223,73
10 Rubel Tscherwonez	231,75	291,56
2 südafrikanische Rand	216,75	268,78
Krüger Rand, neu	976,00	1152,54
Maple Leaf	980,75	1157,86
Platin Noble Man	838,50	985,79

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	230,75	291,56
20 schweiz. Franken „Vreneli“	171,25	223,73
20 franz. Franken „Napoléon“	170,50	222,87
100 österr. Kronen (Neuprägung)	904,50	1094,97
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,75	227,72
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,50	123,69
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	514,14
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,75	135,38

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

26. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York²)	3,0577	3,0657	3,0424	3,00	3,10
London¹)	3,935	3,949	3,871	3,88	4,03
Dublin¹)	3,128	3,142	3,088	3,05	3,20
Montreal³)	2,2398	2,2478	2,2207	2,19	2,29
Amsterd.	88,595	88,815	88,430	88,00	89,75
Zürich	119,530	119,730	119,555	118,25	121,00
Brüssel	4,958	4,978	4,929	4,85	5,05
Paris	32,750	32,910	32,425	32,00	33,75
Kopenh.	27,820	27,840	27,620	27,00	28,75
Oslo	34,715	34,835	34,140	34,00	35,75
Stockh.**)	34,630	34,790	33,745	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5620	1,5720	1,5350	1,52	1,62
Wien	14,208	14,268	14,183	14,13	14,35
Madrid**)	1,744	1,754	1,704	1,69	1,81
Lissabon**)	1,731	1,751	1,648	1,35	2,15
Tokio	1,2280	1,2310	–	1,19	1,25
Helsinki	48,090	48,290	47,250	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,223	2,277	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0405	2,0585	–	1,99	2,09
Johannesbg.*)	1,5465	1,5665	–	1,20	1,45

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Obwohl der US-Dollar von etwas anziehenden Zinssätzen Unterstützung erhielt, verlief die Kursentwicklung für ihn zunächst negativ. Er notierte am 25.6. mit 3,0804 über einen Pfennig unter Vortag und fiel im Freiverkehr bis 3,0540. Ein schlagartiger Wandel trat am Nachmittag ein. Der unerwartet hohe Zuwachs der Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter im Mai (+ 4,1 Prozent) sandte den US-Dollar auf 3,08. Nach der Flash-Schätzung war dies innerhalb weniger Tage die zweite positive Nachricht aus den USA. Die meisten amtlichen Notierungen vermittelten im Zusammenhang mit der niedrigeren Dollar-Notiz ein freundlicheres Bild für die DM. So gab der Pfund-Kurs um 2,5 Promille auf 3,940 und der Kurs des Yen um 3,2 Promille auf 1,2315 nach. Auch hier kam es am Nachmittag zu einer Kurskorrektur zu Lasten der DM. US-Dollar in: Amsterdam 3,4515; Brüssel 61,6925; Paris 9,3685; Mailand 1952,00; Wien 21,5180; Zürich 2,5580; Ir. Pfund/DM 3,125; Pfund/Dollar 1,2874; Pfund/DM 3,940.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 26. Juni: In D-Mark 2,24730 (Parität 2,24184); in Dollar 0,734440 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 26. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der Euro-Dollar-Depots setzte sich am 26. Juni weiter fort, am Terminmarkt ergaben sich vergrößerte Dollar-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,65/0,55	1,86/1,76	4,10/3,98
Pfund/Dollar	0,55/0,53	1,45/1,42	2,42/2,37
Pfund/DM	3,10/1,70	7,30/5,90	13,1/11,7
FF/DM	21/5	48/32	88/72

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 6.: Tagesgeld 5,35–5,45 Prozent; Monatsgeld 5,40–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,50–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an): Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00)–6,25 (5,61)–6,50 (5,89)–7,00 (6,14)–7,00 (6,29)–8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00)–6,25 (5,62)–6,50 (5,91)–7,00 (6,18)–7,00 (6,35)–8,50 (6,95)–8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

Mit linkem Auge fixiert

mar – „Die Reaktion ist ein Gespenst, aber Gespenster gibt es nur für die Furchtsamen", heißt es bei Nestroy. Den „Reichsdeutschen" ist diese Weisheit bislang jedoch verborgen geblieben. Sie basteln sich dieses Gespenst immer wieder mit großer Hingabe selbst. Beispielsweise in dem schönen Bildband „Kritische Grafik in der Weimarer Zeit", den Eberhard Kolb, Eberhard Roters und Wieland Schmied bei Klett-Cotta herausgegeben haben (226 S., 148 Abb., 58 Mark).

„Kritisch" heißt in diesem Buch, gemäß der weitverbreiteten Einengung des Begriffs, mit linkem Auge den Splitter rechts fixieren. Das verrät vor allem das einleitende historische Kapitel. „Nach Auffassung der Regierung war die bestehende staatliche Ordnung nach wie vor am stärksten durch die Aktivitäten der politischen Linken bedroht", heißt es da, weil der Autor diese Auffassung nicht teilt. Und als Beleg werden der Kapp-Putsch und der Hitler-Putsch in München angeführt. Der Hamburger Aufstand, der mitteldeutsche Aufstand, die „räterepublikanischen Experimente im Frühjahr 1919" tauchen dagegen nur am Rand auf.

Wir erfahren zwar, daß die Rechte „teils eine Restauration der vordemokratischen Monarchie, teils die Errichtung einer postdemokratischen Diktatur nationalistisch-plebiszitären Charakters" erstrebte. Und die Linke? Da konnte sich die „antiparlamentarische Position ... voll durchsetzen" – und kein Wort, was das bedeutete.

Zwar wird festgestellt, daß der Grunddissens unter den Deutschen im Kultursektor noch verstärkt wurde, aber wie sich das auf die Kunst der Zeit auswirkte, belegt der Band nicht. Antisemitismus z. B. bei Karl Arnold oder A. Paul Weber? Gab es nicht. Kritik am antidemokratischen Bündnis zwischen NSDAP und KPD bei Schilling? Fehlanzeige. Statt dessen feiste Kapitalisten und abgehärmte Arbeiter, Prostitution, Bigotterie und Spießbürgerlichkeit von Dix über Grosz bis zu Schlichter und noch kleineren. Eben „Kritische Grafik". Nestroys Gespenst läßt grüßen.

PS: Das Buch dokumentiert und begleitet eine Ausstellung, die deutsche Kunst des 20. Jahrhunderts im Ausland vorstellt.

Der schmale Pfad zwischen Werbewirksamkeit und Wahrheit – Von der Geschichte und vom Nutzen der politischen Plakate

Wenn ein Politikerkopf die einzige Botschaft ist

Wenn der Wahltag vorüber ist, scheinen uns die Plakate seltsam sinnlos. Ihr Optimismus ist abgestanden, ihre Versprechen wirken schal. Sie haben keine Funktion mehr. Das wirft zugleich die Frage auf, ob sie vor dem Wahltag eine Funktion gehabt haben. Versuchten sie nicht nur dem Igel zu gleichen, der dem Hasen immer sein „Ich bin schon da!" entgegenruft?

Die politischen Plakate ähneln immer stärker dem, was in der Werbebranche Erinnerungswerbung genannt wird. Solche Kampagnen für Zigaretten, Bier, Schnellrestaurants usw. zielen weniger auf neue Kunden, sie trachten vielmehr, die Treue der bisherigen Abnehmer zu bestätigen und zu verfestigen. Und zugleich vermitteln sie dem Auftraggeber das Gefühl, daß man allenthalben präsent sei.

Unter Werbeleuten erzählt man sich deshalb die Geschichte, daß eine Agentur auf sehr einfache Weise einen wichtigen Etat gewann. Sie erkundete, auf welchem Weg der Chef des Unternehmens täglich in die Firma fuhr, und tapezierte dann die Litfaßsäulen und Anschlagflächen entlang der Strecke mit entsprechenden Plakaten. So gewann der Mann tagtäglich den Eindruck, daß es diese Agentur verstand, seine Firma als allgegenwärtig erscheinen zu lassen.

Nicht anders wirkt die Parteienwerbung, die die Köpfe ihrer Prominenz – oder vielleicht sogar die ganze Familie mit hübscher Frau und niedlichem Kind – straßauf, straßab anschlägt. Dabei spielt jedoch eine seltsame Schizophrenie mit. Man ist sich in den Wahlbüros durchaus des geringen Effekts dieser Plakatoffensiven bewußt, glaubt aber darauf nicht verzichten zu können, weil sonst die konkurrierenden Parteien allein das Feld beherrschen würden.

Plakate, obwohl sie heute sehr viel stärker als früher genutzt werden, haben einen wesentlichen Teil ihrer Aufgabe verloren. Noch vor einem halben Jahrhundert – und zuvor erst recht – waren sie ein wichtiges Massenmedium. Offizielle Mitteilungen, Bekanntmachungen, Anordnungen konnten nur über Zeitungen und Plakate publiziert werden. Selbst der aufkommende Rundfunk änderte daran lange nichts, weil die Reichsrundfunkgesellschaft in der Weimarer Zeit in politischen Dingen abstinent war. Die Parteien erhielten erst 1932 die Möglichkeit, Wahlwerbung über den Rundfunk zu verbreiten. Das Plakat war bis dahin also ein wichtiger politischer Botschafter.

Auf diese Tatsachen machen vier neue Bücher aufmerksam. „Politische Plakate", herausgegeben von Hans Bohrmann (Die bibliophilen Taschenbücher, Dortmund, 696 S., 468 Abb., 29,80 Mark), gibt einen Überblick über die Alltagsplakate aus der Sammlung des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund vom Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 bis zur Gegenwart. „Ludwig Hohlwein – Plakate der Jahre 1906–1940", bearbeitet von Christian Schneegass, verzeichnet den Bestand der Staatsgalerie Stuttgart (136 S., 501 Abb., 24 Mark) an Entwürfen dieses bedeutenden Werbegraphikers, der auch politische Plakate für die Nationalsozialisten zeichnete. Beide Bände entstanden als Kataloge zu Ausstellungen. „Politische und soziale Plakate der Schweiz" von Willy Rotzler und Karl Wobmann (ABC Edition, Zürich, 156 S., 217 Abb., 106 Mark) dokumentiert Anschläge der letzten sechs Jahrzehnte für Gesetzesinitiativen in der Schweiz und soziale Hilfswerke. Und der Band „graphis poster 85" von Walter Herdegg (Graphis Press, Zürich, 208 S., 554 Abb., 129 Mark) stellt die besten Plakate des vergangenen Jahres vor. Darunter ist auch ein Kapitel den politischen (allerdings nicht parteipolitischen) Anschlägen gewidmet.

Das Graphis-Jahrbuch konzentriert sich dabei auf die künstlerisch bemerkenswerten Plakate. Dabei ist die Gefahr des L'art pour l'art nicht von der Hand zu weisen. Friedenstauben, die von Stacheldraht umwickelt sind oder einer Blüte entschweben, Bomben und Atompilze, die zusammen einen Totenkopf bilden, mögen raffinierte graphische Ideen sein, aber sie bewirken nichts.

„In solchen Augenblicken, wenn ich mich mitarbeiten weiß in einer internationalen Gemeinschaft gegen den Krieg, hab ich ein warmes, durchströmendes und befriedigendes Gefühl", notierte Käthe Kollwitz 1922. Nur ist das ein Gefühl, das sich allenfalls den Gleichgesinnten mitteilt. Es beschränkt sich weitgehend auf die Produzenten, die sich damit bescheinigen, auf der „richtigen" Seite zu stehen – wobei die „falsche" Seite nur ein Phantom, ein synthetisches Feindbild ist, denn wer ist schon gegen den Frieden und für den Krieg?

Diese Plakate, die heutzutage noch zahlreicher als in der Zwischenkriegszeit produziert werden, gehorchen vor allem der Logik, die Gabriel Laub in einem Aphorismus paraphrasiert hat: „Ich erkläre feierlich, daß ich für die Erhaltung des Friedens alles in meiner Macht Stehende tun werde. Damit habe ich zur Erhaltung des Friedens alles getan, was in meiner Macht steht." Ähnlich ist es mit den Kampagnen gegen Rauschgift. Der Slogan „Rauschgift löst keine Probleme. Es schafft neue" wird kaum einen Süchtigen bekehren oder einen Anfälligen vom Griff zur Droge abhalten.

Die Wirkung des politischen-sozialen Plakats hat bisher nicht zuverlässig ermittelt werden können. Und unbeantwortet ist bislang auch die Frage, ob Kunst die Wirkung erhöht oder ob die Werbewirksamkeit immer auf Kosten der Wahrheit geht. Auf alle Fälle haben die Künstler (wie die Politiker) bei der Negativwerbung die besseren Ideen. Eine alte Hippe als Argument gegen das Frauenstimmrecht wirkt eben überzeugender als Mann und Frau Hand in Hand, die für diese Gesetzesinitiative werben. Es ist auch kein Zufall, daß sich die Plakate der Kommunisten und der Nationalsozialisten am Ende von Weimar in ihrer Polemik gegen das „System" (den unterschwelligen Antisemitismus eingeschlossen) glichen. Am typischsten verkörpert diese Antihaltung ein Blanko-Plakat der KPD, das mit marschierenden Proletariern zu einer Demonstration auffordert, unten aber weiß blieb, so daß die Zielrichtung des Protestes je nach Bedarf eingetragen werden konnte.

Die positiven Figuren gelingen den Künstlern dagegen selten überzeugend. Selbst der versierte Ludwig Hohlwein hatte da seine Schwierigkeiten. Die Soldaten und SA-Männer strahlen nicht *die* Lebensfreude aus, die er dem Dornkaat-Mann oder den Werbedamen für Bier zu verleihen wußte. Und seltsamerweise blicken diese Bannerträger der nationalsozialistischen Ideologie immer nur in irgendwelche Fernen oder am Betrachter vorbei, während Hohlwein sonst die direkte Ansprache durch ein Vis-à-vis bevorzugte. Aber das hing wohl damit zusammen, daß diese Plakate nur den ansprachen, den sie nicht mehr gewinnen mußten.

Anders ist das bei der Werbung für die verschiedenen Schweizer Hilfswerke. Die Sammlungen für das Alter, die Jugend, die Behinderten haben nicht nur eine Tradition, sie haben auch ihre eigene Ikonographie entwickelt. Entweder stehen die Personen, für die gesammelt wird, sehr real im Mittelpunkt, oder Symbole – wie Kerze und Schneestern für die Schweizerische Winterhilfe – erinnern an den guten Zweck. Der hohe Standard der schweizerischen Plakatkunst macht dabei deutlich, daß sich Kunst und Werbewirksamkeit nicht ausschließen. Vor allem zielen die Appelle solcher Plakate nicht – wie alle die „Nie wieder Krieg", „Kampf dem Atomtod", „Love Peace"-Anschläge – auf Abstraktes und damit ins Leere, sondern sind eine Aufforderung, unmittelbar zu handeln. Sie gehören damit zu den wenigen politischen Plakaten, die nicht nur als Alibi dienen, sondern heute noch eine Funktion haben.

PETER DITTMAR



Die negative Werbung zündet besser: Plakat von Otto Baumberger für die Kampagne gegen das Frauenstimmrecht in der Schweiz 1920 FOTO: ABC-VERLAG

JOURNAL

Urteil über die Rechte an Werken A. Schmidts

dpa, **Hannover**

Der Streit um die Rechte an den Werken Arno Schmidts wurde jetzt zugunsten des S. Fischer Verlages entschieden. Das Landgericht Hannover erklärte in einem erstinstanzlichen Urteil die 1982 durch die Arno Schmidt-Stiftung – sie verwaltet das literarische Erbe des Autors – ausgesprochene Kündigung aller Verlagsverträge für unzulässig. Die Vorwürfe, der Verlag füge dem Werk Schmidts Schaden zu, wies das Gericht als „übliche Unstimmigkeit" zwischen Verlag und Autor zurück. Die Arno Schmidt-Stiftung bezeichnete das Urteil, gegen das sie Berufung einlegen will, als nachteilig für alle Autoren.

Klage Schwabs gegen Frankfurt abgewiesen

AP, **Frankfurt**

Der im Streit um die geplante Uraufführung eines Stücks von Rainer Werner Fassbinder 1984 fristlos entlassene Generalmanager der Alten Oper in Frankfurt, Ulrich Schwab, hat mit einer Klage gegen die Stadt Frankfurt keinen Erfolg gehabt. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat sowohl die Klage Schwabs gegen seine fristlose Entlassung als auch seine Forderung nach 200 000 Mark Gehaltsnachzahlung und 1,3 Millionen Mark Schadenersatz wegen Rufschädigung abgewiesen. Nicht stattgegeben hat das Gericht allerdings auch einer Gegenklage der Stadt, wonach Schwab seinerseits 300 000 Mark Schadenersatz für Honorare an Schauspieler des bis heute nicht aufgeführten Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" zahlen sollte.

Joachim-Ringelnatz-Preis für Lyrik gestiftet

DW. **Cuxhaven**

Cuxhaven stiftet für 1985 einen Joachim Ringelnatz-Preis für Lyrik. Die Bewerber müssen mindestens 5 und dürfen maximal 10 unveröffentlichte Gedichte einreichen. Einsendeschluß ist der 1. 8. 1985.

Das Feuerschiff von Oskar Schlemmer

DW. **Wilhelmshaven**

Vier Ansichten eines Feuerschiffes malte Oskar Schlemmer 1941 in Wilhelmshaven, als er eigentlich mit Berufsverbot belegt war. Es sind eine Ölskizze, ein Aquarell, eine Maßstabsskizze und ein 64 x 65 cm großes Gemälde. Diese Bilder, die so gar nicht dem vertrauten Schlemmer-Stil entsprechen, sind jetzt als Dauerleihgabe in der Kunsthalle Wilhelmshaven zu sehen.

Entscheidung im Prozeß um Leni Riefenstahl

dpa, **Freiburg**

Die Freiburger Regisseurin Nina Gladitz darf nicht länger behaupten, daß Leni Riefenstahl die für ihren 1940/41 entstandenen Film „Tiefland" als Komparsen herangezogenen Zigeuner nach den Dreharbeiten entgegen anderslautenden Versprechungen und in Kenntnis ihrer bevorstehenden Ermordung im KZ Auschwitz einfach ihrem Schicksal überlassen habe. Mit diesem Urteil des Landgerichts Freiburg erzielte Leni Riefenstahl einen Teilerfolg in dem von ihr gegen Nina Gladitz wegen des Dokumentarfilms „Zeit des Schweigens und der Dunkelheit" angestrengten Prozeß. Dagegen wurde die Klage Leni Riefenstahls in den Punkten abgewiesen, in denen es darum ging, ob sie die Komparsen in einem österreichische KZ selbst ausgewählt hat.

Alex Vömel †

Er war der Grandseigneur des deutschen Kunsthandels. „Vömel", sagte schon Alexej von Jawlensky, „oh, das ist ein wunderbarer Mensch, ein Aristokrat und Mensch mit viel Glaube unter all die Galeriebesitzer." Dieser wunderbare Mensch Alex Vömel ist nun, 88jährig, gestorben. Über sechzig Jahre lang war er Kunsthändler. Stets umgab ihn eine Aura heiterer Würde diskreter Nobilität. Er liebte die Kunst, und er wußte die Sicherheit seines Urteils mit Konzilianz und sanfter Überzeugungskraft zu verbinden.

Der Pfarrersohn wurde am Bodensee geboren. Als 25jähriger begegnete der gelernte Buchhändler dem Kunsthändler Alfred Flechtheim, der ihm die Leitung seiner Düsseldorfer Filiale übertrug. Vömel wurde Flechtheims Teilhaber, und als 1933 die Galerie aufgelöst wurde, gründete er eine neue, ohne die Prinzipien der alten aufzugeben. Seither ist die rheinische Kunstlandschaft ohne die Galerie Vömel nicht mehr denkbar. Er war der Händler der Kubisten, der Expressionisten, der Künstler der „Brükke" und des „Blauen Reiters", der progressiven Rheinländer, und er war allzeit mehr als dies. Er war der treue und verläßliche Freund seiner Künstler, die er, auch als sie verfemt und verboten waren, niemals im Stich gelassen hat. epl

Luigi Rossis „Orfeo" unter Ronconi in Mailand

Spiel im kurzen Reifrock

War das Opernpublikum schon zur Entstehungszeit der Gattung primär an visuellen Reizen interessiert, so hat sich an dieser Schaulust bis heute wenig geändert. Schwerer nur dürfte es geworden sein, sie zu befriedigen. Luca Ronconi tat gut daran, bei der seit 300 Jahren ersten Wiederaufführung des „Orfeo" des römischen Komponisten Luigi Rossi an der Mailänder Scala das Maschinentheater des frühen 17. Jahrhunderts aufleben zu lassen. Ronconi ging handfest zu Werk, um den Orpheus-Stoff – nur vierzig Jahre nach Monteverdi erneut verwendet – aus der Sicht der Entstehungszeit wie unserer Gegenwart zu beleuchten.

Rossi war zu seiner Zeit der führende Repräsentant der römischen Vokalmusik, von Kardinal Mazarin und Anna von Österreich nach Paris gerufen. Sein 1647 im Palais Royal in Szene gesetzter „Orphée" darf Anspruch darauf erheben, die erste für Frankreich geschriebene italienische Oper zu sein. Der Prolog mit der Verherrlichung des Monarchen gerät zum fulminanten Aperçu. Unter „Waffen"-Rufen, mit Degen und Leitern gerüstet, stürmen Soldaten den Zuschauerraum, doch die Siegesgöttin besänftigt sie. Nicht zuletzt Frankreichs politischem Geschick sei die Sicherung des Friedens und die nun endlich eingetretene Waffenruhe zu danken. Unter ihren goldenen Schwingen schützt diese Victoria die königlichen Besucher der Mittelloge: den Kardinal Mazarin, den neunjährigen Ludwig XIV. und dessen Mutter.

Nach diesem szenisch packenden, musikalisch anreizenden Auftakt ging es auf der Bühne, vor allem musikalisch, zunächst etwas bedächtiger zu. Rossi blieb in der Operngeschichtsschreibung nicht zu Unrecht vergessen, er trieb die Entwicklung der Kantate voran, die Oper hat unter der kantatenhaften Reihung zu leiden.

Sein „recitare cantando" wirkt auf die Dauer etwas dürr, die arienhaften Schlenker werden nur durch schlichteste Linien bestimmt, doch die charakteristische Formung der gesteigerten Deklamation verhindert, daß es in dem von Frauenstimmen dominierten Ensemble zu einem vagen Gleichklang kommt. Die liedchenhaften Canzonetten, die Duette, das lebendige Ensemblespiel, die Chöre, natürlich auch die von barocker Fabulierfreude überbordende, von streitenden Göttern, kecken Naturwesen und mythologischem Getier verzierte Geschichte tragen zum ironischen Vexierspiel nach venezianischem Muster bei.

Immer neu verblüfft die hohe dramatische Bindung der Musik. Die Oper steckte noch in ihren Kinderschuhen, aber das Drama wurde in geradezu erregender Weise gestaltet. Die Sterbeszene der Euridice (Mariana Nicolesco) kann ohne weiteres neben den tiefsten Erfindungen Monteverdis stehen, sie wird auch in den folgenden 300 Jahren an musikalisch gestischer Eindringlichkeit kaum übertroffen.

Ronconi setzt den Mythos in Gang, dabei geistert sein angebrochener „Ring" durch die von Francesco Buti zwanglos zusammengepuzzelte römisch-griechische Mythologie. Er beläßt die Sage im barocken Habitus, aber seinen Figuren erlaubt er durch seitliche Türen einen Blick auf den durchgehend leicht verengten Bühnenausschnitt zu werfen, sie werden zu Voyeuren, das Geschehen gleichsam wie bekannte Traumsequenzen reflektierend.

Von Giorgio Cristini ließ sich Ronconi eine immer nur ausschnittsweise enthüllte pastorale Landschaft entwerfen, eine rokokonahe Idylle mit empfindsamen Bauern, grazienglei-chen Mädchen und, als unaufdringliche szenische Arabeske, weidenden Schafen. Das Landleben als Spiel im kurzen Reifrock, nur noch überzukkertes Abbild einer rauhen Wirklichkeit – Marie-Antoinettes Freizeitbelustigung kündigt sich hier schon an.

Vor die Natur drängen sich monumentale, architektonische Bravourleistungen: der Innenraum eines gestürzten Kuppelsegments, eine barocke Orgelhochwand, die beklemmende Kühle eines Pariser Stadtpalais, klassizistisch aufstrebende Bündelpfeiler und der Friedhof als gehegter Park mit Miniaturpalästen. Die Venus als fleischiges Rubensweib, auf dem Strahlenkranz von nackten, tanzenden Putti umgeben, oder Euridices und Orfeos Heirat im Stile einer aufs Land geflohenen Goldonigesellschaft sind spätbarocke Assoziationen zu Rossis Gegenwart, doch Ronconis *Maschinentheater* fehlt die Unschuld und Naivität. Euridices Tod und Orfeos Verklärung kündigt er durch zarte Bilder des Verfalls an, erfüllt vom Wissen um die Zukunft. Dieser Orpheus im barocken Gewand blickt zurück und weist voraus.

In dieser an Ereignissen armen Spielzeit für die Scala wurde Ronconis Aufführung enthusiastisch bejubelt. Unter Bruno Rigacci hatte sich ein großes, nicht ausgeglichenes, aber engagiertes Ensemble versammelt, aus dem die Göttinnen Josella Ligi (Juno) und Gina Langobardi Fiordaliso (Venus) herausstachen.

ROLF FATH

Erwin Leisers Film „Die Mitläufer" jetzt im Kino

Bilderbogen mit Moral

Kriegsweihnacht, aber drinnen die trauliche Stube, der vom Chaos der Zeit nichts anzumerken ist. Der Vater hat Urlaub bekommen, Lokomotivführer ist er, den Nachschub für die Fronttruppe fährt er – heißt es. Ruhepause ist angesagt für den Krieg, wie im Frieden soll es sein. Aber aus der angestrebten Familienharmonie wird nichts, der Mann betrinkt sich in heftigen, gierigen Schlucken. Und dann kommt es heraus: In Wahrheit transportiert er mit seinem Zug Juden nach Auschwitz, zur Vernichtung. Und daran zerbricht er. Die Reaktion der Frau: Nun hast du uns das Weihnachtsfest verdorben, besser wärst du gar nicht gekommen.

Das ist die vielleicht beklemmendste Szene aus Erwin Leisers neuem Film „Die Mitläufer". Einem Film über die Leute also, die Hitlers Deutschland erst möglich machten. Nicht so sehr, weil sie begeistert für ihn waren. Eher, weil sie nicht gegen ihn waren. Die aus Opportunismus mitmachten, aus Angst, oder auch nur, weil es sich nicht gehörte, gegen die „da oben" zu sein, oder die nichts von dem hören und sehen wollten, was um sie herum vor sich ging. Die Mitläufer, die Leute also, an die die Nachgeborenen immer wieder die Frage gerichtet haben, wie das alles möglich gewesen sei.

Der Film soll in erster Linie Jugendliche ansprechen. Wie jene Filme auch, die den Namen Leisers, des deutschen Juden, dem noch rechtzeitig die Flucht aus dem braunen Deutschland gelang, bekannt gemacht haben: „Mein Kampf", „Eichmann und das Dritte Reich", „Deutschland erwache!", der nun schon siebzehn Jahre zurückliuegt. In der Zwischenzeit hatte sich Leiser anderen Themen zugewandt. Nun meint er, sei eine neue Generation herangewachsen, die die alten Fragen neu stelle.

Leiser hat sich dabei einer für ihn ungewöhnlichen Form bedient. Da er mit Recht fand, daß das Archivmaterial allein, mit dem er sonst immer gearbeitet hat, für sein Thema zu wenig aussagekräftig sei, hat er es mit Spielszenen kombiniert. Darin treten u. a. Gisela Fritsch, Lisi Mangold, Karin Baal und Armin Müller-Stahl auf. Geschrieben hat die Szenen Oliver Storz, als Mitregisseur erscheint Eberhard Itzenplitz. Beide haben reiche Fernseherfahrungen, und der Film ist auch in Koproduktion mit dem ZDF gedreht worden. Als Vorbild diente unübersehbar das Strickmuster von Brechts Szenen „Furcht und Elend des Dritten Reichs".

Da hakt es zwar manchmal in den Übergängen zwischen dokumentarischem Material und Spielszenen, aber eine Vorstellung von dem, was die Deutschen damals dazu trieb, Hitler wenigstens nicht zu widersprechen, bekommt man doch. Abgehandelt wird die ganze Zeit von 1933 bis 1945, von der Euphorie des Aufbruchs bis zur Resignation des Zusammenbruchs. Man erfährt, wie der Pakt zwischen Hitler und den Deutschen allmählich erschüttert wurde und schließlich zerbrach. Freilich auch, daß es den Mitläufern erst wehtun mußte, bis sie erwachten. Leiser und Itzenplitz verzichten dabei auf anklägerische Selbstgerechtigkeit. Das gibt Raum für nachdenkliche Fragen an sich selbst. Für die richtigen Antworten reicht der Film allein nicht aus. Da sollte man ein Geschichtsbuch zu Hilfe nehmen. Denn ein Film kann zwar Gefühle mobilisieren, aber die Komplexität historischen Geschehens vermag er nicht darzustellen.

SVEN HANSEN

Alltag im Dritten Reich: Armin Müller-Stahl und Karin Baal in Erwin Leisers Film „Die Mitläufer" FOTO: FUTURA FILM

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „idea-spektrum"

Ein wahres Odinsfest

Daß es in der Evangelischen Kirche gärt, ist fast schon eine fromme Untertreibung. Wenn im selben Raum der eine betet, der andere musiziert, der dritte agitiert und der vierte einen Investmentdienst studiert, dann hängt sowieso der Haussegen in Bälde schief. Doch je mehr es gärt, desto schwieriger wird es, den Überblick zu behalten. Hier springt „idea-spektrum" ein, eine wöchentliche Informationszeitschrift mit dem Untertitel „Nachrichten und Meldungen aus der evangelischen Welt". Mit 9000 Beziehern ist „idea-spektrum" der größte christliche Wocheninformationsdienst in Deutschland.

„idea-spektrum" ist frisch, abwechslungsreich und professionell gestaltet. Die Meldungen, Kommentare und Reportagen sind knapp formuliert und auf den Punkt gebracht. Man sieht es „idea-spektrum" an, daß die Redakteure – es sind ihrer sechs unter Leitung von Helmut Matthies, alle unter 35 Jahre alt – gewohnt sind, ihre Texte täglich über Fernschreiber an die Presse zu geben. Auch der einzige Kirchenkarikaturist, Pfarrer Werner Küstenmacher, ist mit von der Partie.

„idea" ist das wohl erfolgreichste Unternehmen der auf die Herausforderung der Kulturrevolution antwortenden konservativen Alternativpublizistik. Vor genau 15 Jahren kam der Methodistenpfarrer Horst Marquardt, heute Programmchef des Evangeliumsrundfunks, von einem Missionskongreß in Holland und konnte wieder einmal in der kirchlichen Presse nichts darüber finden. Er setzte sich an die Schreibmaschine, füllte eine Seite und zog sie ab – „idea" war entstanden. „idea" steht für Informationsdienst der Evangelischen Allianz. Doch was ist die Evangelische Allianz? Sie ist eine 1846 von dem schottischen Theologen Thomas Chalmers gegründete Vereinigung bibeltreuer Christen ohne Unterschied der Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer Staats-, Volks- oder Freikirche, die auch im romantischen Kreis des „anderen Preußen" um König Friedrich Wilhelm IV. begeisterte Aufahme fand.

Mit ihren unterschiedlichen Publikationswegen vom Bildschirmtext bis zur englischen Ausgabe ist die Wetzlarer Nachrichtenagentur „idea" eine Ergänzung des EKD-offiziösen Pressedienstes epd und ein Kontrast zu ihm. „idea" ist zu verdanken, daß es im kirchlichen Bereich schwierig sein dürfte, etwas unter den Teppich zu kehren. Wie weit die Protestanten schon auseinandergedriftet sind, wird in der Nummer 24 von „idea-spektrum" greifbar. Sie ist unter dem Titel „Alternativen" je zur Hälfte dem Düsseldorfer „Kirchentag" und dem gleichzeitigen Stuttgarter „Gemeindetag unter dem Wort" gewidmet.

„idea-spektrum" ist im Gegensatz zu manchen Medien, die den Düsseldorfer „Markt der Möglichkeiten" (und mancher Unmöglichkeiten) zu einem wahren Odinsfest emporjubelten, keineswegs unkritisch. „Geredet wird nämlich über alle und alles, und als Bestandteil einer tapferen Vorhut der Kirche empfindet sich der nur zu gern, dem man häufig genug sagt, er gehöre zu ihr. Ist es vielleicht darauf zurückzuführen, daß so vielen Besuchern des Volksfestes im Düsseldorfer Messegelände der Hang zur Selbstbestätigung, zum ‚Wir-Gefühl', die Sehnsucht nach dem ‚dunklen Stallgeruch' anzumerken ist? Den jungen Leuten zumal, die bei den Veranstaltungen – einschließlich der beim Kirchentag so eigenartig kontrovers geführten Bibelarbeiten – pfeifen und johlen, wenn ‚etablierte Meinungen' laut werden. Man kommt nicht mehr zum Kirchentag, um Fragen zu stellen; man bringt sich seine vorklischierten Antworten gleich selber mit." Beifall gab es, als Dorothee Sölle erklärte, es gebe zwei Konfessionen: „die Theologie der Bourgeoisie und eine Theologie der Befreiung."

Das man das lesen kann, ist wichtig.

C. v. SCHRENCK-NOTZING

KULTURNOTIZEN

Deutsche Glasmalerei vom Mittelalter bis heute zeigt vom 30. Juni bis zum 3. November das schweizerische Museum für Glasmalerei in Romont bei Lausanne.

Reliquien aus mehreren Jahrhunderten – volkstümliche und klerikale – sind vom 30. Juni bis zum 13. Oktober im Heimatmuseum Haus Münsterland in Telgte zu sehen.

Christoph von Dohnanyi hat seinen vierjährigen Vertrag als Chefdirigent des Cleveland Orchestra um weitere fünf Jahre verlängert. Damit bleibt er dem Orchester bis 1993 erhalten.

Max Ernsts Ölgemälde „gulfstream" oder „Mer et Oiseau" wurde jetzt von dem Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum erworben.

Bewaffnete Flugbegleiter: „Frage der Philosophie"

Lufthansa dagegen, Swissair dafür / Unabwägbare Risiken

twk/C.R. Beam

Auch nach der jüngsten Flugzeug-Entführung und dem noch ungeklärten „Jumbo"-Absturz sieht die Deutsche Lufthansa (LH) keinen Anlaß, ihre ablehnende Haltung zum Einsatz bewaffneter Flugbegleiter an Bord ihrer Maschinen zu überdenken. Aus der sechs Personen zählenden Abteilung „Flugbetriebskontrolle und Sicherheitspilot", der neben der allgemeinen Flugsicherheit auch die Planung von Abwehrmaßnahmen gegen Entführungen obliegt, hieß es hierzu gegenüber der WELT, die denkbaren Risiken einer solchen Maßnahme überstiegen bei weitem die möglichen Erfolge. Nach wie vor sehe man die „Prävention am Boden" als erfolgversprechendste Methode an.

Wichtigstes Argument gegen den Einsatz bewaffneter Kräfte ist der Mangel an geeignetem Personal. Die Flugbegleiter müßten vor allem das sogenannte Combatschießen – Schuß aus jeder beliebigen Körperhaltung – perfekt beherrschen. Selbst die Polizei habe hierfür noch nicht genügend Leute zur Verfügung. Und auch in den USA sei neben finanziellen Erwägungen die nicht ausreichende Anzahl geschulter Agenten einer der Hauptgründe für den Rückzug der bewaffneten Sicherheitskräfte, der „Sky-Marshals", gewesen.

Ähnlich Bedenken hegt man eben auch in der Lufthansa-Abteilung: Ein Großraumflugzeug, wie die Boeing 747 „Jumbo", benötige mehr als einen Begleiter zur Beobachtung der gesamten Passagierkabine – wie viele benötigt würden, wollte man allerdings nicht preisgeben. Bei insgesamt 120 Flugzeugen der Lufthansa und ihrer Tochtergesellschaft Condor übersteige sie jedoch mit Sicherheit die Zahl der in Deutschland verfügbaren Spezialisten. Sinnvoll sei aber in jedem Falle nur die Totalüberwachung aller Flüge, ganz abgesehen von dem weiteren (und nahezu ungelösten) Problem eines Fehlschusses innerhalb einer in der Luft befindlichen Maschine.

Schon eine einzige Geisel stelle für den möglichen Waffeneinsatz ein unübersehbares Risiko dar. Außerdem sei in den meisten Fällen gar nicht klar, wieviele Entführer überhaupt beteiligt seien. Schließlich müßten sich die Terroristen nicht alle sofort zu erkennen geben. Es genüge, wenn einige Gangster auftreten; die übrigen könnten erst einmal mögliche Reaktionen abwarten, ehe auch sie ins Geschehen eingriffen. Endlich sei nicht zu übersehen, daß geschulte Geiselgangster unter Umständen die Flugbegleiter schon im voraus identifiziert hätten.

Selbstverständlich sei über die Frage des Einsatzes bewaffneter Begleiter bei der Lufthansa mehr als einmal nachgedacht und auch mit befreundeten Fluggesellschaften erörtert worden. Bislang aber sei die LH nach acht Entführungen – darunter vier von arabischen „Highjackern" – mit vorbeugender Kontrolle und gütlicher Regelung auch unter Einsatz geschulter Psychologen weitaus besser geflogen als mit Waffenschutz.

Die bewaffneten Begleiter der israelischen Gesellschaft El Al stellten einen Sonderfall dar. Israel befinde sich mit vielen Nachbarstaaten oder politischen Gruppierungen quasi im Kriegszustand. Hier gehe es in erster Linie darum, die erzwungene Landung auf einem arabischen Flughafen und anschließende Geiselnahme möglicherweise aller Insassen zu verhindern.

„Eine Frage der Philosophie" nennt Karl Kohnen, Pressechef der Swissair (SR) in Frankfurt, den Einsatz bewaffneter Flugbegleiter. Seine Gesellschaft setzt seit 1970 eine je nach Größe des Flugzeugs entsprechende Anzahl von Spezialisten ein. „Die Swissair sieht keine Veranlassung, es nicht zu tun." Allerdings, so Kohnen, entscheide die Fluggesellschaft diese Frage nicht allein, sondern zusammen mit dem Amt für Zivilen Luftverkehr. Da über den Einsatzplan der „Luftpolizei" keine konkreten Angaben gemacht werden dürfen, ist auch nicht bekannt, ob und auf welchen SR-Flügen bewaffnete Begleiter dabei sind. Eine besondere Ausbildung dieser Sicherheitsbeamten ist notwendig. Ihre Waffe ist beispielsweise mit Spezial-Geschossen geladen, die im möglichen Ernstfall einen Angreifer „handlungsunfähig" machen, die Verkleidung der Passagierkabine jedoch nicht durchschlagen können. Die bewaffneten Flugbegleiter sitzen während des Fluges unter den Passagieren.

Kohnen: „Eine absolute Sicherheit der Fluggäste ist nicht gewährleistet, aber es wird versucht, das Beste zu tun." Das tun verstärkt auch die deutschen Charterunternehmen. So untersucht LTU jetzt auch das aufgegebene Gepäck der Urlauber genau. Für die Verzögerung hätten die Kunden Verständnis.

In Oklahoma flog eine pyrotechnische Fabrik in die Luft / Zweites Unglück seit 1979



Die Wucht der Explosion war noch in 20 Kilometer Entfernung zu spüren. „Plötzlich verstummten die Vögel. Pferde und Kühe flohen entsetzt in alle Richtungen," berichtete ein Ohrenzeuge. Der Gouverneur von Oklahoma ordnete Staatstrauer an. FOTO: AP

21 Menschen durch Explosion getötet

SAD, Hallet/Oklahoma

Mindestens 21 Menschen starben, als vorgestern in der Nähe der kleinen Ortschaft Hallet im US-Bundesstaat Oklahoma eine Serie gewaltiger Explosionen eine Fabrik, in der Feuerwerkskörper hergestellt werden, bis auf die Grundmauern zerstörte. Nur fünf Mitarbeiter überlebten die Katastrophe, wurden jedoch zum Teil schwer verletzt. Zwei wurden gestern noch vermißt.

Die mächtigen Explosionen, die noch in 21 Kilometer Entfernung die Fenster klirren ließen, pulverisierten den Betrieb wenige Tage vor dem amerikanischen Nationalfeiertag, als die Produktion für die alljährlichen Feuerwerkskaskaden am 4. Juli auf Hochtouren lief.

„Es klang wie eine Serie lauter Bombenexplosionen. Dann stieg ein Rauchpilz in die Höhe, der immer größer wurde", berichtete die Augenzeugin Mary Lewis, die in einem Wohnwagen nur 400 Meter von der verwüsteten Aerlex Corporation entfernt lebt. „Ich sah, wie zwei Männer einen Hügel hinauftaumelten", so die Frau weiter, „einer von ihnen brannte lichterloh. Wir löschten die Flammen, so schnell wir konnten, und brachten ihn in einem Auto zum Krankenhaus." Der Mann, den die Frau rettete, war Alan Johnson, der Eigentümer der Fabrik, die in einer kleinen Talmulde fünf Kilometer außerhalb Hallets stand. Ein anderer Einwohner, der vier Kilometer vom Explosionsort entfernt wohnt, erzählte schreckensblaß: „Unser Haus hob und senkte sich bei den Explosionen. Die Vögel hörten auf zu singen, und Vieh und Pferde stoben panikartig auseinander."

Die Ursache der Katastrophe war zunächst nicht bekannt. Der 1973 gegründete Betrieb war erst vor zwei Tagen inspiziert worden, ohne daß irgendwelche Verstöße gegen die strikten Sicherheitsauflagen beanstandet wurden. Die ersten Ermittlungen nach dem Unglück ergaben jedoch, daß die Firma zur Bewältigung des saisonalen Hochbetriebs illegal minderjährige Hilfskräfte eingestellt hatte und daß bei der Verladung fertiger Feuerwerkskörper möglicherweise leichtfertig vorgegangen wurde.

Bei der Suche nach den Opfern, die unmittelbar nach der Katastrophe begann, bot sich Polizei und Feuerwehr ein Bild des Grauens. „Überall verstreut und in den Trümmern lagen zerrissene Leichen", so ein Polizist, „vier Tote waren von der Wucht der Explosionen auf einen 200 Meter entfernten Hügel geschleudert worden."

Bereits 1979, ebenfalls nur wenige Tage vor dem Nationalfeiertag, hatte sich in derselben Fabrik eine Explosion ereignet, die jedoch keine Opfer forderte. Damals hatte das vom Rückspiegel eines Lkw's reflektierte Sonnenlicht eine versandfertige Ladung Feuerwerkskörper entzündet.

In den USA sind Unglücke in Betrieben, die Feuerwerkskörper herstellen, keine Seltenheit. In den vergangenen vier Jahren fanden bei solchen Katastrophen in meist illegalen Feuerwerksfabriken mindestens 28 Menschen den Tod. Das jetzt in einem behördlich genehmigten und genau überwachten Betrieb gleich 21 Menschen sterben mußten, wird als besonders tragisch angesehen.

Unmittelbar nach dem Unglück bei Hallet ließ der Gouverneur von Oklahoma, George Nigh, sämtliche Fahnen an öffentlichen Gebäuden auf halbmast setzen. Zur Unterstützung der örtlichen Polizei am Explosionsort schickte er 18 Mann der Nationalgarde nach Hallet.

Eine Tat aus den Tiefen der menschlichen Seele

Zwei Psychiatersöhne wegen Vatermordes vor Gericht / Beide gelten als Hochbegabungen / Mathe im Fernstudium

PETER SCHMALZ, München

Die Sprache von Fotos – oft ist sie eindringlicher, beklemmender als alle Worte. Dazu gehören natürlich Katastrophenfotos; mehr aber noch als jene, die ja meist kaum der Interpretation bedürfen, rühren scheinbar belanglose Schnappschüsse, Bilder, die die heile Welt widerspiegeln, an den Nerv der Dinge, wenn sich denn herausstellt, daß diese Welt entweder so heil nicht ist oder aber unmittelbar nach dieser Manifestation jäh zerstört wird. So ein Foto zeigte in der vergangenen Woche auf dem Frankfurter Flughafen eine Mutter mit ihren zwei Kindern – unmittelbar bevor die Bombe die Kinder zerriß. So ein Foto liegt jetzt bei den Akten eines Mordverfahrens, das heute vor der 1. Jugendstrafkammer beim Landgericht München II beginnt und sich geradezu exemplarisch mit der Unergründlichkeit der Seelen zweier Jungen auseinanderzusetzen hat.

Das Bild ist ein Schnappschuß aus einem Münchner Biergarten: Eine Gruppe fröhlicher Menschen vor fast geleerten Maßkrügen, zwei Halbwüchsige, jeder mit Brille, lachen dem Fotografen entgegen. Ein gutaussehender Mann, hohe Stirn, ebenfalls Brillenträger wie seine Söhne, lächelt der Kamera zu. Die Idylle eines bayerischen Sommertags.

Einige Monate später bringen die beiden aufgeweckten Buben ihren Vater bestialisch um, schlagen mit Stuhlbeinen auf ihn ein, zertrümmern eine Vase auf seinem Schädel und stechen wie rasend auf den Sterbenden ein. 37 Einstiche protokolliert der Gerichtsmediziner. „Wir sahen keinen anderen Ausweg. Wir hatten eine furchtbare Angst, er bringt uns alle um", sagen sie vor der Münchner Polizei, die sie nach der Tat selbst gerufen haben. Und nach und nach taucht in den 2000 Seiten der Ermittlungsakten die andere Seite des heiteren Biergartenbildes auf, die Seite voller Grauen und Terror, die sich hinter den Fassaden eines schmucken Einfamilienhauses bis zum Unerträglichen gestaut hat.

Begonnen hatte die Geschichte, als der Medizinstudent Wolfgang Wisuschil vor nunmehr 21 Jahren die Pädagogikstudentin Angela heiratete. Und eigentlich hätte alles seinen guten Weg nehmen können: Die Frau zog die beiden Söhne Michael und Stefan groß, die in der Schule zu den Klassenbesten zählten, später kommt noch ein drittes Kind dazu, ein Bausparvertrag wird der Grundstock für ein eigenes Haus in dem Münchner Vorort Holzkirchen, der Vater beendet sein Studium und eröffnet eine Praxis als Psychiater, wo er seinen Patienten ausgeglichen und einfühlsam erscheint.

Doch Unerklärliches, womöglich auch Unerforschliches in der Persönlichkeitsstruktur des Vaters gibt der möglichen Harmonie keine Chance. Wolfgang Wisuschil entwickelt sich zum Haustyrann.

Die Säuglinge prügelt er, wenn ihr Schreien ihn beim Lernen stört, hält er Mittagsschlaf, darf niemand das Haus verlassen, er schlägt seine Frau und zwingt sie dann ins Bett. Vom gemeinsamen Urlaub kehrt er vorzeitig allein zurück, weil er sich geärgert hatte, vom zuteilungsreifen Bausparvertrag verjubelt er seinen Teil bei einer Australienreise, zieht aber dennoch in das Haus, das seine Frau mit ihrem Vater baute. Er hält sich Freundinnen und zeugt drei uneheliche Kinder. Die Frau läßt sich '77 scheiden, der Arzt setzt sein Terrorregime dennoch fort. Den Gedanken an ein Hausverbot verwirft die Familie aus Angst ums eigene Leben.

Die Drohungen des Psychiaters werden unbeherrschter. Er kaufe sich ein Gewehr mit Zielfernrohr und erschieße alle, sagt er eines Tages. Dann wirft er Michael eine volle Colaflasche an den Kopf und droht ihm mit einem zerbrochenen Glas: „Das hau' ich dir an die Gurgel." Die Kinder, so der Münchner Psychiatrie-Professor Wilhelm Mende in seinem Gutachten, stecken in einer „Beziehungsfalle". Gemeinsam planen sie daraus den Ausbruchversuch: Am 11. April 1984 schwänzen sie die Schule, lauern dem 43jährigen Vater in der Diele auf und töten ihn.

In der U-Haft legen Michael (20) und Stefan (19) jeweils ein Einser-Abitur ab, der jüngere Bruder gilt als Mathematikgenie, wurde in Australien beim Mathe-Wettbewerb Zweiter unter 40 000 und hat bereits das Fernstudium aufgenommen.

Ihre Tat fällt unter das Jugendstrafrecht, das als Höchststrafe zehn Jahre vorsieht. Wie lange sie tatsächlich einsitzen müssen, hängt von der Bewertung dreier Gutachten ab: Professor Mende bescheinigt den Tätern zur Tatzeit verminderte, wenn nicht aufgehobene Steuerungsfähigkeit, seine Würzburger Kollegin Erika Geisler sieht allenfalls eine Einschränkung, während die Braunschweiger Psychiatrie-Expertin Elisabeth Müller-Luckmann Mendes Auffassung zuneigt. Wiederholungsgefahr schließen alle Gutachter aus. Und die beiden Brüder: „Heute bereuen wir die Tat."



Eine Familienidylle, die trügt: Wenige Monate, nachdem dieses Foto geschossen wurde, erschlugen Stefan (links) und Michael (mitte) ihren Vater (rechts). Für den Gerichts-Psychiater steckten die Söhne in einer „Beziehungsfalle". FOTO: PAVEL NOVOTNY

LEUTE HEUTE

Dienstherr

„Es kommt so manches Schaf herein, warum nicht auch ein braves Schwein?" Diese gedankenschwere Frage stellte sich nicht nur Wilhelm Busch, sondern auch der niedersächsische Ministerpräsident **Ernst Albrecht**. Er entschied nach Auskunft der Staatskanzlei gestern: Das



mittlerweile weitbekannte Dienstschwein „Luise", die haarige Wildschweinsau aus Hildesheim, die mit ihren vier Zentnern Lebendgewicht Kokain wie Trüffeln sucht und findet, darf im Staatsdienst aufsteigen. Luise wird nur noch wenige Wochen das schwere „Azubi"-Los tragen, dann winkt die Beförderung. Aus der Anwärterstelle wird eine auf Lebenszeit. Die erste verbeamtete Sau steht ins Haus. Luise konnte eben durch Leistung überzeugen, nicht zuletzt ihren obersten Dienstherrn. Sie schnüffelt mindestens so gut wie die Spürhunde der Polizei.

Dreifach

Der Boxweltmeister im Schwergewicht, **Muhammad Ali**, und seine Frau **Veronica** lassen sich nach achtjähriger Ehe scheiden. Das Paar will sich jedoch in „tiefer Freundschaft" verbunden bleiben, sagten sie gestern in Los Angeles. Es war bereits die dritte Ehe des dreifachen Weltmeisters.

Deserteur

Ein sowjetischer Offizier, der 1979 desertiert und aus der „DDR" über die Mauer in Berlin in den Westen geflüchtet war, ist am Montag in der amerikanischen Stadt Baltimore zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Ukrainer **Arnold Topasow** hatte zugegeben, im Oktober vergangenen Jahres eine Bank überfallen und dabei zwei Geiseln genommen zu haben.

WETTER: Weiterhin kühl

Wetterlage: In der nach Mitteleuropa gerichteten Frontalzone verursachen atlantische Störungsausläufer weiterhin wechselhaftes und für die Jahreszeit zu kühles Wetter.

26. Juni 1985, nachm.
Deutscher Wetterdienst

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Donnerstag:
In ganz Deutschland von kurzen Auflockerungen abgesehen meist stark bewölkt und häufig Schauer, örtlich auch kurze Gewitter. Gegen Abend von Westen her Bewölkungsverdichtung und nachfolgend länger andauernder Regen. Tageshöchsttemperaturen um 15 Grad. Tiefsttemperaturen bei 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Unbeständig mit schauerartigen Regenfällen, weiterhin zu kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	14°	Kopenh.	15°
Dresden	18°	Las Palmas	23°
Essen	12°	London	13°
Frankfurt	15°	Madrid	23°
Hamburg	17°	Mailand	23°
List/Sylt	15°	Mallorca	26°
München	18°	Moskau	19°
Stuttgart	18°	Nizza	22°
Algier	25°	Oslo	14°
Amsterdam	14°	Paris	15°
Athen	27°	Prag	17°
Barcelona	25°	Rom	24°
Brüssel	13°	Stockholm	25°
Budapest	20°	Tel Aviv	30°
Bukarest	23°	Tunis	27°
Helsinki	17°	Wien	20°
Istanbul	24°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.08 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 17.10 Uhr, Untergang: 2.08 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Suche nach dem Wappen

Professionelle Ahnenforscher haben Hochsaison

DW. Düsseldorf

Die Suche nach einem Familienwappen beschäftigt durchschnittlich 500 Deutsche im Jahr. Gerade in den vergangenen Jahren hat der Trend zur „Tradition" zugenommen. Immer mehr Bürger fragen nach ihrer Herkunft und sähen es gerne, wenn sie ihre Familie beispielsweise auf Siegfried den Drehbaren, den einst gefürchteten Raubritter, zurückführen könnten. Traditionsbewußte, die ihr Familienimage mit einem echten Wappen heben wollen, haben seit gestern eine Anlaufstelle: die „Erste deutsche heraldische und genealogische Galerie" wurde in der Düsseldorfer Altstadt eröffnet.

Bei der Suche in die Vergangenheit hinein und durch das komplizierte Geäst ihrer Stammbäume helfen den Wappen-Interessenten knapp zwei Dutzend professionelle Ahnenforscher. Sie graben bundesweit gewerbsmäßig nach den Wurzeln deutscher Familien. Heraldikerin Barbara Potzka ist eine von ihnen. Sie berichtet, daß zu den 500 „Gewappneten" etwa doppelt so viele kommen, die lediglich Auskunft über die Vergangenheit der Sippe haben möchten. Erfolgreiche Sucharbeit mit einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad läßt sich die Profi-Forscherin von den mit frischem Wappenruhm geadelten Kunden mit rund 15 000 Mark belohnen.

Der Ariadne-Faden in die Vergangenheit beginnt häufig mit dem NS-Ahnenpaß, der sich nach Auskunft der Forscher noch in unzähligen Haushalten findet. Da Kirchenbücher nur bis zur Reformationszeit zurückreichen, verliert sich die Historie der bürgerlichen Meiers, Müllers und Schmidts gegen 1530 im Dunkel. Barbara Potzka, die selbst ohne ihr eigenes Wappen „nicht mehr leben könnte", weiß jedoch auch von einer „ganz normalen" schwäbischen Familie, deren Vergangenheit sie bis ins Jahr 1080 nachweisen konnte.

Tummeln sich normalerweise Löwen oder Adler auf den mit allerlei heraldischen Symbolen geschmückten Wappen, führen selbst Traditionalisten manchmal Modernes im Schilde: Ein Fuhrpark-Unternehmer aus dem Ruhrgebiet hat sich ein Lenkrad als Familiensymbol gestalten lassen.

Der torkelnde Roboter

Prozeß um die gelockerte Schraube eines bockigen Computers

SIEGFRIED HELM, Edinburgh

Wenn sich ein Roboter am Arbeitsplatz so pflichtvergessen aufführt, daß ein Rechtsstreit die Folge ist, kommt er vor Gericht oder sein Hersteller? Beide müssen vorsprechen. Der Hersteller als Kläger oder Beklagter, der Roboter als „Zeuge". Das wurde jetzt an einem Edinburgher Gericht vorgeführt. Der als Weinkellner im Restaurant Kavio angestellte Roboter erschien in Arbeitskleidung zur Verhandlung, in Zylinder und schwarzer Fliege.

Der Roboter hatte sich im Dienst bockig angestellt und es trotz wiederholter Verwarnungen an der gebotenen Dienstauffassung fehlen lassen. Schon am ersten Tag fiel er unangenehm auf, als er ein Glas Wein verschüttete. Dann eckte er buchstäblich an, als er mit übertriebenem Diensteifer das Mobiliar rammte und Tische und Stühle umstieß. Als er ganz gehörig zusammengestaucht wurde, schmollte er. Entweder hatte es ihm die Sprache verschlagen, oder er schwieg sich widerborstig aus. Aus seinem Sprechzentrum (einer Kassette) kam jedenfalls kein Laut, als er bediente, so daß die Gäste ihn für einen Flegel halten mußten.

Kein Wunder, daß das Restaurant sich weigerte, die umgerechnet 19 500 Mark zu zahlen, die bei der Einstellung des Kellners fällig wurden. Dennis Fernando, ein Ingenieur der klagenden Firma „Projects Barlow", erklärte vor Gericht, er habe den Roboter im Kavio persönlich eingeführt und einem Angestellten genau erklärt, wie man ihn in Trab setzt. Beim Umgang mit diesem Angestellten sei eben Übung nötig. „Es ist fast wie der Trick eines Zauberers: Man verständigt sich mit ihm durchs Mikrofon." Nur wenn die Batterie nicht voll aufgeladen ist, dann bewegt er sich ruckartig, und die drahtlose Verständigung funktioniert nicht richtig.

Es ging fast zu wie bei einem regulären Arbeitsgerichtsprozeß, denn der Kläger suchte zu beweisen, daß dieser Angestellte nicht richtig behandelt worden sei, weshalb er eben, auf seine Weise, streikte. Das Gericht mußte sich, aus technischen Gründen, zu einer längeren Beratung zurückziehen.

Betrüger schoben Millionenbeträge über die Tische

dpa, Stuttgart

Die Polizei hat in der Nacht zum Mittwoch einen jahrelang in mehreren Bundesländern operierenden Glücksspielerring zerschlagen. Wie die Polizei und die Staatsanwaltschaft Stuttgart bekanntgaben, wurden kurz nach Mitternacht in Göppingen, Ulm, Neu-Ulm, Weißenhorn, Memmingen, Regensburg, Deggendorf, München, Köln, Düsseldorf, Neuss und Salzgitter sechs illegale Spielcasinos sowie mehrere Wohnungen durchsucht. Elf Personen, die zum Kopf der Bande gerechnet werden, wurden festgenommen. Gegen sie läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Organisation von illegalem Glücksspiel. Die Polizei geht davon aus, daß Millionenbeträge über die teilweise manipulierten Spieltische gegangen sind. In einem Fall verlor ein zum Spielen animierter Kunde innerhalb weniger Stunden 30 000 Mark.

Rheinverschmutzer

dpa, Wiesbaden

Tankschiffe, die wiederholt Gewässer verunreinigt haben, sollen künftig beschlagnahmt werden. Das hat gestern die Wiesbadener Staatsanwaltschaft angedroht. Sollten die Schiffer künftig bei polizeilichen Kontrollen auf dem Rhein und dem Main keine ordnungsgemäße Beseitigung ihrer wassergefährdenden Ladung nachweisen können, will die Ermittlungsbehörde künftig rigoros die Schiffe aus dem Verkehr ziehen.

Tödliches Hochwasser

AFP, Neu-Delhi/Dhaka

Mehrere Dutzend Menschen sind bei Überschwemmungen und heftigem Monsunregen in Indien und Bangladesh ums Leben gekommen. Die indische Nachrichtenagentur PTI meldete gestern, in der westindischen Stadt Bombay seien 24 Personen getötet worden, als ihre Häuser im Hochwasser einstürzten.

Bombenalarm für Boeing

AFP, Toronto

Bombenalarm für eine Boeing-747 der kanadischen Chartergesellschaft Wardair gab es am Dienstag nachmittag kurz vor dem Start auf dem Flughafen von Toronto. Die Maschine sollte mit 456 Passagieren und 20 Besatzungsmitgliedern nach Lamezia bei Venedig fliegen und rollte bereits zum Start, als sich ein anonymer Anrufer beim Schalter der Gesellschaft meldete. Wie ein Flughafensprecher versicherte, waren alle Gepäckstücke vor dem Verladen elektronisch kontrolliert worden.

U-Boot-Kollision

AP, Brunsbüttel

Ein U-Boot der Bundesmarine ist gestern in den frühen Morgenstunden bei der Kollision mit einem deutschen Frachter bei der Einfahrt von der Unterelbe in den Nord-Ostsee-Kanal schwer beschädigt worden. Wie die Wasserpolizei in Brunsbüttel weiter mitteilte, wurden an dem U-Boot Spanten eingedrückt und der Druckkörper schwer beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt.

Schweres Grubenunglück

dpa, Herten/Westfalen

Bei einem Grubenunglück Mittwoch mittag in Schacht 7 der Ruhrkohle-Zeche „Schlägel und Eisen" in Herten-Langenbochum (Kreis Recklinghausen) hat es einen Toten und 49 Verletzte gegeben. Die ersten Verletzten, die sich über Tage meldeten, waren offenbar von einer Druckwelle erfaßt worden. Demnach ist nicht auszuschließen, daß sich im Grubenbetrieb eine Explosion ereignete.

Suche nach der „Yamato"

SAD, Tokio

In einer zweiwöchigen Suchaktion wollen japanische Bergungsspezialisten noch in diesem Sommer versuchen, die genaue Stelle zu orten, an der das einst größte Schlachtschiff der Welt auf dem Boden des Meeres liegt. Die „Yamato" wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges im April 1945 von amerikanischen Bombenflugzeugen versenkt, als sie sich im Südchinesischen Meer auf der Fahrt zu einem „Selbstmord-Einsatz" befand.

Ungeliebte Küchenschabe

dpa, München

Das Rotkehlchen ist nach einer bundesweiten Umfrage der Wildbiologischen Gesellschaft in München das beliebteste Tier, gefolgt von Hund und Schmetterling. Wie die Gesellschaft am Dienstag mitteilte, wurde die Küchenschabe von den Befragten mit Abstand auf den letzten Platz verwiesen, nach der Ratte und Stechmücke. Auf der 33stufigen Beliebtheitsskala rangiert der Elefant am Platz neun noch vor der Katze, die Rang zehn einnimmt. Den 20. Platz erturnte sich der Gorilla, an 30. Stelle landete die Wespe.

ZU GUTER LETZT

„Das Amen in der Kirche ist nicht mehr sicher", meint der Verband Kirchlicher Mitarbeiter Nordelbien angesichts des bei Protestanten besonders starken Geburtenrückgangs.